



PRÄVENTIONSREPORT SPANDAU 2024

ALBRECHT LÜTER

TANJA MANTHEY-GUTENBERGER

VERENA MÖRATH

UNTER MITARBEIT VON DANA BREIDSCHEID

BERLIN 2024



CAMINO

Gefördert vom Bezirksamt Spandau



**CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG,
PRAXISBEGLEITUNG UND
FORSCHUNG IM SOZIALEN
BEREICH GGMBH**

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

| | | |
|-----------|--|------------|
| 1 | EINLEITUNG | 5 |
| 2 | WISSEN FÜR SPANDAU: ZUM VORGEHEN DES PRÄVENTIONSREPORTS | 8 |
| 3 | GEWALTPRÄVENTION IN SPANDAU. EIN ÜBERBLICK ÜBER BESTEHENDE STRUKTUREN | 12 |
| 3.1 | Kiezorientierte Prävention und Landesförderung | 12 |
| 3.2 | Der Spandauer Gewaltpräventionsrat | 13 |
| 3.3 | Schwerpunkte der Präventionspraxis | 14 |
| 3.4 | Die Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention | 17 |
| 3.5 | Zusammenfassung | 21 |
| 4 | ZAHLEN – DATEN – FAKTEN. KRIMINALITÄT UND GEWALT IN SPANDAU | 23 |
| 4.1 | Kontextfaktoren und Sozialstruktur von Spandau | 23 |
| 4.2 | Kriminalität in Spandau im deliktischen Vergleich | 28 |
| 4.3 | Erscheinungsformen von Gewalt in Spandau | 23 |
| 4.4 | Status- und Dynamik-Index: Kompakte Maße für komplexe Phänomene | 63 |
| 5 | ZUSAMMENLEBEN IN SPANDAU: GEWALT UND PRÄVENTION IN DEN QUARTIEREN | 63 |
| 5.1 | Gewalt und Prävention in quartiersübergreifender Perspektive | 66 |
| 5.2 | Die Region Spandau Mitte | 72 |
| 5.3 | Die Region Falkenhagener Feld (West und Ost) | 79 |
| 5.4 | Die Region Heerstrasse Nord | 89 |
| 5.5 | Zusammenfassung | 101 |
| 6 | SCHWERPUNKTTHEMA: HÄUSLICHE UND GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT IN SPANDAU | 103 |
| 6.2 | Infrastruktur für Opferschutz und Prävention häuslicher Gewalt | 111 |
| 6.3 | Bedarfe im Feld geschlechtsspezifischer Gewalt | 117 |
| 7 | ZWISCHENBILANZ: HANDLUNGSBEDARFE AUS SICHT DER SPANDAUER FACHPRAXIS | 122 |
| 7.1 | Wissensmanagement und Beteiligung | 122 |
| 7.2 | Frühe Hilfen als Gewaltprävention | 123 |
| 7.3 | Auf Augenhöhe mit Jugendlichen | 123 |
| 7.4 | Die Erreichbarkeit der Nicht-Erreichbaren | 124 |
| 7.5 | Polizei und Ordnungsamt | 125 |
| 7.6 | Häusliche Gewalt | 126 |
| 7.7 | Gewalt gegen Frauen/geschlechtsspezifische Gewalt | 126 |
| 8 | AUSBLICK: PRÄVENTION GEMEINSAM GESTALTEN – EINE BEDARFSERHEBUNG FÜR SPANDAU | 128 |
| 8.1 | Beteiligung in der kommunalen Prävention | 128 |
| 8.2 | Stakeholder-Befragung als Beteiligungsverfahren für Spandau | 128 |
| 9 | LITERATUR | 137 |
| 10 | ANHANG | 142 |
| 10.1 | Die Bezirksregionen im Kurzprofil | 142 |
| 10.2 | Tabellen- und Abbildungsverzeichnis | 174 |
| 11 | SPANDAUER ADRESSEN GEGEN GEWALT | 178 |

1 EINLEITUNG

Der Bezirk Spandau unternimmt derzeit erhebliche Anstrengungen zur Weiterentwicklung und Verstärkung der kommunalen Gewaltprävention. Dieses Vorhaben ist gut begründet: Obwohl Spandau im Unterschied zu innerstädtischen Quartieren in Neukölln oder Kreuzberg nicht unbedingt als Brennpunkt gewaltsamer Konflikte gilt, weisen verschiedene Indikatoren darauf hin, dass auch in Spandau zunehmend Spannungen im Zusammenleben bewältigt werden müssen. Gemessen an der Bevölkerungszahl finden sich hier vergleichsweise hohe Gewaltbelastungen – insbesondere im Bereich der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt –, und zahlreiche Sozial- und Gesundheitsindikatoren machen auf verdichtete soziale Benachteiligungen sowie partiell wachsende Herausforderungen aufmerksam (Abgeordnetenhaus Berlin 2018).

Die zivile Bearbeitung von Konflikten im sozialen Zusammenleben ist ein hohes und unbedingt schützenswertes Gut. Der Bezirk Spandau hat daher einen Gewaltpräventionsrat gegründet und in den Strukturen der Bezirksverwaltung zudem die Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention verankert. Unterstützt durch Förderungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt als zentralem Präventionsgremium des Landes Berlin finden sich vergleichbare Prozesse aktuell in allen Berliner Bezirken. Die bezirkliche Präventionsarbeit steht in Berlin zugleich flächendeckend vor der Herausforderung, aufgebaute Strukturen noch arbeitsfähiger zu machen und Vorgehensweisen mittelfristig und strategisch reflektiert anzulegen. Der Bezirk Spandau ist mit der Einrichtung einer eigenen Arbeitsstelle Gewaltprävention im bezirklichen Vergleich diesbezüglich einen Schritt vorausgegangen. Dass es sich um einen plausiblen und gut begründbaren Schritt handelt, zeigen Erfahrungswerte der kommunalen Prävention. Sie belegen vielfach, dass verbindliche Zuständigkeiten, die auch mit personellen und zeitlichen Ressourcen unterlegt sind, eine zentrale Voraussetzung für wirkungsvolle Präventionsarbeit darstellen. Allerdings wird der Aufbau notwendiger Gewaltpräventionsstrukturen – nicht zuletzt aufgrund knapper Haushaltsmittel – einige Zeit in Spandau in Anspruch nehmen, auch bis Funktionen und Ressourcen personell und finanziell ausreichend hinterlegt werden können.

Gremien und Strukturen zur Stärkung der bezirklichen Präventionsarbeit sind in Spandau aber selbstverständlich kein Selbstzweck. Ihr übergeordnetes Ziel liegt vielmehr in der Bekämpfung und Verhinderung von Gewalt im sozialen Zusammenleben vor Ort. Um hier die richtigen Schritte zu gehen, kluge Weichenstellungen vorzunehmen und Maßnahmen umzusetzen, die mit den verfügbaren Mitteln größtmögliche Wirkungen entfalten, bietet ein konzeptionell durchdachtes und strategisch ausgerichtetes Vorgehen eine wichtige Unterstützung. Der vorliegende Spandauer Präventionsreport 2024 möchte in diesem Sinne Grundlagen für die Entwicklung einer nachhaltig und mittelfristig angelegten bezirklichen Präventionsstrategie schaffen. Er wurde durch den bezirklichen Gewaltpräventionsrat in Auftrag gegeben und dient auch dazu, der wichtigen Arbeit dieses Gremiums ein Gesicht zu geben.

Der Spandauer Präventionsreport möchte einerseits über Gewalt in Spandau informieren und Grundlagen für fach- und bedarfsgerechte Maßnahmenplanungen entwickeln. Zugleich versteht er sich als erster Meilenstein eines zunächst fortlaufenden Prozesses. In diesem Prozess soll die Arbeit des Gewaltpräventionsrats für die interessierte Fachöffentlichkeit transparent gemacht und der Fachpraxis sollen umgekehrt Möglichkeiten zur Beteiligung an der Fortentwicklung der bezirklichen Gewaltprävention gegeben werden.

Der Spandauer Präventionsreport ist modular aufgebaut, um diese verschiedenen Ziele zu verbinden. Es handelt sich nicht um eine abgeschlossene Monografie, sondern um ein offenes Format inhaltlich verbundener, aber dennoch separat lesbarer und nutzbarer Teile. Der Spandauer Präventionsreport fungiert damit als Wissensplattform für die kommunalen Präventionsakteure, für Mitglieder des Gewaltpräventionsrats, für Fachakteure der Präventionsarbeit vor Ort, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit und die Bürger*innen des Bezirks.

So sehr das Vorhaben einer Stärkung und Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in Spandau von vielen Akteur*innen, die im Zuge der Erstellung des Präventionsreports befragt wurden, unterstützt und begrüßt wird, so unklar bleiben für Außenstehende oftmals die konkreten Schritte des Bezirks. Der Präventionsreport informiert daher zunächst in einem eigenen Beitrag über die Entwicklung der kiezorientierten Prävention in Spandau. Hier wird dargestellt, welche Gremien im Bezirk eingerichtet und welche Maßnahmen vor Ort gefördert werden, um Gewalt in Spandau vorzubeugen. Damit verbindet sich die Zielstellung, den Gewaltpräventionsrat und die Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention im Bezirk besser sichtbar und bekannter zu machen, um insbesondere letztere perspektivisch noch weitergehender als selbstverständliche Ansprechstelle zu etablieren.

In einem weiteren Teil stehen Zahlen, Daten und Fakten zu Gewalt und Kriminalität in Spandau im Mittelpunkt. Dieser Beitrag widmet sich einem methodischen Blick auf interne und externe Faktoren, die die Entwicklung von Gewalt beeinflussen. Dabei wird insbesondere auf Statistiken der Polizei Berlin zurückgegriffen. Für den Präventionsreport wurden diese Statistiken kleinräumig unter Berücksichtigung auch der sogenannten Planungsräume aufbereitet und ausgewertet. Derart detaillierte Daten und Informationen sind in der Fachpraxis oftmals Mangelware und werden von vielen Fachakteuren nachgefragt. Die vorliegende Aufbereitung versteht sich als erster Versuch, diese Nachfrage zu befriedigen. Dabei sollen Weiterentwicklungen des Formats ausdrücklich nicht ausgeschlossen werden. Es wäre vielmehr zu begrüßen, wenn die Aussagekraft durch die Integration weiterer Information noch erhöht würde.

Neben statistischen Informationen möchte der Spandauer Präventionsreport vor allem das Wissen der Präventionsakteure sichern, aufbereiten und für die Entwicklung bezirklicher Konzepte nutzbar machen. In einer eigenen Rubrik werden Befragungsergebnisse dargestellt, die auf Interviews in drei Spandauer Quartieren beruhen. Mit der Option auf eine Fortschreibung in weiteren Quartieren fokussiert sich der Präventionsreport zunächst auf Spandau Mitte, die Region Heerstraße und das Falkenhagener Feld Ost. Dabei handelt es sich um Quartiere, die sowohl in Teilen hohe Gewaltbelastungen als auch schwierige soziale Rahmenbedingungen aufweisen. Zudem geht es um Räume unterschiedlichen Typs, was Möglichkeiten des Vergleichs eröffnet und ggf. spezifische Antworten der Prävention erfordert – und das bezogen auf bezirkszentrale und hochfrequentierte Regionen ebenso wie auf von Großsiedlungsstrukturen geprägte Wohnsiedlungen. Die Beschreibung der Gewaltbelastung wird hier durch Hinweise zu den vor Ort bereits bestehenden Ansätzen der Prävention sowie die Sondierung offener Bedarfe und weitergehender Handlungsoptionen ergänzt. Neben der quartiersspezifischen Darstellung lassen sich dabei auch einige übergreifende Ergebnisse resümieren.

In regionsübergreifender Perspektive setzt der vorliegende Report einen besonderen Schwerpunkt auf den Phänomenbereich der häuslichen Gewalt bzw. der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen. In Spandau sind erfahrene Träger und Netzwerke aktiv und es bestehen innovative Angebotsformate, die auch über den Bezirk hinaus maßstabssetzend und ausstrahlungsfähig sind. Der weitergehend verpflichtende Charakter der Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ist mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die Bundesrepublik Deutschland jedoch nochmals deutlicher geworden, er betrifft alle administrativen Ebenen und geht auch mit Aufgaben der Berichterstattung und Lageanalyse einher. Der Präventionsreport will an dieser Stelle einen unterstützenden Beitrag leisten. Zugleich geht die Auswahl des Schwerpunkts auf den Befund zurück, dass in Spandau gerade hinsichtlich häuslicher Gewalt erhöhte Belastungen – mindestens im Hellfeld – bestehen und der Phänomenbereich daher eine gesteigerte Aufmerksamkeit in allen Spandauer Präventionsplanungen erhalten sollte.

Die Rubriken, die auf qualitativen Modulen, vornehmlich aus den geführten Interviews beruhen, lassen sich als sozialwissenschaftliche Wissensproduktion verstehen sowie als eine erste Form der Beteiligung von Akteur*innen aus Spandau. Die Rubrik „Prävention gemeinsam gestalten“ schließt hier direkt an und geht noch einen Schritt weiter. Der Präventionsreport umfasst die konzeptionelle Darstellung eines Verfahrens zur Stakeholderanalyse und Bedarfserhebung, das im Jahr 2024 im Bezirk umgesetzt werden soll. Es soll systematische, datenbasierte Informationen zum Stand der Prävention in Spandau und zu zentralen Entwicklungsbedarfen entwickeln. Das Kapitel dokumentiert dazu einen eigens entwickelten Fragebogen, der parallel auch als online bearbeitbare digitale Umfragemaske erstellt wurde. Damit sind Voraussetzungen geschaffen, um einer prinzipiell unbegrenzten Zahl von Fachakteuren aus Spandau die Chance zu geben, sich in die Entwicklung einer bezirklichen Präventionsstrategie mit eigenen Impulsen einzubringen. Teil dieses Prozesses soll im Jahr 2024 nach Möglichkeit auch eine Fachveranstaltung sein, in der Ergebnisse der Bedarfserhebung gemeinsam diskutiert und bewertet werden können.

Die Stakeholderanalyse ist eine Methode, um die Interessen, Bedürfnisse und Einflüsse aller relevanten Personen oder Gruppen abzufragen, die in Spandau im Feld der Gewaltprävention und Gewaltintervention tätig und die von kommunalen Entscheidungen betroffen sind. Durch die Analyse können Prioritäten gesetzt und Strategien entwickelt werden, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit und die Erfüllung der Erwartungen und Ziele sicherzustellen.

Ob von einer beteiligungsoffenen Einbindung der Spandauer Fachakteure weitergehende und informierte Beiträge erwartet werden können, präsentiert der Präventionsreport bereits in der vorliegenden Ausgabe zentrale Empfehlungen und benennt verschiedene Handlungsbedarfe. Damit wird ein Ansatzpunkt geschaffen, an den in weiteren Schritten angeschlossen werden kann – bestätigend oder mit Modifizierungen.

Dass der Präventionsreport als Plattform mit dem Ziel nicht nur der Generierung von Wissen, sondern auch der Unterstützung der Präventionspraxis in Spandau erstellt wurde, verdeutlichen schließlich zwei weitere Rubriken. Zum Schluss des Reports finden sich Spandauer Adressen gegen Gewalt. Damit wird ein auf Landesebene bewährtes Format auf den Bezirk übertragen. Zudem finden sich als Exkurse im ganzen Bericht auch einige Steckbriefe von Angeboten, die besonders ausgewiesen oder für den Bezirk relevant sind. Wie immer musste an dieser Stelle eine Auswahl getroffen werden – das bedeutet selbstverständlich nicht, dass Angebote weniger bedeutsam sind, die hier nicht erwähnt wurden. Ebenso ist erst für 2024 angedacht, Steckbriefe einzelner zentraler Fachabteilungen zu gestalten, um deren Wirken und ämterinterne Zuständigkeiten transparenter in die Öffentlichkeit zu bringen und ihr Engagement sichtbarer zu machen.

Camino dankt allen teilnehmenden Fachakteuren in Spandau herzlich für die uns entgegengebrachte große Unterstützung. Im Zuge der Interviews und Gespräche ist Camino auf ausgeprägte Expertise und erhebliches Engagement gestoßen und einem gut vernetzten und aktiven Bezirk begegnet. Hinsichtlich der stärker statistisch geprägten Teile des Reports dankt Camino auch dem Landeskriminalamt und der Polizei Berlin für die Bereitstellung polizeistatistischer Daten. Sophie Mbaye danken wir sehr für die wie gewohnt professionelle Erstellung des Kartenmaterials.

Das Format eines bezirklichen Präventionsreports ist auch für uns teilweise Neuland gewesen. Zur Erstellung der vorliegenden Ausgabe standen zudem nur wenige Monate zur Verfügung. Camino hält den Aufbau eines Präventionsreports trotz dieser Begrenzungen für einen in hohem Maße plausiblen Schritt zur Weiterentwicklung der kommunalen Prävention, der auch für andere Bezirke relevant werden könnte. Wir danken der Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention und dem Gewaltpräventionsrat Spandau daher sehr für das Vertrauen und die Förderung unserer Arbeit. Das Bezirksamt zeigt sich entschlossen und offen, wenn es den Präventionsreport in Auftrag gibt und veröffentlicht.

2 WISSEN FÜR SPANDAU: ZUM VORGEHEN DES PRÄVENTIONSREPORTS

Für den vorliegenden Präventionsreport Spandau wurde von Mitte Juli bis Ende November 2023 eine quartiersbezogene Auswahl von Fachkräften aus sozialen Einrichtungen, Beamt*innen der Polizei sowie Mitarbeitenden des Bezirksamtes und der Verwaltung befragt. Ziel war es, aussagekräftige Erkenntnisse über Spandau, bezirkliche Gewaltbelastung(en) und Präventionsstrukturen zu gewinnen.

32 Fachkräfte aus Spandau wurden interviewt, sechs Jugendliche aus Staaken haben sich an einer Gruppendiskussion beteiligt. Rund 120 Menschen konnten im Rahmen verschiedener Veranstaltungen in Spandau über die Erhebung durch Camino im Bezirk informiert werden, die auf Initiative der Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention realisiert wurde und fachliche Grundlagen für die Weiterentwicklung der bezirklichen Prävention schafft.

Es konnten bis Mitte November 16 Interviews mit insgesamt 32 Teilnehmenden geführt werden. Die Qualifikationen und Spezialisierungen der Befragten deckten eine große Bandbreite fachlicher Expertise ab: Mehrheitlich kamen die Interviewten aus dem Feld der Sozialen Arbeit, der Sozialpädagogik, der Straßensozialarbeit, aber ebenso aus der Raum- und Stadtplanung. Es wurden Polizist*innen, Psycholog*innen, Familienberater*innen, Soziolog*innen, Anti-Gewalt-Trainer*innen, Erzieher*innen, gar ein*e Linguist*in und ein Sprachwissenschaftler*in und ein*e Coach*in getroffen. Viele Gesprächspartner*innen sind schon seit über 20 Jahren in Spandau tätig – einige sind gebürtige Spandauer*innen – und konnten in den Gesprächen ihren Erfahrungsschatz einbringen.

Eine Erhebung ist eine spezifische Methode, um Daten zu sammeln, die in einer Studie verwendet werden können. Sie bezieht sich auf den Prozess des Befragens von Personen oder der Erfassung von Informationen, um relevante Daten zu erhalten, die für die Untersuchung eines bestimmten Themas benötigt werden.

Die Studie als systematische Untersuchung der aktuellen Gewaltlage in Spandau im Auftrag der Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention ist auf ein reges Interesse gestoßen. Trotz ihrer knappen Zeitressourcen haben es alle angefragten Fachkräfte ermöglicht, sich im dichten Alltag den Raum für ein Interview zu nehmen und im Nachgang für die Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung zu stehen. An manchen Interviews nahmen sogar mehrere Mitarbeiter*innen eines Trägers oder eines Projektes teil. Dies zeugt von einer hohen Motivation und einem großen Engagement der Mehrheit der Befragten, die Erhebung und die Datensammlung die Studie zu befördern und so langfristig Lösungen für Problemlagen zu finden und vorhandenen Bedarfen in Zukunft optimaler gerecht zu werden. Das hohe Engagement fand sich gleichermaßen bei den Befragten in den Fachabteilungen des Bezirksamtes.

Es kam ein Frageleitfaden für alle Interviews zum Einsatz (vgl. Bohnsack 2010; Flick/v. Kardorff/Steinke 2012; Mayring 2002), der je nach Träger, Projekt und Angebot, je nach Tätigkeit im Bezirksamt oder bei der Polizei mit geringen Variationen flexibel eingesetzt wurde. Dennoch wurden folgende Frageblöcke immer berücksichtigt:

- Vorstellung der Person, des Trägers/der Fachabteilung, der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte/Angebote und Zielgruppe(n),
- Ressourcen des Trägers/der Fachabteilung, aktuelle Arbeitsbelastung und Herausforderungen,
- Kooperation und Vernetzung im Bezirk oder Quartier,
- Problemlagen und Bedarfe im Bezirk oder Quartier,
- Einschätzung der Gewaltbelastung(en) im Bezirk oder Quartier,
- Einschätzung vorhandener/fehlender Präventionsstrukturen im Bezirk oder Quartier,
- Einschätzungen der Bedarfe zu Präventionsstrukturen im Bezirk oder Quartier,

- Wünsche und Handlungsempfehlungen für die (Weiter-)Entwicklung der Präventionsstrategie.

Camino hat sich mit der Erhebung vor allem auf drei Quartiere konzentriert: Heerstraße Nord, Falkenhagener Feld Ost und Neustadt. Hier wurden zunächst die jeweiligen Quartiermanagements interviewt. Aus den Informationen der Befragungen wurden aufgrund von Empfehlungen der Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention, der Teilnahme an Netzwerktreffen und Stadtteiltrunden sowie durch eigene Recherchen weitere Interviewpartner*innen in den entsprechenden drei Quartieren kontaktiert und interviewt.

Konzentration auf die Befragung von Fachkräften in den Quartieren Heerstraße Nord, Falkenhagener Feld und Spandauer Neustadt.

Mit Hilfe eines Jugendhilfeträgers war es möglich, sechs Jugendliche – zwei weiblich und vier männlich gelesene –, vornehmlich aus Staaken und zwischen 15 und 19 Jahre alt, an einer Gruppendiskussion zu beteiligen. Ihre Einschätzungen über die Probleme und Bedarfe von Jugendlichen und über Gewaltbelastungen in ihrem Alltag flossen in diesen Report mit ein. Sie wurden u.a. auch befragt, wie sie ihre Freizeit gestalten, ob, wo und welche Gewalt sie erleben, wie sicher sie sich in Spandau fühlen und wie ein friedliches Zusammenleben im Bezirk bzw. in ihrem Umfeld gelingen könnte.

Die Interviews mit Fachkräften aus dem Bezirksamt sowie mit Polizeibeamt*innen oder Trägern, die in ganz Spandau agieren, ermöglichen neben der intensiveren Betrachtung dreier Quartiere auch einen bezirksweiten Blick. Dass darüber hinaus an einem Treffen des Spandauer Netzwerks geschlechtsspezifische Gewalt (44 Mitglieder) mit 42 Teilnehmenden teilgenommen wurde, an dem Jour fixe der Spandauer Stadtteilkordinator*innen mit sechs Teilnehmer*innen sowie an einem Treffen des Spandauer Präventionsrats und an dem Jour fixe des Quartiermanagements in Berlin, unterfüttert den Blick über die drei Quartiere hinaus noch weiter.

Aktuelle Befunde aus dem Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023 mit Fokus auf den Bezirk Spandau wurden bereits wiederholt und unabhängig von dem Präventionsreport dem Spandauer Gewaltpräventionsrat vorgestellt. Mit den statistischen Auswertungen in Kapitel 4 des vorliegenden Präventionsreports wird ein weiterer Schritt zu einer daten- und evidenzbasierten Situationsanalyse für den Bezirk gegangen. Anknüpfend an die Bezirksprofile des berlinweiten Monitorings wird die Berichterstattung zu Kriminalität, Gewaltdelinquenz und erklärenden Rahmenbedingungen ausgebaut und dabei noch kleinräumiger ausgerichtet;

Statistische Auswertungen des Präventionsreports tragen zu einer daten- und evidenzbasierten Situationsanalyse der Gewaltbelastung im Bezirk bei. Die Berichterstattung erstreckt sich über verschiedene Erscheinungsformen von Gewalt und richtet sich sehr kleinräumig bis auf die Ebene der Planungsräume.

insbesondere wird die Ebene der Planungsräume systematisch und differenziert ausgewiesen. Mit dem „Dynamikindex“ wird zudem ein Indikator eingeführt, der mittelfristige Veränderungen in den Regionen kompakt darstellbar macht und in der landesweiten Analyse des Berliner Monitorings Gewaltdelinquenz in dieser Form noch nicht enthalten ist (vgl. die Erläuterung in Kap 4.4.). Neben der Generierung inhaltlicher Befunde zur Gewaltbelastung in Spandau zielt dieser Teil auch darauf, den Anfang einer idealerweise fortgeschriebenen und weiterentwickelten Lageanalyse für den Bezirk zu setzen. Der statistische Teil sollte zunächst als Zwischenschritt verstanden werden und idealerweise als Kristallisationspunkt dienen, an den fortlaufend weitere statistische Quellen angebinden werden können und der umgekehrt in bestehende datenbasierte Berichterstattungsverfahren im Bezirk – bspw. im Rahmen der Quartiersentwicklung – integriert werden kann.

Der Bedarf nach einem regelmäßigen Update über die Gewaltbelastungen in Spandau, auch im Vergleich zu anderen Bezirken, wurde in vielen Interviews geäußert und als sehr bedeutsame Information für alle Akteur*innen im Bezirk erachtet. Die Datenlage hilft nach Ansicht vieler

Gesprächspartner*innen, die bezirklichen Gewaltbelastungen und Präventionsbedarfe besser einschätzen zu können. Im Laufe der Erhebung ist zudem klar geworden, dass Akteur*innen in Spandau gerne spezifische Daten, u.a. im Feld der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt, nutzen würden, an die sie jedoch mit ihren Mitteln nicht oder nur mit hohem Aufwand herankommen. Im Zuge der Erhebung wurde der Bedarf sichtbar, Träger und Akteur*innen bezüglich Daten und Statistiken zu Gewaltbelastung im Bezirk zu entlasten und entsprechend zu unterstützen.

Zusätzlich zu den schon vorgestellten Erhebungsmodulen basiert der Report auf einer Literatur- und Internetrecherche sowie der Analyse vorhandener Dokumentationen und Sachberichte vieler Träger vornehmlich der Sozialen Arbeit im Bezirk.

Die Anwendung verschiedener Untersuchungs-, Erhebungs- und Auswertungsmethoden ermöglichte es, den Erhebungsgegenstand aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten (vgl. dazu Mayring 2002; Flick/von Kardoff/Steinke 2012; Bohnsack 2010).

- **Mit welchen Problemlagen und Gewaltbelastungen ist Spandau aktuell konfrontiert?**
- **Welche Präventionsstrukturen und -angebote sind vorhanden?**
- **Welcher Handlungsbedarf besteht, der in der Konzeption einer Präventionsstrategie für den Bezirk Spandau und der Tätigkeit der Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention berücksichtigt werden sollte?**

Eine wichtige Erkenntnis sei hier schon angeführt: Die Erhebung kann als eine Form der Prozessbegleitung hin zu einer kommunalen Gewaltpräventionsstrategie gesehen werden, insofern sie bei allen Beteiligten und Befragten das Thema Gewaltprävention in Spandau stärker in das Bewusstsein gerückt hat. Schon während der Interviews, die teils mit bis zu vier Fachkräften eines Trägers stattgefunden haben, hat sich ein fachlicher Austausch ergeben und den Diskurs über Präventionsstrukturen und Bedarfe befördert. So konnte die partizipativ und beteiligungsorientiert angelegte Erhebung Aufmerksamkeit für die Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention und die Themen der Präventionsarbeit bereits deutlich vor der Entwicklung konkreter Ergebnisse oder der Formulierung von Handlungsempfehlungen generieren. Die Arbeitsstelle Gewaltprävention ist als wichtiger Akteur und Ansprechpartner für Prävention in Spandau sichtbar geworden.

Um in Zukunft ein besseres Lagebild der Angebots- und Bedarfssituation hinsichtlich der Maßnahmen der Prävention und Anti-Gewalt-Arbeit zu erhalten, hat Camino außerdem damit begonnen, ein onlinebasiertes Tool für trägerbezogene Abfragen zu entwickeln. Dieses wurde mit einem Pretest unter Stadtteilkordinator*innen einer ersten Überprüfung unterzogen, und die Rückmeldungen der Teilnehmenden zum Online-Tool flossen in die Weiterentwicklung ein. Der entwickelte Fragebogen wird online zugänglich sein und ist auch in diesem Report dokumentiert. Vorgesehen ist, dass das Angebots- und Bedarfsmonitoring 2024 zum ersten Mal stattfindet und ausgewertet wird (siehe Kapitel 7).

Folgendes Zitat illustriert, dass eine Erhebung der Gewaltbelastung und Gewaltprävention in Spandau und die Entwicklung einer wissenschaftsbasierten Gewaltpräventionsstrategie, die nicht nur städtebauliche Aspekte berücksichtigt, von kommunalen Fachdiensten begrüßt werden:

„Wo viele Menschen sind, gibt es auch Probleme. Und wie man den Problemen Herr werden kann, und das finde ich schön, dass das professioneller oder wissenschaftlicher angegangen wird, denn nur baulich werden die Sachen, wenn die Probleme zwischenmenschlicher Natur sind, nicht mal im Ansatz gelöst.“ (Fachkraft Bezirksamt)

Ein*e weitere*r Ansprechpartner*in sagte, dass in Spandau viele motivierte und engagierte Menschen tätig sind, z.B. im Bereich der häuslichen Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Es gebe einen guten Austausch und zahlreiche aktive Netzwerke sowie Arbeitsgruppen. Dass nunmehr

die Erhebung stattfindet, hielt sie für sehr fortschrittlich, auch den Plan einer regelmäßigen Bedarfsabfrage unter den Trägern im Bezirk.

In Kapitel 3 werden zunächst die derzeit in Spandau bestehenden bezirklichen Präventionsstrukturen vorgestellt, bevor in Kapitel 4 die Ergebnisse der statistischen Datenanalyse präsentiert werden. In Kapitel 5 stehen die Erkenntnisse aus den quartiersbezogenen Erhebungen im Fokus. Da häusliche, innerfamiliäre und geschlechtsspezifische Gewalt in Spandau aktuell und in zunehmendem Maße spürbar und sichtbarer geworden sind, bilden dieses Thema und Handlungsfeld ein Schwerpunktthema des Präventionsreports 2023. In Kapitel 6 werden dazu die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt. In Kapitel 7 wird das Vorhaben der Bedarfserhebung skizziert und das Erhebungstool dokumentiert. Schließlich werden in Kapitel 8 Handlungsbedarfe und -empfehlungen ausgesprochen, um kommunale Akteure, den Präventionsrat und die Arbeitsstelle für Gewaltprävention bei der Entwicklung von Konzepten und Strategien zu unterstützen.

3 GEWALTPRÄVENTION IN SPANDAU. EIN ÜBERBLICK ÜBER BESTEHENDE STRUKTUREN

3.1 KIEZORIENTIERTE PRÄVENTION UND LANDESFÖRDERUNG

Ab 2017 wurden in allen Berliner Bezirken sogenannte Präventionsräte eingerichtet und bekamen – koordiniert von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – Finanzmittel an die Hand, um gewaltpräventive Maßnahmen realisieren zu können. Diese Initiative zielte und zielt bis heute neben dem Ausbau und der Weiterentwicklung von Präventionsgremien auf die Entwicklung sowie Realisierung integrierter und kiezbezogener Präventionsstrategien. Zunächst erhielten die Bezirke 2017 je 135.000 Euro jährlich, ab 2018 Mittel in Höhe von 150.000 Euro. Im Gefolge der Berliner Gipfel gegen Jugendgewalt des Jahres 2023 haben zudem diejenigen Bezirke, die überdurchschnittliche Belastungen mit Jugendgewalt aufweisen – unter ihnen auch Spandau –, von der Landeskommission noch Aufstockungen der Förderungen erhalten.

Seit 2017 erhalten alle Berliner Bezirke Fördermittel zur Realisierung integrierter und kiezbezogener Präventionsstrategien. Die Fördersumme des Berliner Senats beläuft sich auf 150.000 Euro jährlich. Zudem können im Falle hoher Gewaltbelastungen Anträge auf zusätzliche Sonderförderungen gestellt werden.

Die Etablierung der Präventionsräte verlief in allen Bezirken unterschiedlich, aber schon im Jahr 2020 war der Aufbau dieser Struktur in allen Bezirken gelungen. Berlinweit gibt es seitdem Präventionsräte, die in ihrem Bezirk die kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention verantworten, koordinieren und weiterentwickeln. Die Besonderheit an dieser Förderung ist, dass die Präventionsräte über einen eigenen Entscheidungsspielraum verfügen, wie sie die Fördermittel des Senats einsetzen. Die Förderentscheidungen richten sich nach den vorhandenen Bedarfen vor Ort. Es werden auch experimentelle Modellprojekte bedacht, die sonst nur schwer eine Förderung bekommen würden (Mörath/Zarth 2020).

Die Zuständigkeit für die kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention lag in Spandau bis 2019 dem Jugendamt bzw. dem Fachdienst Jugendförderung, begleitet durch eine Arbeitsgruppe nach § 78 SGB VIII mit Fachkräften aus der Schulsozialarbeit, Polizei, Jugendgerichtshilfe, von Trägern der Jugendfreizeiteinrichtungen, des Ressorts Gesundheit und aus der Suchtprävention. Dann wurde darüber diskutiert, welches Fachressort des Bezirksamts die Hauptverantwortung übernehmen sollte, und auch, wo zukünftig der Präventionsrat angesiedelt werden könnte. Es stand weiterhin der Fachdienst Jugendförderung zur Debatte, aber ebenso das Ressort Gesundheit/Qualitätsmanagement und die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (Mörath/Zarth 2020).

Im Rahmen des Gutachtens zur Entwicklung der kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Berlin von 2019 wurde bei Befragungen mit Beteiligten im Bezirksamt Spandau das Problem benannt, dass nach zwei Jahren noch keine Präventionsstrukturen, d.h. kein Präventionsrat, gegründet werden konnten und keine Spandauer Gesamtstrategie für Gewalt- und Kriminalitätsprävention weiterentwickelt worden sei. Zu dieser Zeit wurde favorisiert, die Leitungsstelle Gewaltprävention im Geschäftsbereich 1 (Bürgermeister*in) zu etablieren, um eine wirkungsvolle Schwerpunktsetzung an der Nahtstelle zwischen Leitung des Bezirksamtes (Bezirksbürgermeister*in) und den Leiter*innen der Ämter/ Fachämter, über den Gewaltpräventionsrat, zu etablieren.

3.2 DER SPANDAUER GEWALTPRÄVENTIONS RAT

Im Juni 2020, drei Jahre, nachdem die ersten Fördermittel des Senats geflossen und in Maßnahmen der kommunalen Gewaltprävention eingesetzt worden waren, wurde mit Bezirksamtsbeschluss unter der Headline „Spandau gegen Gewalt“ der Gewaltpräventionsrat mit Geschäftsordnung etabliert.¹ Die politische Leitung übernahmen der Bezirksbürgermeister und der Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit, die Koordination und Umsetzung verantworteten nun die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und der Leiter der Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination (OE OPK). Wichtig ist, dass in der Beschlussfassung zur Gründung des Gewaltpräventionsrats schon in Punkt 7 definiert wurde: *„Gewaltprävention bedeutet hier auch die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Gewaltphänomene wie häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt, Menschenhandel“* (Bezirksamtsvorlage vom 2. Juni 2020, 2). Dies ist ein Hinweis dafür, dass das Thema häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt in Spandau schon damals als zentrale Problemlage und Schwerpunktthema betrachtet wurde. Eine erste konstituierende Sitzung fand dann im Oktober 2020 statt.

Das Bezirksamt besteht aus einer Bezirksbürgermeisterin oder einem Bezirksbürgermeister und den Bezirksstadträt:innen, die von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewählt werden. Jedes Bezirksamtsmitglied führt einen Geschäftsbereich. Ein Bezirksamtsbeschluss ist eine Entscheidung dieses Gremiums.

Der Gewaltpräventionsrat Spandau ist ein bezirkliches, überparteiliches Gremium zur kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention und stellt eine ämterinterne Steuerungsrunde mit Vertreter*innen aller Ämter, Fachämter, den kommunalen Beauftragten, der Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination (OE QPK), der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsstelle Gewaltprävention dar. Das Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrums (SIBUZ) und die Polizeiprävention der Direktion 2 sind als Externe vertreten, wobei sich die Vertreter*innen der Polizei bei Abstimmungen enthalten. Die politische Leitung des Gewaltpräventionsrats liegt beim Bezirksbürgermeister inne, die fachliche Leitung bei der Arbeitsstelle Gewaltprävention. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte wiederum unterstützt bei der Durchführung des Gewaltpräventionsrats. Das Gremium tagt zwei- bis dreimal im Jahr.

Der Spandauer Präventionsrat ist eine überparteiliche, ämterinterne Steuerungsrunde. Die politische Leitung hat der Bezirksbürgermeister, die fachliche Leitung liegt bei der Arbeitsstelle Gewaltprävention, unterstützt von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Spandauer Träger sind weder Mitglieder noch abstimmungsberechtigt. Damit soll erreicht werden, dass potenzielle Empfänger nicht über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden. Die Spandauer Träger sind Gast öffentlicher Gewaltpräventionsratssitzungen. Die Einbeziehung der Träger/ Stakeholder geschieht vielfältig über die gut etablierte Vernetzung der verschiedenen Abteilungen des Bezirksamtes mit den Trägern in den verschiedenen Arbeitsgruppen, Steuerungsunden und Stadtteilkonferenzen. Genannt seien hier die verschiedenen Steuer- und Austauschunden wie u.a. das Spandauer Netzwerk gegen geschlechtliche Gewalt (bis Juli 2023 Spandauer Netzwerk gegen häusliche Gewalt) und Demokratiebildung Spandau, die AG Jugendgewalt, AG Mädchen sowie die bezirkliche Wirtschaftsförderung. Regelmäßig werden die Fachkräfte von Trägern der Jugendhilfe, der mobilen Sozialarbeit und von Beratungsstellen zu Treffen des Gewaltpräventionsrats eingeladen oder bringen u.a. zu Themenfeldern wie Jugenddelinquenz, geschlechtsspezifische Gewalt, Hasskriminalität

Stakeholder*innen sind über breit angelegte Vernetzungsstrukturen in Stadtteilkonferenzen, Arbeitsgruppen und Steuerungsunden beteiligt.

¹ Der Webauftritt ist einsehbar unter: <https://t1p.de/yf9k3>

und politischem Extremismus ihre Expertise ein und stellen die Ergebnisse aus ihren Steuer- und Austauschrunden dem Gewaltpräventionsrat vor.

Zu betonen ist, dass sich der Gewaltpräventionsrat in seiner Geschäftsordnung vom 14. Mai 2020 die Aufgabe zuschreibt, „*ein sozialraumorientiertes Gewaltpräventionskonzept auf der Grundlage integrierter kommunaler Strategien*“ zu erarbeiten. Ausgehend von zur Verfügung stehenden Daten bzw. Sozialraumanalysen wurden für Spandau schon früh zentrale Handlungsfelder und -räume identifiziert. Ganz wesentlich wurde der Zugang zum Präventionsbegriff dabei über die Themen Istanbul-Konvention bzw. geschlechtsspezifische Gewalt erschlossen und darüber hinaus über das breit aufgestellte Gremium weiter ausdifferenziert. Neben dem deutlichen Bezug auf die Istanbul-Konvention werden über das breite Spektrum der Gewaltpräventionsmitglieder eine Vielzahl von Bedarfen für die Spandauer Präventionspraxis sichtbar:

- Kinder- und Jugenddelinquenz
- Schul- und Gewaltprävention
- Sport- und Gewaltprävention
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Häusliche Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Präventiver Kinderschutz
- Jugendstrafrechtspflege
- Politischer Extremismus
- Sexismus
- Cyber-Gewalt und Stalking
- Gewalt gegen Roma und Sinti
- Gewalt gegen Menschen mit Behinderung
- Gewalt gegen ältere Menschen
- Radikalisierungsprävention (gegen Rechtsextremismus, religiösen Fundamentalismus)
- Querschnittsaufgabe: Opferschutz und Antidiskriminierungsarbeit²

Der Gewaltpräventionsrat, der als ämterinterne Steuerungsrunde auf der Ebene der Fachamtsleitungen arbeitet, wurde mit einem Koffer von Herausforderungen auf die Reise geschickt. Anfangs arbeitete er noch ohne ausformulierte und abgestimmte Handlungsstrategien. Mitunter konnte bis Ende 2022 das Leitziel, die Datenerfassung von Gewaltformen, Risikofaktoren und besonders vulnerablen Personengruppen nur graduell erfolgen.

Aber auch ohne eine Gewaltpräventionsstrategie gab es Schwerpunkte in der kommunalen Gewaltprävention. Es wurden (Modell-)Projekte realisiert, und die Förderung konzentrierte sich dabei auf Maßnahmen, die die Chance einer bezirklichen Verstetigung aufwiesen.

Die geförderten Projekte lagen und liegen bis heute u.a. in Feldern der Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum, der Prävention durch Sport und Bewegung, der Eltern- und Familienarbeit sowie Angeboten für besonders vulnerable Zielgruppen oder in Schulen. Auch städtebauliche Projekte werden realisiert. Ziel der Förderung ist es nach wie vor, präventionsrelevante Strukturen auf Bezirksebene und in ausgewählten Quartieren weiterzuentwickeln und langfristig zu verstetigen.

3.3 SCHWERPUNKTE DER PRÄVENTIONSPRAXIS

3.3.1 Förderbeginn 2017

Schon im ersten Förderjahr der kommunalen Gewaltprävention entwickelte das Jugendamt Spandau ein Kurzkonzept zu bezirklichen Präventionsmaßnahmen, das darauf ausgerichtet war,

² Quelle hierfür ist die unveröffentlichte Geschäftsordnung des Präventionsrats.

die Möglichkeiten der bestehenden sozialen Infrastruktur im Bezirk, in erster Linie die des Jugendamtes und kooperierender Arbeitsbereiche, zu nutzen. Als gewaltbelastete Quartiere wurden das Falkenhagener Feld, Spandau Mitte und Heerstraße Nord identifiziert. Als wichtige Zielgruppen für gewaltpräventive Maßnahmen wurden Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchthintergrund, Sinti- und Roma-Familien sowie Familien aus Südosteuropa in den Blick genommen und für sie Maßnahmen umgesetzt. Schon damals entwickelte sich eine starke Kooperation zwischen Projekten von Streetwork Spandau Mitte, Streetwork Staaken, Streetwork Falkenhagener Feld mit der Jugendgerichtshilfe, der AG Jugendgewalt, der AG Kooperation Jugendhilfe-Polizei, den Spandauer JFEen, dem Ordnungsamt, den Polizeiabschnitten 21 und 23 sowie den Stadtteilkonferenzen, mit den Trägern Kompaxx e.V. Mentorenprojekt, Medienkompetenzzentrum CIA und der Stabsstelle Integration. Umgesetzt wurden:

- Muttersprachliche, aufsuchende Arbeit mit Sinti- und Roma-Familien und mit Familien aus Südosteuropa mit dem Ziel, Vertrauen aufzubauen, Delinquenz zu reduzieren und zu vermeiden und sich gegen häusliche Gewalt und für den Kinderschutz einzusetzen.
- Für die Zielgruppe geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene wurde ein Projekt der Straßensozialarbeit gefördert, um in dieser Gruppe soziale Kompetenzen zu stärken und alternative Konfliktlösungsstrategien zu vermitteln und zu befördern.
- Das Modellprojekt „Offene Familienwohnung“ für Kinder im Grundschulalter in dem besonders belasteten Quartier Falkenhagener Feld beruhte auf einem starken regionalen Netzwerk unterschiedlichster Akteure. Es zielte darauf, Kindern die Chance zu eröffnen, ihre Freizeit gewaltfrei und geschützt verbringen zu können sowie Familien in Regelangebote des Hilfesystems zu integrieren. Das Angebot zeichnete sich dadurch aus, dass es wohnortnah, offen und niedrigschwellig war und Raum für Beratungen und Gespräche gab.

3.3.2 Förderjahr 2018

- Im zweiten Förderjahr wurde vor allem dem Spandauer Zentrum Beachtung geschenkt und dort die Straßensozialarbeit im öffentlichen Raum finanziert.
- Die aufsuchende Arbeit mit Sinti- und Roma-Familien wurde weitergeführt, konzentrierte sich nun auf nur ein Wohnhaus am Brunsbütteler Damm 90. Dort hatten sich in Folge der Überbelegung einzelner Wohnungen komplexe Problemlagen entwickelt. Im Sachbericht für 2018 an die Landeskommision wurde betont, dass der Schwerpunkt der kommunalen Kriminalitätsprävention auf Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Sinne von Armuts- und Kriminalitätsprävention liege.

3.3.3 Förderjahr 2019

Da es in Spandau im Vergleich zu anderen Bezirken noch keinen Präventionsrat gab und die politische Entscheidung für ein zu bildendes Gremium ausstand, verantwortete der Fachdienst Kinder- und Jugendförderung federführend und aktiv auch noch im dritten Jahr die kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Mittlerweile waren die laufenden Projekte in den Fachämtern des Bezirks sowie bei freien Trägern bekannt, es wurde auch mit den QM-Büros kooperiert. Es zeigte sich schon 2019, dass sich in Spandau eine stark ausgeprägte Kooperationsmentalität entwickeln konnte. Der Bogen der Abstimmung spannte sich über die Präventionsbeauftragten der Polizei bis hin zu dem Stadtplanungsamt und der GEWO BAG.

Förderschwerpunkte im Jahr 2019 waren:

- Weiterführung der aufsuchenden Arbeit mit dem Ziel der Armutsprävention von Kindern in Sinti- und Roma-Familien in nicht zuordenbaren Wohnverhältnissen, Sicherstellung des Kinderschutzes vor allem in den Quartieren Heerstraße Nord. Zielgruppe einer niedrigschwelligen aufsuchenden Sozialarbeit blieben ebenso die Familien aus Südosteuropa.
- Erneut wurde die Offene Familienwohnung im Falkenhagener Feld gefördert und evaluiert. Das wirksame Projekt konnte ausgeweitet werden, da im Quartier Heerstraße Nord die Wohnungsbaugesellschaft eine Wohnung kostenfrei zur Verfügung stellte. Beide Projekte

arbeiteten kiez- und sozialräumlich, förderten einen nachbarschaftlichen Ansatz und das Miteinander im Wohnumfeld. Bewohner*innen erhielten mehr Möglichkeiten zur Beteiligung.

- Streetwork im kriminalitätsbelasteten Sozialraum Spandau Mitte (Bezirkszentrum Rathaus, Bahnhof, Münsinger Park und Lindenufer), Vermittlung von Schul- und Praktikumsplätzen für junge Geflüchtete sowie Unterstützung bei der Bewältigung von Anträgen, Aufbau einer Gruppe von geflüchteten Mädchen und Schülerinnen in einem Schülerclub, längerfristige Beratungen und regelhafte Gruppenangebote.

3.3.4 Förderjahr 2020

Es wurden zwei Projekte weitergeführt, die schon 2017 begonnen hatten und so eine Kontinuität erlangen konnten. Es handelt sich dabei um die muttersprachliche und aufsuchende Sozialarbeit für Familien aus Südosteuropa und die Straßensozialarbeit für junge Geflüchtete. Letztere ging über in die Regelförderung des Jugendamts und wird noch heute aus dem Bereich der Projektförderung Straßensozialarbeit mitfinanziert.

Im Jahr 2000 begann im Herbst die Arbeit des Gewaltpräventionsrats und die Verantwortung und Koordination für die kommunale Gewaltpräventionsarbeit wechselte einvernehmlich von der Jugendförderung auf breitere und interdisziplinäre Schultern.

3.3.5 Förderjahr 2021

Aus dem Sachbericht des Gewaltpräventionsrats von 2021 geht hervor, dass die Präventionsanstrengungen vorangekommen waren und es gelungen war, diverse Fachabteilungen, die Stadtteilkonferenzen, die Quartiersmanagements und die Träger in Spandau zunehmend für das Ziel der Gewaltprävention zu sensibilisieren und miteinander zu verzahnen.

Die angestrebte Verstetigung der Finanzierung von Maßnahmen und Projekten aus Haushaltsmitteln des Bezirkes oder des Landes, die vorläufig mit anderen Finanzmitteln auf den Weg gebracht werden konnten, stellt keine Automatik dar, da die Haushaltslage dies mitunter nicht zulässt.

In diesem Jahr wurde als Schwerpunkt der Prävention das Handlungsfeld häusliche Gewalt genannt und beschrieben, wie das gemeinwesenorientierte StoP-Projekt (Stadtteile ohne Partnergewalt)³ in der Spandauer Neustadt sowie in Staaken und Haselhorst erfolgreich seine Arbeit aufgenommen hatte. Es wurden viele Familien aufgesucht, Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit hergestellt und verteilt, zudem wurden öffentliche Veranstaltungen organisiert wie etwa ein Kiez-Fest in Kooperation mit dem Frauenberatungszentrum Eulalia Eigensinn e.V. und dem Mädchenladen Spandau. 2022 musste StoP ausgesetzt werden, da es an Fachkräften mangelte. Zu nennen ist für dieses Jahr auch das Modellprojekt der Kita-Sozialarbeit des Kirchenkreises Spandau, das Familien mit multiplen Problemlagen niedrigschwellige Beratungsangebote mit dem Ziel machte, den Kinderschutz zu stärken.

3.3.6 Förderjahr 2022

Den Förderanträgen und Sachberichten des Jahres 2022 ist zu entnehmen, dass häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt im Mittelpunkt der kommunalen Gewaltpräventionsstrategie blieb und hier Maßnahmen verstärkt umgesetzt wurden:

- FEMav – Female against violence – für die Zielgruppe geflüchteter Frauen mit Gewalterfahrung. Die Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben (GIZ) bot für von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen traumapädagogische Unterstützung an.
- Die Frauenberatungsstelle Eulalia Eigensinn e.V. wurde mit dem traumapädagogischen Angebot für Kinder, die häusliche Gewalt als Opferzeug*innen miterleben mussten, gefördert.

³ Träger in Spandau ist die Frauensebsthilfe – Frauen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. <https://stop-partnergewalt.org/wordpress/konzept/warum-braucht-es-stop>

Parallel zu „Über Gewalt sprechen“ wurde ein Angebot für die Zielgruppe traumatisierter und von Gewalt betroffener Mütter finanziert. Sie wurden in psychoedukativen Kompetenzen gestärkt.

- Weiterhin wurden Familien aus Südosteuropa mit aufsuchender Arbeit unterstützt.

Aus Interviews mit Akteur*innen im Bezirksamt im Rahmen der Erhebung 2023 zur Entwicklung der kommunalen Gewaltprävention geht hervor, dass sich ab 2020 schon deutlich abzeichnete, dass die Koordinierung und inhaltliche Befassung mit einer Gewaltpräventionsstrategie und den hohen, in der Geschäftsordnung formulierten Ansprüchen an das Gremium Gewaltprävention nicht „nebenbei“ und zusätzlich zu erfüllen waren. Es stellte sich als eine große Herausforderung für die Beteiligten heraus, die kommunale Gewaltprävention zusätzlich zur regulären Arbeit und ohne zusätzliche personelle Ressourcen umzusetzen. *„Es ist eine ganz, ganz prekäre Nebentätigkeit, und das konnte es natürlich nicht sein“ (Fachkraft Bezirksamt).* Es gab einen hohen Bedarf, nach einer*m Mitarbeiter*in, der/die sich der kommunalen Gewaltprävention ausschließlich widmen konnte.

Da sich Koordinierung und Konzeption einer Gewaltpräventionsstrategie nicht „nebenbei“ ohne zusätzliche Personalressourcen zufriedenstellend realisieren ließ, wurde die Arbeitsstelle Gewaltprävention mit einer Personalstelle eingerichtet, um die kommunale Gewaltprävention effektiver in Teilschritten weiterzuentwickeln und zu befördern.

3.4 DIE SPANDAUER ARBEITSSTELLE GEWALTPRÄVENTION

Schließlich wurde Anfang 2023 die Spandauer Arbeitsstelle für Gewaltprävention mit einer Personalstelle geschaffen, die der Leiter der Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination (OE OPK) im Juli übernommen hat. Seitdem verfügt Spandau über eine personale Ressource mit Kapazitäten, die es erleichtern, die aktuellen Vorhaben der kommunalen Gewaltprävention umzusetzen und in Teilschritten eine Gewaltpräventionsstrategie zu konzipieren. Die Arbeitsstelle ist eingerichtet worden, um die kommunale Gewaltprävention auf ein stabiles Fundament zu heben, die Steuerungsstrukturen weiterzuentwickeln und Maßnahmen wirksam umzusetzen. Langfristig sorgt nun die Arbeitsstelle Gewaltprävention dafür, dass der Gewaltpräventionsrat effektiv arbeiten kann und die politische Leitung des Bezirks mit Expertise unterstützt wird, die auch Grundlage für politische Entscheidungen im Feld der Gewaltprävention sein kann. Zu bedenken ist, dass die aktuelle Personalausstattung (1 Vollzeitstelle) der Arbeitsstelle es zunächst nur erlaubt, vor allem zentrale Aufgaben wahrzunehmen und die notwendigen Strukturen für die Zukunft aufzubauen.

Die zentralen Ziele der Arbeitsstelle Gewaltprävention sind

- die Verhinderung von Gewalt bzw. Verhinderung der Fortsetzung von Gewalt,
- der Auf- und Ausbau von Hilfe- und Schutzstrukturen sowie von Hilfeangeboten,
- die Information zu Ursachen, Formen und Auswirkungen von Gewalt in die Gesellschaft hinein und
- die Umsetzung gewaltpräventiver Projekte.

Auch die Handlungsfelder bleiben, wie sie in der Geschäftsordnung des Gewaltpräventionsrats 2020 formuliert worden sind. Dabei ist eine deutliche Fokussierung auf geschlechtsspezifische Gewaltphänomene (häusliche und sexuelle Gewalt, Menschenhandel) zu erkennen.

Aus Sicht der Arbeitsstelle stehen aktuell diese drei Gewaltphänomene in Spandau im Vordergrund:

- Gewalt gegen Frauen und Mädchen; Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Gewalt in den Schulen (Grundschulen)

- Auch Entfremdungs- und Abkopplungsprozesse zwischen muslimischen oder so gelesenen Spandauer*innen auf der einen Seite und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft auf der anderen Seite werden als relevant betrachtet, wobei betont wird, dass es sich hier nicht um Gewalt im engeren Sinn handelt.

Ein dringlicher Handlungsbedarf wird darin gesehen,

- Nachbarschaftszentren und ähnliche Einrichtungen auf Kiezebene in Richtung Empowerment der Bewohner*innen zu stärken,
- kommunale Angebote so zu gestalten, dass diese zu einer stärkeren Mitwirkungsbereitschaft und Identifikation der Bürger*innen für ihre Angelegenheiten einlädt,
- einen kritischen, verbindenden Dialog der Nachbar*innen untereinander – jenseits kultureller, religiöser oder anderer Merkmale – zu fördern und so die Demokratisierung zu stärken,
- Desintegrationsprozessen und Angriffen auf die Glaubwürdigkeit des Staates entgegenzuwirken,
- im öffentlichen Raum demokratische Grundwerte und öffentliche Handlungsfähigkeit durch aktive Gewaltprävention des Bezirks sichtbar zu machen.

Im Gespräch mit Beteiligten der Arbeitsstelle wurde vorgestellt, dass der Fachaustausch mit der sozialen Praxis, den Stakeholdern innerhalb und außerhalb des Bezirksamtes und den Trägern des Bezirks intensiviert werden soll. 2024 sollen weitere lösungsorientierte Austausch- und Arbeitsbeziehungen in schon bestehenden kommunalen Strukturen genutzt werden, um die Gewaltprävention voranzubringen. So auch bei Fragen des öffentlichen Raums und dort auftretender Nutzungskonflikte.

Fachtage und andere Austauschrunden, Hintergrundgespräche zwischen der Arbeitsstelle und den verschiedenen Fachebenen können zukünftig Reflexionsräume und den Austausch über das Thema Gewaltprävention schaffen. Die Praxisebene soll dabei auch die eigenen Angebote und das eigene Handeln bewerten, sich also mit den eigenen Vorgehensweisen konstruktiv auseinandersetzen und sich auch Visionen erlauben.

Zukünftig sollen Stakeholder*innen der Sozialen Praxis stärker in einen Fachaustausch mit der Arbeitsstelle Gewaltprävention und auch untereinander gehen. Ziel ist es, Reflexionsräume zu schaffen, wo die Arbeitsstelle, die Fachebene und auch die Bewohnerschaft in einen Dialog zum Thema Gewaltprävention kommen können.

Aktuell besteht zum Beispiel ein Fachaustausch zwischen der Arbeitsstelle Gewaltprävention und der polizeilichen Prävention zu verschiedensten Themen der Gewaltdelinquenz und Gewaltprävention, um im kollegialen Miteinander möglichst schnell handlungsfähig zu sein.

Guter Kontakt besteht auch zur Gewaltprävention der Berliner Feuerwehr auf Bezirks- und Landesebene, die 2023 nach den Silvesterereignissen 2022 mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie Fußballturnieren, in Erscheinung getreten ist und 2024 mit weiteren Präventionsmaßnahmen an Oberschulen und in Jugendfreizeiteinrichtungen in Spandau fortgesetzt werden soll.

Expertise im Präventionsrat vergrößern

Die Arbeitsstelle Gewaltprävention trifft auf der Basis der vorhandenen Expertise und des hohen Engagements der Mitarbeitenden in den Fachämtern begründete Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln zur Gewaltprävention treffen und die Entscheidungen. Aufgabe der Arbeitsstelle Gewaltprävention ist es auch, die einzelnen Fachämter bei Bedarf zu begleiten, auf Wunsch z.B. die Kooperation und das Zusammenwirken verschiedener Fachabteilungen zu unterstützen. Das konstruktive Miteinander des Gewaltpräventionsrats Spandau wird auch mit diesem Report wissenschaftlich unterstützt.

Die Arbeitsstelle trifft Entscheidungen zur Vergabe von Fördermitteln für Projekte der Gewaltprävention auf der Grundlage der Expertise und des Engagements von Mitarbeitenden in den Fachämtern – diese werden wiederum durch die Arbeitsstelle begleitet und unterstützt.

Transparenz schaffen – Beteiligung fördern

Aber nicht nur die interne Aufstellung und Haltung des Gewaltpräventionsrats werden als bedeutsam erachtet. Auch in der Öffentlichkeit, für alle Spandauer*innen und gegenüber Trägern soll zukünftig die Transparenz über das Tun und Handeln des Gewaltpräventionsrats und seiner Arbeitsstelle befördert werden – dies u.a. anhand eines optimierten Webauftritts, der ab April 2024 online gehen soll.

Die Arbeitsstelle will ihre Förderentscheidungen verstärkt gegenüber Trägern, Bewohner*innen und der Öffentlichkeit sichtbar machen und mehr Transparenz schaffen.

Es wird ebenso ein hoher Bedarf gesehen, ein geeignetes Verfahren zu etablieren, wie der Gewaltpräventionsrat und die Arbeitsstelle Gewaltprävention sowie Spandauer Präventionsakteur*innen regelhafte Daten erhalten, die sie befähigen, effektiv zu planen und zu agieren.

„Die Kommune muss in die Lage versetzt werden, das Richtige zu tun. Wenn wir die richtigen Informationen zur richtigen Zeit bekommen und gebündelt vorlegen können, dann erhöht sich die Chance, Entscheidungen durchzusetzen, über die sonst seit Jahren diskutiert wird.“ (Arbeitsstelle)

Daher wurde die Camino-Werkstatt, wie schon kurz beschrieben, von der Arbeitsstelle Gewaltprävention mit der Entwicklung eines Instruments zum Bedarfsmonitoring beauftragt, eine Online-Abfrage, die unter den Trägern in Spandau eingesetzt werden soll.

Hierzu sollen solide Erkenntnisse geliefert werden:

- Welche gewaltpräventiven Angebote werden umgesetzt?
- Mit welchem Ziel und für welche Zielgruppen werden die Angebote umgesetzt?
- Wer wird erreicht? Wer wird nicht oder nur unzureichend erreicht?
- Wie wird das Projekt finanziert? Wird es auskömmlich finanziert?
- Wie aufwändig gestaltet sich die Finanzierung?
- Was wünsche ich mir für meine Arbeit?

Die Träger, die im Rahmen der Erstellung des Präventionsreports gefragt wurden, inwieweit sie eine regelmäßige Abfrage als förderlich und hilfreich ansehen, begrüßten mehrheitlich die Initiative für ein solches Bedarfsmonitoring – allerdings mit der Einschränkung, dass *„das Verfahren nur dann effektiv sein wird, wenn die Teilnehmenden ebenso regelmäßig darüber informiert werden, was die Abfrage ergeben hat und was auf der Grundlage der Ergebnisse entwickelt oder geplant wird“ (Suchtberater*in)*. Insoweit sich die Mehrarbeit durch die Teilnahme an der Abfrage für die Träger auszahlt bzw. wertgeschätzt wird, kann ein Bedarfsmonitoring mit Unterstützung rechnen.

Die Arbeitsstelle plant folgende Aktivitäten für 2024 und darüber hinaus:

- den technischen Verwaltungsaufwand zu minimieren,

- Projekte inhaltlich enger zu begleiten,
- die Gewaltprävention mit Netzwerkpartnern jenseits der geförderten Projekte, voranzubringen (wie z.B. die Aktion zum Runden Tisch Berlin, mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst u.a.),
- die Organisation eines Fachtags, bei dem auch die Ergebnisse dieses Reports und der Ergebnisse der Befragung vorgestellt und diskutiert werden können. Die Vision ist, dass Fachtage regelmäßig und zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen stattfinden,
- den fachkollegialen Austausch via Fachgespräche unter Mitgliedern des Präventionsrats mit dem Ziel, aktuelle Entwicklungen in allen Fachbereichen zu verfolgen und einschätzen zu können, gegebenenfalls ergänzt mit Expertise von außen zu verstärken.

Auf der Grundlage der ersten Befunde der wissenschaftlichen Erhebung zur Gewalt und Gewaltprävention in Spandau kann der Bezirk Spandau 2024 beginnen, ein sozialraumorientiertes Gewaltpräventionskonzept zu erarbeiten.

Neben den (infra-)strukturellen (Weiter-)Entwicklungen der Koordination der kommunalen Gewaltprävention blieb der Bezirk auch aktiv in der Umsetzung von durch die Mittel der Landeskommision Berlin gegen Gewalt geförderten Projekten. Das Förderjahr 2023 zeichnete sich dadurch aus, dass wieder Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt einen Schwerpunkt bildeten. Parallel dazu rückte auch die Gewaltprävention durch Sport und Bewegung für Kinder und Jugendliche in den Fokus.

Förderungen 2023

- Kinder und Jugendliche in der Region Gatow/Kladow wurden mittels eines Modellprojekts mit Aktionen, Workshops und Sportevents angesprochen, mit dem Ziel, Mobbing, Ausgrenzung und Gewalt zu verringern.
- Ein weiteres Sport-Gewaltpräventionsprojekt richtete sich direkt an Jugendliche mit dem Ziel, durch gemeinsame Aktivitäten Freundschaften zu befördern, Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln und Selbstbewusstsein zu stärken.
- An Bildungsorten leitete ein Bewegungskoch im Projekt Sportkinder e.V. Kinder mit dem Ziel an, Mobbing, Hate Speech, Extremismus/Radikalisierung, körperliche und seelische Gewalt und Diskriminierung verhindern zu helfen. Im Vordergrund stand dabei, dass Schüler*innen durch positive gemeinsame Erlebnisse im Sport und durch Teambuilding einen wertschätzenden Umgang miteinander lernen. Das Projekt von Sportkinder e.V. war als Modellprojekt angeschoben worden und könnte mit ähnlichen Modulen auch in Oberschulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften eingesetzt werden. Hierzu sollte jedoch noch eine Wirkungsfeststellung erbracht werden.
- Ein punktuell Projekt war „Respect in Schools“. Es wurde lediglich an der Siegerland-Grundschule im Falkenhagener Feld auf Initiative der Schulleitung realisiert. Es handelte sich um ein Angebot für Schüler*innen, das alltägliche Konflikte als Gewaltauslöser thematisierte und gewaltfreies Lernen stärken sollte. Hierfür arbeiteten die Einrichtung „Familien im Zentrum“ (FiZ), Kitas im Einzugsbereich und das Klubhaus Spandau zusammen.

Aktivitäten in 2024

Diese basieren auf der Tatsache,

- dass Spandau berlinweit bei (Jugend)Arbeitslosigkeit den zweiten Rang einnimmt.
- dass Spandau hinsichtlich der Kinderarmut den dritten Rang einnimmt.
- dass Spandau Im Feld Jugendgewalt eine leicht erhöhte Belastung zeigt, mit Unterschieden zwischen den Bezirksregionen,
- dass Gewaltvorfälle an Schulen 2022 erheblich zugenommen haben.
- dass Spandau 2022 von allen Berliner Bezirken die höchste Belastung von partnerschaftlicher und familiärer Gewalt zeigt. Sie liegt mit 49,1% über dem Berliner Durchschnitt.

- dass im Bezirk Misshandlungen von Kindern und Kindeswohlgefährdung über dem städteweiten Durchschnitt liegen. Die räumlichen Schwerpunkte bleiben vor allem das Falkenhagener Feld, die Spandauer Neustadt, Siemensstadt, Wilhelmstadt und der Sozialraum Heerstraße Nord.
- dass die Gewaltbelastung in Spandau Mitte, in Siemensstadt, Wilhelmstadt und in Haselhorst wie auch im Sozialraum Heerstraße Nord besonders hoch ist.

Finanziert werden 2024 eine Reihe gewaltpräventiver Projekte mit Mitteln aus der Förderung der Landeskommission bzw. teils aus Sonderförderungen. Viele der Maßnahmen wurden schon 2023 realisiert und werden weitergeführt. Es handelt sich vorwiegend um Projekte

- im Feld der Gewaltprävention durch Sport und Bewegung (vier Maßnahmen),
- im Bereich häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt (zwei Maßnahmen) und
- Täterarbeit für die Zielgruppe Männer (aus Lottomitteln).

Das Projekt zur Täterarbeit startet nach einer langen Vorlaufzeit und wird von der Volkssolidarität LV Berlin e.V. durchgeführt. Die Finanzierung dieses wichtigen Bausteins zur Erreichung der Istanbul-Konvention-Zielstellungen konnte nach langem Vorlauf schließlich für die Jahre 2024, 2025 und 2026 über „Lottomittel“ sichergestellt werden, nachdem sich die politische Leitung des Bezirksamtes und die Arbeitsstelle Gewaltprävention auf unterschiedlichen Ebenen dafür ausgesprochen haben.

Ab Juni 2024 setzt erneut eine Maßnahme zur Gewaltprävention an einer Grundschulen an, Träger ist hierbei wieder Respekt e.V. Ebenfalls aus Mitteln der Förderung der Landeskommission soll der Präventionsreport fortgeschrieben und das Bedarfsmonitoring umgesetzt werden. Die bestehende Website zum Gewaltpräventionsrat Spandau und der Arbeitsstelle Gewaltprävention befindet sich noch im Aufbau (Stand Februar 2024).

Insgesamt wurden 150.000 Euro für die kiezorientierte Prävention und 85.000 Euro an Sonderfördermitteln für das Jahr 2024 beantragt und genehmigt. Die Gewaltprävention ist inhaltlich mit anderen Programmen verbunden: U.a. Soziale Stadt, Demokratie leben und BENN. Darüber hinaus gibt es Verknüpfungen zwischen der kiezorientierten Gewaltprävention und der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere. In diesem Rahmen wurden 2022 für die Sozialräume Heerstraße, Falkenhagener Feld und Spandauer Neustadt je ein Integriertes Handlungskonzept (IHK) entwickelt, das partizipativ Bedarfslagen ermittelt und Schlüsselmaßnahmen für die Handlungsräume definiert hat. Ziel ist, das Verwaltungshandeln zu stärken und kooperativ vorzugehen, damit eine leistungsfähige Infrastruktur, nachhaltige öffentliche Dienstleistungen und sozio-integrative Angebote sichergestellt werden.⁴

3.5 ZUSAMMENFASSUNG

Mit der anfänglichen Anbindung der Spandauer Kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention im Jugendbereich lag der Fokus der geförderten Projekte zunächst auch im Bereich Kinder- und Jugendarbeit. In den ersten drei Förderjahren gab es räumliche Schwerpunkte in Spandau Mitte, Heerstraße Nord und Falkenhagener Feld. Als Gewaltlagen wurden damals erkannt: Jugendgewalt, Gewalt an Schulen, Kinderschutzfälle/Kindeswohlgefährdung, sexualisierte und häusliche Gewalt sowie Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum und zudem interkulturelle Konflikte. Mit der Etablierung des Gewaltpräventionsrats im Jahr 2020 wurden auch

⁴ <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/gemeinschaftsinitiative/index.shtml>

andere Bedarfe in den Blick genommen. Die kommunale Gewaltprävention öffnete sich einem breiteren Förderbereich.

In Spandau wurde schon früh die Bedeutung erkannt, die Präventions- und insbesondere die Förderpraxis auf der Grundlage einer datenbasierten Identifizierung von sozialräumlichen Schwerpunkten, zentralen Handlungsfeldern und damit einhergehenden Bedarfen zu entwickeln und umzusetzen. Im Blick waren und sind vor allem Bezirksregionen, die von Armut und komplexen Multiproblemlagen geprägt sind (z.B. Falkenhagener Feld, Spandauer Neustadt, Siemensstadt, Wilhelmstadt, Heerstraße Nord). Zudem werden Personen mit Fluchthintergrund, die vermehrt nach Spandau gezogen sind, als Zielgruppe wahrgenommen und mit Angeboten erreicht.

Wesentliche Beachtung finden seit 2017 und weiterhin zunehmend die Themen häusliche Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Umsetzung der Istanbul-Konvention, da Spandau – gemessen an der Zahl der Einwohner*innen im Bezirk – in diesem Bereich berlinweit die höchsten Belastungen aufweist.

Neben den Förderentscheidungen steht nun besonders der Informationsaustausch im Zentrum der Gremienarbeit. Dem Gewaltpräventionsrat wird dabei ein hoher diskursiver Wert beigemessen, der – so die Einschätzung – einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann, das Thema Gewaltprävention zunehmend in Zivilgesellschaft und Verwaltung zu verankern. Es ist das Ziel, die kommunale Gewaltprävention als Querschnittsaufgabe in alle Fachabteilungen und bezirklichen Strukturen wahrzunehmen und so darüber hinauszugehen, lediglich die Förderentscheidungen über die Mittel der Landeskommision zu verantworten. Ein Potenzial der Arbeitsstelle liegt darin, Träger und Engagierte innerhalb und außerhalb der Verwaltung mit ihren Potenzialen, Belastungen und Bedarfen bewusster wahrzunehmen und ihre Beteiligung sowie den Fachaus-tausch mit ihnen und untereinander zu befördern.

Wenn die Arbeitsstelle Gewaltprävention den nun angestoßenen Prozess weiter anschiebt, erhöhen sich die Chancen, dass die Träger – unterstützt durch die Spandauer Arbeitsstelle für Gewaltprävention – jenseits der Förderung durch Senatsmittel auch bezirkliche Mittel oder Finanzquellen aus anderen Töpfen für gewaltpräventive Maßnahmen einsetzen können. Wenn verstärkt ebenfalls wissenschaftliche Evidenzen für die Bedarfe im Bezirk generiert werden, *„können wir auch unbequeme Fakten und Bedarfe benennen, die nicht einfach weggewischt werden“*, formulierte ein*e Interviewpartner*in, der/die sich wünschte, dass in Zukunft politisch tragfähige und legitime Forderungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Gewaltprävention auch auf Senatsebene mehr Beachtung finden.

4 ZAHLEN – DATEN – FAKTEN. KRIMINALITÄT UND GEWALT IN SPANDAU

Verlässliche Wissensgrundlagen sind eine wichtige Voraussetzung für die Konzipierung sozialer Interventionen im kommunalen Raum im Allgemeinen und kommunaler Präventionsstrategien gegen Gewalt und Kriminalität im Besonderen. Während für verschiedenste soziale Phänomene in Berlin aber mittlerweile auch kleinräumige differenzierte Datengrundlagen aufgebaut wurden, werden Konflikte im Zusammenleben oftmals noch stiefmütterlich behandelt. Aussagekräftige Daten und Informationen stehen nicht immer zur Verfügung oder werden nicht ausreichend aufbereitet.

Daher wird bspw. in den sogenannten Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten (IHEK) für die Quartiersmanagement-Gebiete oder den für die Zwecke der Stadtplanung entwickelten Bezirksregionenprofilen das Themenfeld von Gewalt im Sozialraum in sehr unterschiedlicher Form berücksichtigt. Allerdings ist in Berlin mit dem Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz in den letzten Jahren ein Verfahren entwickelt worden, das flankierend zur Berichterstattung der Polizei Berlin auf der Landesebene relevante Informationen aufbereitet und analysiert. Das Monitoring umfasst auch Bezirksprofile, die aber aufgrund seiner landesweiten und bezirksübergreifenden Anlage zwangsläufig selektiv bleiben müssen und nicht jede kleinräumige Besonderheit berücksichtigen können. Das vorliegende Kapitel versucht die damit markierte Lücke ein Stück weit zu schließen. Es ergänzt und erweitert die Darstellungen des Berliner Monitorings Gewaltdelinquenz systematisch um deutlich differenziertere Informationen zum Bezirk Spandau.

Spandau ist damit der erste Berliner Bezirk, für den ein entsprechend umfassend erweitertes Bezirksprofil vorliegt. Es handelt sich also um ein Pionierprojekt, für das in dieser Form in Berlin bisher keine Vorbilder bestehen. Die Auswertung sollte insofern als ein Grundstein verstanden werden, der fortlaufend vertieft, ergänzt und erweitert werden kann.

4.1 KONTEXTFAKTOREN UND SOZIALSTRUKTUR VON SPANDAU

Um Ansatzpunkte für wirkungsvolle präventive Maßnahmen zu gewinnen, hat sich das Konzept von Risiko- und Schutzfaktoren im Diskurs der Prävention fest etabliert. Risiko- und Schutzfaktoren sind Einflussfaktoren, die das Aufkommen von Kriminalität und Gewalt beeinflussen und sich in unterschiedlichen Bereichen – dem Quartier, der Nachbarschaft, der Familie usw. – ansiedeln können. Anerkannte kommunale Präventionskonzepte wie der aus den USA nach Deutschland transferierte Ansatz „Communities That Care“ (CTC) und die „Grüne Liste Prävention“ verwenden diese Systematik, um für kommunale Räume passende und aussichtsreiche Maßnahmen auszuwählen.

Schutz- und Risikofaktoren in Familie, Schule, Nachbarschaft beeinflussen die lokale Gewaltbelastung.

Bevor nachfolgend kleinräumig differenzierte Daten zum Aufkommen von Kriminalität und Gewalt in Spandau präsentiert werden, sollen in lockerer Anlehnung an dieses Modell einige Daten zur Bevölkerungsstruktur und sozialen Lage in Spandau dargestellt werden. Sie können eine detaillierte Analyse von Schutz- und Risikofaktoren nicht ersetzen, bieten aber erste Hinweise zur Kontextualisierung der Daten zur Kriminalität und Gewalt. Auch Konflikte im kommunalen Zusammenleben sind nämlich selbstverständlich in die Lebenssituation der Bürger*innen eingebettet. Das sollte ebenso im Rahmen konzeptioneller Überlegungen berücksichtigt werden, um die präventive Perspektive nicht auf Symptome in Form von Gewalt und Konflikten zu begrenzen, sondern diese als Ausdruck komplexer sozialer Zusammenhänge zu verstehen.

Sozialstatistische Daten beschreiben das Aufkommen von Schutz- und Risikofaktoren.

Spandau ist sicherlich in der Gesamtberliner Perspektive kein „Hotspot“ von Gewalt und Kriminalität, weist aber in manchen Hinsichten – insbesondere bezüglich innerfamiliärer und

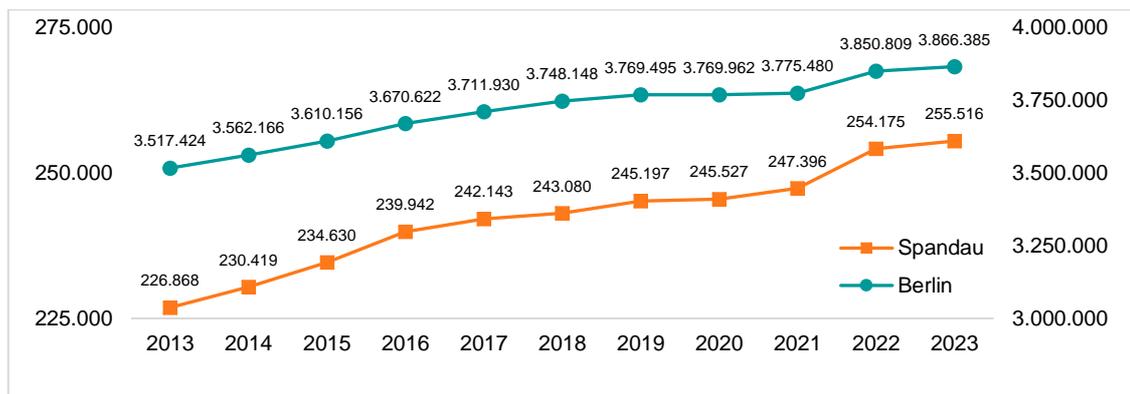
partnerschaftlicher Gewalt – dennoch Spitzenwerte für ganz Berlin auf. Der Blick auf sozialstatistische Indikatoren kann helfen zu verstehen, dass dieser Befund nicht unbedingt überraschen muss, sondern sich aus der Lebenslage vieler Menschen in Spandau ableiten lässt. Spandau ist in den letzten Jahren nicht nur schneller gewachsen und diverser geworden als das Land Berlin in Gänze, Spandau zeigt hinsichtlich verschiedener sozialer Aspekte zudem relativ konsistent erhöhte Belastungen. Im Blick auf wichtige Indikatoren zur sozialen und gesundheitlichen Lage findet sich Spandau relativ konsistent in den unteren Rängen der Berliner Bezirke. In Spandau sind mehr Menschen arbeitslos, sind mehr Kinder von Armut betroffen, beziehen mehr Menschen Transfereinkommen und leiden mehr Menschen unter Erkrankungen, die auf Alkohol oder Nikotin zurückgehen, als in vielen anderen Regionen Berlins. Nicht zuletzt im Zuge von Strukturveränderungen Berlins tauchen soziale Problemlagen, die lange Zeit vor allem in innerstädtischen Quartieren zu verzeichnen waren, zunehmend und mit großer Intensität auch in Spandau auf.

4.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Demografie Spandaus

Die Zahl der Einwohner*innen ist in Spandau die niedrigste der 12 Berliner Bezirke, zugleich weist der Bezirk mit einem Plus von 12,6 % in den letzten zehn Jahren aber ein deutlich stärkeres Bevölkerungswachstum auf als Berlin (9,9 %). In den Jahren 2014 bis 2016 sowie 2022 verzeichnete der Bezirk jeweils durchgehende Bevölkerungszuwächse von 1,6 bis 2,7 % gegenüber den Vorjahren.

Spandau ist im vergangenen Jahrzehnt schneller gewachsen als Berlin und zeigt vielfach deutlich erhöhte soziale Belastungen.

Abbildung 1: Einwohner*innen in Berlin und Spandau

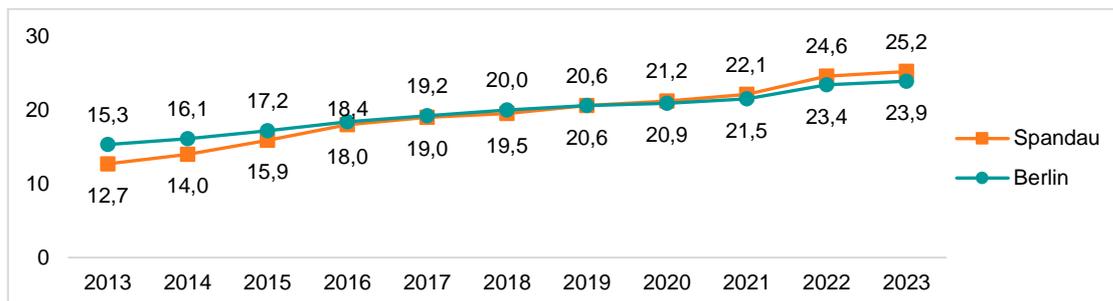


Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Darstellung.

Der Anteil von Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt im Jahr 2023 mit 25,2 % geringfügig oberhalb des Berliner Durchschnitts (23,9 %). Dieser Umstand ist allerdings Ergebnis von Entwicklungen der letzten Jahre. Während der Ausländeranteil bis in das Jahr 2018 nämlich in Berlin höher als in Spandau war, hat sich das Verhältnis seit dem Jahr 2020 umgedreht. Seit 2020 verzeichnet Spandau einen höheren Wert als Berlin insgesamt. Insgesamt betrachtet sind die Größenverhältnisse allerdings weitgehend vergleichbar, die Unterschiede also nur schwach ausgeprägt.

Die Diversität des Bezirks hat sich im vergangenen Jahrzehnt stark erhöht.

Abbildung 2: Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Anteil in %) in Berlin und Spandau



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

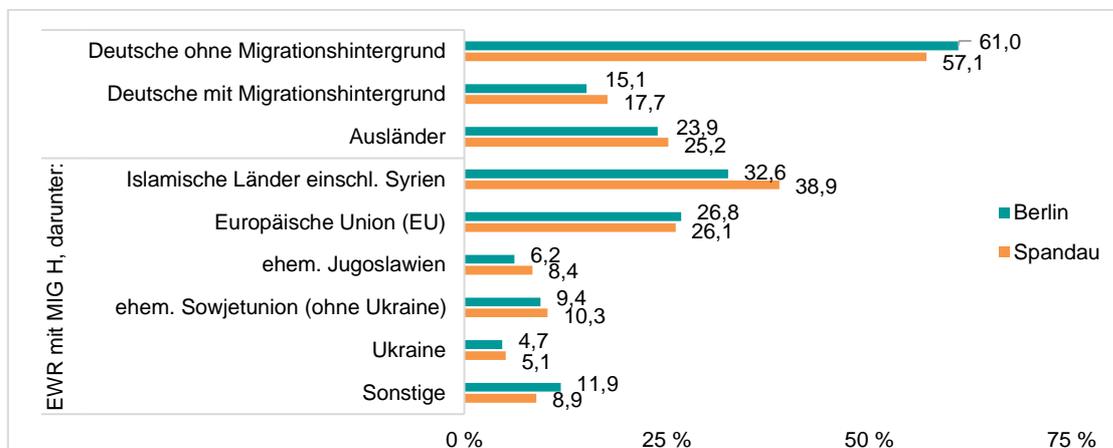
Der Anteil von Einwohner*innen ohne Migrationserfahrung ist in Spandau mit 57,1 % geringer als im Landesdurchschnitt (61,0 %), der Anteil von Einwohner*innen mit Migrationserfahrung entsprechend in Spandau höher als in Berlin. Das gilt sowohl hinsichtlich Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Spandau: 17,7 % ggü. Berlin: 15,1 %) als auch – wie bereits erläutert – in Bezug auf Einwohnende ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Das Herkunftsgebiet der meisten Einwohner*innen mit Migrationshintergrund sowohl in Spandau als auch in Berlin sind islamische Länder. Mit 38,9 % ist deren Anteil an den Menschen mit Migrationserfahrung in Spandau merklich höher als im Durchschnitt von Berlin (32,6 %). Innerhalb dieser Herkunftsregion sind in Spandau u.a. die Türkei mit 13,6 % (12,5 % in Berlin) sowie Syrien mit 5,2 % (3,7 % in Berlin) stark als Herkunftsländer vertreten.

Das zweitgrößte Herkunftsgebiet umfasst die Länder der Europäischen Union. Insgesamt ist deren Anteil mit 26,1 % in Spandau etwas niedriger als in Berlin (26,8 %). Innerhalb dieser Herkunftsregion macht z.B. Polen als Herkunftsland in Spandau (11,2 %) einen prozentual höheren Anteil als im Berliner Durchschnitt (7,2 %) aus.

Das drittgrößte Herkunftsgebiet umfasst die Länder der ehemaligen Sowjetunion, darunter die Russische Föderation und die Ukraine. Insgesamt ist der Anteil von Menschen aus dieser Herkunftsregion in Spandau (15,4 %) etwas höher als in Berlin (14,1 %). Sowohl der Anteil der Russischen Föderation ist mit 4,9 % in Spandau höher als in Berlin (4,7 %) als auch der Anteil der Ukraine als Herkunftsland. Dieser umfasst in Spandau 5,1 % gegenüber 4,7 % in Berlin.

Abbildung 3: Einwohner*innen nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

Der Bezirk Spandau zeichnet sich hinsichtlich seiner demografischen Struktur durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen aus. Sowohl in der Gesamtbevölkerung von Spandau sind unter 18-Jährige (18,0 %) gegenüber Berlin stärker vertreten (16,0 %) als auch in der Bevölkerungsgruppe mit Migrationserfahrung. Der Unterschied zeigt sich hier besonders deutlich. So ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationserfahrung mit 27,5 % gegenüber der Gesamtbevölkerung in Spandau um 9,5 Prozentpunkte höher und übersteigt auch den Landesdurchschnitt von 23,5 % deutlich.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ist in Spandau etwas höher als in Berlin, insbesondere in der Bevölkerung mit sog. „Migrationshintergrund“.

Hingegen leben in Spandau prozentual weniger Einwohner*innen in der Altersgruppe zwischen 27 und 45 Jahren. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung in Spandau beträgt 25,0 %, während er in Berlin 29,0 % umfasst. Dies zeigt sich auch bei der Bevölkerungsgruppe mit Migrationserfahrung. Der Anteil der 27- bis 45-Jährigen ist in dieser Bevölkerungsgruppe zwar insgesamt mit 31,0 % gegenüber der Gesamtbevölkerung des Bezirks höher, aber dennoch niedriger als im Berliner Durchschnitt (36,5 %).

Hinsichtlich der drei Altersklassen zwischen 45 bis über 65 Jahren zeigen sich zwischen Spandau und Berlin keine deutlichen Unterschiede. Mit 21,0 % gegenüber 19,0 % weist Spandau lediglich einen geringfügig größeren Anteil an Hochaltrigen auf (65 Jahre und älter). Unterschiede zeigen sich hier erneut hinsichtlich des Migrationshintergrunds. Unter den Spandauer*innen mit Migrationserfahrung korrespondieren überdurchschnittliche Anteile in den jüngeren und mittleren Altersklassen mit einem geringen Anteil in den höheren und höchsten Altersklassen.

Abbildung 4: Einwohner*innen 2023 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund in Spandau und Berlin (Anteil in %).



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

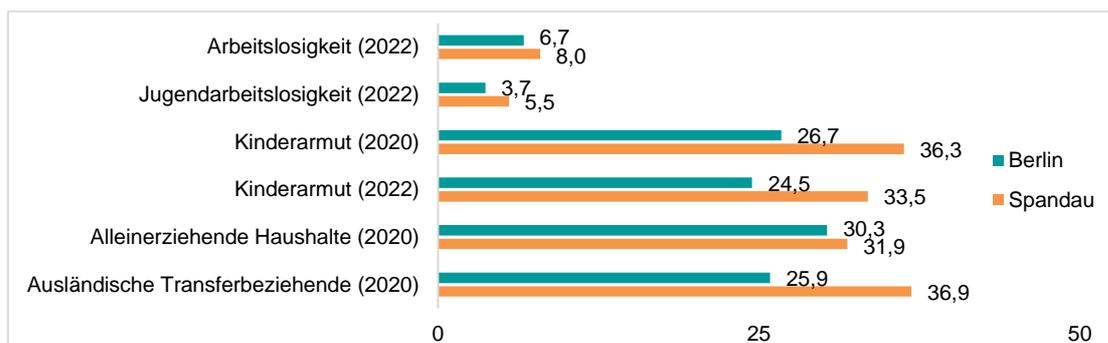
4.1.2 Soziale Lebenslagen in Spandau

Die Arbeitslosigkeit liegt in Spandau im Jahr 2022 bei 8,0 % und damit 1,3 Prozentpunkte höher als im Berliner Durchschnitt (6,7 %). Im Verhältnis zu den anderen Bezirken verzeichnet Spandau die zweithöchste prozentuale Arbeitslosigkeit nach Neukölln (9,6 %). Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit weist Spandau im Jahr 2022 den zweithöchsten Wert in Berlin nach Neukölln (6,3 %) auf. So liegt die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis unter 25-Jährigen im Bezirk bei 5,5 % und ist damit 1,8 % höher als im Land Berlin (3,7 %).

Die Kinderarmut ist in Spandau gegenüber dem Jahr 2020 (36,3,0 %) um 2,8 Prozentpunkte auf 33,5 % zurückgegangen. Im Landesdurchschnitt kann ebenfalls ein Rückgang um 2,2 Prozentpunkte beobachtet werden. Nichtsdestotrotz verzeichnet Spandau wie bereits 2020 ebenfalls im Jahr 2021 die dritthöchste Quote der Berliner Bezirke.

Auch hinsichtlich weiterer Kontextfaktoren, die Aufschluss über die soziale Lage des Bezirks geben, zeigen sich Unterschiede gegenüber dem Berliner Landesdurchschnitt. So verzeichnet Spandau hinsichtlich des Anteils alleinerziehender Haushalte (2020) mit 31,9 % den vierthöchsten Wert in Berlin und liegt damit knapp über dem Berliner Durchschnitt (30,3 %). Hingegen ist der Anteil von nicht deutschen Staatsangehörigen, die in Spandau leben und beziehen, mit 36,9 % deutlich erhöht (Berlin: 25,9 %). Im Verhältnis zu den anderen Bezirken verzeichnet Spandau den höchsten Wert.

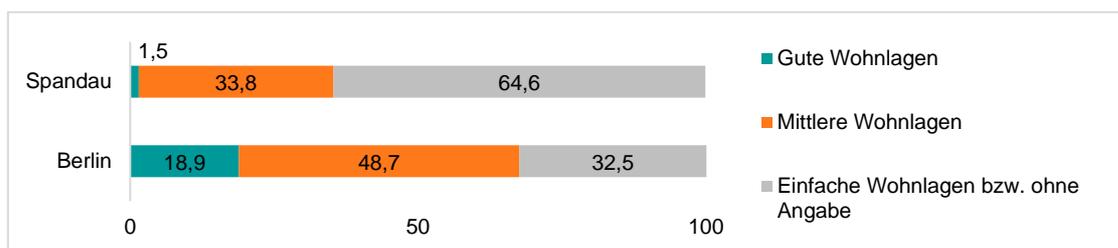
Abbildung 5: Soziale Lage (in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023b; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, berechnet auf Basis der Daten der Bundesagentur für Arbeit 2023), Daten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Abgeordnetenhaus Berlin 2021, 2023a), Daten des Monitoring Soziale Stadt (Pohlan/Off 2021), eigene Berechnung und Darstellung.

Nur ein geringer Anteil von 1,5 % der Einwohner*innen in Spandau lebt in Wohnungen, die sich durch eine gute Wohnlage auszeichnen. Mit 64,6 % wohnt weit über die Hälfte der Bevölkerung des Bezirks in einfacher Wohnlage. Indikatoren für die Wohnlage sind neben der Bauweise, dem Angebot an Grün- und Freiflächen („gute Wohnlage“) bzw. der Nähe zu Gewerbe- und Industriegebieten („einfache Wohnlage“) bspw. auch die Nähe zu Versorgungsangeboten bzw. dem Personennahverkehr. Zudem wirken sich Faktoren, wie ein schlechter Gebäudezustand (z.B. mangelnde Sanierung) oder ein ungepflegtes Straßenbild (z.B. unbefestigte Straßen) negativ auf die Bewertung aus und kennzeichnen damit in der Regel eine einfache Wohnlage (Pohlan/Off 2021; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Berlin 2023).

Abbildung 6: Einwohner*innen nach Wohnlagen 2023 (Anteil in %)



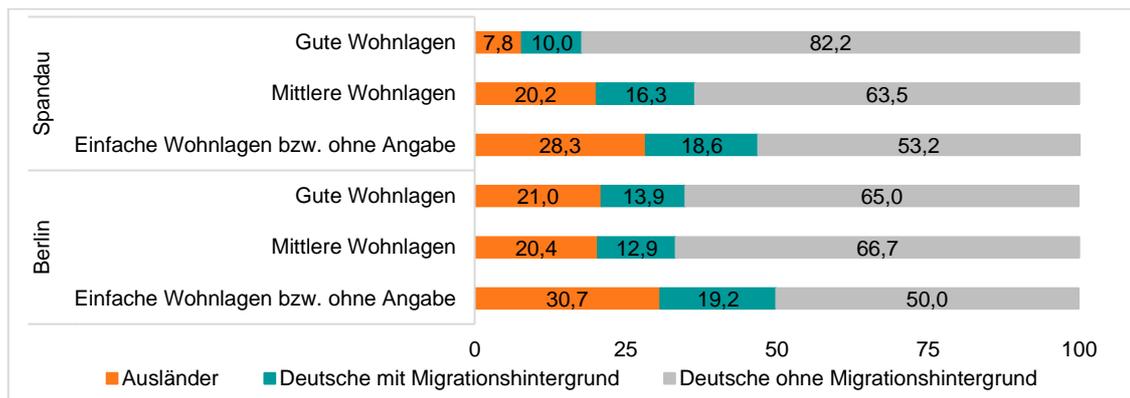
Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

Menschen, die in guter Wohnlage wohnen, besitzen in Spandau überwiegend eine deutsche Staatsangehörigkeit und haben keinen Migrationshintergrund (82,2 %). Demgegenüber wohnen Einwohner*innen mit Migrationshintergrund – und zwar sowohl mit deutscher Staatsangehörigkeit als auch insbesondere jene ohne deutsche Staatsangehörigkeit – in Spandau häufiger in einfacher Wohnlage. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wohnen in Spandau etwa 3,6-mal häufiger in einfacher Wohnlage (28,3 %) als in guter Wohnlage (7,8 %). Auf

gesamstädtischer Ebene sind die Unterschiede hingegen weniger gravierend. Hinsichtlich des Kriteriums einer einfachen Wohnlage liegt der Anteil von Einwohner*innen mit Migrationshintergrund zwar auch in Berlin insgesamt bei etwa 50 % (Spandau: 46,9 %). Allerdings ist der Anteil von Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, die in guter Wohnlage wohnen, mit insgesamt 34,9 % fast doppelt so hoch wie in Spandau (17,8 %), was insbesondere auf einen höheren Anteil von Einwohnenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Berlin: 21,0 % ggü. Spandau: 7,8 %) zurückzuführen ist.

In Spandau besteht im Vergleich zu Berlin insgesamt ein stärkerer Zusammenhang zwischen Wohnlage und Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund – und zwar zu Ungunsten von Menschen mit Migrationshintergrund.

Abbildung 7: Einwohner*innen nach Wohnlagen und Migrationshintergrund 2023 (Anteil in %)



Datenquelle: Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

4.2 KRIMINALITÄT IN SPANDAU IM DELIKTISCHEN VERGLEICH

Die Berichterstattung über Kriminalität und Gewalt kann sich grundsätzlich auf das Hellfeld von polizeilich angezeigten oder anderweitig erfassten Straftaten beziehen oder durch direkte Befragungen auch das Dunkelfeld von erlebter, aber nicht gemeldeter Kriminalität umfassen. Hell- und Dunkelfeld unterscheiden sich hinsichtlich ihres Umfangs, wobei die Unterschiede auch deliktsspezifisch variieren können. Aber ebenso im Hellfeld polizeilich erfasster Kriminalität finden sich unterschiedliche Datenquellen, die voneinander abweichen.

Die polizeiliche Notrufstatistik umfasst bspw. Informationen über eingegangene 110-Notrufe, aus denen aber keineswegs immer eine Anzeige folgen muss. Die polizeiliche Verlaufsstatistik (Data-Warehouse-Führungsinformation) ist eine Eingangsstatistik, die sehr tagesaktuell und kleinräumig differenziert über das Aufkommen angezeigter Straftaten informieren kann, aber noch nicht final bereinigt ist, in der also bspw. Anzeigen von Straftaten erfasst sind, die sich später im Zuge polizeilicher Ermittlungen als gegenstandslos erweisen. Demgegenüber ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) eine Ausgangsstatistik, die das Aufkommen an Straftaten zeigt, das von der Polizei an die Justiz zur Strafverfolgung weitergegeben wird. Die Datenqualität der PKS gilt unter den polizeilichen Statistiken als besonders hoch, zugleich ist die PKS bspw. weniger für kleinräumige Auswertungen ausgelegt als die polizeiliche Verlaufsstatistik.

In den nachfolgenden Darstellungen werden daher Informationen aus der PKS und Verlaufsstatistik (DWI-FI) verwendet. Den Auftakt bildet ein bis auf bezirksregionale Ebene ausgefächerter Überblick über verschiedene Deliktbereiche auf Grundlage der PKS, in weiteren Aufbereitungen zu verschiedenen Erscheinungsformen von Gewalt wird demgegenüber – analog zum Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz – auf die Verlaufsstatistik zurückgegriffen und damit auch einschließlich der Planungsraum-Ebene berichtet.

Berlin und damit der Bezirk Spandau ist systematisch nach verschiedenen Ebenen, sogenannten lebensweltlich orientierten Räumen, differenziert⁵. Neben zwölf Bezirken umfasst Berlin 143 Bezirksregionen und 542 Planungsräume. In Spandau befinden sich davon neun Bezirksregionen mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 27.244 Personen und 45 Planungsräume mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 5.449 Personen. Um die räumliche Belastung mit Gewalt und Kriminalität ebenenübergreifend vergleichen zu können, wird nachfolgend in der Regel auf Grundlage sogenannter Häufigkeitszahlen berichtet. Die Häufigkeitszahl ist eine kriminologische Kennziffer, die das Aufkommen von Straftaten jeweils bezogen auf 100.000 Einwohner*innen der Region darstellt.

4.2.1 Kriminalität in Spandau: Verteilung und Entwicklung von Straftaten insgesamt

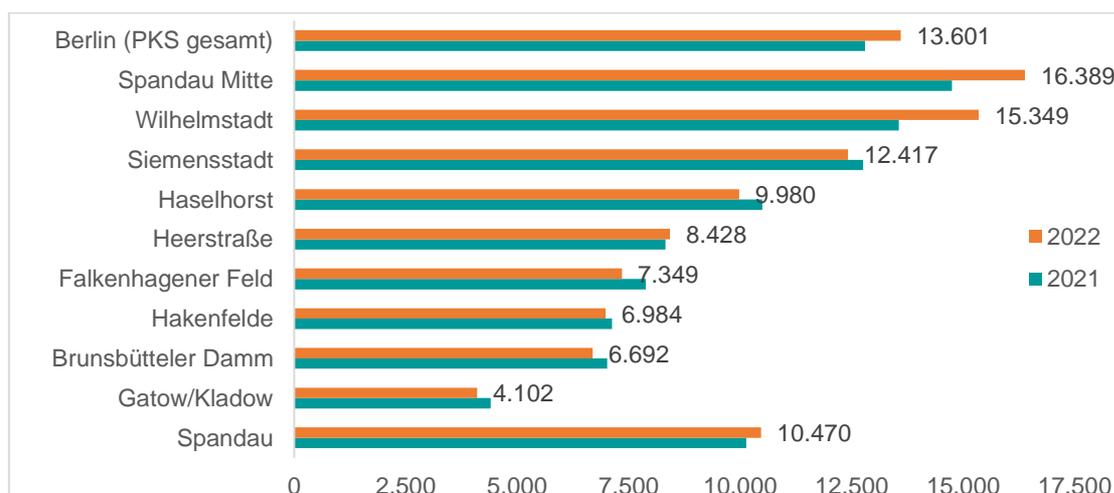
Die Belastung des Bezirks Spandaus (HZ 10.470) mit Straftaten und Kriminalität insgesamt liegt im Jahr 2022 deutlich unter derjenigen des Landes Berlins (HZ 13.601). Regionen, die auch im Landesmaßstab eine bemerkenswerte und überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung aufweisen, befinden sich demgegenüber im Zentrum Spandaus. Es handelt sich dabei um Spandau Mitte (HZ 16.389) und um Wilhelmsstadt (HZ 15.349). Im direkten Vorjahresvergleich ist die Kriminalitätsbelastung in diesen beiden Regionen deutlich gestiegen, in Spandau Mitte um 11,1 %, in Wilhelmsstadt um 13,2 %, was erheblich über dem Zuwachs im Bezirk (+ 3,3 %) liegt.

Die Situation in Spandau Mitte und Wilhelmsstadt ist im Jahr 2022 daher sowohl im Blick auf die absolute Belastung als auch die aktuelle Entwicklungstendenz bemerkenswert. Ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr findet sich nämlich ansonsten nur in der Region Heerstraße, allerdings dort nur in nahezu vernachlässigbarem Ausmaß (+ 1,2 %). In allen anderen Regionen Spandaus hat sich die deliktübergreifende Kriminalitätsbelastung im Jahr 2022 demgegenüber rückläufig entwickelt.

Spandau ist deutlich weniger durch Straftaten und Kriminalität belastet als Berlin insgesamt. Überdurchschnittliche Werte finden sich nur in Spandau Mitte und in Wilhelmsstadt.

Nach dem Ende der Corona-Pandemie lässt sich in Spandau damit hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung ein Bedeutungsgewinn des regionalen Zentrums verzeichnen. In den zentral gelegenen Regionen steigt die Kriminalitätsbelastung, in den anderen sinkt sie komplementär dazu.

Abbildung 8: Straftaten in Spandau insgesamt (Häufigkeitszahlen PKS)

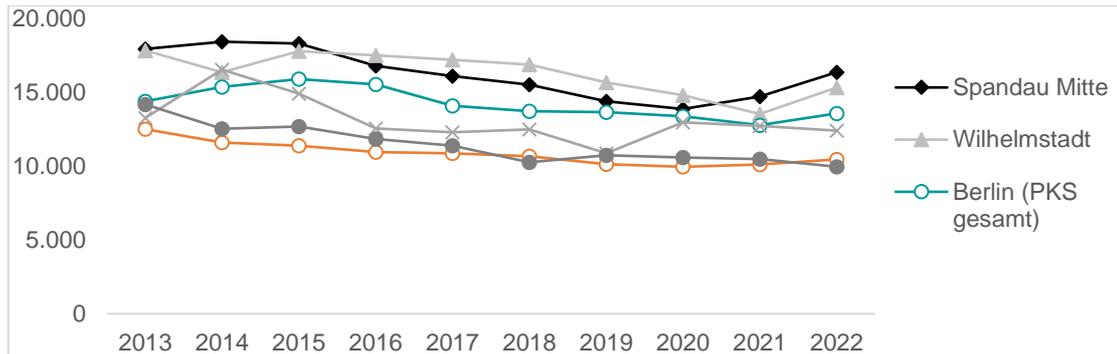


Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b).

⁵ Vgl. dazu: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020.

In der Langzeitbetrachtung zeigt sich deutlich, dass es sich bei den zunehmenden Belastungen in den beiden zentralen Regionen Spandau Mitte und Wilhelmsstadt um sehr aktuelle und neue Entwicklungen handelt, deren Fortgang daher auch nur bedingt prognostiziert werden kann. Zwar setzt die ansteigende Entwicklung in Spandau Mitte schon im Jahr 2021 ein, in Wilhelmsstadt erst 2022 – in beiden Regionen waren in den Vorjahren jedoch seit vielen Jahren anhaltende Rückgänge zu verzeichnen. Die derzeitigen Anstiege markieren insofern keine Etappen in einer kurzzeitigen Wellenbewegung, sondern einen „Turning Point“, der langjährige Trends vorerst beendet.

Abbildung 9: Straftaten im Spandau: Hochbelastete Regionen 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b).

Da das Kalenderjahr 2023 zum Zeitpunkt dieses Berichts noch nicht abgeschlossen ist und die bereinigte Fassung der Polizeilichen Kriminalstatistik bisher nicht vorliegt, lassen sich noch keine verlässlichen Fortschreibungen der Trendreihen vornehmen. Auf Grundlage der Fallzahlen der polizeilichen Verlaufsstatistik können aber erste begründete Einschätzungen erfolgen. Der ansteigende Trend des Jahres 2022 setzt sich demnach im Jahr 2023 nicht ungebrochen fort. Im Ortsteil Spandau, im Ortsteil Wilhelmsstadt sowie auf gesamtbezirklicher Ebene liegt zwar das erste Quartal des Jahres 2023 noch oberhalb des Vorjahreswertes, alle weiteren befinden sich aber unterhalb. Die Rückgänge bewegen sich in überschaubaren Größenordnungen und lassen bisher keine erneute Trendwende erkennen, aber wie gesagt auch keine ungebrochene Fortschreibung des Wachstumstrends der Vorjahre.

Tabelle 1: Anzahl der polizeilich erfassten Straften nach Ortsteilen

| | 2022 | | | | 2023 | | |
|-----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | Q1 | Q2 | Q3 | Q4 | Q1 | Q2 | Q3 |
| Spandau | 2.065 | 2.421 | 2.244 | 2.253 | 2.160 | 2.323 | 2.185 |
| Wilhelmsstadt | 815 | 1.031 | 924 | 947 | 863 | 827 | 899 |
| Bezirk Spandau | 6.212 | 7.069 | 6.652 | 6.579 | 6.270 | 6.430 | 6.368 |

Datenquelle: (Abgeordnetenhaus Berlin 2023b)

4.2.2 Kiezbezogene Straftaten: Straftaten als Anzeichen sozialräumlicher Desintegration

Neben den in der Polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt ausgewiesenen Straftaten ist in der Berliner Berichterstattung zu Kriminalität und Sicherheit auch die Deliktgruppe der sogenannten kiezbezogenen Straftaten gut eingeführt. Sie ist für eine raumbezogene Analyse konzeptionell auch deshalb interessant, weil die in dieser Gruppe zusammengefassten Delikte selbst ausgeprägte räumliche und regionale Bezüge aufweisen, unterschiedliche ausgeprägte Tatgelegenheitsstrukturen aber keinen zentralen Einfluss auf das Deliktaufkommen haben sollen. Daher ist diese Deliktgruppe auch in das Berliner „Planungsraumbezogene Informationssystem für

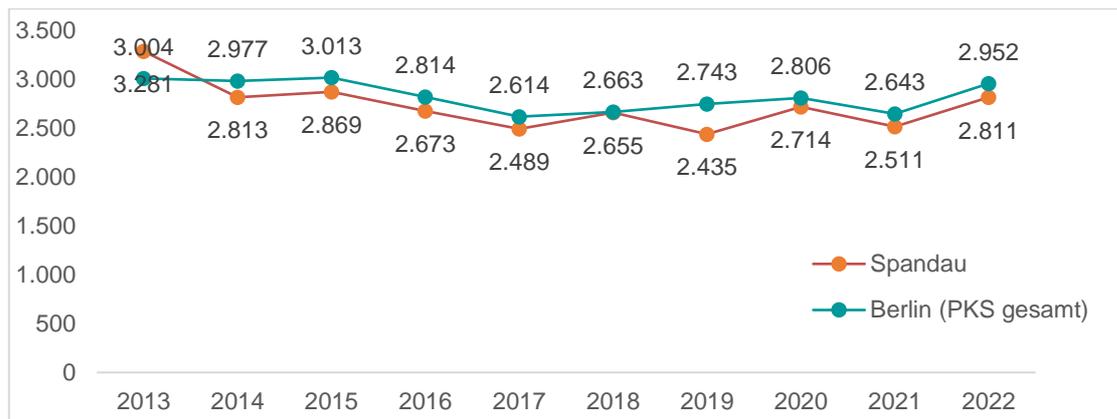
Monitoring und Analyse“ (Prisma) einbezogen worden und steht hier stellvertretend für die sozialräumliche Kriminalitätsbelastung. Das Lagebild auf Grundlage der kiezbezogenen Straftaten repräsentiert insofern gleichfalls diejenige Quelle bzw. denjenigen Wissensstand, die bzw. den bezirklichen Verwaltungen unabhängig von ergänzenden polizeilichen Informationen aus verwaltungsöffentlichen Ressourcen generieren können. Kieztaten werden bspw. in den sogenannten Bezirksregionenprofilen im Rahmen der Stadtentwicklung als einziger Indikator zu Fragen von Sicherheit und Quartier herangezogen.⁶

Die Polizei Berlin formuliert erläuternd, dass „in erster Linie Aspekte wie eine hohe Wahrscheinlichkeit regionaler Bezüge (Wohnort des Täters), Fälle der häuslichen Gewalt mit den Delikten Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung, Indikatoren von Verwahrlosungstendenzen (Destruktionsdelikte, Vandalismus) und eine erkennbare Nichtachtung staatlicher Autorität berücksichtigt“ wurden (Polizei Berlin 2023b, Hinweise und Erläuterungen).⁷

Im Vergleich zur Landesebene findet sich in Spandau bezogen auf die gesamtbezirkliche Ebene zunächst eine ähnliche Belastung mit kiezbezogenen Straftaten. Sie liegt im Zeitverlauf jeweils nahe an den Werten auf Landesebene, auch noch im Jahr 2022 zuletzt etwas unterhalb des Landesdurchschnitts. Gegenüber der im Vergleich zu Berlin insgesamt deutlich geringeren Belastung von Spandau mit Straftaten insgesamt, sind die Unterschiede im Bereich der kiezbezogenen Straftaten jedoch nur geringfügig.

Die Deliktgruppe der kiezbezogenen Straftaten soll Hinweise auf sozialräumliche Desintegrationsprozesse geben. Kiezbezogene Straftaten sind in Spandau nur geringfügig weniger verbreitet als in Berlin insgesamt.

Abbildung 10: Kiezbezogene Straftaten in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS)



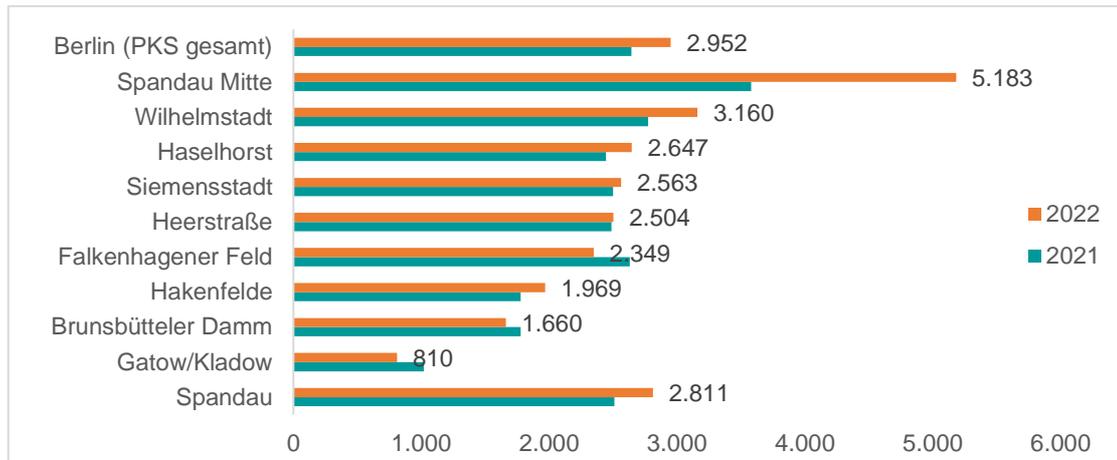
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

Hinsichtlich der räumlichen Verteilung innerhalb des Bezirks ist die erhöhte Belastung in den zentral gelegenen Bezirksregionen auffällig. Im Jahr 2022 ist insbesondere Spandau Mitte (HZ 5.183) gegenüber Berlin (HZ 2.952) deutlich höher belastet, zudem auch Wilhelmsstadt (HZ 3.160). Regionen wie Heerstraße (HZ 2.504); Falkenhagener Feld (HZ 2.349) oder Hakenfeld (HZ 1.969) weisen demgegenüber Belastungen mit kiezbezogenen Straftaten auf, die 2022 gleichermaßen unter dem Landes- wie auch dem Bezirksdurchschnitt liegen.

⁶ Alle Bezirksregionenprofile für Spandau finden sich unter: <https://t1p.de/kny15>. Die aktuellsten Profile aus dem Jahr 2021 berichten hinsichtlich der kiezorientierten Straftaten über den Stand 2019, also noch über die vorpandemische Situation.

⁷ Die Delikte umfassen Automateneinbruch, Bedrohung, Freiheitsberaubung, Keller- und Bodeneinbruch, Körperverletzung/Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen, Misshandlung von Kindern/Schutzbefohlenen, Nötigung, Raub, Sachbeschädigung an Kfz, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte*innen, Wohnungseinbruch.

Abbildung 11: Kiezbezogene Straftaten in Spandau (Häufigkeitszahlen PKS)



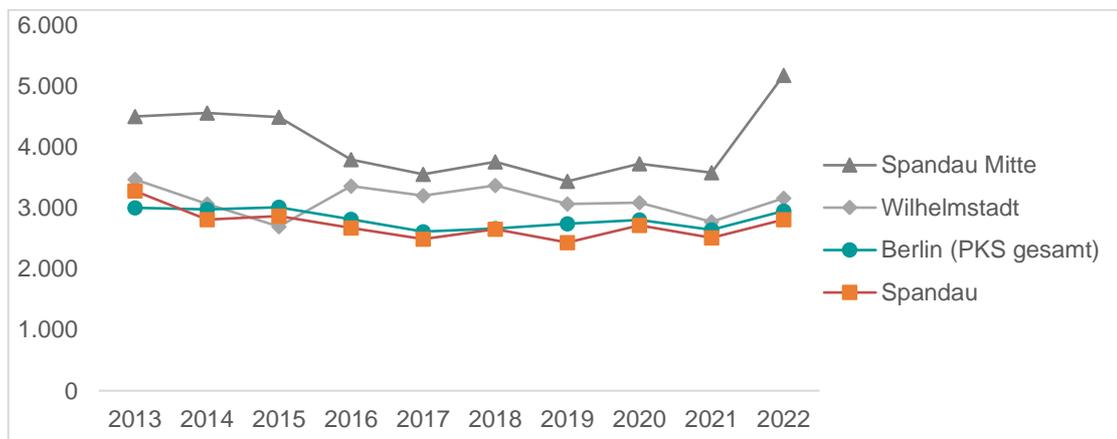
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

Besondere Beachtung verdient hier die Region Spandau Mitte. Als zentrale Region mit ihren spezifischen Nutzungsmustern ist eine erhöhte Belastung grundsätzlich erwartbar. Auch in längsschnittlicher Perspektive zeigt sich eine Entwicklung der Belastung, die weitgehend der Bezirk- und Landesebene entspricht und sich insofern nicht überraschend darstellt. Das unterscheidet Spandau Mitte im Übrigen auch partiell von Wilhelmsstadt, wo insbesondere in den Jahren 2016 bis 2018 gleichsam antizyklisch gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhte Belastungen zu verzeichnen waren. In Spandau Mitte ist demgegenüber das Jahr 2022 von sprunghaften und sehr erheblichen Anstiegen kiezbezogener Straftaten gekennzeichnet. Die Belastung stieg von HZ 3.581 im Jahr 2021 auf HZ 5.183 im Jahr 2022, das bedeutet einen Anstieg um 44,7 % gegenüber 11,9 % auf bezirklicher Ebene und 13,9 % in Wilhelmsstadt.

Aktuell findet sich vor allem in Spandau Mitte ein stark erhöhtes Fallaufkommen von kiezbezogenen Straftaten. Diese sind dort im Jahr 2022 sprunghaft angestiegen.

Es empfiehlt sich eine weitergehende Beobachtung, inwiefern es sich hier um einen gewissenmaßen temporären Nachholeffekt nach dem Ende der Pandemie handelt oder sich anhaltend intensiviertere Problemlagen im Herzen des Bezirks auftun.

Abbildung 12: Kieztaten: Hochbelastete Regionen 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

4.2.3 Körperverletzungsdelikte: Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit

Körperverletzungsdelikte sind Straftaten, die sich in unterschiedlicher Form gegen die körperliche Unversehrtheit richten und in unterschiedlichen Schweregraden vorkommen können. Sie

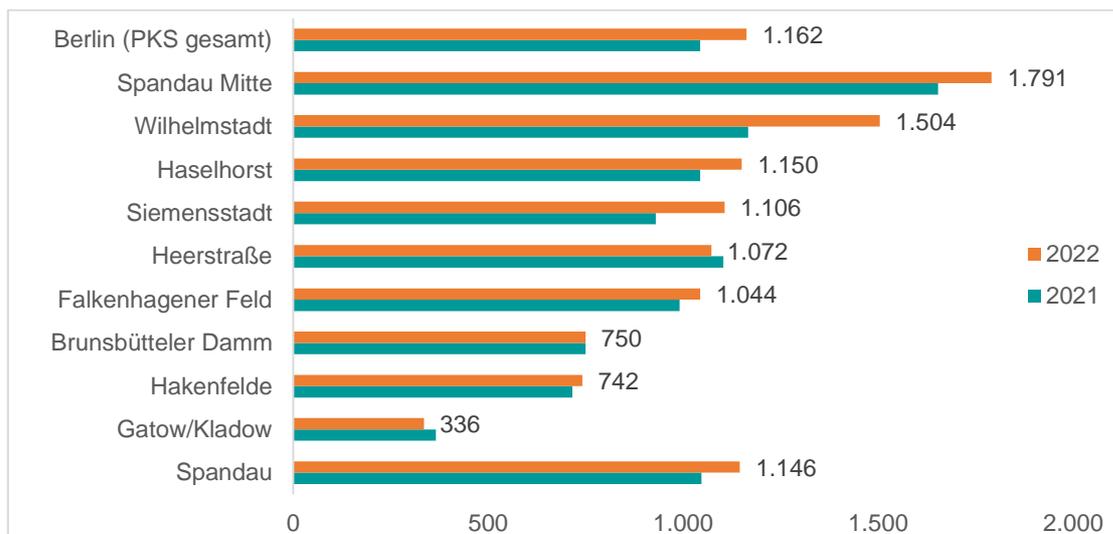
lassen sich durchgehend dem Gebiet der Gewaltdelinquenz zurechnen, sind daher offensichtlich auch für gewaltpräventive Ansätze eine zentrale Bezugsgröße.

Hinsichtlich der räumlichen Verteilung zeigen Körperverletzungsdelikte in Spandau dabei ein ähnliches Muster wie Straftaten insgesamt – allerdings mit deutlich ausgeprägteren Unterschieden zwischen hoch und gering belasteten Regionen. Bemerkenswert ist, dass wiederum die Regionen Spandau Mitte (HZ 1.791) und Wilhelmsstadt (HZ 1.504) im Jahr 2022 als einzige Regionen Belastungen oberhalb des Berliner Landesdurchschnitts (HZ 1.162) aufweisen. Die Region Haselhorst (HZ 1.150) liegt hinsichtlich ihrer Belastung mit Körperverletzungsdelikten zwar unterhalb des Landesdurchschnitts, jedoch noch oberhalb des bezirklichen Werts für Spandau (HZ 1.146).

Körperverletzungsdelikte sind in Spandau ebenso stark verbreitet wie in Berlin. In den Regionen Spandau Mitte und Wilhelmsstadt finden sich gegenüber dem Berliner Durchschnitt stark erhöhte Belastungen.

Im Deliktfeld der Körperverletzungen lassen sich im Ausgang der Pandemie zwischen den Jahren 2021 und 2022 im Land Berlin (+ 11,3 %) wie im Bezirk Spandau (+ 9,4 %) jeweils Zuwächse verzeichnen. Dabei ist auffällig, dass diese Zuwächse in Spandau in denjenigen Regionen, die ohnehin erhöhte Belastungen aufweisen, besonders stark sind, während in anderen Regionen wie Brunsbütteler Damm (0,0 %) oder Heerstraße (- 2,8%) Konstanz oder Rückgänge zu verzeichnen sind. Konkret belaufen sich die Zuwächse in Spandau Mitte auf 8,3 %, in Wilhelmsstadt auf 28,9 %, in Haselhorst auf 10,2 % und in Siemensstadt auf 18,9 %.

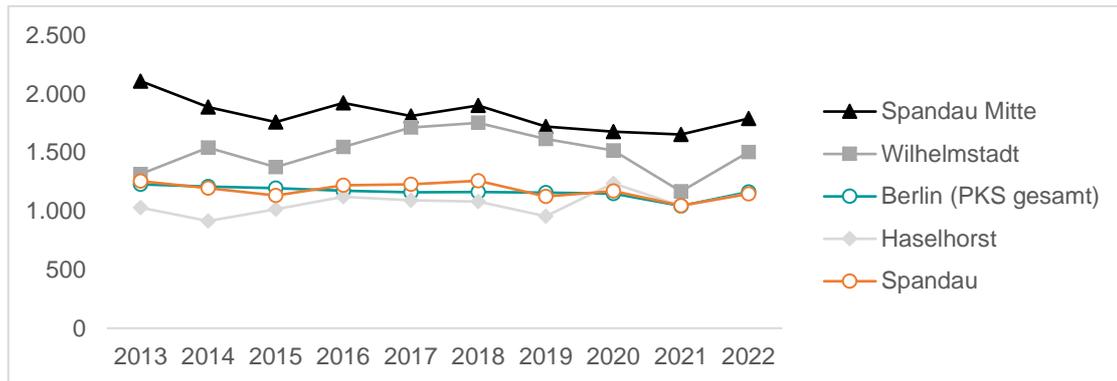
Abbildung 13: Körperverletzungen in Spandau (Häufigkeitszahlen PKS)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

Während sich die jüngsten Anstiege in den zentralen Regionen Spandaus hinsichtlich der allgemeinen Kriminalitätsbelastung sowie der Belastung mit kiezbezogenen Straftaten als Wende gegenüber vorherigen Rückgängen erweisen, ist das bezogen auf die Körperverletzungsdelikte nicht der Fall. In den vergangenen zehn Jahren sind in diesem Deliktfeld keine durchgehend rückläufigen Tendenzen zu erkennen, sondern bei gewissen regionalen Unterschieden sowohl Phasen mit fallender als auch solche mit steigender Belastung. Insgesamt liegt das Aufkommen von Körperverletzungsdelikten in den Regionen Spandau Mitte und Wilhelmsstadt im Zeitverlauf also konstant oberhalb des Landesdurchschnitts. In Wilhelmstadt hat sich das Muster dieser überdurchschnittlichen Belastung allerdings erst im Zeitverlauf ab 2016 entwickelt, im Jahr 2013 war die Region weitgehend noch durchschnittlich mit Körperverletzungsdelikten belastet.

Abbildung 14: Körperverletzungen in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

4.2.4 Delikte gegen die persönliche Freiheit: Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigungen

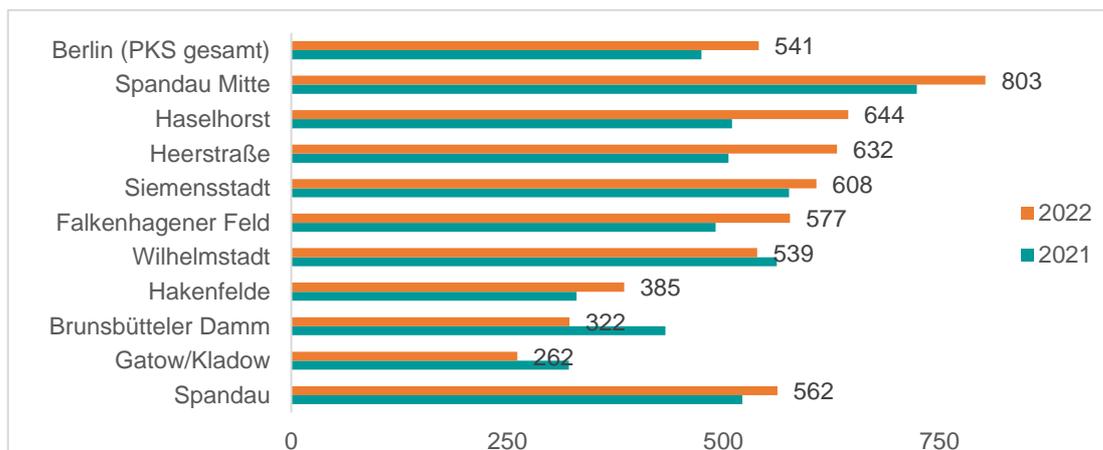
Während Spandau im Blick auf die gesamte Kriminalitätsbelastung deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts liegt, im Bereich der Körperverletzungsdelikte und der kiezbezogenen Straftaten nahe am Landesdurchschnitt, finden sich im Bereich der Delikte gegen die persönliche Freiheit im Jahr 2022 wie auch im Zeitverlauf Belastungen oberhalb des Landesdurchschnitts. Die Häufigkeitszahlen liegen hier allerdings deutlich niedriger als im Bereich der KV und der kiezbezogenen Straftaten. Spandau ist mit anderen Worten in diesem Deliktbereich etwas höher belastet als Berlin insgesamt, zugleich kommen diese Delikte grundsätzlich nicht ganz so häufig zur Anzeige wie Körperverletzungen oder Kieztaten.

Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen werden als Delikte gegen die persönliche Freiheit bezeichnet. Sie sind in Spandau anhaltend etwas stärker verbreitet als in Berlin.

Zur Gruppe der Delikte gegen die persönliche Freiheit gehören neben schweren Straftaten wie Menschenhandel, Geiselnahme oder Zwangsprostitution auch die Delikte der Nachstellung, Bedrohung und Nötigung, die quantitativ den größten Teil des Deliktfeldes ausmachen. Wie gesagt, in diesem Bereich ist die Belastung in Spandau gegenüber Berlin gesamt merklich erhöht. Daher lassen sich auch deutlich mehr Bezirksregionen mit überdurchschnittlichen Belastungen sowohl gegenüber Berlin (HZ 541) als auch gegenüber Spandau (HZ 562) ausmachen. Dabei handelt es sich neben Spandau Mitte (HZ 803) auch um Haselhorst (HZ 644), Heerstraße (HZ 632), Siemensstadt (HZ 608), und Falkenhagener Feld (HZ 577). Während in den zuvor genannten Deliktbereichen neben Spandau Mitte ebenso Wilhelmsstadt jeweils überdurchschnittlich Werte aufwies, ist das hinsichtlich der Delikte gegen die persönliche Freiheit nicht der Fall, die Region ist hier nahe am Berliner Landesdurchschnitt und im bezirklichen Rahmen unterdurchschnittlich belastet.

Ein gegenüber dem Berliner Durchschnitt erhöhtes Aufkommen von Delikten gegen die persönliche Freiheit findet sich neben Spandau Mitte auch in Haselhorst, in der Region Heerstraße, in Siemensstadt und im Falkenhagener Feld.

Abbildung 15: Delikte gegen die persönliche Freiheit in Spandau (Häufigkeitszahlen PKS)



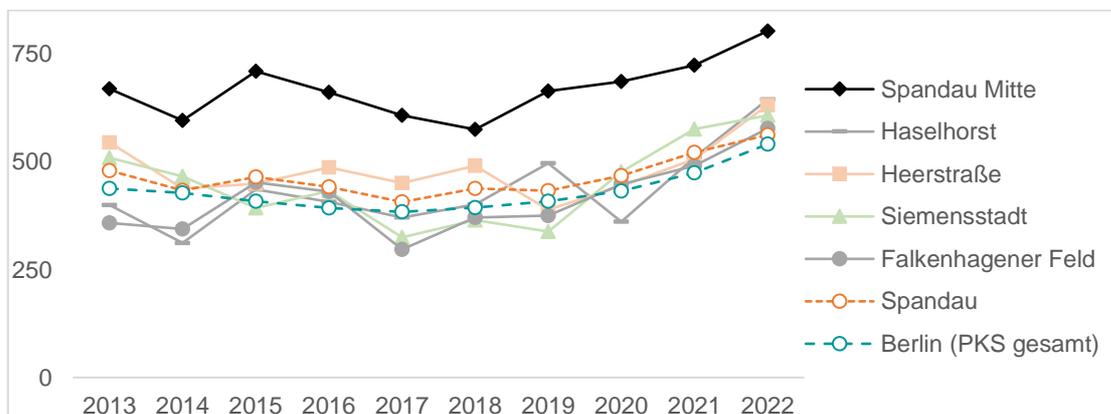
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

Hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung der Belastung mit Delikten gegen die persönliche Freiheit lässt sich in Spandau – wie in Berlin insgesamt – in den letzten Jahren ein tendenzieller Anstieg beobachten, der sich auch während der Pandemiejahre 2020 und 2021 durchgehalten hat. In Spandau lag die entsprechende Häufigkeitszahl im Jahr 2007 bei 407, im Jahr 2022 bei 526. Das entspricht einem Zuwachs von 38,2 % innerhalb des genannten Fünfjahreszeitraums. Dieses Muster unterscheidet sich von den vorher genannten Deliktbereichen, in denen Anstiege vor allem im Anschluss an die Pandemie zu verzeichnen waren. Insbesondere angesichts des Stellenwerts der hier in Rede stehenden Delikte wie Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen für das subjektive Sicherheitsgefühl der Spandauer*innen im Alltagsleben ist das bemerkenswert.

Auffällig ist zugleich, dass wiederum ausschließlich Spandau Mitte im Zeitverlauf anhaltend überdurchschnittliche Belastungen im Vergleich zu Spandau und dem Land Berlin aufweist. In allen anderen im Jahr 2022 höher belasteten Regionen lassen sich in den Vorjahren Schwankungen ausmachen, die oftmals auch mit temporär unterdurchschnittlichen Belastungen verbunden sind. In den letzten Jahren finden sich in diesen Regionen aber durchgehend besonders stark ausgeprägte Anstiege im Bereich der Delikte gegen die persönliche Freiheit. In Haselhorst belief sich dieser Anstieg bspw. von 361 im Jahr 2020 auf 644 im Jahr 2022 (+ 78,5 %), in Siemensstadt von 338 im Jahr 2019 auf 608 im Jahr 2022 (+79,8 %).

Die Zahl von Delikten gegen die persönliche Freiheit ist in den letzten Jahren ebenso deutlich wie kontinuierlich angestiegen.

Abbildung 16: Delikte gegen die persönliche Freiheit in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023b), eigene Darstellung.

4.3 ERSCHEINUNGSFORMEN VON GEWALT IN SPANDAU

Die öffentliche Wahrnehmung von Gewaltphänomenen im städtischen Kontext richtet sich oftmals in besonderem Maße auf Gewaltphänomene im öffentlichen Raum und sogenannte urbane Disorder-Phänomene (Incivilities), also Erscheinungen der Unordnung, die bspw. mit Vermüllung und Verwahrlosung, mit dem Handel und Konsum von Drogen oder der Anwesenheit von marginalisierten Gruppen einhergehen. Diese Fokussierung wird auch von der Überlegung getragen, dass sich solche Phänomene in besonderem Maße auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auswirken. Bei dem subjektiven Sicherheitsgefühl handelt es sich um ein Phänomen, das vom objektiven Aufkommen von Kriminalität und Gewalt partiell unabhängig ist und dennoch sehr folgenreich für die Lebensqualität und auch die öffentliche Wahrnehmung eines Sozialraums sein kann.

Dessen ungeachtet ist Gewalt als Thema von Präventionsarbeit ein vielgestaltiges Phänomen und sollte auch als solches wahrgenommen und bearbeitet werden. Weder findet sich Gewalt allein in öffentlichen Räumen noch muss sie bspw. mit der Anwesenheit von marginalisierten Gruppen in einem Zusammenhang stehen, die vielmehr selbst Opfer von Übergriffen und Gewalt werden können.

Um die gebotene Mehrdimensionalität und Komplexität der Betrachtung zu gewährleisten, werden im Anschluss an die bewährte Typologie des Berliner Monitorings Gewaltdelinquenz daher nachfolgend vier Erscheinungsformen von Gewalt untersucht und dargestellt. Dabei handelt es sich um (1) urbane Gewalt insgesamt, (2) um Jugendgewalt, (3) um innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und (4) um politisch motivierte Straftaten und Gewalt.

Der Präventionsreport Spandau 2024 berichtet über unterschiedliche Erscheinungsformen von Gewalt: Urbane Gewalt insgesamt, Jugendgewalt, innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt sowie politisch motivierte Straftaten und Gewalt.

Die nachfolgende Auswertung ist auch hinsichtlich des Datenstandes durchgehend mit der aktuellsten Ausgabe des Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz verknüpft. Während das Berliner Monitoring aufgrund der stadtweiten Ausrichtung aber selbst im Rahmen der Bezirksprofile gewisse Abstriche bei der sozialräumlichen und regionalen Differenzierung machen muss, sind im vorliegenden Rahmen weitergehende Vertiefungen möglich. Neben einer differenzierten Aufbereitung von Daten aus der polizeilichen Verlaufsstatistik geht es dabei auch um die Berechnung kompakter Maße für den Grad der Gewaltbelastung sowie deren Entwicklung.

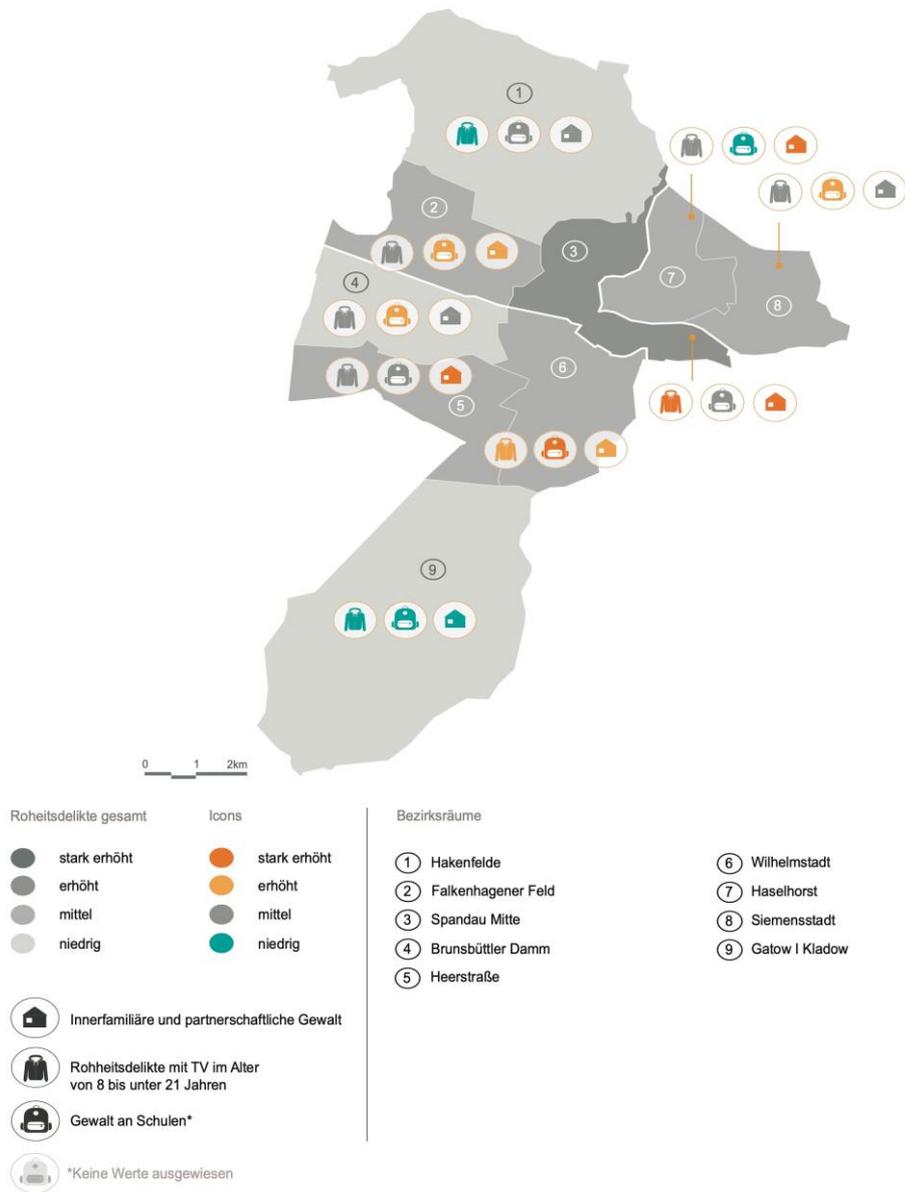
In einer überblickshaften kartografischen Annäherung zeigt sich zunächst, dass der Bezirk Spandau im Vergleich zu Berlin insgesamt eine heterogene Lage aufweist, dass er also sowohl Regionen mit erhöhter als auch solche mit niedriger Gewaltbelastung umfasst. Die Regionen mit eher günstigen Befunden liegen jeweils am nördlichen und südlichen Rand des Bezirks, es handelt sich um Hakenfelde und Gatow/Kladow. Stark erhöhte Belastungen mit Gewaltdelinquenz insgesamt finden sich demgegenüber insbesondere in Spandau Mitte, erhöhte Belastungen zudem im Falkenhagener Feld, in der Region Heerstraße und Wilhelmsstadt sowie in Haselhorst und Siemensstadt.

Die mehrdimensionale Darstellung umfasst neben phänomen- und altersgruppenübergreifender Gewaltdelinquenz gleichfalls andere Erscheinungsformen von Gewalt. Tatsächlich finden sich in Spandau auch in mehreren Regionen erhöhte oder stark erhöhte Belastungen mit Jugendgewalt, Gewalt an Schulen oder geschlechtsspezifischer Gewalt. Geschlechtsspezifische Gewalt (innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt) ist im Jahr 2022 bspw. erhöht im Falkenhagener Feld und in Wilhelmsstadt sowie stark erhöht in den Regionen Heerstraße, Spandau Mitte sowie Haselhorst.

Besonders beachtenswert sind zudem Regionen, in denen sich erhöhte Belastungen in unterschiedlichen Phänomenbereichen überlagern und verbinden. Hier ist entsprechend ein erhöhter Aufmerksamkeits- und Handlungsbedarf zu verorten. Die Region Wilhelmsstadt ist in diesem Sinn diejenige Region, in der sich im Jahr 2022 alle beobachteten Dimensionen erhöhten, in einem Bereich sind auch stark erhöhte Belastungen zu finden. Aber auch in Spandau Mitte und im Falkenhagener Feld lassen sich erhöhte oder stark erhöhte Belastungen in drei der vier Dimensionen ausmachen.

Die Belastung der Spandauer Regionen mit Gewalt ist sehr unterschiedlich. Neben Regionen mit sehr geringen Belastungen wie Gatow/Kladow finden sich auch solche, in denen sich erhöhte Belastungen mit verschiedenen Gewaltformen überlagern – bspw. im Sozialraum Wilhelmstadt.

Abbildung 17: Bezirksregionale Belastung mit ausgewählten Gewaltformen 2022



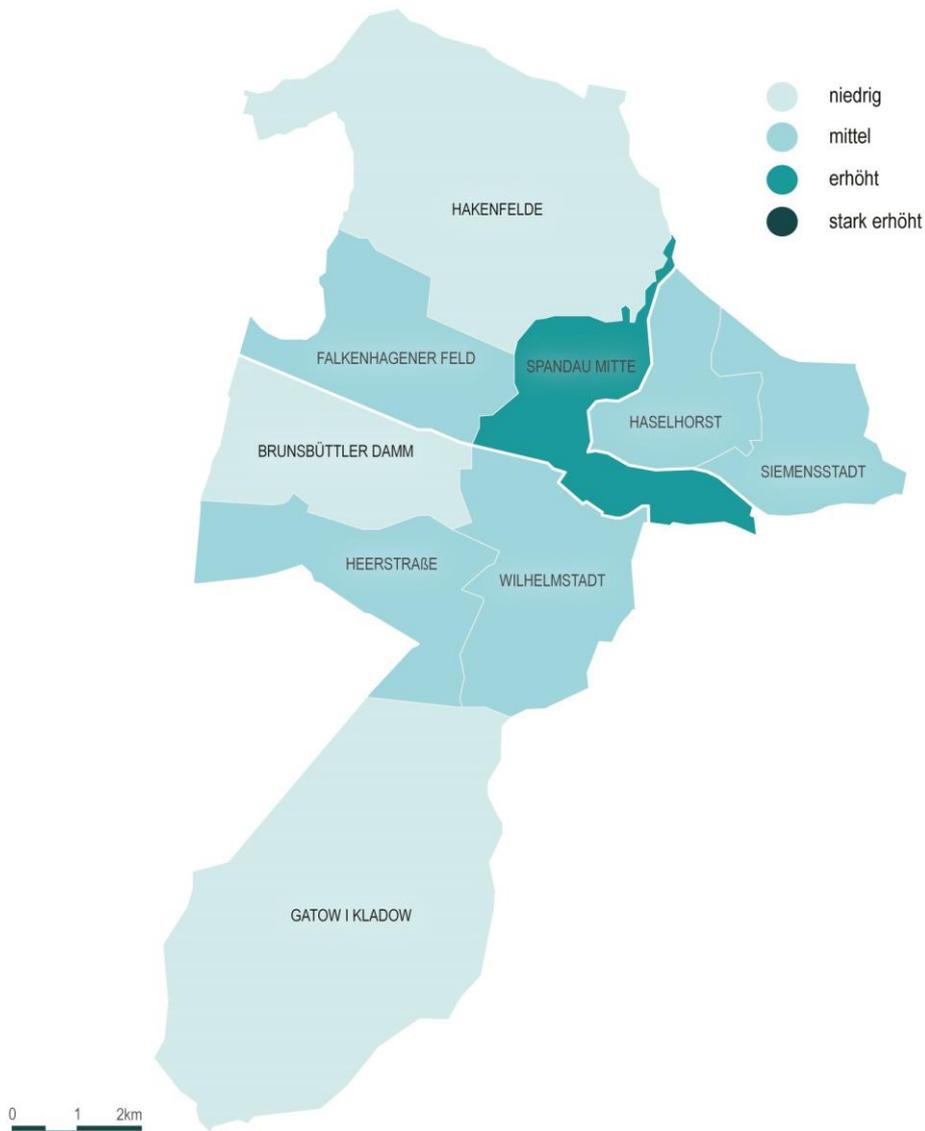
Datenquelle: Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023, Heft 2 (Lüter et al. 2023b, 95)

Aus der kartografischen Überblicksdarstellung ergeben sich abschließend ebenso erste Vergleichsmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt. Insbesondere vor dem Hintergrund der erhöhten Aufmerksamkeit für Jugendgewalt angesichts der Silvesterereignisse 2022 und der nachfolgenden Berliner Gipfel gegen Jugendgewalt ist etwa bemerkenswert, dass Spandau zwar auf gesamtbezirklicher Ebene erhöhte Belastungen mit Jugendgewalt aufweist, dass aber nur in zwei der neun Bezirksregionen – nämlich in Spandau Mitte und in Wilhelmsstadt – im Jahr 2022 erhöhte oder stark erhöhte Belastungen zu finden sind. Demgegenüber können hinsichtlich der Gewalt an Schulen in vier von neun Bezirksregionen erhöhte oder stark erhöhte Belastungen erkannt werden (Falkenhagener Feld, Brunsbüttler Damm, Wilhelmsstadt, Siemensstadt).

Besonders hervorzuheben ist für den Bezirk aber, dass in fünf von neuen Regionen – also der Mehrheit der Regionen – erhöhte oder stark erhöhte Belastungen mit geschlechtsspezifischer Gewalt aufzufinden sind., d.h. an dieser Stelle: mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Es handelt sich dabei um die Regionen Heerstraße, Spandau Mitte und Haselhorst mit stark erhöhter Belastung sowie um die Regionen Falkenhagener Feld und Wilhelmstadt mit erhöhter Belastung. Spandau weist im Jahr 2022 also gemessen an der Bevölkerungszahl nicht nur die höchste Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt aller Berliner Bezirke auf, diese erhöhte Belastung streut auch sehr weit über die Regionen innerhalb des Bezirks. Diese Befunde deuten klar auf die besondere Relevanz hin, die im Sinne der Istanbul-Konvention die Prävention und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere gegen Frauen, im Bezirk einnehmen sollten.

4.3.1 Gewaltdelinquenz in Spandau

Abbildung 18: Gewaltdelinquenz in Spandau – kartografische Darstellung



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Neben phänomenspezifischen Erscheinungsformen von Gewalt wie Jugendgewalt und Gewalt an Schulen wird unter dem Begriff Gewaltdelinquenz an dieser Stelle das alters- und tatortübergreifende Aufkommen von sogenannten Rohheitsdelikten verstanden, also von Körperverletzungen, Raubtaten sowie Delikten gegen die persönliche Freiheit wie Bedrohungen und Nötigungen. Es handelt sich mithin weniger um schwerwiegende Gewaltverbrechen wie Mord und Totschlag als um Gewaltphänomene, die oftmals niedrigschwellig im Alltag verankert, daher auch deutlich stärker verbreitet sind und sich insofern zur Darstellung räumlicher Unterschiede anbieten.

Werden in diesem Sinn zunächst die bezirksregionalen Differenzierungen betrachtet, erhärten sich einige grundlegende Befunde zum Lagebild.

Dass der Bezirk Spandau (HZ 1.779) im Jahr 2022 etwas unterhalb des Berliner Durchschnitts (HZ 1.855) liegt, ist allerdings eine Ausnahme von der Regel. Grundsätzlich ist vielmehr festzuhalten, dass Spandau in den zehn Jahren seit 2013 hinsichtlich seiner allgemeinen Gewaltbelastung jeweils durchgehend zumindest geringfügig über dem Landesdurchschnitt lag (vgl. Abbildung 20). Das bedeutet, dass sich der berlinweit zu verzeichnende postpandemische Anstieg der Gewaltbelastung in Spandau etwas weniger bemerkbar gemacht hat als in anderen Regionen der Stadt. Er stieg von einer Häufigkeitszahl von 1.662 im Jahr 2021 auf 1.779 im Jahr 2022 an, also um 7,0 %. In Berlin war der Anstieg mit 14,0 % doppelt so hoch (HZ 2021: 1.627, HZ 2022: 1.855).

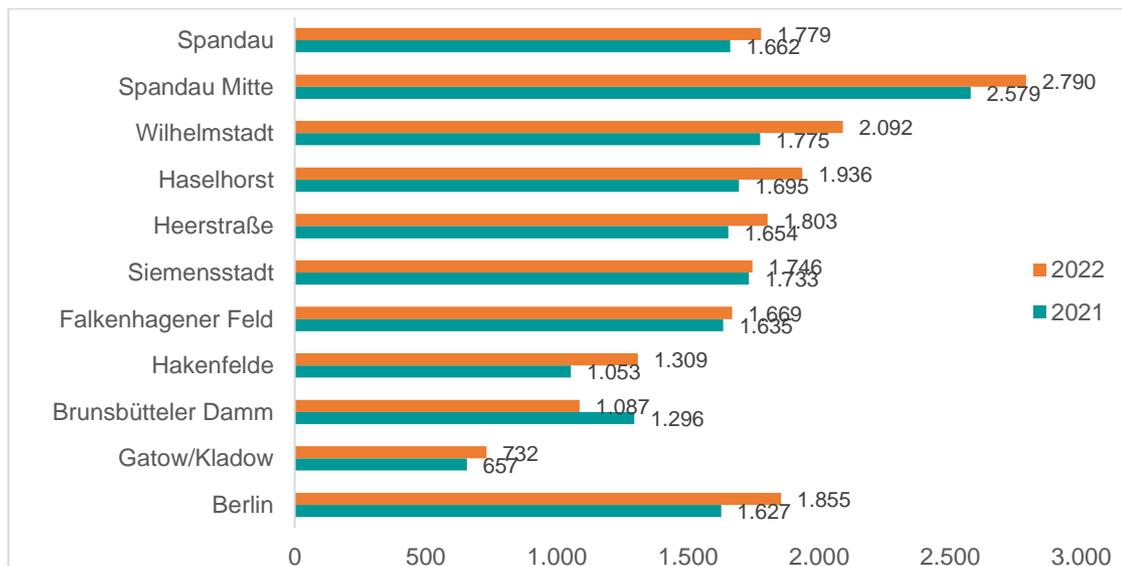
Spandau ist annähernd so stark mit alltagsweltlichen Gewaltphänomenen – Bedrohungen, Beleidigungen und Nötigungen sowie Körperverletzungen und Raubtaten – belastet wie Berlin insgesamt.

Des Weiteren zeigt sich auch in Spandau, dass die bezirksregionale und sozialräumliche Verteilung von Gewaltdelinquenz starke Schiefagen und Gefälle umfasst. Die Belastung in Spandau Mitte (HZ 2022 2.790) ist mithin vierfach so hoch wie diejenige in Gatow/Kladow als der am geringsten belasteten Region des Bezirks. Mit Gatow/Kladow ist diejenige Region mit der am besten situierten Bevölkerung auch diejenige mit dem regional geringsten Gewaltisiko. Ebenfalls die Verteilung von lebensweltlicher Sicherheit ist – ähnlich wie diejenige materieller Güter und Ressourcen – merklich ungleich.

Es ist ein typisches Muster, bleibt aber dennoch auch ein für die Ausrichtung von Prävention relevanter Befund, dass die Belastung der Region Spandau Mitte nicht nur am höchsten ist, sondern sich auch von allen anderen Regionen deutlich abhebt. Als bezirkszentrale Region umfasst Spandau Mitte die historische Spandauer Altstadt, die Neustadt und das Industriegebiet an der Freiheit. Typisch ist, dass solche zentralen und intensiv genutzten Regionen ein erhöhtes Aufkommen von Konflikten und Gewalt aufweisen. Dieser Umstand geht allerdings weniger auf die Verbreitung von Schutz- und Risikofaktoren in der ansässigen Wohnbevölkerung zurück als vielmehr auf bestimmte Tatgelegenheitsstrukturen und räumliche Gegebenheiten (Bahnhöfe, Einkaufszonen etc.) wie auch auf die hohe Nutzungs- und Interaktionsdichte solcher Regionen. Prävention sollte in solchen Räumen daher ebenso situative und städtebauliche Aspekte im Blick haben.

In Spandau Mitte sind alltagsweltliche Gewaltphänomene besonders stark verbreitet – deutlich über dem bezirklichen und dem stadtweiten Durchschnitt. Das ist weniger auf die soziale Lage der Wohnbevölkerung als auf die intensive Nutzung und spezifische Tatgelegenheiten zurückzuführen. Das legt situative und städtebauliche Ansätze der Prävention nahe.

Abbildung 19: Gewaltdelinquenz in Spandau in den Jahren 2021 und 2022



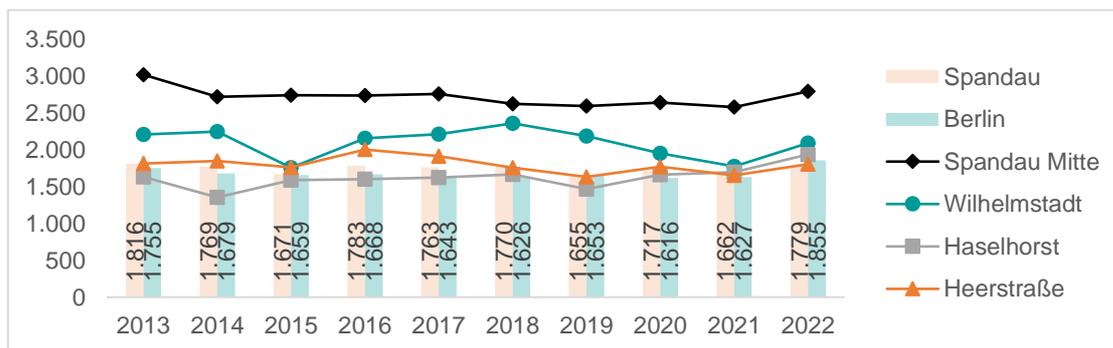
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Die Rangfolge der Regionen hinsichtlich ihrer Belastung im Zeitverlauf verhält sich weitgehend stabil. Das zeigt die Betrachtung des Zeitraums von 2013 bis 2022, also einer Spanne von zehn Jahren. Unter den überdurchschnittlich belasteten Regionen fällt allerdings eine etwas erhöhte Schwankungsbreite in der Region Wilhelmsstadt auf – hier zeigen sich in den letzten zehn Jahren also die stärksten Unterschiede der erfassten Werte. Zugleich finden sich insbesondere in Haselhorst Erhöhungen der Belastungen im Gefolge der Pandemie, in den Jahren 2021 und 2022 ergeben sich hier erstmals höhere Werte als in der Region Heerstraße.

Auffällig ist zugleich, dass sich in allen höher belasteten Regionen merkbliche Anstiege im Jahr 2022 ausmachen lassen, also in der postpandemischen Situation. Dieser Befund gilt für die geringer belasteten Regionen nicht durchgehend und wenn ja, dann nur in geringerem Maß. Im Ausgang der Pandemie erhöht sich damit die Belastung insbesondere in ohnehin schon höher belasteten Regionen. Diese Unterschiede sind in Spandau allerdings nicht besonders erheblich ausgeprägt. Daher gilt im Grundsatz für das gesamte Spektrum der Bezirksregionen, dass sich kaum Anzeichen für eine stark ungleiche Entwicklung finden lassen. Bestehende Unterschiede bleiben erhalten, verstärken sich aber auch nicht in deutlichem Maß. Insofern bieten sich für gezielte Maßnahmen der Prävention hier keine neuen Schwerpunkte an.

Die Belastung mit alltagsweltlicher Gewalt und Rohheit entwickelt sich in den Spandauer Bezirksregionen ähnlich. Das heißt, es finden sich keine Anzeichen für eine diesbezügliche Abkopplung bestimmter Bezirksregionen von der gesamtbezirklichen Entwicklung.

Abbildung 20: Gewaltdelinquenz in Spandau: Belastete Bezirksregionen im Zeitverlauf (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Der Befund im Zeitverlauf kaum erkennbarer struktureller Veränderungen der Rangfolge der Regionen findet sich wie gesagt auch bei den unterdurchschnittlich mit Gewaltdelinquenz belasteten Regionen. In Siemensstadt und im Falkenhagener Feld zeigen sich wiederum in den Pandemie Jahren seit 2020 ansteigende Belastungen, in einigen Regionen dieser Gruppe aber auch eine uneinheitliche Trendentwicklung. Die Region Gatow/Kladow ist insbesondere in den letzten Jahren weitgehend konstant belastet. In der Region Brunsbüttler Damm findet sich im Jahr 2022 zum Ende der Pandemie sogar ein Rückgang der Werte. Angesichts der hohen Konstanz sind abrupte und erhebliche Veränderungen der Werte in Siemensstadt im Zeitraum von 2013 bis 2016 bemerkenswert. Sie bilden gleichsam eine Anomalie im Gesamtbild und können an dieser Stelle nicht rückblickend aufgeklärt werden.

Das bedeutet, dass ungeachtet der Veränderungen der postpandemischen Situation die aktuell zu beobachtenden Verteilungen tatsächlich systematische und strukturelle Hintergründe haben. Anders formuliert ist die Situation im Bezirk im Blick auf Gewaltdelinquenz weitgehend stabil, hier bestehen also keine Segregations- und Abkopplungsdynamiken, indem in bestimmten Regionen bspw. überproportionale Anstieg der Belastung zu verzeichnen sind. Auch die

pandemische Situation und deren Folgen haben das räumliche Gesamtbild also nicht systematisch verändert.

Abbildung 21: Gewaltdelinquenz in Spandau: Weniger belastete Bezirksregionen im Zeitverlauf (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Dieses Bild differenziert sich allerdings im Blick auf die Ebene der Planungsräume. Hier zeigen sich zunächst deutlich stärker ausgeprägte Unterschiede als auf der Ebene der Bezirksregionen. Die Planungsräume unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Belastung mit Gewaltdelinquenz nämlich bis um das Neunfache: Im Planungsraum Carl-Schurz-Straße findet sich im Zeitraum von 2022 bis 2022 bspw. eine durchschnittliche Häufigkeitszahl von 4.050, im Planungsraum Isenburger Weg demgegenüber nur eine Häufigkeitszahl von 434 (HZ Berlin: 1.699; HZ Spandau: 1.719).

Erhebliche Kontraste der Gewaltbelastung finden sich auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume. Die Belastungen dieser Planungsräume unterscheiden sich bis zum Faktor neun.

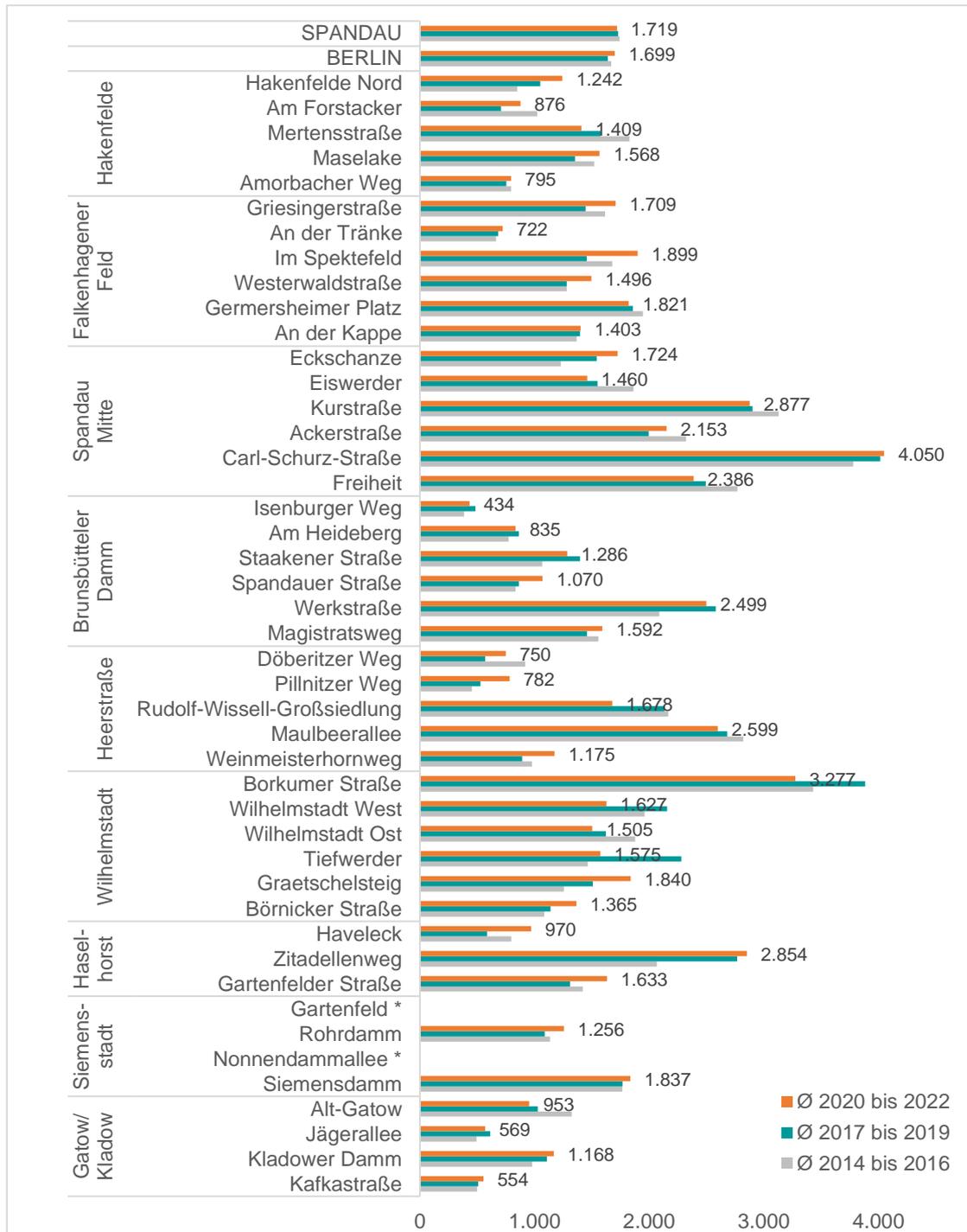
In den Durchschnittswerten für die bezirkliche oder bezirksregionale Ebene ist also eine große Vielfalt kleinräumiger Situationen enthalten. Neben dem genannten Planungsraum Carl-Schurz-Straße (HZ 4.050) lassen sich verdichtete Belastungen auch in einer Reihe weiterer Planungsräume finden. Dazu zählen Borkumer Straße (HZ 3.277), Kurstraße (HZ 2.877), Zitadellenweg (HZ 2.854), Maulbeerallee (HZ 2.599), Werkstraße (HZ 2.499), Freiheit (HZ 2.386) und Ackerstraße (HZ 2.153).

Erwartbar häufen sich höher belastete Regionen in großer Anzahl, aber nicht ausschließlich in der Region Spandau Mitte. Neben Spandau Mitte sind solche lokalen Spitzenwerte auch in den Bezirksregionen Brunsbüttler Damm, Heerstraße, Wilhelmsstadt und Haselhorst zu finden, nicht aber im Falkenhagener Feld und in Hakenfelde.

Da die Planungsräume sehr überschaubar sind, können bereits wenige Fälle zu merklichen Veränderungen der Häufigkeitszahlen im Zeitverlauf führen. Daher arbeitet die Darstellung hier mit Durchschnitts über drei Jahre (2014 – 2016, 2017 – 2019, 2020 – 2022), entsprechend decken drei Werte einen Zeitraum von nicht weniger als neun Jahren ab. Grundsätzlich bietet diese Datenlage einen ersten Zugang zur Frage der Entwicklungsdynamik von Gewaltdelinquenz. Diese Frage nach Entwicklungsdynamiken wird allerdings weiter unten über einen eigens erstellten Index genauer untersucht dargestellt. In Abbildung 22 werden daher die entsprechenden Datenreihen zunächst nur visualisiert. In einigen Regionen lassen sich dabei auch lineare Entwicklungen in zunehmender Richtung erkennen. Als Lesehilfe sei auf die Planungsräume Hakenfelde Nord, Eckschanze, Carl-Schurz-Straße, Piltitzer Weg, Graetschelsteig und Börnitzer Straße sowie Zitadellenweg verwiesen.

Besonders hoch belastet mit alltagsweltlicher Gewalt insgesamt sind die Planungsräume Carl-Schurz-Straße, Borkumer Straße, Kurstraße, Zitadellenweg, Maulbeerallee, Werkstraße, Freiheit und Ackerstraße.

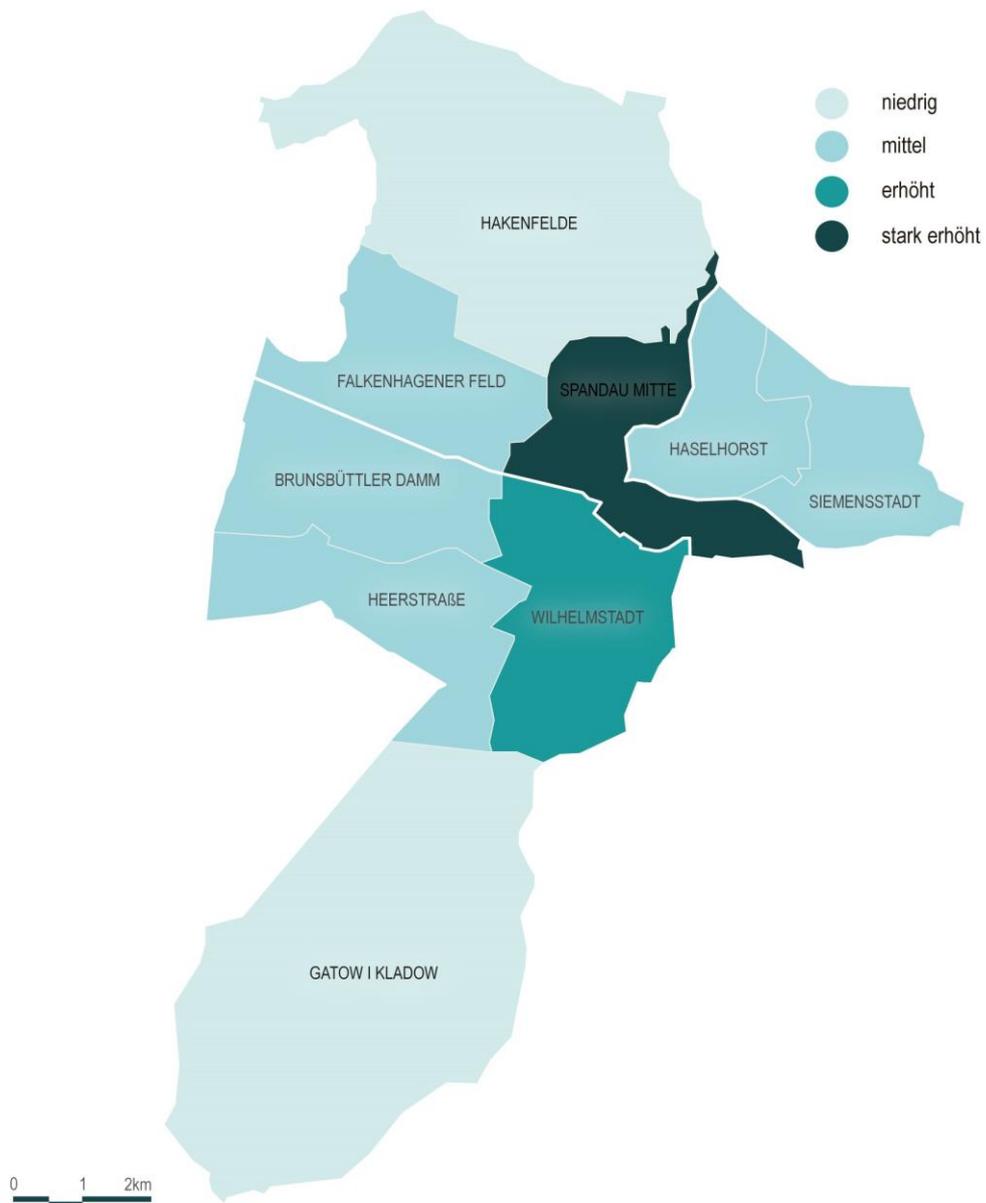
Abbildung 22: Gewaltdelinquenz auf Planungsraumebene im Zeitverlauf



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

4.3.2 Jugendgewaltdelinquenz in Spandau

Abbildung 23: Jugendgewaltdelinquenz in Spandau – kartografische Darstellung



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Die Jugendphase ist im biografischen Verlauf derjenige Lebensabschnitt mit der oftmals höchsten Belastung mit Straftaten. In der kriminologischen Forschung gehört dieser Zusammenhang unter dem Namen der sogenannten „Age-Crime-Curve“ zum grundlegenden Wissensbestand. Ebenso wie die Belastung mit Straftaten in den späten Jugendjahren steil anwächst, sinkt sie im folgenden Prozess des Erwachsenwerdens mit dem Einfügen in soziale Settings wie Ausbildung und Beruf oder Familie und Partnerschaft in der Regel auch wieder ab. Jugendkriminalität und -gewalt werden daher als episodisches Phänomen bezeichnet, aus dem sich in den allermeisten Fällen keine anhaltenden kriminellen und gewalttätigen Karrieren entwickeln. Der im

Die Jugendphase ist im biografischen Verlauf in besonders hohem Maße durch Delinquenz charakterisiert, die danach allerdings in der Regel wieder absinkt. Jugendgewaltprävention ist insofern ein zentrales Handlungsfeld.

Jugendstrafrecht verankerte Erziehungsgedanke kann auch als Anerkenntnis dieser partiellen Normalität und wichtigen Sozialisationsfunktion von Grenzüberschreitungen und Regelbrüchen verstanden werden.

Ein Grund für den hohen Stellenwert, den die Befassung mit Jugendgewalt im Rahmen von Gewaltprävention aufweist, ist neben der genannten altersspezifischen Höherbelastung auch in der Annahme zu finden, dass im Jugendalter – und im Kindesalter nicht minder – relevante Verhaltensdispositionen noch formbar sind, weil der Prozess der Sozialisation bisher nicht abgeschlossen ist. Die im Land Berlin im Anschluss an die Silvesterereignisse 2022 stark erhöhte Aufmerksamkeit für Jugendgewalt kann sich in diesem Sinn neben akuten Anlässen auch auf gute systematische Gründe berufen. Die Prävention von Jugend(gewalt-)delinquenz ist insofern ein elementarer und tragender Bestandteil kommunaler Präventionsstrategien.

Neben den Regionen Spandau Mitte und Wilhelmstadt haben im Blick auf Jugendgewalt derzeit auch die Regionen Heerstraße und Falkenhagener Feld erhöhten Aufmerksamkeitsbedarf, also durch Großsiedlungsstrukturen geprägte Quartiere.

Mit Jugendgewaltdelinquenz werden an dieser Stelle die gleichen Delikte bezeichnet wie im vorangegangenen, altersübergreifenden Abschnitt. Wieder geht es zusammenfassend also um sogenannte Rohheitsdelikte wie Körperverletzungen, Raubtaten sowie Nötigungen und Bedrohungen – allerdings eingeschränkt auf die Altersgruppe der 8- bis unter 21-Jährigen. Streng genommen handelt es sich bei dieser Altersgruppe neben Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) auch um Kinder (unter 14 Jahre) sowie junge Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre). Jugend steht hier also in einem weiteren Sinn für junge Menschen in Spandau.

In Spandau liegt das Aufkommen von Jugendgewalt merklich über dem Berliner Durchschnitt. Im Jahr 2022 liegt Spandau diesbezüglich hinter Mitte und Marzahn-Hellersdorf auf dem dritten Platz im Bezirksvergleich.

Für den Bezirk Spandau lässt sich zunächst insgesamt festhalten, dass das Aufkommen von Jugendgewaltdelinquenz (HZ 2022: 284) derzeit merklich über dem Niveau des Landes Berlins (HZ 2022: 247) liegt. Dieser Befund gilt für die zurückliegenden Jahre ab 2013 nicht durchgehend, aber doch in der Mehrzahl der Jahre. Im Jahr 2022 liegt Spandau damit auf dem dritten Platz aller Bezirke, hinter Mitte und Marzahn-Hellersdorf. Im Bereich der Jugendgewaltdelinquenz stellt sich Spandau im Berliner Maßstab also ungünstiger dar als im Blick auf die Belastung mit Straftaten insgesamt sowie die altersübergreifende Gewaltdelinquenz.

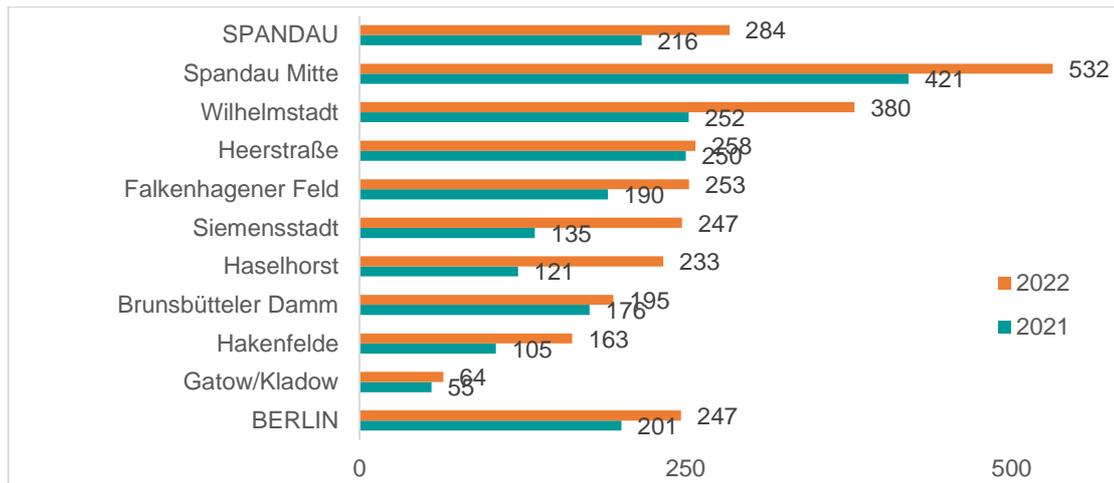
Des Weiteren lässt sich für Spandau wie für Berlin insgesamt ein deutlicher Anstieg der Jugendgewaltdelinquenz im Jahr 2022 im Anschluss an die Corona-Pandemie verzeichnen. Die Häufigkeitszahl stieg in Spandau von 216 im Jahr 2021 auf 284 im Jahr 2022 und damit um 31,5 % – also stärker als in Berlin (22,9 %). Die Werte des Jahres 2022 liegen in Spandau – wiederum wie in Berlin – auch oberhalb des vorpandemischen Niveaus aus dem Jahr 2019, höhere Werte wurden zuletzt im Jahr 2013 verzeichnet. Spandau ist damit im polizeilichen Hellfeld derzeit mit einem temporären Hoch konfrontiert. Zur Kontextualisierung ist allerdings zu beachten, dass diese Werte keineswegs präzedenzlos sind, wie gesagt wurden ähnliche Größenordnungen zuletzt 2013 verzeichnet, in den 1990er und 2000er Jahren ließen sich zudem deutliche höhere Belastungen ausmachen.

Nach der Pandemie ist das Aufkommen von Jugendgewalt im Jahr 2022 stark angestiegen, in Spandau um 31,5 % gegenüber dem Vorjahr und damit stärker als in Berlin (22,9 %).

Hinsichtlich der räumlichen Verteilung von Jugendgewaltdelinquenz ergeben sich erwartbare Überschneidungen mit altersübergreifender Gewaltdelinquenz, aber auch informative Abweichungen. Überschneidungen zeigen sich hinsichtlich der – insbesondere im Jahr 2022 – deutlichen Höherbelastung von Spandau Mitte und mit Einschränkungen auch von Wilhelmsstadt. 2022 wird in Spandau Mitte eine Häufigkeitszahl von 532 erreicht, gegenüber 284 in Spandau und 247 in Berlin. Angesichts der ebenfalls starken Zuwächse in Wilhelmsstadt im Jahr 2022

lässt sich hinsichtlich der Jugendgewaltdelinquenz nicht nur ein allgemeiner Anstieg im Jahr 2022 festhalten, sondern spezifisch ebenso ein starker Zuwachs in den bereits höher belasteten Regionen. Abweichend von der altersübergreifenden Gewaltdelinquenz liegen demgegenüber die Werte der Regionen Heerstraße (HZ 258) und Falkenhagener Feld (HZ 253) zwar nicht oberhalb des bezirklichen Durchschnitts, jedoch etwas oberhalb des Berliner Landesdurchschnitts (HZ 247). Neben den zentral gelegenen Regionen verdienen im Blick auf die Prävention von Jugendgewaltdelinquenz damit auch die stärker durch Wohnbebauung geprägten Großsiedlungsgebiete erhöhte Aufmerksamkeit.

Abbildung 24: Jugendgewaltdelinquenz. Ranking der Bezirksregionen (Häufigkeitszahlen)

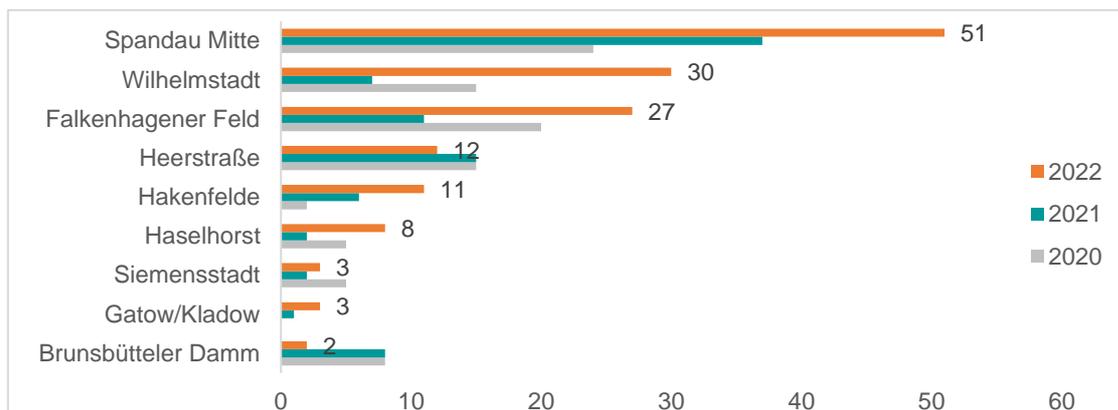


Datenquelle: Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023, Heft 2 (Lüter et al. 2023b, 102).

Eine besondere Form der Jugendgewaltdelinquenz stellt die Jugendgruppengewalt⁸ dar. Dabei handelt es sich um eine Kategorie aus der polizeilichen Arbeit, die auf die gemeinschaftliche Tatbegehung abzielt. An dieser Stelle werden für diesen Aspekt keine Häufigkeitszahlen berechnet, sondern Fallzahlen dargestellt. Insbesondere in den oberen Regionen des Rankings zeigen sich hier ähnliche Muster wie zuvor – insbesondere Spandau Mitte mit 51 Fällen im Jahr 2022 und Wilhelmsstadt mit 30 Fällen stechen heraus. Allerdings gehört hinsichtlich der Jugendgruppengewalt vor allem das Falkenhagener Feld mit 27 Fällen im Jahr 2022 in die besonders auffällige Gruppe, während die Region Heerstraße mit zwölf Fällen weitaus weniger bemerkenswert ist.

⁸ Der Begriff der Jugendgruppengewalt wird durch die Polizei nicht bundeseinheitlich definiert. In Berlin geht es dabei laut PKS Berlin zum einen um eine gemeinschaftliche Tatbegehung von mindestens zwei Tatverdächtigen im Alter von acht bis unter 21 Jahren oder von einem/einer Einzeltäter*in, der/die eine Gruppe als Machtinstrument einsetzt, sowie zweitens um ein bestimmtes Deliktsspektrum – vor allem aus den Bereichen Raub, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Abbildung 25: Jugendgruppengewalt. Ranking der Bezirksregionen (Fallzahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), eigene Darstellung.

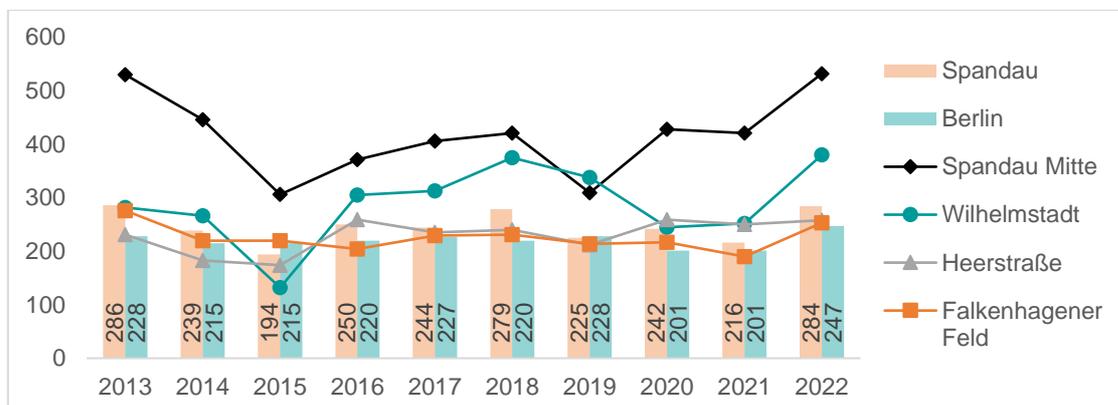
Die im Jahr 2022 merklichen Anstiege der Jugendgewaltdelinquenz finden sich ausnahmslos in allen Spandauer Bezirksregionen. Die längerfristige Betrachtung der vergangenen zehn Jahre seit 2013 zeigt allerdings, dass sich diese Anstiege keineswegs in eine vollkommen kontinuierliche und gradlinige Entwicklung einordnen. Die pandemische Situation war in vielen Regionen im Blick auf Jugendgewalt vielmehr eine erkennbare Zäsur, die sich insbesondere im Jahr 2021 in gegenüber den Vorjahren niedrigeren Werten niederschlug.

In längerfristiger Betrachtung zeigt sich zudem, dass sich das Aufkommen von Jugendgewalt in Spandau bis in das Jahr 2015 noch rückläufig entwickelt hat. Diese rückläufige Entwicklung ließ sich auch in zahlreichen Bezirksregionen erkennen: In Spandau Mitte, in Wilhelmstadt und in Siemensstadt fanden sich in diesem Zeitraum besonders deutliche Rückgänge. Insgesamt unterscheidet sich die Entwicklung von Jugendgewaltdelinquenz insofern in mancher Hinsicht von der altersübergreifenden Gewaltdelinquenz – sie hat sich in den letzten Jahren als volatil und veränderlicher erwiesen: Nach den Rückgängen bis in das Jahr 2015 schloss sich eine Phase der Konstanz mit leichtem Aufwärtstrend an, gefolgt von deutlichen Rückgängen im Zuge der Pandemie und anschließenden deutlichen Anstiegen.

In den vergangenen Jahren finden sich sowohl Phasen mit rückläufiger Belastung durch Jugendgewalt wie auch ansteigende Phasen. Derzeit steigen die Belastungen deutlich an.

In Spandau bilden sich diese Dynamiken insbesondere in den zentralen Regionen ab, hier schwanken die Werte vom Zeitverlauf also besonders deutlich. In der Heerstraße und im Falkenhagen Feld sind die Belastungen demgegenüber erheblich konstanter.

Abbildung 26: Jugendgewaltdelinquenz im Zeitverlauf/Bezirksregionale Ebene (I) (Häufigkeitszahlen)

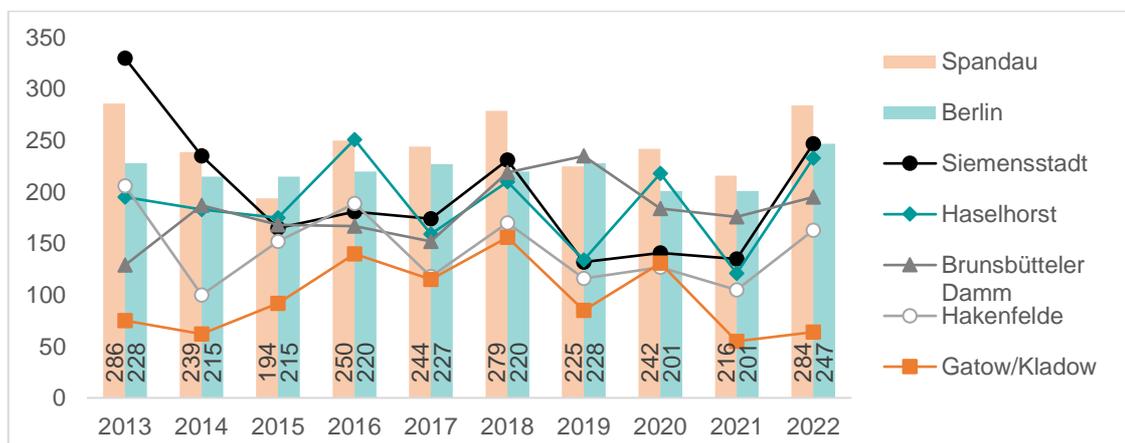


Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Hinsichtlich der Regionen, die unterdurchschnittlich belastet sind, ist an erster Stelle festzuhalten, dass sich hier kaum Anzeichen für anhaltende negative Dynamiken finden. Zwar lassen sich in Gatow/Kladow bis zum Beginn der Pandemie proportional deutlich steigende Werte ausmachen – insofern sie weiterhin deutlich unterhalb des Landes- und Bezirksdurchschnitts liegen, wären genauere Analysen erforderlich, um ggf. sehr lokale und spezifische Handlungsbedarfe zu identifizieren. In Hakenfelde und Haselhorst sind tendenziell geringfügig sinkende Belastungen zu beobachten, die dabei durchgehend im unterdurchschnittlichen Bereich liegen. In der Region Brunsbütteler Damm finden sich unmittelbar vor der Pandemie im Jahr 2019 überdurchschnittliche Werte und bereits im Jahr 2018 deutliche Anstiege gegenüber den Vorjahren. Es zeigt sich derzeit kein klares Bild einer gerichteten Dynamik – dennoch wäre zu prüfen, inwiefern sich die Region zukünftig in Richtung Heerstraße und Falkenhagener Feld entwickeln könnte.

In Spandau sind die Altersgruppen der Kinder und Jugendliche auffälliger als die der jungen Heranwachsenden und sollten daher besonders beachtet werden.

Abbildung 27: Jugendgewaltdelinquenz im Zeitverlauf/Bezirksregionale Ebene (II) (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

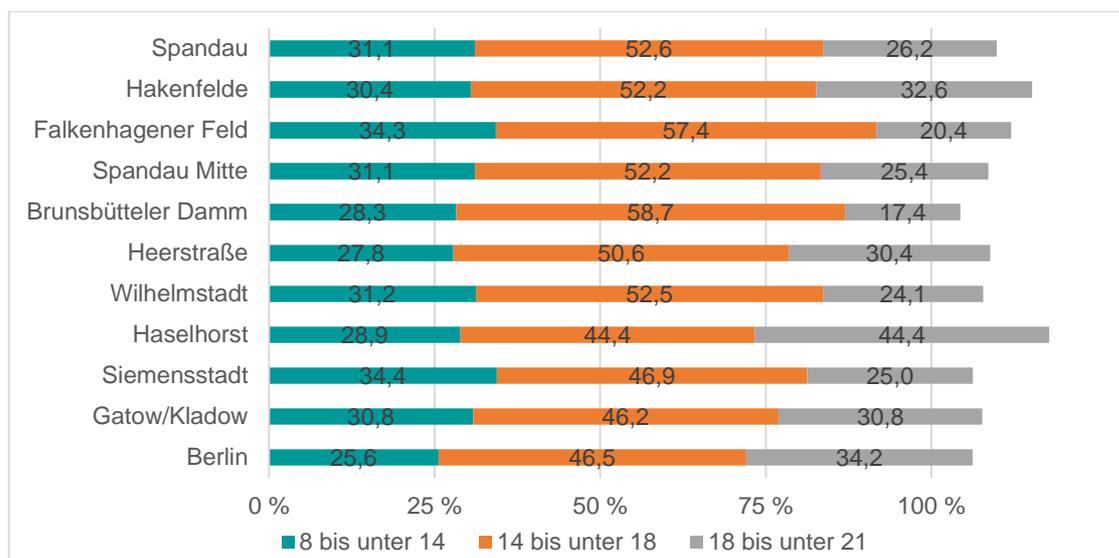
Die vorangegangenen Auswertungen einerseits zu altersübergreifender Gewaltdelinquenz, andererseits zu Jugendgewaltdelinquenz haben Schnittmengen und Unterschiede dieser Phänomenbereiche kenntlich gemacht. Neben den zentralen und hochfrequentierten Gebieten wie Spandau Mitte verdienen hinsichtlich Jugendgewaltdelinquenz auch die Wohngebiete Falkenhagener Feld und Heerstraße Aufmerksamkeit. Lassen sich in noch genauerer Betrachtung auch Unterschiede bezogen auf die Altersgruppen der Kinder, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden identifizieren? Um Hinweise zur Beantwortung dieser Frage zu gewinnen, sollen die prozentualen Anteile der Altersgruppen an den erfassten Fällen verglichen werden. Diese Anteile summieren sich allerdings nicht auf 100 %, da an einem Fall auch mehrere junge Menschen und ebenso solche aus unterschiedlichen Altersgruppen beteiligt sein können. Die Altersklassifikationen leiten sich aus der offiziellen Kategorisierung ab, umfassen aber jeweils eine unterschiedliche Anzahl von Jahren, daher potenziell auch eine unterschiedliche Anzahl von Einwohner*innen in der jeweiligen Gruppe.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen kann festgehalten werden, dass die Jugendlichen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren am häufigsten polizeilich auffällig werden: In Berlin sind sie an 46,5 % der erfassten Fälle von Jugendgewaltdelinquenz beteiligt, in Spandau sogar an 52,6 % und damit merklich häufiger. Auch die Altersgruppe der Kinder wird in Spandau (31,1 %) proportional häufiger auffällig als in Berlin (25,6 %). Umgekehrt verhält es sich im Blick

auf die jungen Heranwachsenden, die in Berlin (34,2 %) in relativer Betrachtung öfter an Fällen beteiligt sind als in Spandau (26,2 %). In Spandau bestehen in diesem Sinn Anzeichen für eine besondere Berücksichtigung der jüngeren Altersgruppen, von Kindern und Jugendlichen, in der Prävention.

Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren sind dabei insbesondere in der Region Falkenhagener Feld (57,4 %) und der Region Brunsbütteler Damm (58,7 %) an einem besonders hohen Anteil der Fälle beteiligt. Für die Altersgruppe der Kinder fallen wiederum die Region Falkenhagener Feld (34,3 %) sowie die Region Siemensstadt (34,4 %) mit erhöhten Anteilen auf. Für die zielgruppengerechte Ausgestaltung von Angeboten können solche altersdifferenzierten Perspektiven von besonderer Bedeutung sein, da sich bspw. JFE in der Regel nur an Jugendliche ab 14 Jahren richten und insofern für Kinder nicht grundsätzlich zugänglich sind.

Abbildung 28: Jugendgewaltdelinquenz nach Altersgruppen und Bezirksregionen (Anteil TV an Fällen in %, Summen über 100 %)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), eigene Berechnungen.

Da die vorliegende Auswertung auf Grundlage von tatortbezogenen Daten generiert wird, ist nicht auszuschließen, dass die ermittelten Muster auch auf Faktoren wie ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten zurückgehen. Insgesamt kann angenommen werden, dass sich mit steigendem Alter ebenso die Bindung an den Wohnort im Freizeitverhalten lockert. Es ist also möglich, dass bspw. junge Heranwachsende, die in Spandau gemeldet sind, in anderen Bezirken auffällig werden und dort in die polizeiliche Statistik eingehen.

Neben der bezirksregionalen Differenzierung bietet ebenso die Betrachtung der zeitlichen Entwicklung der Altersverteilung interessante Ergebnisse. Die Entwicklung auf der bezirklichen Ebene zeigt sehr differenzierte Ergebnisse für die einzelnen Altersgruppen, die hier auf Basis der Dynamiken der Fallzahlen begründet werden, d.h. ohne weitere Berücksichtigung der unterschiedlichen Gruppengröße.

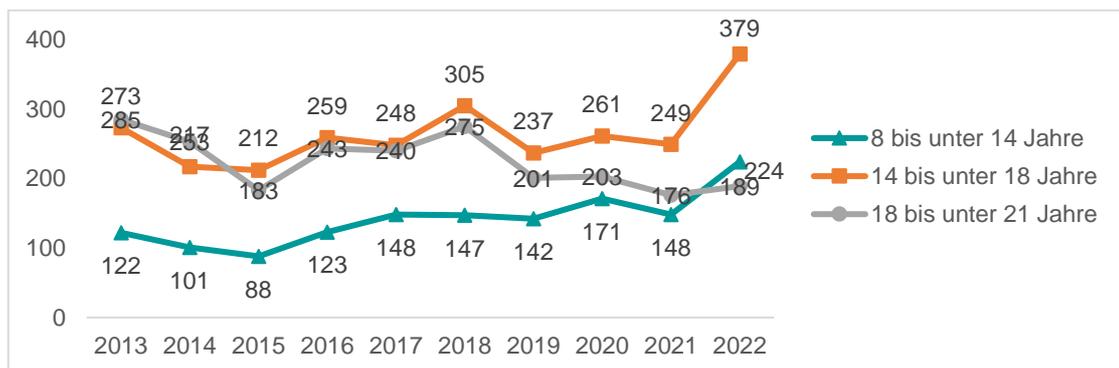
Während die Altersgruppe der jungen Heranwachsenden bis ins Jahr 2018 den Jugendlichen stark ähnelt, bewegt sie sich deutlich anders durch die Pandemie. Bereits vor der Pandemie sinken die Fallzahlen in dieser Gruppe im Jahr 2019 deutlich, sinken im Jahr 2021 nochmals deutlich und steigen auch nach der Pandemie im Jahr 2022 nur geringfügig an. Im Jahr 2022 ist die Altersgruppe der jungen Heranwachsenden im Vergleich zu Kindern und Jugendlichen damit die im polizeilichen Hellfeld unauffälligste Gruppe. Sie weist zudem in den letzten Jahren auch eine eindeutig positive Dynamik auf.

In der Altersgruppe der Jugendlichen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren finden sich vor dem Jahr 2021 erstaunlich geringe Dynamiken und Veränderungen. Abgesehen von gewissen Schwankungen ist die Lage in dieser Altersgruppe seit 2016 weitgehend stabil, auf sie fallen allerdings zugleich jeweils durchgehend die meisten Fälle. Extrem auffällig ist aber der sehr starke Anstieg im Jahr 2022, also nach der Pandemie. Die Zahl der Fälle, an denen Jugendlichen beteiligt waren, stieg von 249 auf 379, also um 52,2 %. Hier ist somit ein deutlicher Aufmerksamkeits- und ggf. Handlungsbedarf im Blick auf die Bearbeitung der Pandemiefolgen für Jugendliche auszumachen. Zu berücksichtigen sind allerdings auch mögliche Nachholeffekte der Pandemie, insofern zeitgleich mehrere Jahrgänge Erfahrungen mit Regelverletzungen und Delinquenz machen, die in den Vorjahren nicht uneingeschränkt möglich waren.

Insbesondere in der Altersgruppe der Jugendlichen finden sich nach der Pandemie im Jahr 2022 massive Anstiege des Aufkommens von Jugendgewaltdelinquenz, und zwar um 52,2 %. Die Anzahl der Fälle, an denen Kinder beteiligt sind, liegt im Jahr 2022 erstmals über derjenigen mit Beteiligung von Jugendlichen.

Ein ebenfalls sehr erheblicher, nur etwas geringerer Zuwachs findet sich in der Altersgruppe der Kinder. Hier steigt die Zahl der Fälle von 148 im Jahr 2021 auf 224 im Jahr 2022, was einem Zuwachs von 51,4 % entspricht. Auch für Kinder in Spandau erweist sich also die Pandemie im Blick auf Gewaltdelinquenz als deutlich wahrnehmbare Zäsur mit negativen Folgen und Effekten. Bezogen auf die Spandauer Kinder – und das unterscheidet sie von den Jugendlichen – lassen sich allerdings bereits seit dem Jahr 2016 nahezu durchgehend steigende Werte feststellen. Hier zeichnet sich also ein sehr klarer Trend zunehmender Belastungen und Auffälligkeiten ab, der im Gefolge der Pandemie nochmals verstärkt wird. Erstmals sind daher im Jahr 2022 in Spandau auch Kinder an mehr Fällen beteiligt als junge Heranwachsende. Obwohl die Größenordnung der Fälle mit 224 noch deutlicher unter derjenigen der Jugendlichen mit 379 im Jahr 2022 liegt, ist die hohe Konstanz des Zuwachses über viele Jahre ein deutlicher Hinweis auf einen präventiven Aufmerksamkeits- und Handlungsbedarf insbesondere in der Altersgruppe der Kinder.

Abbildung 29: Jugendgewaltdelinquenz in Spandau im Zeitverlauf nach Altersgruppen (Fallzahlen)

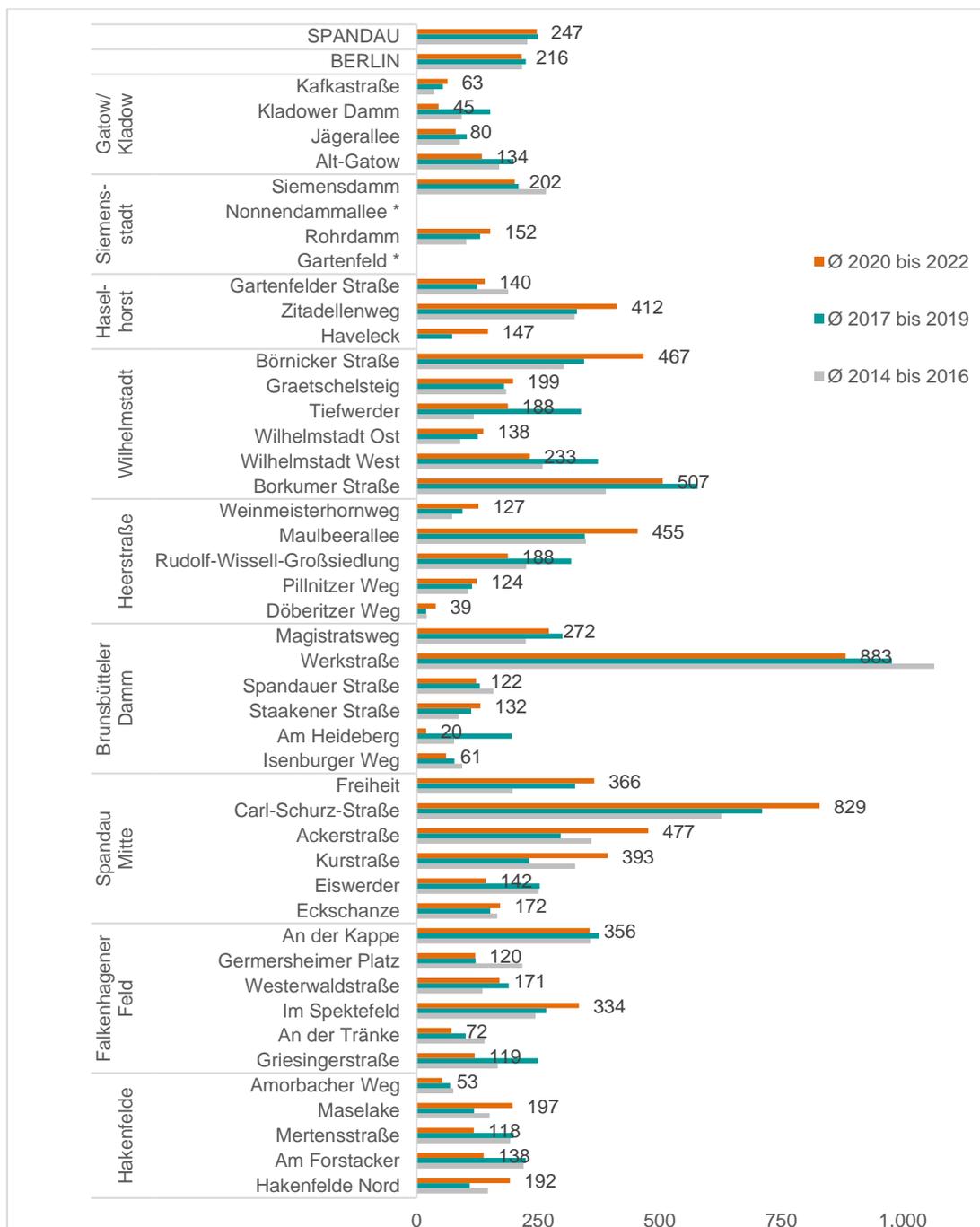


Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), eigene Darstellung.

Die kleinräumige Perspektive auf die Spandauer Planungsräume, die oben bereits für altersübergreifende Gewaltdelinquenz dargestellt wurde, verdeutlicht auch im Blick auf Jugendgewaltdelinquenz erhebliche Unterschiede der Belastung. Erneut und erwartbar ist der hochfrequentierte Raum Carl-Schurz-Straße einer der beiden mit Abstand am stärksten von Jugendgewaltdelinquenz betroffenen Regionen. Im Jahr 2022 liegt die Häufigkeitszahl hier bei 829, gegenüber 247 in Spandau und 216 in Berlin. Ein noch etwas höherer Wert findet sich im Planungsraum Werkstraße (HZ 2022: 883) in der Region Brunsbütteler Damm, in den Vorjahren sind dort sogar nochmals höhere Werte feststellbar. Diese am äußersten Stadtrand gelegene Region teilt nicht die Kriterien hochfrequentierter oder hochbelasteter Regionen. Sie ist

allerdings Standort des Sommerbads Staaken-West, das aufgrund von Sanierungen in anderen Bädern zeitweise das einzige Sommerbad Spandaus war. Es ist anzunehmen, dass – wie in vielen anderen Berliner Sommerbäder – auch im Sommerbad Staaken-West Konflikte zwischen Jugendlichen vorkommen, die sich entsprechend in der polizeilichen Statistik niederschlagen. Die geringe Bevölkerungszahl in diesem Planungsraum führt bei einer Hochrechnung auf 100.000 EWR allerdings zu einer irreführenden Häufigkeitszahl: Im Planungsraum Werkstraße waren 2022 nämlich de facto 17 einschlägige Fälle zu verzeichnen, in der Region Carl-Schurz-Straße demgegenüber 113.

Abbildung 30: Jugendgewaltdelinquenz auf Planungsraumebene im Zeitverlauf



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Neben diesen hinsichtlich ihrer Häufigkeitszahl stark überdurchschnittlich belasteten Planungsräumen finden sich auch in vielen anderen Spandauer Bezirksregionen stark belastete Räume – mit Ausnahme allerdings von Gatow/Kladow, Hakenfeld und Siemensstadt. Auffällig sind insbesondere PLR Zitadellenweg (HZ 412) in der Bezirksregion Haselhorst, PLR Börnicker Straße (HZ 467) und Borkumer Straße (HZ 507) in der Region Wilhelmsstadt sowie PLR Maulbeerallee (HZ 455) in der Region Heerstraße. In der Region Spandau Mitte sind neben dem PLR Carl-Schurz-Straße (HZ 829) auch die PLR Freiheit (HZ 366), Ackerstraße (HZ 477) und Kurstraße (HZ 393) bemerkenswert. Im Falkenhagener Feld fallen vor allem die PLR Im Spektefeld (HZ 334) und An der Kappe (HZ 356) auf.

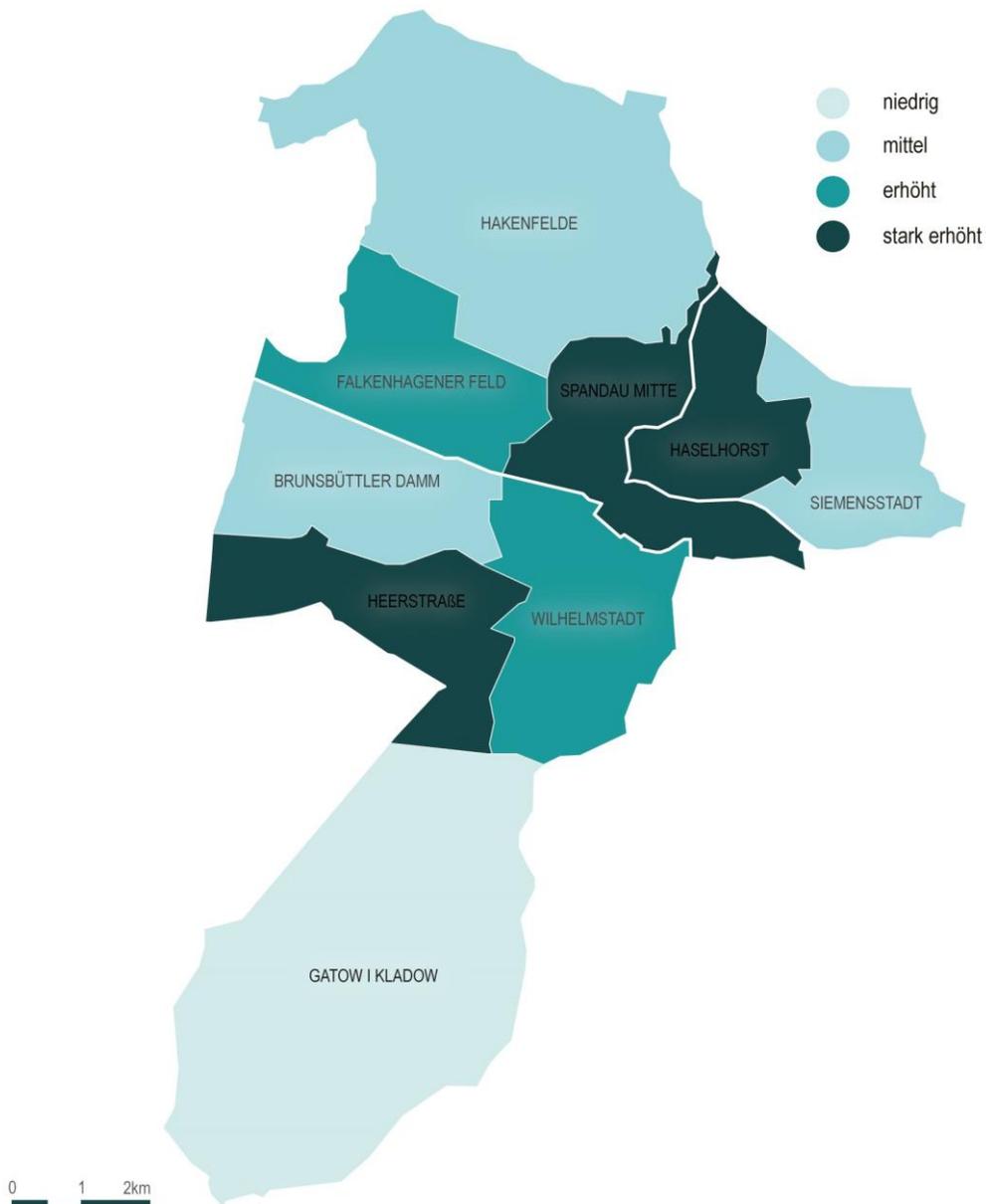
In zahlreichen Spandauer Planungsräumen finden sich Belastungen mit Jugendgewaltdelinquenz unterhalb des Landesdurchschnitts, in anderen deutlich erhöhte Werte. Werkstraße und Carl-Schurz-Straße, Maulbeerallee und Borkumer Straße, Ackerstraße, Börnicker Straße und Zitadellenweg weisen gemessen an ihren Häufigkeitszahlen besonders hohe Belastungen auf.

Sehr kleine und bevölkerungsschwache Planungsräume sind hier ausgeklammert worden. Dennoch ist zu beachten, dass höchste Häufigkeitszahlen nicht in jedem Fall mit höchsten Fallzahlen einhergehen, da die Häufigkeitszahlen Einwohnerzahl und Fallzahl in ein Verhältnis setzen. Anzumerken ist außerdem, dass die analytische Perspektive an dieser Stelle eine Fokussierung auf problematische Hochbelastungen mit sich bringt, dass dieser Umstand aber nicht die Tatsache relativieren soll, dass in der Mehrzahl der Spandauer Planungsräume Häufigkeitszahlen für Jugendgewaltdelinquenz auszumachen sind, die – oftmals deutlich – unterhalb des Berliner Landesdurchschnitts liegen.

4.3.3 Geschlechtsspezifische Gewalt in Spandau

Geschlechtsspezifische Gewalt ist derjenige Phänomenbereich, in dem Spandau gemessen an der Bevölkerungszahl mit besonders überdurchschnittlichen Belastungen auffällt. Geschlechtsspezifische Gewalt richtet sich – dies zur begrifflichen Vorverständigung – ganz überwiegend gegen Frauen, kann aber auch Männer, Trans*- oder Inter*-Personen und Kinder betreffen. Zur Analyse werden an dieser Stelle – analog zum Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz – die Deliktbereiche innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt sowie sexualisierte Gewalt herangezogen.

Abbildung 31: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau – kartografische Darstellung



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Aufgrund der auffällig erhöhten Belastung des Bezirks Spandau bietet sich auch in präventiver Perspektive sehr deutlich eine verstärkte Berücksichtigung von geschlechtsspezifischer Gewalt an: Das Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz zeigt, dass Spandau unter allen Bezirken die höchsten Werte im Phänomenbereich der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt aufweist. Im Jahr 2022 wird in Spandau eine Häufigkeitszahl von 594 gegenüber 424 in Berlin verzeichnet. Die Werte in Spandau sind damit gegenüber Berlin um 40,1 % erhöht.

Im Phänomenbereich geschlechtsspezifischer Gewalt fällt Spandau gemessen an der Bevölkerungszahl mit besonders überdurchschnittlichen Belastungen auf.

Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt ist – wie auch andere Erscheinungsformen von Gewalt – im Bezirk regional ungleich verteilt. Gegenüber Gatow/Kladow (HZ 2022: 133) ist die Belastung in der Region Heerstraße (HZ 2022: 809) beispielsweise um das Sechsfache erhöht. Gegenüber Berlin (HZ 2022: 424) ist der Wert in dieser Region verdoppelt.

Mit einer Häufigkeitszahl von 594 gegenüber 424 in Berlin ist Spandau der am stärksten mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt belastete Bezirk.

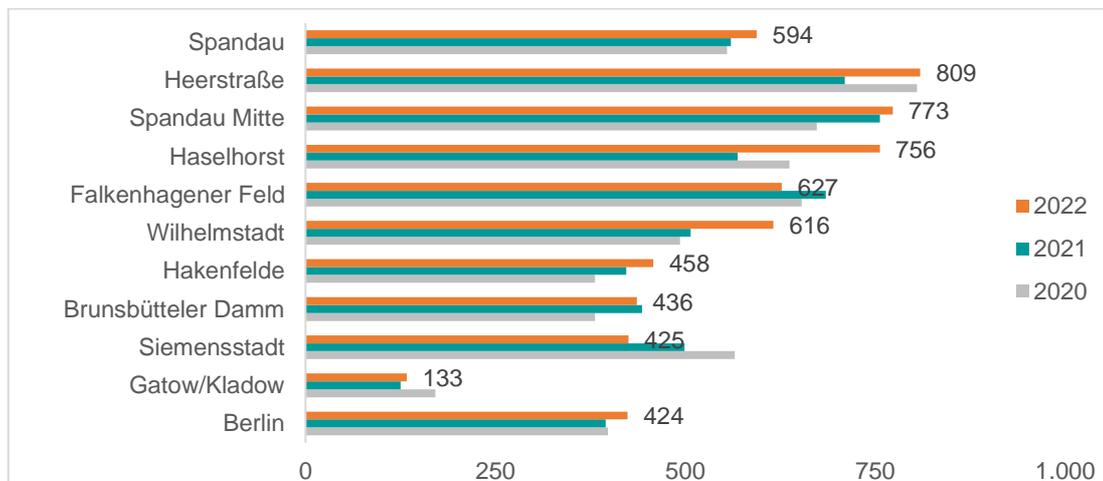
Die Muster der Verteilung von innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt weisen allerdings deutliche Besonderheiten aus. Die zentral gelegenen Regionen Spandau Mitte (HZ 2022: 773) und Wilhelmsstadt (HZ 2022: 616) liegen zwar ebenso in diesem Phänomenbereich oberhalb des bezirklichen Durchschnitts, wenn auch in Wilhelmstadt nicht in den Pandemie Jahren 2020 und 2021. Sie belegen jedoch nicht die Spitzenplätze, vielmehr fallen auch anders strukturierte Gebiete mit deutlich erhöhten Belastungen auf. Neben dem klaren Spitzenreiter Heerstraße (HZ 2022: 809) zeigt gleichfalls die Region Falkenhagener Feld (HZ 2022: 627) in den letzten Jahren anhaltend erhöhte Werte, die Region Haselhorst (HZ 2022: 756) vor allem nach der Pandemie im Jahr 2022. Dieser Umstand lässt sich auch dadurch erklären, dass die Tatorte innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt weniger stark im öffentlichen Raum und in hochfrequentierten Regionen zu finden sind. Tat- und Wohnorte überschneiden sich in diesem Deliktfeld deutlicher, daher kommen auch Wohngebiete mit schwierigen sozialen Rahmenbedingungen stärker in den Fokus. Aufgrund der größeren Überlagerung von Tat- und Wohnort ist dieses Deliktfeld somit ein guter Indikator für sozialräumliche Problemlagen in der Bewohnerschaft, für Belastungen und Spannungen in den Familien und Haushalten.

Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt ist in den Regionen Spandau Mitte, Haselhorst und Heerstraße stark erhöht, im Falkenhagener Feld und Wilhelmsstadt erhöht.

Zudem lässt sich allerdings festhalten, dass mit der Ausnahme von Gatow/Kladow alle Bezirksregionen im Jahr 2022 Häufigkeitszahlen zu innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt aufweisen, die oberhalb des Berliner Durchschnitts liegen, also ebenso Hakenfelde (HZ 2022: 458), Brunsbütteler Damm (HZ 436) sowie Siemensstadt (HZ 425). Auch angesichts regionaler Verdichtungen betrifft das Thema der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt damit den Bezirk in seiner Gänze.

Mit Ausnahme von Gatow/Kladow sind im Jahr 2022 alle Spandauer Bezirksregionen stärker mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt belastet als Berlin im Durchschnitt.

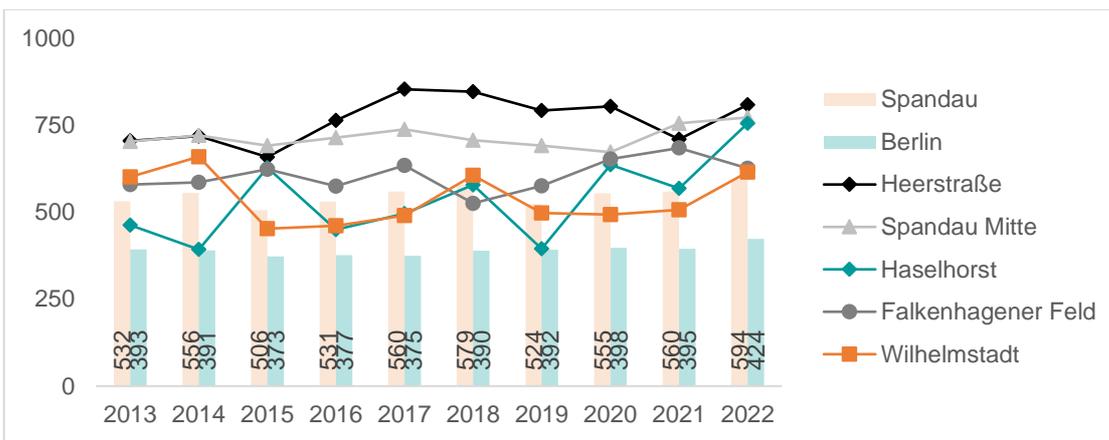
Abbildung 32: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Die zeitliche Entwicklung der räumlichen Belastung zeigt eine hohe Konstanz der Grundstrukturen bei gewissen Veränderungen im Detail. Die besonders ausgeprägte Belastung der Region Heerstraße hat in den vergangenen zehn Jahren eine längere Vorgeschichte erfahren, zeichnet sich jedoch erst ab dem Jahr 2016 in der derzeitigen Deutlichkeit ab. Im Falkenhagener Feld lässt sich dieser Anstieg ab 2016 nicht beobachten, dort sind vielmehr die Pandemiejahre 2020 und 2021 von etwas erhöhten Belastungen gekennzeichnet. Dieser pandemiebedingte oder -begleitende Anstieg der Häufigkeitszahlen innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt findet sich in gewisser Form auch in der Region Haselhorst, bemerkenswerterweise aber nicht in der Region Heerstraße.

Abbildung 33: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau 2013 bis 2022 (I) (Häufigkeitszahlen)



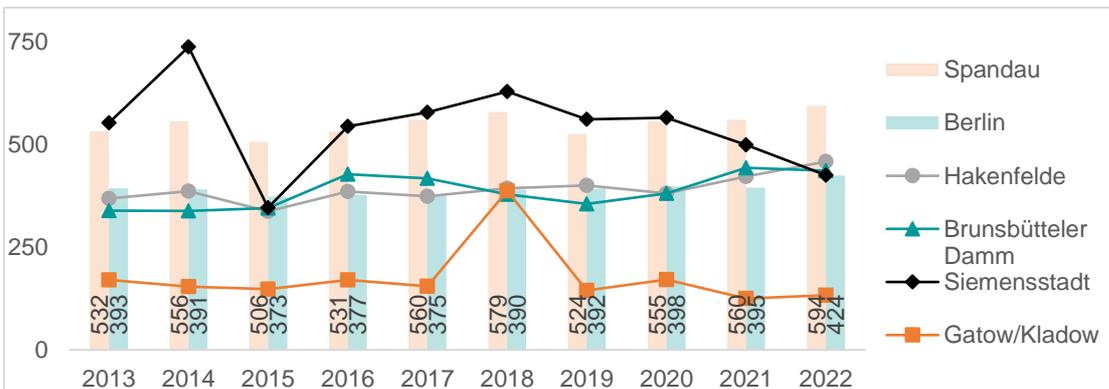
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

In sehr moderater Form lassen sich diese Anstiege der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt im Zuge der Pandemie auch in den Regionen Brunsbütteler Damm und Hakenfeld beobachten. Demgegenüber ist die Region Siemensstadt in der Langzeitbetrachtung von einer positiven Entwicklung abnehmender Häufigkeitszahlen im Deliktfeld der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt gekennzeichnet.

Insgesamt lassen sich also – insbesondere bezogen auf Haselhorst sowie Siemensstadt – leichte Anzeichen für längerfristig gerichtete Trends und Dynamiken erkennen, die sowohl in positiver als auch in negativer Richtung ausgeprägt sein können.

Die räumlichen Verteilungen von Gewalt verändern sich nur langsam. Auffällig ist derzeit ein mehrjähriger Anstieg der Belastung in der Region Haselhorst und ein mehrjähriger Rückgang in im Quartier Siemensstadt.

Abbildung 34: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen)

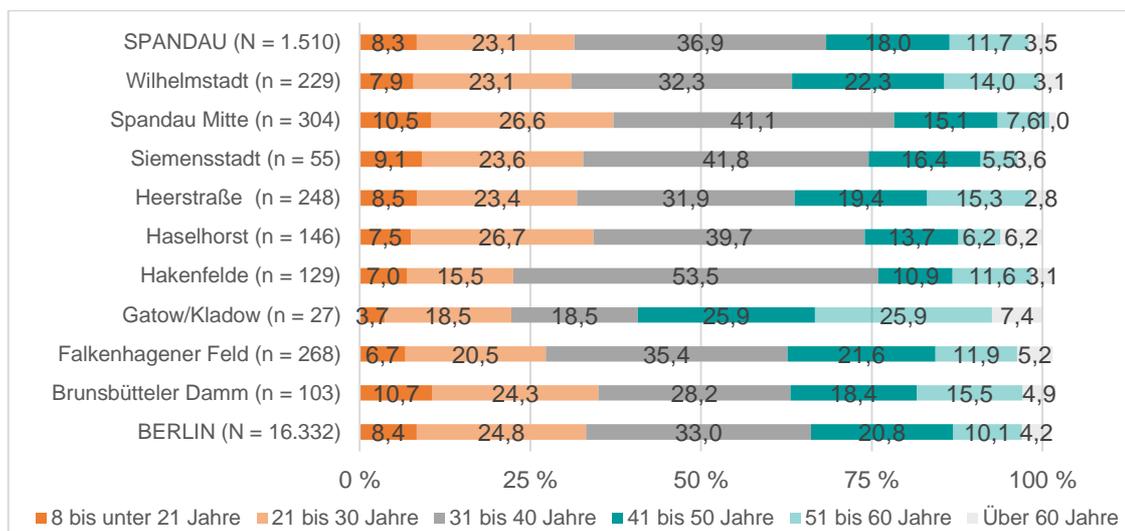


Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Bezüglich der ermittelten Tatverdächtigen für Delikte im Bereich der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt finden sich regionale Unterschiede, die vor allem hinsichtlich der insgesamt im polizeilichen Hellfeld gering belasteten Region Gatow/Kladow besonders deutlich ausfallen. In Gatow/Kladow sind die Altersgruppen bis 40 Jahre nur in sehr geringem Maß auffällig geworden. In Gatow/Kladow gehören mehr als die Hälfte der ermittelten Tatverdächtigen (51,8 %) den Altersgruppen über 40 Jahre an – das ist für den Bezirk nicht repräsentativ und als Ausreißer zu bewerten. In der Regel stellen Personen bis 40 Jahren nämlich sehr deutlich die Mehrheit der Tatverdächtigen, und zwar ungefähr zwei Drittel – in Spandau konkret 68,3 %, in Berlin 66,1 %. In einigen Regionen sind die Altersgruppen nochmals deutlich häufiger vertreten und stellen ungefähr drei Viertel der Tatverdächtigen, und zwar in Spandau Mitte (78,3 %), in Hakenfelde (76,0 %), Siemensstadt (74,5 %) sowie Haselhorst (74 %). Dabei ist die Altersgruppe der 31- bis 40-Jährigen am häufigsten vertreten und macht auf bezirklicher Ebene etwas mehr als ein Drittel aller Tatverdächtigen (36,9 %) aus. In einigen Regionen wie Hakenfelde (53,5 %), Siemensstadt (41,8 %) und Spandau Mitte (41,1 %) sind die Anteile der 31- bis 40-Jährigen nochmals etwas erhöht. Hinsichtlich ihres Anteils an den Tatverdächtigen stehen die 21- bis 30-Jährigen mit einem Anteil von 23,1 % auf bezirklicher Ebene an zweiter Stelle, die 41- bis 50-Jährigen mit einem Anteil von ca. einem Fünftel (28,0 %) an dritter Stelle.

In mehr als zwei Drittel der Fälle von innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt (68,3 %) gehörten die ermittelten Tatverdächtigen in die Altersgruppe bis 40 Jahre.

Abbildung 35: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau: Altersstruktur der Tatverdächtigen nach Bezirksregion (Anteil an Fällen in %)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

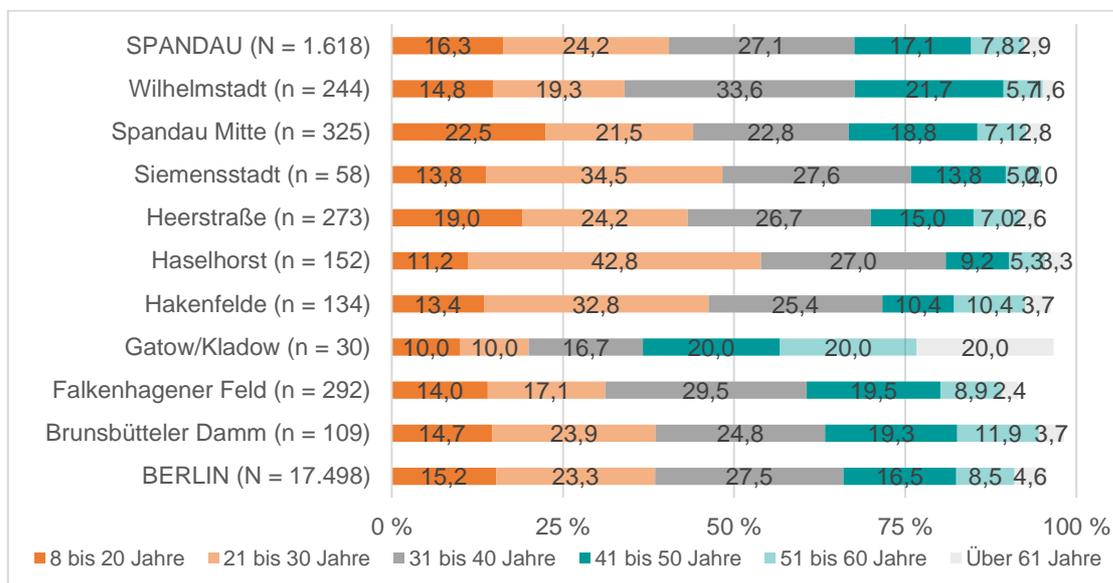
Die Altersstruktur der Opfer von innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt hat Ähnlichkeiten mit jener der Tatverdächtigen, unterscheidet sich jedoch in einigen Hinsichten markant. Auf bezirklicher Ebene stellen die 31- bis 40-Jährigen die größte Opfergruppe (27,1 %), gefolgt von den 21- bis 30-Jährigen (24,2 %), den 41- bis 50-Jährigen (17,1 %) sowie den 8- bis unter 21-Jährigen (16,3 %).

Im Vergleich mit der Altersstruktur der Tatverdächtigen ist bei den Opfern insbesondere ein geringerer Anteil der 31- bis 40-Jährigen und ein deutlich höherer Anteil der 8- bis unter 21-Jährigen auffällig. Junge Menschen unter 21 Jahren stellen damit einen ungefähr doppelt so hohen Anteil unter den Opfern gegenüber den Tatverdächtigen. Ungefähr zwei Fünftel (40,5 %)

aller Opfer von innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt stammen in Spandau aus der Altersgruppe bis 30 Jahre, in einigen Regionen ist der Anteil nochmals höher wie bspw. in Haselhorst (53,9 %), Siemensstadt (48,3 %) und Hakenfelde (46,3 %). In der Altersgruppe der 21- bis 30-Jährigen finden sich gegenüber Spandau (24,2 %) auffällige Erhöhungen in Siemensstadt (34,5 %), Hakenfelde (32,8 %) und insbesondere in Haselhorst (42,8 %). Wie auch hinsichtlich der Tatverdächtigen unterscheidet sich ebenso die Altersstruktur der Opfer aus Gatow/Kladow deutlich von derjenigen im Bezirk Spandau und in Berlin. Die Betroffenen sind hier häufiger älter, was als Ausreißer aufgrund der besonderen Altersstruktur der Region zu bewerten ist.

Im Vergleich mit der Altersstruktur der Tatverdächtigen ist bei den Opfern ein geringerer Anteil der 31- bis 40-Jährigen und ein deutlich höherer Anteil der 8- bis unter 21-Jährigen auffällig. Junge Menschen unter 21 Jahren stellen damit einen ungefähr doppelt so hohen Anteil unter den Opfern (16,3 %) gegenüber den Tatverdächtigen (8,3 %).

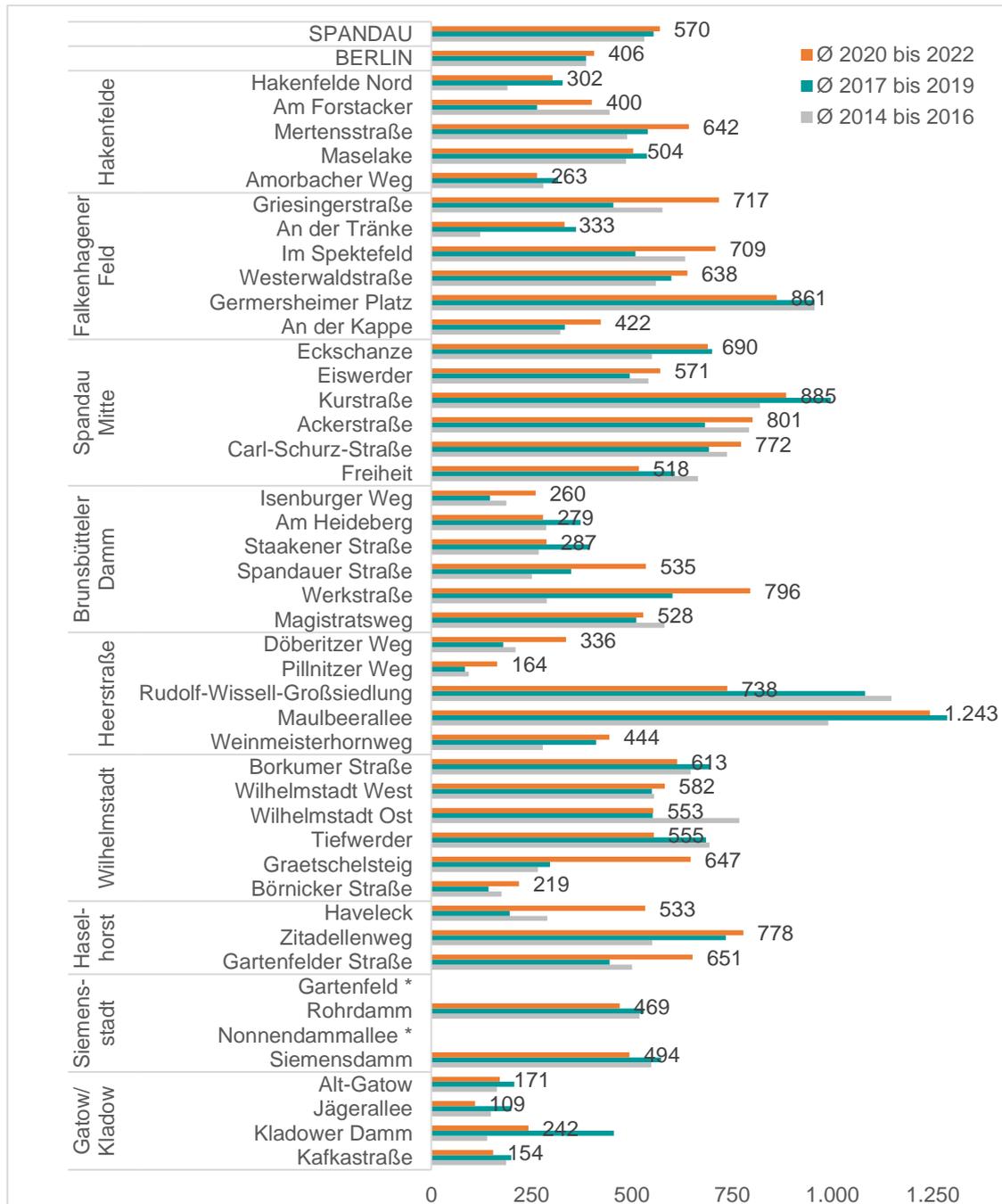
Abbildung 36: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt 2022, Altersstruktur der Opfer nach Bezirksregion (Anteil an Fällen in %)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte summieren sich nicht auf 100 %. Camino geht davon aus, dass dies auf Opfer ohne Altersangabe bzw. unter acht Jahren zurückgeht.

Komplementär zu der vergleichsweise niedrigen Belastung in Gatow/Kladow und den dortigen Planungsräumen lassen sich auch im Blick auf innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt einige Planungsräume mit erhöhten Belastungen ausmachen. Bezogen auf sozialräumlich ausgerichtete Präventionsmaßnahmen ist zu betonen, dass sich räumliche Schwerpunkte je nach Deliktfeld unterscheiden können. Die Schwerpunkte von innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt, die im Übrigen auch zu einem größeren Anteil im Dunkelfeld verbleiben als andere Delikte, sind partiell anders gelagert als diejenigen von Gewaltdelinquenz insgesamt.

Abbildung 37: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau auf Planungsraumbene im Zeitverlauf (Häufigkeitszahl)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auffällig sind insbesondere die gegenüber Spandau (HZ 2020 – 2022: 570) sehr hohen Werte in Teilen der Bezirksregion Heerstraße, insbesondere in den Planungsräumen Maulbeerallee (HZ 2020 – 2022: 1.243) und Rudolf-Wissell-Großsiedlung (HZ 2020 – 2022: 738), wobei im Raum Rudolf-Wissell-Großsiedlung in früheren Jahren noch deutlich höhere Werte zu verzeichnen waren. Auch in der Region Falkenhagener Feld werden in einigen Planungsräumen Werte erreicht, die weit über dem bezirklichen Durchschnitt liegen. Auffällig sind hier insbesondere die Planungsräume Germersheimer Platz (HZ 2020 – 2022: 861), Griesingerstraße (HZ 2020 – 2022: 717) und Im Spektefeld (HZ 2020 – 2022: 709). Obwohl Spandau Mitte in diesem Deliktfeld nicht die höchsten Belastungen in Spandau aufweist, finden sich auch dort einige Planungsräume mit besonders hohen Belastungen mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Auffällig sind insbesondere die Räume Kurstraße (HZ 2020 – 2022: 885), Ackerstraße (HZ 2020 – 2022: 801) sowie Carl-Schurz-Straße (HZ 2020 – 2022: 772).

In einigen Planungsräumen finden sich derzeit gegenüber Spandau (HZ 570) und Berlin (HZ 400) deutlich erhöhte Belastungen: Maulbeerallee (1.243), Rudolf-Wissell-Großsiedlung (738), Carl-Schurz-Straße (772), Ackerstraße (801), Kurstraße (885), Griesingerstraße (717), Im Spektefeld (709), Germersheimer Platz (861), Werkstraße (796), Zitadellenweg (778).

Die sozialräumliche Verteilung von innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt ist im Rahmen einer auf Präventionsbedarfe bezogenen Berichterstattung auch deshalb interessant, weil der Zusammenhang dieser Delikte mit Tatgelegenheitsstrukturen im öffentlichen Raum schwächer ausgeprägt ist und sie daher als sozialraumbezogener Indikator für Spannungen und Belastungen in Nachbarschaften und Quartieren interessant sind. Tatorte sind hier oftmals nämlich auch Wohnorte der Beteiligten. Dieses Merkmal erstreckt sich aber nicht auf den gesamten Bereich der sehr überwiegend gegen Frauen gerichteten geschlechtsspezifischen Gewalt.

Im Bereich von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung finden sich derzeit stark gestiegene Werte. Dieser Anstieg geht auch auf gesetzliche Verschärfungen bezüglich Vergewaltigungen und sexueller Gewalt gegen Kinder zurück.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, zu denen sexuelle Übergriffe und Belästigungen, Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen, aber ebenso der sexuelle Missbrauch von Kindern und Schutzbefohlenen zählen, kommen – wie Gewaltdelinquenz insgesamt – ebenfalls häufig in hochfrequentierten Regionen vor. Bemerkenswert ist aber zunächst, dass das Aufkommen von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in jüngerer Zeit massiv angestiegen ist, in Deutschland ebenso wie in Berlin und Spandau. Gegenüber Häufigkeitszahlen im zweistelligen Bereich vor ungefähr zehn Jahren (HZ 2013: 82, 2014: 73, 2015: 76) finden sich in Spandau derzeit ungefähr doppelt so hohe Werte (HZ 2021: 173, 2022: 142). Dieser Umstand geht allerdings insbesondere auf Veränderungen und Verschärfungen im Strafrecht zurück, etwa auf die Neuregelung von Vergewaltigungen im Sinne der Regelung „Nein heißt Nein“ (2016/17) sowie in jüngerer Zeit im Kontext des Gesetzes zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder. Daher ergibt sich in diesem Bereich schon seit dem Jahr 2017 ein deutlich ansteigender Trend, der nicht vollständig auf ein entsprechend objektiv erhöhtes Aufkommen an Straftaten zurückgeführt werden kann.

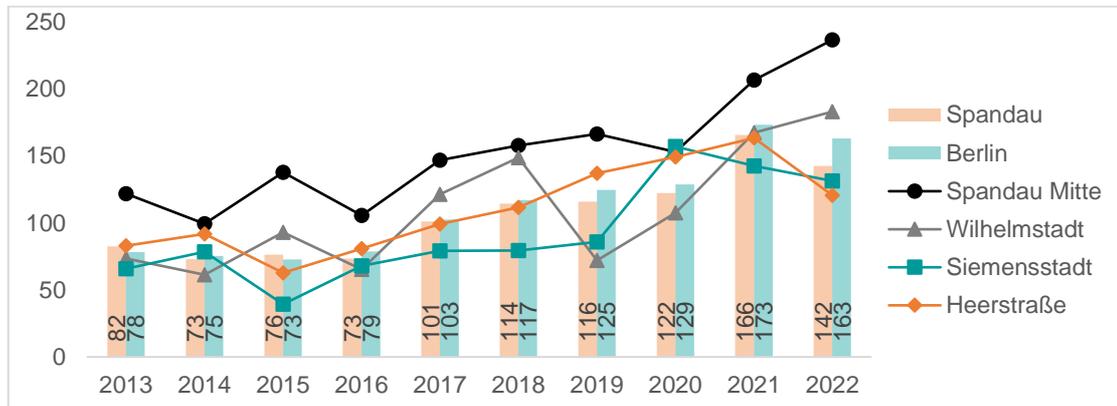
Spandau ist von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung etwas weniger belastet als das Land Berlin insgesamt.

Dieser ansteigende Trend findet sich ausnahmslos in allen Bezirksregionen Spandaus, allerdings wiederum verbunden mit deutlichen Unterschieden hinsichtlich des absoluten Belastungsniveaus. Im Unterschied zu dem Deliktfeld der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt liegen die Werte in Spandau (HZ 2022: 142) nicht oberhalb des Berliner Werts (HZ 2022: 163). Oberhalb des bezirklichen Durchschnitts (HZ 142) liegen im Jahr 2022 Spandau Mitte (HZ 237) und Wilhelmsstadt (HZ 183), also wiederum vergleichsweise hochfrequentierte Regionen, in der Mitte des Bezirks.

Spandau Mitte und Wilhelmsstadt sind überdurchschnittlich durch Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung belastet.

Allerdings finden sich insbesondere im stark von der Pandemie geprägten Jahr 2020 auch überdurchschnittliche Werte in den Regionen Heerstraße und Siemensstadt. Während dieser Umstand in Siemensstadt aber nur temporär zu verzeichnen ist, werden in der Region Heerstraße in den letzten Jahren sehr häufig Werte über oder nah am bezirklichen Durchschnitt verzeichnet.

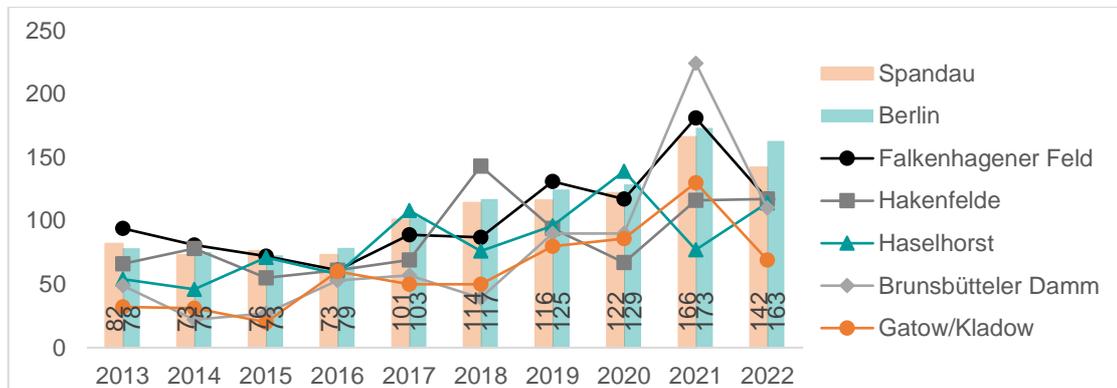
Abbildung 38: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Spandau 2013 bis 2022 (I) (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

In der Region Falkenhagener Feld ist die Situation etwas weniger konsistent als in der Region Heerstraße, aber auch dort finden sich in den vergangenen Jahren – zuletzt im Jahr 2021 – immer wieder überdurchschnittliche Belastungen im Deliktfeld der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wobei sich nach der Pandemie im Jahr 2022 hier deutlich rückläufige Entwicklungen zeigen.

Abbildung 39: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Spandau (II) (Häufigkeitszahlen)



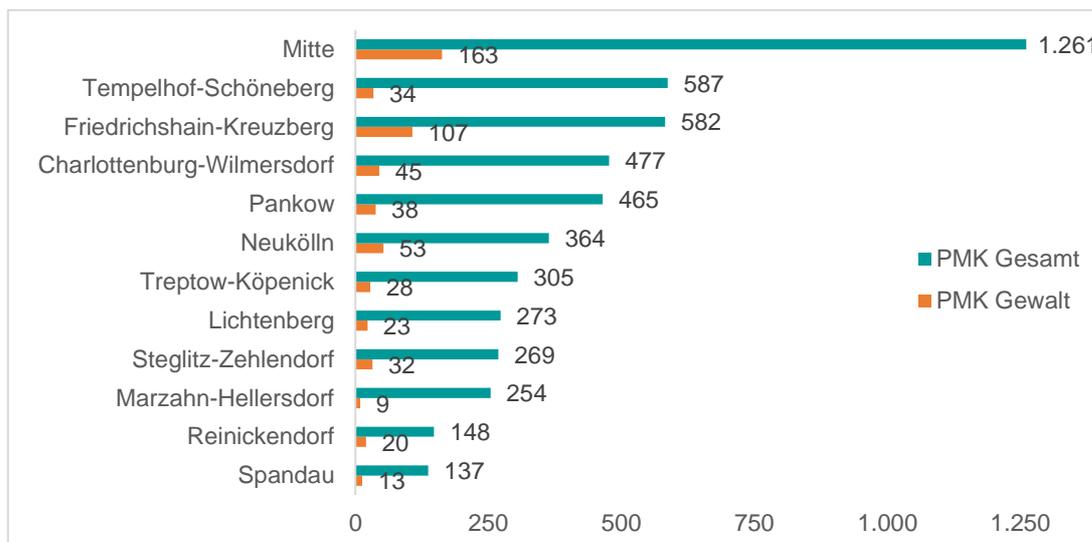
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

4.3.4 Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt in Spandau

Spandau ist – im starken Kontrast zu der berlinweit höchsten Belastung bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt – im Bereich der politisch motivierten Kriminalität und Gewalt deutlich unterdurchschnittlich belastet. In Spandau werden vergleichsweise wenige Fälle registriert, im Jahr 2022 handelt es sich um 137 Fälle politisch motivierter Kriminalität und 13 Fälle politisch motivierter Gewalt. Spandau hat 2022 damit im Bereich der politisch motivierten Kriminalität die geringsten Fallzahlen berlinweit, bei politisch motivierter Gewalt steht der Bezirk auf der zweitletzten Stelle.

Spandau ist im Bereich der politisch motivierten Kriminalität und Gewalt im Vergleich zu Berlin deutlich unterdurchschnittlich belastet. Unter allen zwölf Bezirken werden hier die wenigsten Fälle politisch motivierter Kriminalität erfasst.

Abbildung 40: Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt 2022 nach Bezirken (Anzahl Fälle)

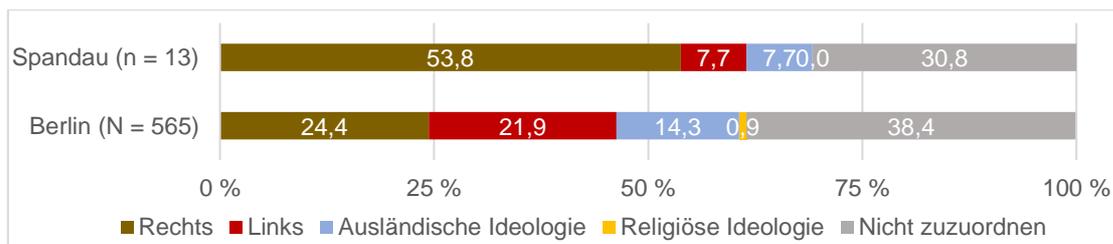


Datenquelle: Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023, Heft 2 (Lüter et al. 2023a, 103).

Die Verteilung der überschaubaren Zahl der politisch motivierten Gewaltdelikte über die polizeilich erfassten Phänomenbereiche unterscheidet sich in Spandau von derjenigen in Berlin insgesamt deutlich. In Spandau fällt insbesondere über die Hälfte der Gewaltfälle (53,8 %; 7) in den Phänomenbereiche rechts und damit ein mehr als doppelt so großer Teil wie in Berlin (24,4 %). Umgekehrt fällt der Anteil linker Gewalt (7,7 %; 1) sowie von Gewalt, die durch sogenannte ausländische Ideologien motiviert ist (7,7 %; 1), deutlich geringer aus als in Berlin. Auch in Berlin ist der Anteil der durch religiöse Ideologie motivierten Gewalttaten sehr klein (0,9 %), in Spandau ist 2022 gar kein entsprechender Gewaltvorfall polizeilich erfasst worden.

Mehr als die Hälfte (53,8 %) der insgesamt 13 im Jahr 2022 polizeilich erfassten Fälle politisch motivierter Gewalt sind in Spandau politisch rechts motiviert, gegenüber einem Viertel (24,4 %) in Berlin insgesamt.

Abbildung 41: Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt 2022 nach Phänomenbereich



Datenquelle: Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023, Heft 1 (Lüter et al. 2023a, 104).

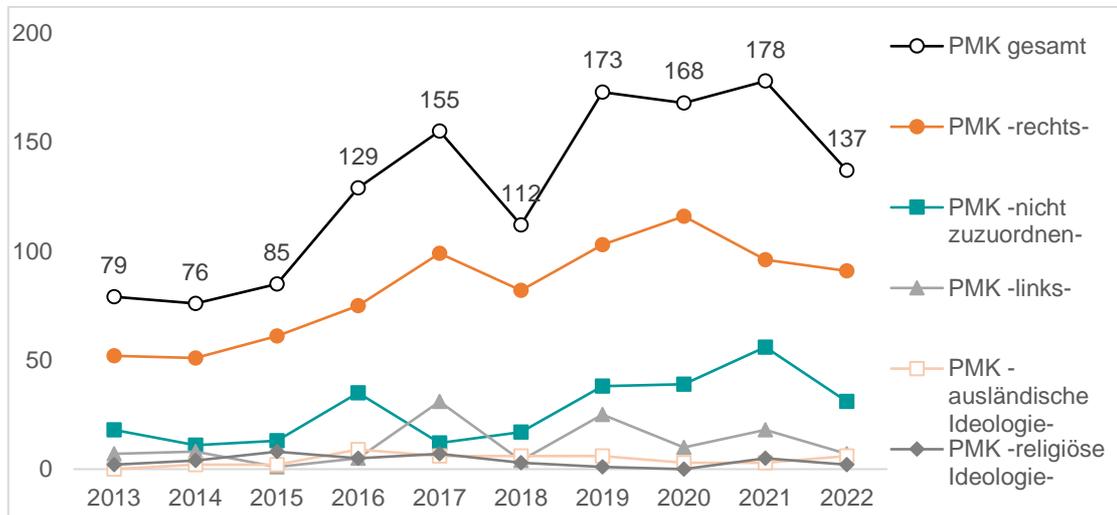
Im zeitlichen Verlauf seit dem Jahr 2013 findet sich in Spandau ein tendenzieller Anstieg, insbesondere im Vergleich zu den Jahren 2013, 2014 und 2015. Nach Höchstwerten in den Jahren 2019, 2020 und 2021 ist nach Ende der Pandemie im Jahr 2022 wieder ein gewisser Rückgang zu verzeichnen gewesen. Der Vorjahreswert von 178 Fällen im Jahr 2021 stellte zugleich das 10-Jahres-Maximum dar.

Die polizeilich erfasste politisch motivierte Kriminalität ist in Spandau in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. Im Jahr 2014 wurden 76 Fälle erfasst, im Jahr 2021 178 Fälle.

Auch angesichts des wachsenden Fallaufkommens bleiben die Proportionen zwischen den Phänomenbereichen in Spandau ungefähr stabil. Insbesondere die politisch rechts motivierte Kriminalität ist in Spandau anhaltend mit Abstand am stärksten verbreitet, Delikte, die durch eine religiöse Ideologie motiviert sind, bewegen sich demgegenüber lediglich im Bereich einstelliger

Fallzahlen und fallen proportional kaum ins Gewicht. Zudem lässt sich im Unterschied zu rechtsmotivierten Taten in diesem Bereich bis in das Jahr 2022 auch kein ansteigender Trend erkennen.

Abbildung 42: Politisch motivierte Kriminalität in Spandau 2013 bis 2022 (Anzahl Fälle)

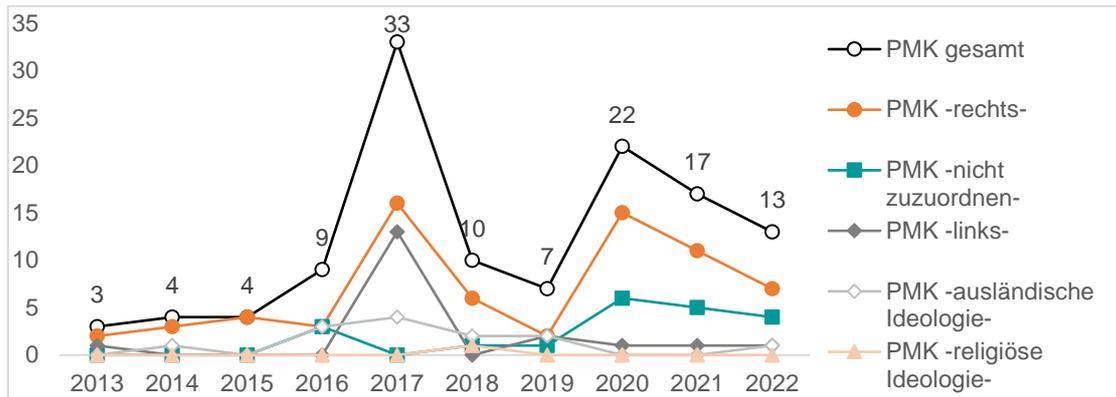


Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023c), eigene Darstellung.

Während politisch motivierte Kriminalität in Spandau – wie in Berlin – in den letzten Jahren weitgehend kontinuierlich zunimmt, ist das im Bereich der politisch motivierten Gewalt anders. Weder ist hier ein Zuwachs zu erkennen noch überhaupt ein linearer Trend. Politisch motivierte Gewalt entwickelt sich vielmehr stark wellenförmig. Höhepunkte lassen sich in Spandau einerseits im Jahr 2017 im Gefolge der Fluchtbewegungen nach Deutschland sowie im Jahr 2022 im Kontext der Mobilmachungen gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung verzeichnen. Auch im Bereich der politisch motivierten Gewalt bleibt eine Konstante in Spandau die Dominanz der rechtsmotivierten Gewalt – bei einer allerdings insgesamt überschaubaren Fallzahl. Insbesondere in den Jahren seit 2020 lassen sich mehrere Fälle nicht klar einem Phänomenbereich zuordnen. Links oder durch eine religiöse Ideologie motivierte Gewaltvorfälle sind in Spandau demgegenüber seltene Ausnahmen. Zuletzt wurden beispielsweise im Jahr 2017 einige Fälle linksmotivierter Gewalt verzeichnet.

Die polizeilich erfasste Fallzahl politisch motivierter Gewalt liegt derzeit deutlich höher als noch vor zehn Jahren. Allerdings hat sich politisch motivierte Gewalt nicht gradlinig, sondern wellenförmig entwickelt. Spitzenwerte wurden in Spandau insbesondere im Jahr 2017 im Gefolge der Fluchtbewegungen aus Syrien und dem Irak sowie im Jahr 2022 im Kontext der Corona-Pandemie verzeichnet.

Abbildung 43: Politisch motivierte Gewalt in Spandau 2013 bis 2022 (Anzahl Fälle)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023c), eigene Darstellung.

4.4 STATUS- UND DYNAMIK-INDEX: KOMPACTE MAßE FÜR KOMPLEXE PHÄNOMENE

Bisher ist die Belastung von Regionen in Spandau für unterschiedliche Erscheinungsformen von Gewalt und differenziert für unterschiedliche Raumebenen dargestellt worden. Die Differenzierung nach Erscheinungsformen von Gewalt ist dabei offenkundig ein rein analytisches Verfahren, während diese Belastungen in der Wirklichkeit oft miteinander verschränkt und verwoben sind. Es hat sich allerdings zugleich gezeigt, dass sich die Belastungsschwerpunkte ja nach Deliktbereich zumindest partiell unterscheiden können. Während hinsichtlich der Gewaltdelinquenz insgesamt vor allem die zentralen Regionen Spandau Mitte und Wilhelmsstadt auffällig sind, kommen bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt bspw. auch die Regionen Heerstraße, Haselhorst oder das Falkenhagener Feld in den Blick.

Die Status- und der Dynamik-Indizes fassen die Belastung von Planungsräumen mit Gewalt in einer Kennziffer zusammen und ordnen die Planungsräume zudem unterschiedlichen Klassen zu. Der Status-Index beschreibt die durchschnittliche Gewaltbelastung in den Jahren 2020 bis 2022. Der Dynamikindex vergleicht die durchschnittliche Gewaltbelastung der Jahre 2017/18 mit derjenigen im Jahr 2022.

In der Übersichtstabelle zu Status und Dynamik der regionalen Gewaltbelastung sind Schlüsselaspekte auf der Ebene der Planungsräume zusammengestellt und klassifiziert worden. Es ist hervorzuheben, dass die Einstufung der Regionen hinsichtlich ihrer Belastung und Entwicklung zwar nur für den Bezirk Spandau dargestellt wird, aus methodischen Gründen aber auf Grundlage aller Berliner Regionen berechnet wurde. Obwohl alle Einstufungen relational konstruiert wurden, d.h. Aussagen darüber machen, wie gut oder schlecht Regionen im Verhältnis zu anderen Regionen erscheinen, kommt es daher vor, dass bspw. im Bereich der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt viele Regionen negativ klassifiziert werden, im Bereich Gewaltdelinquenz nur wenige. Aufgrund der Gesamtberliner Perspektive beeinflusst also die Situation des Bezirks im Verhältnis zu anderen ebenso den Umfang der jeweiligen Bewertungsgruppen. Auch hinsichtlich des Dynamikindex, der hier erstmals zur Anwendung kommt, ist die Entwicklung Berlins die relevante Bezugsgröße. Die Einstufung der Regionen sagt also aus, ob diese sich im Vergleich zu Berlin insgesamt besser, schlechter oder gleich entwickeln. Der Dynamikindex beschreibt somit nicht, ob die Gewalt im Zeitverlauf jeweils

Planungsräume, in denen sich hohe Belastungen über mehrere Gewaltbereiche erstrecken oder in denen sich eine hohe Belastung mit einer negativen Dynamik verbindet, sollte erhöhte Aufmerksamkeit zukommen.

Planungsräume, in denen sich hohe Belastungen über mehrere Gewaltbereiche erstrecken oder in denen sich eine hohe Belastung mit einer negativen Dynamik verbindet, sollte erhöhte Aufmerksamkeit zukommen.

zu- oder abnimmt – d.h., eine Einstufung als negativ wird nicht schon durch einen Zuwachs von Gewalt begründet, sondern erst durch einen deutlich stärkeren Anstieg als in Berlin insgesamt. Umgekehrt kann einer Region eine positive Dynamik zugerechnet werden, obwohl die Gewaltbelastung steigt, wenn dies in einem deutlich geringeren Maß der Fall ist als in Berlin insgesamt.

Tabelle 2: Status-Index und Dynamik-Index zur Gewaltbelastung. Erläuterung

| Status-Index | Dynamik-Index |
|---|---|
| <p>Der Status-Index beschreibt die Gewaltbelastung eines Planungsraums in einem bestimmten Zeitraum. Grundlage der Zuordnung bilden polizeistatistische Fallzahlen, die jeweils auf 100.000 Einwohner hochgerechnet werden (Häufigkeitszahlen).</p> <p>Der Status-Index wird in vier Klassen unterteilt: (1) niedrig, (2) mittel, (3) erhöht, (4) stark erhöht.</p> <p>Die untersuchten Planungsräume werden jeweils einer dieser vier Klassen zugeordnet. Sie weisen entsprechend im Verhältnis zu allen anderen Berliner Planungsräumen eine niedrige, mittlere, erhöhte oder stark erhöhte Gewaltbelastung auf.</p> <p>Planungsräume sind relativ kleine Gebiete, in denen daher oftmals nur überschaubare Fallzahlen anfallen. Der Status-Index wird daher anhand eines Drei-Jahresdurchschnitts berechnet, um Schwankungen aufgrund geringer Fallzahlenveränderungen auszugleichen.</p> | <p>Der Dynamik-Index beschreibt die Veränderung der Gewaltbelastung eines Planungsraums innerhalb eines bestimmten Zeitraums im Vergleich zu anderen Planungsräumen. Grundlage der Berechnung bilden polizeistatistische Fallzahlen, die jeweils auf 100.000 Einwohner hochgerechnet werden (Häufigkeitszahlen).</p> <p>Der Vergleichszeitraum umfasst fünf Jahre: Verglichen wird der Durchschnitt der Jahre 2017/18 mit dem Wert des Jahres 2022.</p> <p>Der Status-Index wird in drei Klassen unterteilt: positiv, stabil, negativ.</p> <p>Die Einstufung besagt, dass sich die Gewaltbelastung des Planungsraums im Vergleich zu allen anderen Planungsräumen in Berlin innerhalb des Untersuchungszeitraums besonders positiv, durchschnittlich oder besonders negativ entwickelt hat. Dieser vergleichende Zugang ist zu betonen: Angenommen, die Gewaltbelastung in Berlin steigt sehr stark an, kann auch ein unterdurchschnittlicher Anstieg als positive Entwicklung klassifiziert werden. Umgekehrt kann bei einem sehr starken Rückgang der Fallzahlen in Berlin auch ein unterdurchschnittlicher Rückgang der Gewaltbelastung eines Planungsraums als negative Dynamik bezeichnet werden. Entscheidend ist nicht die absolute Entwicklung der Belastung, sondern der Vergleich zu den anderen Planungsräumen.</p> |
| <p>Der Status-Index ist im Rahmen der Sozialberichterstattung des Monitorings Soziale Stadtentwicklung entwickelt worden und wird hier auf die Darstellung von Gewaltphänomenen übertragen. Die Zuordnung erfolgt wie folgt: 1 = Niedrig: 0 bis < MW - 0,5 SD; 2 = Mittel: MW - 0,5 SD bis MW + 0,5 SD; 3 = Erhöht: MW + 0,5 SD bis MW + 1,5 SD; 4 = Stark erhöht: > MW + 1,5 SD (MW: Mittelwert; SD: Standardabweichung)</p> | <p>Der Dynamik-Index ist im Rahmen der Sozialberichterstattung des Monitorings Soziale Stadtentwicklung entwickelt worden und wird hier auf die Darstellung von Gewaltphänomenen übertragen. Die Zuordnung erfolgt wie folgt: 1 = Dynamik positiv: < MW - 0,5 SD; 2 = Dynamik stabil: -MW - 0,5 SD bis MW + 0,5 SD; 3 = Dynamik negativ: > MW + 0,5 SD (MW: Mittelwert; SD: Standardabweichung)</p> |

Tabelle 3: Im Überblick: Status und Dynamik der Spandauer Planungsräume bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

| BZR | Planungsraum | Gewaltdelinquenz | | | Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt | | | Jugendgewaltdelinquenz | | |
|--------------------|-----------------------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Hakenfelde | Hakenfelde Nord | 1.242 | 2 | stabil | 302 | 2 | stabil | 192 | 2 | stabil |
| | Am Forstacker | 876 | 2 | negativ | 400 | 2 | negativ | 138 | 2 | positiv |
| | Mertensstraße | 1.409 | 2 | positiv | 642 | 3 | stabil | 118 | 2 | positiv |
| | Maselake | 1.568 | 2 | negativ | 504 | 2 | stabil | 197 | 2 | negativ |
| | Amorbacher Weg | 795 | 1 | positiv | 263 | 1 | positiv | 53 | 1 | positiv |
| Falkenhager Feld | Griesingerstraße | 1.709 | 2 | negativ | 717 | 3 | negativ | 119 | 2 | positiv |
| | An der Tränke | 722 | 1 | positiv | 333 | 2 | positiv | 72 | 1 | positiv |
| | Im Spektefeld | 1.899 | 2 | stabil | 709 | 3 | stabil | 334 | 3 | stabil |
| | Westerwaldstraße | 1.496 | 2 | stabil | 638 | 3 | stabil | 171 | 2 | stabil |
| | Germersheimer Platz | 1.821 | 2 | positiv | 861 | 4 | stabil | 120 | 2 | stabil |
| Spandau Mitte | An der Kappe | 1.403 | 2 | stabil | 422 | 2 | stabil | 356 | 3 | stabil |
| | Eckschanze | 1.724 | 2 | stabil | 690 | 3 | stabil | 172 | 2 | stabil |
| | Eiswerder | 1.460 | 2 | positiv | 571 | 3 | stabil | 142 | 2 | positiv |
| | Kurstraße | 2.877 | 3 | positiv | 885 | 4 | stabil | 393 | 3 | stabil |
| | Ackerstraße | 2.153 | 2 | stabil | 801 | 4 | stabil | 477 | 3 | stabil |
| | Carl-Schurz-Straße | 4.050 | 3 | stabil | 772 | 3 | stabil | 829 | 4 | stabil |
| Brunsbütteler Damm | Freiheit | 2.386 | 2 | positiv | 518 | 2 | positiv | 374 | 3 | stabil |
| | Isenburger Weg | 434 | 1 | positiv | 260 | 1 | positiv | 61 | 1 | positiv |
| | Am Heideberg | 835 | 1 | positiv | 279 | 2 | stabil | 20 | 1 | positiv |
| | Staaķener Straße | 1.286 | 2 | positiv | 287 | 2 | positiv | 132 | 2 | stabil |
| | Spandauer Straße | 1.070 | 2 | stabil | 535 | 2 | negativ | 122 | 2 | positiv |
| | Werkstraße | 2.499 | 2 | negativ | 796 | 3 | stabil | 883 | 4 | stabil |
| Heerstraße | Magistratsweg | 1.592 | 2 | positiv | 528 | 2 | stabil | 272 | 2 | positiv |
| | Döberitzer Weg | 750 | 1 | stabil | 336 | 2 | negativ | 39 | 1 | stabil |
| | Pillnitzer Weg | 782 | 1 | stabil | 164 | 1 | negativ | 124 | 2 | stabil |
| | Rudolf-Wissell-Großsiedlung | 1.678 | 2 | positiv | 738 | 3 | positiv | 188 | 2 | positiv |
| | Maulbeerallee | 2.599 | 2 | positiv | 1.243 | 4 | stabil | 455 | 3 | stabil |
| Wilhelmstadt | Weinmeisterhornweg | 1.175 | 2 | negativ | 444 | 2 | stabil | 127 | 2 | stabil |
| | Borkumer Straße | 3.277 | 3 | positiv | 613 | 3 | stabil | 507 | 3 | stabil |
| | Wilhelmstadt West | 1.627 | 2 | positiv | 582 | 3 | stabil | 233 | 2 | stabil |
| | Wilhelmstadt Ost | 1.505 | 2 | positiv | 553 | 3 | stabil | 138 | 2 | stabil |
| | Tiefwerder | 1.575 | 2 | positiv | 555 | 3 | stabil | 188 | 2 | stabil |
| | Graetschelsteig | 1.840 | 2 | stabil | 647 | 3 | negativ | 199 | 2 | stabil |
| Haselhorst | Börnicker Straße | 1.365 | 2 | stabil | 219 | 1 | stabil | 467 | 3 | stabil |
| | Haveleck | 970 | 2 | negativ | 533 | 2 | negativ | 147 | 2 | positiv |
| | Zitadellenweg | 2.854 | 3 | stabil | 778 | 3 | stabil | 412 | 3 | stabil |
| Siemensstadt | Gartenfelder Straße | 1.633 | 2 | stabil | 651 | 3 | stabil | 140 | 2 | stabil |
| | Gartenfeld* | 14.507 | | | 4.216 | | | | | |
| | Rohrdamm | 1.256 | 2 | positiv | 469 | 2 | positiv | 152 | 2 | stabil |
| | Nonnendammallee* | 7.469 | | | 765 | | | 278 | | |
| Gatow/Kladow | Siemensdamm | 1.837 | 2 | stabil | 494 | 2 | positiv | 202 | 2 | negativ |
| | Alt-Gatow | 953 | 2 | positiv | 171 | 1 | positiv | 134 | 2 | stabil |
| | Jägerallee | 569 | 1 | positiv | 109 | 1 | positiv | 80 | 1 | positiv |
| | Kladower Damm | 1.168 | 2 | positiv | 242 | 1 | positiv | 45 | 1 | positiv |
| Kafkastraße | Kafkastraße | 554 | 1 | stabil | 154 | 1 | positiv | 63 | 1 | positiv |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex bedeuten jeweils 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung. Die Zuordnung zu den Statusgruppen wurde anhand der Standardabweichung (SD) berechnet. Die jeweiligen Wertebereiche lauten wie folgt: 1 = niedrig: 0 bis < MW - 0,5 SD; 2 = mittel: MW - 0,5 SD bis MW + 0,5 SD; 3 = erhöht: MW + 0,5 SD; bis MW + 1,5 SD; 4 = stark erhöht: > MW + 1,5 SD.

5 ZUSAMMENLEBEN IN SPANDAU: GEWALT UND PRÄVENTION IN DEN QUARTIEREN

Das Anliegen der vertiefenden interviewgestützten Sondierung Spandauer Sozialräume ist, Gewaltprävention und Gewaltdelinquenz in einzelnen Quartieren auch jenseits statistischer Informationen kleinräumig und lokal differenziert darzustellen. Mit diesem Ziel werden nachfolgend die Auswertungsergebnisse von Interviews mit Trägern, Fachkräften und Akteur*innen in den drei Quartieren Falkenhagener Feld West und Ost, Neustadt und Heerstraße Nord dargestellt.

Gezielt wurde in diesem Zusammenhang nach Gewaltbelastungen und ihren Ursachen gefragt und ebenso nach vorhandenen Präventionsangeboten und -strukturen vor Ort. Es werden die Problemwahrnehmung der Interviewpartner*innen und die Bedarfe im jeweiligen Quartier abgebildet, um die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben der Bewohner*innen zu identifizieren.

Als Begründung für die Auswahl der drei genannten Spandauer Quartiere ist anzuführen, dass diese Ortsteile Spandaus zum einen besondere Problembelastungen, zum anderen aber auch besondere Präventionsangebote aufweisen. Darüber hinaus entwickelte das Jugendamt zu diesen Quartieren schon im ersten Förderjahr der kommunalen Gewaltprävention Kurzkonzepte zu bezirklichen Präventionsmaßnahmen, die – wie bereits beschrieben – darauf ausgerichtet waren, die Möglichkeiten der bestehenden sozialen Infrastruktur im Bezirk zu nutzen, in erster Linie die des Jugendamtes und kooperierender Arbeitsbereiche. Perspektivisch ist denkbar, weitere Regionen des Bezirks Spandau in ähnlicher Weise zu untersuchen, um in einem Mosaikverfahren schrittweise ein vertiefendes Gesamtbild des ganzen Bezirks und Ansatzpunkte für quartiersvergleichende Perspektiven zu gewinnen.

Im Folgenden werden zuerst die Problemlagen und Bedarfe beschrieben, die in allen drei Quartieren Falkenhagener Feld West und Ost, Neustadt und Heerstraße Nord relevant sind bzw. wie sie von Interviewpartner*innen geschildert wurden. Anschließend werden die Quartiere jeweils mit ihren Besonderheiten (Profil, Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Gewaltbelastung und Präventionsstruktur) dargestellt.

5.1 GEWALT UND PRÄVENTION IN QUARTIERSÜBERGREIFENDER PERSPEKTIVE

Um Problemen in benachteiligten Stadtteilen zu begegnen, wurde 1999 das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgelegt. Davon profitierten auch die Quartiere Spandauer Neustadt, Falkenhagener Feld und Heerstraße Nord. Sie werden jeweils durch das Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Der integrierte Ansatz des Programms berücksichtigt das einzelne Quartier als Ganzes mit allen Herausforderungen und Gegebenheiten. Durch das Programm, das vorsieht, unterschiedliche Akteur*innen von Ämtern, Institutionen und Sozialen Trägern als auch die Bewohner*innen partizipativ einzubinden, sollen diese Quartiere stabilisiert werden. Es wird spezifisch in das jeweilige Wohnumfeld sowie in die Infrastruktur und begleitende Maßnahmen investiert. Das Quartiersmanagement mit den Quartiersbüros vor Ort stellt ein zentrales Element des Programms „Soziale Stadt“ dar. Sie bilden den Netzwerkknoten für das integrierte Handeln (vgl. Bundesministerium für Umwelt et al. 2016, 5 f.).

Die Verstetigungsreife für ein Quartier liegt vor, *„wenn es die Voraussetzungen zum Fortbestand von Strukturen und Maßnahmen bietet, die für eine gedeihliche Gebietsentwicklung erforderlich sind“* (Aehnelt et al. 2018, 2). Die Förderung über ein Quartiersmanagement für die Gebiete Falkenhagener Feld und Heerstraße Nord laufen, wie vorgesehen, nach 15

Quartiersmanagements spielen als Netzwerkknoten vor Ort eine zentrale Rolle. Geplant ist nach 15 Jahren Förderung diese 2027 auch in Spandau einzustellen, lediglich das Quartier Falkenhagener Feld Ost wird weiter gefördert. Noch ist unklar, wie dann Maßnahmen weitergeführt werden.

Jahren Förderdauer zum Jahr 2027 aus. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW) hat entschieden, das Gebiet Falkenhagener Feld Ost weiterhin als Quartiersmanagement-Gebiet zu fördern (vgl. GeSop mbH 2019, 38).

Dass die Förderdauer bald ausgeschöpft ist, ist allen Akteur*innen in den betroffenen Quartieren deutlich bewusst. Dies löst Unsicherheit bei einigen Interviewpartner*innen darüber aus, wie es danach mit den bislang eingeführten Maßnahmen weitergehen soll. Die umgesetzten Maßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ werden als wichtige und richtige Investitionen bewertet und die Hoffnung besteht, möglichst viele davon in die Verstetigung zu überführen.

5.1.1 Vorhandene Stärken und Ressourcen der Präventionslandschaft in Spandau

Im Rahmen der Interviews wurde deutlich, dass die Interviewpartner*innen quartiersübergreifend mit hohem Engagement in herausfordernden Arbeitsfeldern der Prävention und Intervention tätig sind. Auffallend ist der hohe Grad der Vernetzungs- und Kooperationsbereitschaft der Träger-Vertreter*innen untereinander, aber auch mit amtlichen und behördlichen Strukturen. Dies spiegelte sich u.a. darin, dass das Team von Camino problemlos per Schneeballsystem in den drei Quartieren an weitere Ansprechpartner*innen vermittelt wurde.

Spandau zeichnet sich durch einen hohen Grad an Vernetzungs- und Kooperationswillen aller wichtigen Akteure im Bezirk aus.

Insgesamt wird trotz der guten Zusammenarbeit innerhalb der Spandauer Trägerschaft ersichtlich, dass ein großer Wunsch besteht, eine transparente und verlässliche Datenlage zu Gewaltphänomenen in den Quartieren zu bekommen. Dies weist auf das Bedürfnis hin, die oftmals geschilderte Überlastung der Fachkräfte in zahlreichen Handlungsfeldern mit Daten und Fakten zu untermauern, um vorhandene Bedarfe im Quartier und bezüglich der Finanzierung von gewaltpräventiven Maßnahmen gegenüber Geldgeber*innen belastbarer formulieren und begründen zu können.

5.1.2 Hürden und Herausforderungen für Akteur*innen in der Gewaltprävention

Deutlich wurde in den Interviews, dass die Motivation der engagierten Spandauer Fachkräfte Grenzen hat. Aufgrund der steigenden Bedarfe der Zielgruppen in den Quartieren nimmt die Überlastung der Teams zu und als Folge werden die Träger mit hohen Krankenständen konfrontiert. Zusätzlich herrscht in Spandau generell ein Mangel an Fachkräften bei gleichbleibender unzureichender Finanzierung. Auch die Antragsverfahren für neue Projekte bzw. für die Weiterführung von Maßnahmen wurden von allen Interviewten als zu aufwändig beschrieben. Teilweise wurden keine Projektanträge gestellt, weil die personellen Ressourcen hierfür fehlen. Leider bleibt zu befürchten, dass angesichts knapper werdender Mittel diese Grundproblematik bestehen bleibt.

Spandau ist zudem in der Akquise von Fachkräften besonders benachteiligt, erwähnten einige Interviewpartner*innen, da die Anfahrtswege aus innerstädtischen Bezirken sehr lang sind und der öffentliche Nahverkehr häufig nicht verlässlich sei. So sind beispielsweise die Quartiere Heerstraße Nord und Falkenhagener Feld nicht mit U- oder S-Bahn zu erreichen, sondern nur mit Buslinien.

In allen drei Quartieren fehlen Personal- und Finanzressourcen und sind Fachkräfte überlastet. Deshalb können Maßnahmen für eine effektive Gewaltprävention nicht immer in der nötigen Form realisiert werden. Der Fachkräftemangel wird als größte Hürde dargestellt. Insbesondere fehlt geschultes Fachpersonal für die Zielgruppe der Neuzugewanderten mit Flucht- und Migrationshintergrund.

Durchweg wurde der Fachkräftemangel als besondere Hürde für die Akteur*innen und die Umsetzung von Prävention und Gewaltprävention herausgestellt. Eine zu dünne Personaldecke behindert oftmals die Realisierung notwendiger Maßnahmen, um Angebote für eher schwer erreichbare Zielgruppen vorzuhalten, z.B. für Neuzugewanderte mit Migrations- oder Fluchthintergrund. In diesem Zusammenhang wurde das Erfordernis angesprochen, Fachkräfte für die interkulturelle Öffnung der Regeldienste aus- und fortzubilden, um extern bei Behörden und Verwaltung und intern bei den Trägern eine diversitätssensible und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung zu befördern. Angesichts des Fachkräftemangels in allen Regeldiensten und der aktuellen Arbeitsbelastung sei dies eine Herausforderung, die bisher nicht angemessen bewältigt werden kann.

Es wird gefordert, mehr niedrigschwellige Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen vorzuhalten und Fachkräfte in Behörden und Verwaltung sowie bei Trägern zu schulen und weiterzubilden. Ziel sollte sein, in allen Regeldiensten eine diversitätssensible und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung zu befördern.

Neben dem Fachkräftemangel war in den Befragungen quartiersübergreifend die Raum- und Wohnungsknappheit ein beherrschendes Thema. Diese in Berlin bekannte Problematik ist erst in jüngerer Zeit in Spandau angekommen. Als Begründung für diese Entwicklung ist die zunehmende Verdrängung der Menschen aus der Berliner Innenstadt in die Außenbezirke zu nennen. Darüber hinaus wurde von der Mehrheit der Interviewpartner*innen ausgeführt, dass Neuzugewanderte mit Migrations- und/oder Fluchthintergrund vermehrt dem Bezirk Spandau zugewiesen werden. Spandau hatte im Jahr 2016 rund 240.000 Einwohner*innen. Im Jahr 2022 waren es schon rund 252.000 Einwohner*innen (vgl. Bezirksamt Spandau von Berlin 2022). Es ist im Bezirk also ein starkes und überproportionales Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, das auch auf Zuwanderung zurückgeht und mit einer steigenden Diversität der Bevölkerung verbunden ist.

Raum- und Wohnungsknappheit sind ein beherrschendes Thema: Spandau verzeichnet ein starkes und überproportionales Bevölkerungswachstum – die Mehrheit der Neuzugewanderten haben Migrations- oder Fluchthintergrund. Es kann von einer baulichen Verdichtung mit gleichzeitig ‚dichteren‘ Anzahl von Bewohner*innen gesprochen werden, die von Diversität geprägt ist.

In Bezug auf weite Teile des Bezirks Spandau wird daher von einer Verdichtung gesprochen, und zwar sowohl baulich als auch in Bezug auf die Anzahl der Bewohner*innen. In der Folge macht sich eine vermehrte Überbelegung des vorhandenen knappen Wohnraumes bemerkbar. Dies könnte nach Ansicht von befragten Pädagog*innen, die in der Familienhilfe tätig sind, u.a. auch ein Grund für den Anstieg der innerfamiliären und häuslichen Gewalt in Spandau sein. Betroffen von der Problematik der Überbelegung von Wohnraum und deren Folgen für die Bewohner*innen sind offenbar vor allem die Großraumsiedlungen. In diesem Zusammenhang wurde von Interviewpartner*innen wiederum auf multiple Problemlagen hingewiesen, die entstehen, wenn Menschen in prekären Lebenslagen auf engstem Raum zusammenleben.

Bekannt ist, dass vor allem Großsiedlungen von überbelegtem Wohnraum betroffen sind und dort viele Menschen in prekären Lebenslagen wohnen. Es sind Faktoren, die zum Anstieg innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt sowie nachbarschaftlicher Konflikte beitragen können.

Die hohe Bevölkerungsdichte in den untersuchten Quartieren hat auch das Problem der nachbarschaftlichen Konflikte zur Folge, welche oftmals besonders dann entstehen, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und ohne ausreichende Verständigungsmöglichkeit gemeinsam in einem Wohnhaus leben. Teils entstehen in Wohnblöcken Nachbarschaftskonflikte, weil die Hausregeln nicht beachtet werden bzw. diese vielen Neuzugewanderten schlicht nicht bekannt sind. Hier wurde als präventiver Handlungsansatz benannt, niedrigschwellige und mehrsprachige Informationen bereitzustellen. Auf die Bekanntmachung und Umsetzung einfacher Hausregeln sollten die Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter*innen vermehrt achten. Häufig

kommt es auch zu Konflikten zwischen autochthonen und allochthonen Bewohner*innen. Diese werden durch den zum Teil sanierungsbedürftigen Zustand von Wohnobjekten noch verschärft.

In fast allen durchgeführten Interviews wurde nicht nur das Thema Wohnraumknappheit und Verdichtung in den Großsiedlungen als eine herausfordernde Problemlage geschildert, sondern ebenfalls die Ausstattung der Träger und insgesamt der sozialen Einrichtungen. Die Raumkapazitäten sind unzureichend, um z.B. Beratungen in einer privaten Atmosphäre anzubieten oder Gruppenangebote durchzuführen. Vielfach muss improvisiert und innerhalb der Einrichtung ‚umgezogen‘ werden.

Die Verdichtung trägt dazu bei, dass Träger und ihre Einrichtungen selbst unter Raum-mangel leiden. Beratungen können daher teils nicht in einer vertraulichen Atmosphäre geführt werden.

An dieser Stelle soll anhand eines Zitates verdeutlicht werden, wie ernst Akteur*innen vor Ort die Lage nehmen, aber ebenso, wie viel kreatives Potenzial in der Praxis zu finden ist, das sich im Hinblick auf die Wasserlage Spandaus als durchaus bedenkenswert darstellt:

„Das klingt jetzt blöd, aber könnte man nicht vielleicht Wasserboothäuser bauen? Die man da hinstellt, wo leere Flächen temporär nutzbar sind, also sozusagen ‚guerillamäßig‘ einfach für die Jugendhilfe was aufbaut, wenn es nach einem Jahr wegmuss, kann man einen anderen Ort suchen. Denn gerade die, die unplanmäßig entlassen werden – aus stationären Unterbringungen – können nicht mehr zum Kindernotdienst. Und landen wo dann? Auf der Straße.“ (Familienberaterin)

Ein besonders anschauliches Beispiel für die genannte Problematik der Übernutzung und Dichte von Menschen bietet der Münzinger Park, der an die Altstadt Spandau grenzt und als Fußweg zum Bezirksamt und S-Bahnhof von vielen Menschen genutzt wird, so auch durch die Bewohner*innen der drei Fokus-Quartiere. Folglich wurden der Durchgangspark und der damit verbundene Ramingrünsteg, der 2005 bis 2012 umgestaltet wurde, in unterschiedlichen Interviews thematisiert, denn, so berichteten Träger-Vertreter*innen, der Park werde besonders von Frauen als unsicherer Ort wahrgenommen. Das Unsicherheitsgefühl könnte daher rühren, dass sich an gewissen Orten unvertraute Gruppen in unterschiedlichen Zusammensetzungen aufhalten. Die Menschen, die verunsichern, werden als wohnungslos oder als Bewohner*innen der ASOG-Einrichtungen⁹ beschrieben. Aber auch suchtkranke Menschen (Alkohol, Crack, Heroin) oder substituierte Menschen halten sich an entsprechenden Orten auf. Hierfür wird die hinzugekommene Substitutionspraxis verantwortlich gemacht. Ein Ziel sollte sein, den Park so umzugestalten, dass er von allen Nutzer*innen als sicherer Ort empfunden und genutzt werden kann.

Hinzu kommt die allgemein angespannte sozialökonomische und gesamtgesellschaftliche Situation. Sie wirkt sich wahrnehmbar auf die Möglichkeiten des bereits vorhandenen Hilfe- und Unterstützungssystems der Einrichtungen und Institutionen aus. Es ist oftmals kaum noch leistbar, den schnell wachsenden Bedarfen nachzukommen. Das berichten nicht nur die Spandauer Tafeln und andere Ausgabestellen von Lebensmitteln, sondern quartiersübergreifend alle Träger-Vertreter*innen, die befragt wurden.

Die zunehmend angespannte soziale Lage führt zu einem wachsenden Bedarf an Unterstützungs- und Hilfsangeboten. Träger und Einrichtungen können diesen Bedarf kaum noch hinreichend decken.

Abgesehen von dem Mangel an Fachpersonal, fehlenden Räumen und wachsenden Bedarfen, Kinder und Jugendliche angemessen in Obhut zu nehmen, von Gewalt betroffene Frauen und Familien zu schützen oder Menschen ohne Obdach unterzubringen, wurde die schlechte Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs Spandaus an Berlin als zusätzliche Problematik für hilfesuchende Personengruppen benannt. So ist es für Frauen mit Kindern eine Belastung, in anderen

⁹ Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Es beschreibt die Verpflichtung der Bezirksämter zur Unterbringung wohnungsloser Menschen (<https://t1p.de/nhyjx>).

Bezirken Beratungs- oder Hilfeangebote in Anspruch zu nehmen, wenn solche in Spandau nicht vorhanden sind oder über keine Kapazitäten mehr verfügen. Dies betrifft, wie eben aufgeführt, auch andere vulnerable Gruppen am schärfsten.

Bezüglich der Benennung von Bedarfslücken ist in den Quartieren ein erheblicher Mangel an Kita- und Schulplätzen zu verzeichnen. Dieser ist zum einen die Folge der wachsenden Population, da u.a. zunehmend Mehrkindfamilien zuziehen. Zum anderen kommen Raummangel für Bildungseinrichtungen sowie der Fachkräftemangel erschwerend hinzu. Betont wurde in einigen Interviews, dass es eine große Herausforderung darstellt, diskriminierungs- und kultursensible Fachkräfte zu finden oder auszubilden, die Eltern und Kinder als Partner*innen für eine gelingende Erziehung gewinnen können. Eine Familienhelferin schilderte, dass der Integrationsprozess z.B. von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen oder sozialen Kompetenzen in ein Klassengefüge nur sehr langsam gelingt. Es besteht ein hoher Bedarf an Integrationshelfer*innen. Darüber war sich eine Expert*innen-Runde der Familienhilfen sowie der Kita-Sozialarbeit einig, deren Aufgabe u.a. darin liegt, eine gelingende Integration zu unterstützen.

In Folge des Bevölkerungswachstums hat sich ein erheblicher Mangel an Kita- und Schulplätzen entwickelt. Zudem ist es eine große Herausforderung, Eltern- und Familienarbeit für die Zielgruppe Neuzugewandelter ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen zu leisten. Die Integration von Kindern und Jugendlichen aus dieser Zielgruppe in das hiesige Bildungssystem gelingt nur schleppend.

Die Kita-Sozialarbeiter*innen verstehen sich entsprechend als Bindeglied zwischen Eltern und Erzieher*innen. Der Erfolg der Arbeit basiert folglich maßgeblich auf der Qualität der Zusammenarbeit innerhalb eines Kita-Teams und der Offenheit der Kita-Leitung gegenüber dem/der Kita-Sozialarbeiter*in und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Eltern. Die Kita-Sozialarbeit ist ein evaluiertes Erfolgsmodell aus Spandau, an dem sich zwischenzeitlich weitere Bezirke Berlins in einem

Vielversprechend ist in Spandau das evaluierte Erfolgsmodell der Kita-Sozialarbeit, die Fachkräfte als Bindeglied zwischen Eltern und Erzieher*innen einsetzt. Im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt wurden für 2024/25 Finanzmittel für die Kita-Sozialarbeit bereitgestellt. Sie soll in 16 Gebieten der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiativen zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere aufgebaut werden.

entsprechenden Netzwerk beteiligen. Das gemeinsame Ziel beinhaltet, ähnlich wie bereits bei der Schulsozialarbeit weitgehend umgesetzt, ein Berliner Landesprogramm Kita-Sozialarbeit mit gesicherter Finanzierung zu etablieren. Dafür macht sich der Kirchenkreis Spandau als Träger des Projektes „Kita-Sozialarbeit (2016-2023)“ stark. Der Ausbau der Kita-Sozialarbeit wurde bereits in den aktuellen Koalitionsvertrag der Parteien der Landesregierung aufgenommen. Auch im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt im Frühjahr 2023 wurden Mittel für eine Finanzierung der Kita-Sozialarbeit 2024/25 bereitgestellt. Geplant ist der Aufbau der Kita-Sozialarbeit in den 16 Gebieten der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiativen zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere (vgl. Evangelischer Kirchenkreis Spandau 2023).¹⁰ Als ein treibender Motor ist hier die kommunale OE Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination zu nennen, die dieses Erfolgsmodell lange Zeit vorbereitet und mit Erfolg auf den Weg gebracht hat.

¹⁰ Die berlinweite AG Kita-Sozialarbeit legt Umsetzungsvorschläge für eine Qualitäts- und Leistungsbeschreibung der Kita-Sozialarbeit vor (<https://t1p.de/4i8ni>).

Abbildung 44: Steckbrief: OE Qualitätsentwicklung, Planung, Koordination / BA Spandau

| | |
|---|--|
| <p>OE QUALITÄTSENTWICKLUNG, PLANUNG, KOORDINATION (QPK)</p> <p>Die OE PK ist direkt dem für das Gesundheitswesen zuständigen Bezirksamtsmitglied zugeordnet.</p> <p>AUFGABENFELDER</p> <ul style="list-style-type: none"> • seelische Gesundheit, Psychiatrie, • Suchtprävention, Suchthilfe • Gesundheitsförderung • bezirkliche Stadtteilkoordination | <p>OE QPK BEZIRKSAMT SPANDAU Kommissarische Leitung Tanja Götz-Arsenijevic Gesundheits- und Sozialraumplanung 030-90279-4038</p> <p>Carl-Schurz-Straße 2/6 13597 Berlin</p> |
|---|--|

Abbildung 45: Steckbrief: Kita-Sozialarbeit in Spandau

| | |
|---|---|
| <p>KITA-SOZIALARBEIT</p> <p>Seit dem Jahr 2016 wird die Kita-Sozialarbeit in Spandau kontinuierlich ausgebaut. Zunächst wurde sie in dem Quartier Heerstraße Nord eingeführt, im Anschluss auf das Quartier Falkenhagener Feld West und Ost erweitert. Inzwischen ist das Projekt in diesen Gebieten in zehn Kitas aktiv.</p> <p>Die Kita-Sozialarbeiter*innen übernehmen eine Art Lots*innenfunktion und verweisen an andere Hilfen oder begleiten und beraten selbst. Sie bieten u.a. bei der Elternarbeit durch niedrigschwellige und unbürokratische soziale Beratung, Informationen zu Kinderschutz und anderen Themen Unterstützung an. Das Ziel der Arbeit ist es, der herkunftsbedingten Benachteiligung von Kindern entgegenzuwirken.</p> | <p>KITA-SOZIALARBEIT – CASABLANCA GMBH Kordinatorin Nina Sykora 0157 73845475 nsykora@g-casablanca.de</p> <p>KITA-SOZIALARBEIT – EVANGELISCHE KIRCHE SPANDAU Jüdenstraße 37 13597 Berlin 0151 23 66 92 42 kita-sozialarbeit@kirchenkreis-spandau.de</p> <p>KONTAKT AUCH ÜBER DIE KITAS ODER IM FAMILIENTREFF Obstallee 22d, 13593 Berlin immer donnerstags, 9:00 bis 11:00 Uhr</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erziehungsberatung • Angebote im Freizeitbereich • Kontakt zu Ämtern, Antragstellung usw. • Unterstützung bei der Alltagsbewältigung • Eltern-Café • Ausflüge • Kurse und Ausflüge • Familiennachmittage | |

Im Handlungsfeld Gesundheit wurde quartiersübergreifend auf die Unterversorgung mit Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche hingewiesen sowie auch auf den Umstand, dass es zu wenig Kinderärzt*innen-Praxen gibt. Es wurde von vielen Interviewten betont, dass die Versorgung von Kindern und Jugendlichen nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden kann.

Sehr deutlich zeichnet sich ab, dass sich manche der ohnehin vorhandenen Problemlagen, mit denen die Menschen in Spandau und in den hier behandelten drei Großsiedlungen konfrontiert sind, in den letzten Jahren verschärft und zu einer insgesamt stärkeren Belastung vieler Familien, Kinder und Jugendlicher geführt haben. Als besonders auffällig wurden benannt:

Unterversorgung besteht im Bereich medizinischer und therapeutischer Angebote für Kinder und Jugendliche.

Dadurch werden besonders kinderreiche Familien belastet.

- der Rückzug in digitale Welten und eine geringere Auseinandersetzung mit der Offline-Welt,
- ein nicht altersadäquater Konsum von Gewalt in digitalen Medien,
- eine geringere Sozialkompetenz, Resilienz und Anwendung von Konfliktlösungsstrategien,
- die Zunahme des Konsums legalisierter und nicht legalisierter Drogen insgesamt und unter Kindern und Teenager*innen,
- eine Verschärfung der Bildungsbenachteiligung und der Schuldistanz,
- eine Verschärfung der finanziellen Situation vieler Familien und
- die Zunahme psychosozialer und psychischer Auffälligkeiten.

Diese Prekarisierung von Lebenslagen betrifft nicht nur die Bewohner*innen, sondern auch die sozialen Akteure in den Quartieren. Dies zieht nach sich, dass die komplexen Zusammenhänge und die multiplen Problemlagen schnell zu einem Überforderungsgefühl führen, so der Bericht vieler Träger-Vertreter*innen in den Expert*innen-Interviews. Es sind nicht nur die Fachkräfte davon betroffen, sondern ebenso die Adressat*innen der Einrichtungen und Angebote.

Nachfolgend werden die eingangs genannten drei Fördergebiete Falkenhagener Feld West und Ost, Neustadt und Heerstraße Nord einzeln genauer betrachtet. Die Quartiere werden jeweils kurz vorgestellt. Hierbei ist auf die wichtige Datenquelle der Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte der jeweiligen Bezirksregionen zu verweisen, die von den jeweiligen Quartiersbüros erstellt. Im Anschluss werden die besonderen Problemlagen des jeweiligen Quartiers basierend auf den Interviews, die mit Expert*innen vor Ort geführt wurden, beschrieben. In den Interviews wurde konkret auch nach Gewaltbelastungen gefragt.

Die Rückmeldungen der Interviewpartner*innen stellten sich sehr divers dar. Oftmals wurden keine konkreten Gewaltbelastungen in einem Quartier benannt, sondern vielmehr auf grundsätzliche Problematiken (Verdichtung, Armut, Sozialstruktur u.a.) verwiesen, die zu Gewaltphänomenen führen können oder real führen. Ein Schwerpunkt der Quartiersprofile ist folglich, die Präventionsstrukturen und ihre Bedarfe darzustellen, insofern sie von Akteur*innen geschildert worden sind. An dieser Stelle muss deutlich herausgestellt werden, dass Camino nur einen kleinen Teil an Träger-Vertreter*innen und engagierten Akteur*innen im Bezirk befragen konnte. Daher sollten die Trägerprofile als informativ und nicht als wertend verstanden werden.

Ergänzt werden o.g. Quellen mit den Aussagen von Stadtteilkoordinator*innen, die an dem Pretest für ein Online-Tool, das in Zukunft ein Bedarfsmonitoring in Spandau ermöglichen soll, teilgenommen haben. Auch sie wurden gebeten, die Situation in ihren Quartieren zu beschreiben. Allerdings hat Camino keine Antworten aus Spandau Mitte erhalten.

5.2 DIE REGION SPANDAU MITTE

Das Quartier Spandau Mitte – auch Neustadt genannt – liegt nördlich der Altstadt, ist dicht bebaut und umfasst ca. 43 ha Fläche. 20 Baublöcke von vier- bis fünfgeschossigen Blockrandbauungen prägen die zum Teil sanierungsbedürftige Baustruktur. Nordöstlich grenzt Neustadt an eine Großwohnsiedlung mit Terrassenhäusern der 1970er Jahre (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen 2023b). Zentral in Spandau Mitte liegt die Schönwalder Straße mit diversen Geschäften, die allerdings eine hohe Fluktuation aufweisen und kein ausgewogenes Bedarfsangebot für die Anwohnenden bieten. Der Koeltzpark mit dem nahen Lutherplatz bildet die größte Grünfläche im Quartier (vgl. Quartiersmanagement Spandauer

Neustadt 2022, 5, 6). Obwohl auch in Spandau die Mietpreise steigen, werden die Wohnungen in Neustadt noch als einfache Wohnlage eingestuft und liegen seit dem Jahr 2020 zum Großteil innerhalb eines Sozialen Erhaltungsgebietes, des sogenannten Milieuschutzgebietes (vgl. Bezirksamt Spandau von Berlin 2021). Die meist achtgeschossigen Terrassenhäuser der 1970er Jahre sind ausnahmslos vergeben bzw. zum Teil auch überbelegt (vgl. Quartiersmanagement Spandauer Neustadt 2022, 5, 7). Im Unterschied z.B. zu den Quartieren des Falkenhagener Felds und der Heerstraße Nord, ist die Neustadt relativ gut an das U- und S-Bahn-Verkehrsnetz angebunden, welches für die Mobilität der Bevölkerung in Neustadt von Vorteil ist.

Das durch die Bevölkerungsvielfalt geprägte Quartier ist schon lange ein „Ankommensquartier“ und entsprechend liegt der Anteil der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte bei etwas mehr als der Hälfte der Einwohner*innen von Spandau Neustadt. Die Tätigkeit des Quartiersmanagement trägt dazu bei, dass der Sozialstatus im Quartier stabil bleibt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der bestehende Sozialstatus in diesem Quartier bereits seit längerer Zeit niedrig ist und von einer prekären Lebenssituation vieler Bewohner*innen gesprochen werden kann (vgl. Quartiersmanagement Spandauer Neustadt 2022, 4, 6 f.).

Im Berliner Vergleich weist der Bezirk Spandau eine durchschnittliche Zuweisung von Menschen mit Fluchtbiografie auf (6,84 %, vgl. Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten 2023). Es stehen sieben Gemeinschaftsunterkünfte im Bezirk zur Verfügung. Die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) schafft aktuell mit einem großen Bauprojekt bis 2024 Wohnraum für 570 Geflüchtete in Ein- bis Fünfstückwohnungen am Askaniering. Eine weitere Unterkunft für Menschen mit Fluchtmigrationsbiografie wurde im Jahr 2021 eröffnet und liegt angrenzend an Neustadt im Quartier Hakenfelde. Das Senatsprogramm BENN (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften) ist hier implementiert worden und bietet auch eine Meldestelle („Berliner Register“) für diskriminierende Vorfälle und extrem rechte Aktivitäten.

5.2.1 Besondere Problemlagen

Zu den besonderen Problemlagen im Quartier Spandauer Neustadt zählt neben der beschriebenen Fluktuation von Gewerbe auch die über die letzten Jahre vermehrte Ansiedlung des Glücksspiel-Gewerbes. Dadurch werden Nutzer*innen angezogen, die von einigen Anwohner*innen als Gefahr oder als bedrohlich wahrgenommen werden, was insbesondere nachts bei diesen Menschen dazu führt, dass Verunsicherung und Angst bestehen. Das Quartier Neustadt verfügt nur über wenige Grünflächen und Parks – Vandalismus, Vermüllung und Übernutzung sind die Folge (vgl. Quartiersmanagement Spandauer Neustadt 2022, 13).

Zur Erläuterung der statistische erhöhten Gewaltbelastungen in Neustadtberichtet berichtet ein Streetworker, dass Jugendliche aus unterschiedlichen Quartieren hier durchaus aneinandergesprochen. Genannt werden exemplarisch Jugendliche aus dem Staakener Feld, dem Falkenhagener Feld sowie aus der Lynarstraße, die untereinander Konflikte austragen würden. Dabei komme es vor, dass einzelne Jugendliche Verstärkung und Unterstützung durch ihre Freunde mobilisieren, sodass aus individuellen Streitigkeiten auch Auseinandersetzungen zwischen etwas größeren Gruppen entstehen könnten. Damit werden jugendtypischen Verhaltensmuster angesprochen, die sich vielerorts beobachten lassen: Neben dem Prinzip der Territorialität, also der Cliquenbildung auf Grundlage eines gemeinsamen Wohnorts geht es auch die Eskalationsdynamiken von Konflikte, die auch durch die Verfügbarkeit sozialer Medien befeuert werden.

In der Lynarstraße in der Spandauer Neustadt befindet sich sowohl das Vivantes Klinikum, mit dem Behandlungszentrum für Psychiatrie, der Freundeskreis Integrative Dienste mit verschiedenen Einrichtungen für schwerst psychisch kranke Menschen als auch die Neue Moschee Yeni Camii, in unmittelbarer Nähe (Schönwalder Str. 27) befindet sich auch SPAX. Wahrscheinlicher ist aber, dass sich der Streetworker bei dem Hinweis auf die Lynarstraße auf den angrenzenden Lutherplatz bezieht. Dieser wurde auch von anderen Interviewpartner*innen als Treffpunkt von Jugendlichen beschrieben. Das Zitat weist darauf hin, dass sich die Jugendlichen in gewisser

Weise mit ihrem Quartier identifizieren und sich entsprechend Freundeskreise auch aus der Nachbarschaft bilden. Obwohl es „*halt auch zu größeren Konflikten oder Auseinandersetzungen*“ in Spandau kommen kann, verneint der Streetworker im Kontext die Nachfrage nach Bandenbildung oder Ähnlichem.

5.2.2 Präventionsstrukturen

Auf dem Lutherplatz, welcher in der Vergangenheit von diversen Nutzungskonflikten geprägt war, konnte bereits in Teilen eine Veränderung bewirkt werden. Der Lutherplatz mit der Lutherkirche in seiner Mitte liegt zentral im Quartier Neustadt. Ein Konflikt entstand zum einen aufgrund der Nutzung des Platzes durch Ansammlungen von Menschen, die übermäßig Alkohol konsumierten, und einer starken Vermüllung wegen dieser hochfrequenten Nutzung durch Gruppen. Darüber hinaus ist der Platz ein beliebter Anlaufpunkt von Menschen, die Patient*innen im nahegelegenen Vivantes Klinikum sind. Da das Klinikum eine psychiatrische Abteilung sowie einen Fachbereich Suchtmedizin und eine Krisenstation für akute Fälle beinhaltet, weisen die Patient*innen, welche den Platz aufsuchen, zum Teil ein auffälliges Verhalten auf. Dies hat in der Vergangenheit zu Unruhe und Störgefühlen bei Familien und Anwohner*innen geführt, die den Platz und den nahegelegenen Koeltzpark zur Erholung nutzen möchten. 2021 startete deshalb das Projekt „Zukunft Lutherplatz“. Für den Platz, der Eigentum der Kirchengemeinde ist, wurde mit weiteren Akteuren vor Ort, u.a. mit dem Quartiersmanagement und der Suchthilfeeinrichtung SPAX sowie mit Vertreter*innen des Klinikums und den Anwohner*innen, ein partizipatives Nutzungskonzept erstellt, welches von den Interviewpartner*innen als Erfolg beschrieben wird. Darüber hinaus konnte in Zusammenarbeit mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde eine Komposttoilette aufgestellt werden.

Die bezirklich geförderte Einrichtung SPAX, deren Träger Fixpunkt e.V. ist, bietet Hilfe bei den Themenfeldern Sucht- und Suchtprävention mit Aufenthalts- sowie Beratungsangeboten als auch Maßnahmen zur Beschäftigung und Streetwork an. SPAX gilt als ein zentraler Akteur sowohl im Quartier als auch in Spandau allgemein. Parks, Grünflächen und Aufenthaltsorte von unterschiedlichen Gruppen werden von dem mobilen Team von SPAX aufgesucht.

Das Konzept der Einrichtung Spax in Neustadt richtet sich auf die Selbstbestimmtheit der Adressat*innen, die für „ihren Laden“ und ihr Quartier zum großen Teil selbst Verantwortung übertragen bekommen. Über eine niedrigschwellige Beschäftigungsoption wird es Menschen ermöglicht, sich auf legalem Weg und mit Unterstützung von Sozialarbeiter*innen zusätzlich benötigtes Geld zu verdienen, indem sie Tätigkeiten für die Einrichtung oder das Quartier erledigen. Diese Tätigkeiten können sich auf die Sauberkeit in nahegelegenen Parks oder auch auf die Instandhaltung der Räumlichkeiten richten. Die Einrichtung SPAX hat bei dem veränderten Konzept zur Nutzung des Lutherplatzes eine Schlüsselfunktion. Mit der aufsuchenden und partizipativen Arbeit „Neustadtheld*innen II“ von SPAX und dem Quartiersmanagement ist es gelungen, sowohl Nutzungskonflikte als auch Vermüllung und Vandalismus nachhaltig zu regulieren. Die Herausforderung ist nun, diese veränderten Nutzungsstrukturen und die Platzpflege aufrechtzuerhalten, was nur mit einer Förderung und Personalressourcen zu realisieren ist.

Abbildung 46: Steckbrief: SPAX Kontakt- und Beratungsstelle

| | |
|---|--|
| <p>SPAX In Spandau betreibt Fixpunkt e.V. mehrere Projekte. Im Zentrum steht die Kontakt- und Beratungsstelle SPAX in der Spandauer Neustadt.</p> <p>Die Mitarbeiter*innen von SPAX sind zu Fuß oder mit dem SPAX-Mobil unterwegs und ihr Angebot richtet sich an Menschen, die durch ihren Alkohol- und/oder Drogenkonsum auffallen oder aufgrund ihrer Problemlagen einen Hilfebedarf signalisieren.</p> <p>Eine Besonderheit stellt der voraussetzungslose Aufenthalt in der Kontakt- und Beratungsstelle dar, der es den Adressat*innen erlaubt, mitgebrachte alkoholische Getränke zu konsumieren.</p> | <p>SPAX-KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLE Schönwalder Str. 27 13585 Berlin</p> <p>SPAX-BESCHÄFTIGUNG UND ANGEBOTE ZUR TAGESTRUKTUR</p> <p>GETAMAX AM STANDORT SPAX</p> <p>MOBILGESTÜTZTE STREETWORK IM WINTER (KÄLTEHILFESAISON) Von Oktober bis März steht jeweils freitags das SPAX-Mobil von 14:00 – 15:30 Uhr am S-Bahnhof Rathaus Spandau.</p> <p>FIXPUNKT E.V./SPAX +49 30 / 749 279 51 +49 30 / 749 279 56 spax@fixpunkt.org https://www.fixpunkt.org/spandau</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontakt- und Gesprächsangebot • Vergabe von Konsummitteln • Beratung • Vermittlung bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Bereich • Ausgabe der Berliner Tafel • Beschäftigung und Angebote zur Tagestruktur • Qualifizierungsangebot in Kooperation mit dem esf-geförderten Projekt „GeTaMAX“ | |

Als besonders erwähnenswertes Projekt in Neustadt, aber auch darüber hinaus, ist das bis Ende 2023 aus dem bezirklichen Integrationsfonds geförderte Projekt „Muslimische Gemeinde in Bewegung“ sowie das „Community Empowerment“-Projekt des Trägers Spandauer Jugend e.V. zu nennen. Die Mitarbeiter*innen des Trägers arbeiten zum Zeitpunkt des Interviews mit fünf muslimischen Gemeinden in Spandau zusammen. Eine davon ist die in Neustadt gelegene Islamische Gemeinde Spandau (Neue Moschee). Im Rahmen des Projektes „Muslimische Gemeinde in Bewegung“ wurden Gemeindemitglieder geschult, die innerhalb der Gemeinde als Multiplikator*innen für Themen der Gesundheitsförderung und Aufklärungsarbeit fungieren. Das Projekt „Community Empowerment“ knüpft gewissermaßen daran an. Es strebt den Aufbau von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen mit muslimischen Gemeinden an, um sie als relevante Akteurinnen im Sozialraum sichtbar zu machen und einzubinden. Hierbei geht es auch um Radikalisierungsprävention sowie um Aufklärung und Beratung zu diesem Thema, so die Sozialarbeiterin.

Abbildung 47: Steckbrief: Spandauer Jugend

| | |
|---|---|
| <p>SPANDAUER JUGEND Der Verein Spandauer Jugend ist seit 1995 ein gemeinnütziger Bildungsträger.</p> <p>Der Verein bietet in den Handlungsschwerpunkten Bildung, Soziales und Zukunftsorientierung bedarfsgerechte Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und Eltern an.</p> <p>Die Handlungsschwerpunkte der Angebote der Spandauer Jugend e.V. sind die Bereiche Bildung, Soziales und Zukunftsorientierung. Eine faire Teilhabe, gelebte Chancengerechtigkeit und ein gesundes gesellschaftliches Engagement sind Zielsetzungen der Arbeit des Vereins.</p> | <p>JUGENDARBEIT NEUSTADT</p> <p>KUNST & KULTUR</p> <p>LERNSTATION SPANDAU</p> <p>EDUCATION POINT MENTORING</p> <p>FERIENSCHULE</p> <p>MÄDCHENGRUPPE</p> <p>COMMUNITY EMPOWERMENT DURCH QUALIFIZIERUNG UND PARTIZIPATION</p> <p>BERUFSKOMPASS</p> <p>SPANDAUER JUGEND E.V.</p> <p>Kleine Mittelstr. 9, 13585 Berlin 030 / 428 01 633 info@spandauerjugend.de https://spandauerjugend.de</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Berufsberatung • Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung und Prüfungsvorbereitung • Soziales Lernen • Elternberatung • Geschlechtsspezifische Arbeit • Mentoring, Peer-to-Peer-Learning • Community Empowerment • Demokratiebildung und Teilhabe | |

Im Interview mit der durchführenden Sozialpädagogin wurde deutlich, wie wichtig die aufgebauten Beziehungen zu unterschiedlichen Akteur*innen der muslimischen Gemeinden sind. Es besteht das dringende Anliegen, dass das Projekt ausgeweitet und verstetigt wird, damit die über Jahre aufgebauten Kontakte, auch zu Multiplikator*innen, nicht wieder abbrechen. Eine Problematik von kurzzeitigen Projekten ist der Beziehungsabbruch zum Ende eines jeden Projekts, der u.a. dazu führen kann, dass Gelerntes sowie Vertrauen schnell wieder verloren gehen. Der Zugang zu bestimmten Gruppen ergibt entsprechend nur bei einer langfristigen Zusammenarbeit und Investition, am besten über Generationen, Sinn, so die Sozialpädagogin. Eine Kontinuität von begonnenen Maßnahmen sei auch deshalb von Bedeutung, da auf diese Weise das Wissen und die Expertise der Mitarbeiter*innen sowie Netzwerke über Jahre wachsen können. Dadurch bekommen die Akteur*innen die Möglichkeit, die Maßnahme dem Bedarf vor Ort zunehmend anzupassen und dabei kontinuierlich zu verbessern.

Die Leiter der muslimischen Gemeinden meldeten zum Teil selbst Bedarfe an, Beratung zu Problemlagen ihrer Gemeindemitglieder in Anspruch zu nehmen. Auch würden diese gerne Informationsveranstaltungen zum Thema Radikalisierung, Gewaltprävention, häusliche Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt durchführen. Der Bedarf ist aber mit den momentan vorhandenen Ressourcen kaum zu decken, so die Sozialarbeiterin der Spandauer Jugend e.V. weiter. Es wird darauf hingewiesen, dass gerade diese sich öffnenden Gemeinden besser unterstützt werden sollten und z.B. auch deren Expertise in die offiziellen Listen der Anbieter für bestimmte Angebote aufgenommen werden könnten. Dass könnte nicht nur inklusiv für Beratungs- und Hilfesuchende für bestimmte Gruppen wirken, sondern auch eine bessere Abgleichung bei der Implementierung von Angeboten schaffen und darüber hinaus eine Entlastung der bereits etablierten Trägerangebote bewirken. Vor dem Hintergrund einer vielfach als äußerst positiv beschriebenen Trägerkooperation in Spandau wäre die Inklusion von Migrant*innen-

Organisationen und Moscheevereinen noch eine ausbaufähige Entlastungsmaßnahme für die Angebotslandschaft in Spandau.

Auf die Frage, welche Bedarfe speziell im Quartier Neustadt nicht ausreichend abgedeckt werden, wurde sowohl im Rahmen der Netzwerkrunde Familienarbeit als auch von weiteren Akteur*innen im Quartier immer wieder großes Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass die kommunale Jugendfreizeiteinrichtung Triftstraße (Neuendorfer Straße 18) bisher noch nicht eröffnet werden konnte. Mittlerweile hat die Einrichtung seit Februar 2024 ihre Arbeit aufgenommen. Der Neubau, in dem eine zeitgemäße pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 21 Jahren geplant ist, konnte zuvor längere Zeit wegen fehlender Brandschutzabnahme nicht in Betrieb genommen werden. Die Eröffnung dieser Jugendfreizeiteinrichtung und deren Möglichkeiten werden von den Akteur*innen der Jugendarbeit als Meilenstein für das Quartier angesehen und sie stellt eine erhebliche Aufwertung der Jugendarbeit dar. Darüber hinaus erhofft man sich dadurch eine Entlastung, was den Mangel an Jugendarbeit im Quartier betrifft. Der Träger Outreach, der die Einrichtung betreibt, hat im vergangenen Jahr mit Streetwork und mobilen Angeboten bereits sporadische Aktivitäten im Quartier umgesetzt.

Die nahe gelegene Einrichtung des Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) – der Mädchen*laden am Lutherplatz – bleibt auch nach Eröffnung der neuen Jugendeinrichtung weiterhin für eine exklusive Mädchenarbeit bestehen. Es liegt jedoch auch hier der dringende Bedarf einer Ausweitung der Arbeit vor, sowohl was die Bedarfe der Adressat*innen angeht als auch in räumlicher Hinsicht.

Abbildung 48: Steckbrief: BDP Mädchenladen

| | |
|--|---|
| <p>BDP Mädchen*laden</p> <p>Der Mädchen*laden in Trägerschaft des Bund Deutscher Pfadfinder*innen besteht seit August 1983 in der Spandauer Neustadt und legt einen Schwerpunkt auf interkulturelle Mädchenarbeit. Das Freizeitzentrum bietet Angebote für Mädchen und junge Frauen im Alter von 6 – 21 Jahren.</p> <p>An den Nachmittagen werden Aktivitäten wie z.B. Musikhören, Kochen, Lernen, Basteln angeboten.</p> | <p>BDP MÄDCHENLADEN SPANDAU</p> <p>Lasiuszeile 2 13585 Berlin +49 30 335 83 93 maedchenladen-spandau@bdp.org http://maedchenladen.bdp-berlin.org</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelle Mädchenarbeit • Beratung • Gewaltprävention • Bildung • Kommunale Strategie/Netzwerkarbeit | |

Generell sind nach Einschätzung eines Sozialarbeiters niedrighschwellige Aufenthaltsräume explizit für den Winter in Neustadt knapp. Wenn Menschen in beengten Wohnverhältnissen und in Großraumsiedlungen, wie z.B. den beschriebenen Terrassenhäusern in Neustadt, leben, dann braucht es alternative Aufenthaltsorte für die Bewohner*innen. Ein Ansatz, der angedacht wurde, war, Nachbarschaftshäuser wirklich als Häuser für die Nachbarschaft anzusehen und zu nutzen, und zwar als Häuser, zu denen alle gesellschaftlichen Gruppen Zugang haben. Angebote wie „Makrame mit Ulla, Gitarre mit Heinz, Ballett mit Barbet“ (Sozialarbeiter) seien legitime Angebote, aber wenn sich die Bedarfe der Nachbarschaft ändern, dann müssten sich auch Einrichtungen flexibel anpassen. Indirekt wurden hier die Segregation und Marginalisierung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus angesprochen. Der Träger SPAX ergreift hierbei

Initiative und bietet im nahegelegenen Nachbarschaftshaus ein Nachmittagscafé an, bei dem sich Menschen, die zu den Adressat*innen der Suchthilfeeinrichtung gehören, mit der Nachbarschaft und anderen sozialen Milieus treffen und austauschen können und sollen.

Obwohl ein Großteil der wohnungslosen Menschen in Neustadt, die auch die Angebote von SPAX nutzen, noch verdeckt/versteckt leben, werden auch diese inzwischen im Quartier sichtbarer. Ein Sozialarbeiter schildert, wie die Gewalt gegen diese wohnungslosen Menschen unter anderem durch Brandanschläge gegen ihre Behausungen (Zelte) zunimmt. Dies wird als große Gefahr für die Betroffenen beschrieben. Obwohl die Zahl der wohnungslosen Menschen seit Jahren vermutlich stetig steigt, gibt es keine aussagekräftigen Zahlen im Bezirk, so der Sozialarbeiter. Darüber hinaus liefert er den Hinweis, dass kaum Beratungsstellen oder sonstige Ansprechpartner*innen im Quartier für die Bedarfe dieser Gruppe vorhanden sind.¹¹ Da die Problematik von wohnungslosen Menschen aber oftmals mit einer Suchtproblematik einhergeht, sind diese Menschen immer wieder bei SPAX anzutreffen, wo es auch regelmäßige Essensausgaben gibt. Bei dem Projekt

Das Quartier Neustadt, welches das von der Bevölkerungsstruktur her im Vergleich jüngste Quartier in Spandau darstellt, weist einen Anteil von über 50 % von Kindern auf, deren Leben von Armut geprägt ist (vgl. Quartiersmanagement Spandauer Neustadt 2022, 11). Prekär ist darüber hinaus auch die Betreuungssituation in den Kitas, die von den interviewten Pädagog*innen als überlastet dargestellt werden. Da der Bevölkerungsanteil der unter 7-Jährigen seit Jahren ansteigt, werden die Prognosen der Betreuung im Kita-Bereich, speziell in Spandau Neustadt, als besonders negativ eingeschätzt. Insofern wird deutlich, dass ein akuter Handlungsbedarf bei der Bereitstellung von Kitaplätzen besteht (vgl. Quartiersmanagement Spandauer Neustadt 2022, 11). In diesem Zusammenhang ist in Neustadt das interkulturelle Familienzentrum Lasiuszeile hervorzuheben, welches als Leuchtturmprojekt vor Ort angesehen werden kann. Dieses Zentrum ist ein offener Begegnungs- und Bildungsort für Familien aus dem Umfeld mit Kindern von 0 – 6 Jahren. Es bietet zum einen Angebote wie Musik- und Krabbelgruppen, aber auch Beratungsmöglichkeiten für Familien (Jugendwohnen im Kiez e.V. 2023). Das Familienzentrum wird aus der Not heraus oftmals von Erziehungsberechtigten genutzt, die keine Betreuungsplätze für ihre Kinder bekommen konnten.

5.2.3 Zusammenfassung

Das Quartier Mitte/Neustadt liegt im Gegensatz zu den beiden anderen Quartieren zentral mit einer guten Anbindung an das Berliner S- und U-Bahnnetz. Es verfügt dafür aber auch über weniger Grünflächen, Parks und Erholungsräume im Freien. Entsprechend bündeln sich hier die Nutzungskonflikte zwischen unterschiedlichen Gruppen von Nutzer*innen. Mit dem Projekt „Zukunft Lutherplatz“ wurde von engagierten und kooperierenden Akteur*innen im Bezirk allerdings schon gezeigt, wie eine konstruktive Lösung solcher Nutzungskonflikte aussehen kann. Hierzu wurde u.a. von Akteur*innen in Neustadt angemahnt, dass Projekte, die gut angelaufen sind und sich als sinnvoll erweisen, aufgrund der geknüpften Kontakte und Netzwerke, gerade zu schwer erreichbaren Gruppen, unbedingt eine Laufzeit über mehrere Jahre benötigen. Die baldige Eröffnung der Jugendfreizeiteinrichtung Triftstraße stellt eine positive Entwicklung in Spandau Neustadt dar und dürfte mit dem Träger Outreach einige Bedarfslücken des Quartiers schließen. Zu den wichtigsten und bezogen auf Neustadt spezifischen Bedarfen sowie Problemlagen, die die interviewten Akteur*innen vor Ort genannt haben, gehören unter anderem folgende:

¹¹ Allerdings ist in diesem Zusammenhang auf das Angebot des Sozialdienstes der Fachstelle für Wohnungsnotfälle zu verweisen. Diese bietet sozialpädagogische Beratung und Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust, bei Mietschulden, Obdachlosigkeit und bei Unterbringungsbedarf in einem Wohnheim. Außerdem die Vermittlung und Unterbringung in eine/r betreuten Wohnform gemäß § 67/68 SGB XII (z.B. betreutes Einzelwohnen) an (vgl. Bezirksamt Spandau von Berlin 2023a).

- Eine vor allem hinsichtlich der Größe vieler wichtiger Einrichtungen bessere Ausstattung ist erforderlich.
- Es sind Aufenthaltsorte für vulnerable und bedürftige Menschen, insbesondere im Winter, notwendig.
- Das von der Bevölkerungsstruktur her im Vergleich jüngste Quartier weist einen Anteil von über 50 % von Kindern auf, deren Leben von Armut geprägt ist.
- Entsprechend prekär und mit steigender Tendenz ist daher auch die Unterversorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder in Neustadt.
- Angesichts der im Vergleich höheren Belastung des Quartiers durch Straftaten gilt es, diesbezüglich besonders aufmerksam zu sein und entsprechende Antigewaltmaßnahmen zu fördern.

5.3 DIE REGION FALKENHAGENER FELD (WEST UND OST)

Die Fördergebiete der beiden Quartiersmanagementgebiete Falkenhagener Feld West und Ost befinden sich an der Grenze zu Brandenburg. Sie sind von bis zu 17-stöckigen Wohnbauten, u.a. den sogenannten Punkthochhäusern der 1960er und 1970er Jahre und überwiegend vom Sozialen Wohnungsbau geprägt. Das Falkenhagener Feld West ist die älteste Berliner Großsiedlung. Der Wohnungsbestand im Falkenhagener Feld gehört weiterhin in die Kategorie „Einfache Wohnlage“. Die Falkenseer Chaussee unterteilt das Gebiet in West und Ost (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen 2023a). Der Spandauer Forst und Spektegrünzug bilden ausgedehnte Flächen zur Erholung. Hier finden sich u.a. Spielplätze und auch ein Badesee.

Das Falkenhagener Feld in Spandau West und Ost gehört seit 2005 zu den städtischen Gebieten mit besonderem Förderbedarf im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Obwohl das Quartiersmanagementgebiet Falkenhagener Feld West von der GeSop mbH (<https://falkenhagener-feld-west.de>) und Ost durch die Stephanus-Stiftung betreut wird (<https://falkenhagener-feld-ost.de>), arbeiten die beiden Quartiersmanagementbüros eng zusammen. Das Quartiersmanagementgebiet Falkenhagener Feld West wird nur noch bis 2027 weiter finanziert. Das Quartiersmanagementgebiet Falkenhagener Feld Ost wird noch eine weitere Förderperiode, voraussichtlich bis zum Jahr 2030, gefördert. Dies hängt damit zusammen, dass im Jahr 2021 ein weiteres Teilgebiet, in etwa vom Germersheimer Platz mit seinen Altbaubeständen bis zum Askanier Ring, hinzukam. Beide Quartiere werden nach wie vor in die Kategorie der mittleren Intervention eingestuft. Dies betrifft u.a. die Bereiche Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transfer-einkommen sowie Menschen mit Fluchtmigrationsbiografie und Kinderarmut (vgl. Quartiersmanagement Falkenhagener Feld West 2022, 2).

Räume für Nachbarschaften sind die Mietertreffpunkte der örtlichen Wohnungsbaugesellschaften. Einen wichtigen Zugang zu Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten für Jugendliche und Erwachsene bieten die Stadteilbibliothek in der Westerwaldstraße im Falkenhagener Feld West mit dem Klubhaus Spandau als eine vom Jugendamt finanzierte Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) sowie die Jugendtheaterwerkstatt, das Bildungsforum und das FiZ Ost. Im Sommer sind der Spektepark und der nahe gelegene Badesee mit Badestelle beliebte Treffpunkte (vgl. GeSop mbH 2019, 17).

Die Quartiere sind durch unterschiedliche Buslinien und auch eine Expressbuslinie an den zentralen S- und U-Bahnhof Spandau angeschlossen. Dies stellt besonders hinsichtlich der knappen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs im Falkenhagener Feld Ost eine Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bewohner*innen dar.

Beim Stadteilfest Falkenhagener Feld auf dem Westerwaldplatz im Spätsommer 2023 fiel auf, dass die Träger untereinander sehr gut vernetzt sind. Sie verwiesen informiert und engagiert auf andere Gesprächspartner*innen an anderen Ständen mit ihren jeweiligen Angeboten. Auch

die Besucher*innen-Struktur stellte sich sehr divers dar. Beim Mittagessen vor einem türkischen Essensstand äußerte sich eine ältere Dame zum Bühnenprogramm vor dem Clubhaus (<https://klubhaus-spandau.de>), auf dessen Bühne gerade eine ‚Crunch-Band‘ spielte:

„Also das Bühnenprogramm ist jetzt nicht so abgestimmt auf alle Generationen. Das gefällt mir nicht, aber muss es ja auch nicht. Die jungen Leute brauchen aber ja auch ihren Raum.“

Generell wird im Rahmen der Expert*innen-Interviews auf ein gutes Miteinander der Nachbarschaft verwiesen. Auch die hohe Toleranz der älteren Bewohner*innen, die teilweise zur Aktivbürgerschaft des Quartiers gehören, wird mehrfach betont, obwohl die Menschen explizit im Falkenhagener Feld von einer maroden Bausubstanz betroffen sind. Die teilweise vorhandene Überbelegung der Wohnbestände ist im Viertel ebenso ein Thema. Andererseits wird geschildert, dass gerade für die ältere Bevölkerung der starke Zuzug von Menschen mit Einwanderungsgeschichte oftmals eine Herausforderung darstellt und ihnen Angst macht. Allerdings hat sich die Situation mit der 2017 im Falkenhagener Feld West errichteten Unterkunft für Geflüchtete relativ friedlich entwickelt, was sicherlich auch an der Arbeit des BENN-Standortes lag, dessen Förderung allerdings inzwischen ausgelaufen ist (vgl. Lüter/Greif i. E., 25, 48).

5.3.1 Besondere Problemlagen

Trotz des guten Miteinanders der Nachbar*innen sind Themen, die die Bewohner*innen der Hochhäuser und Zeilenbebauungen beschäftigen, neben den allgemeinen Preissteigerungen und Krisen auch Existenzängste, die Sorge um die Sicherheit gerade nachts sowie die Sauberkeit im Quartier.

Im Falkenhagener Feld leben ca. 20.000 Menschen (vgl. GeSop mbH 2019, 4; Quartiersmanagement Falkenhagener Feld West in Berlin-Spandau 2023, 10). Der Anteil der Menschen, die im Falkenhagener Feld im Jahr 2020 arbeitslos gemeldet waren, ist doppelt so hoch wie in Berlin (9,6 %). Ein ähnliches Bild zeigt sich in unterschiedlichen Straßenzügen auch bei den Zahlen zu Transferleistungsbezieher*innen nach SGB II und XII (vgl. Lüter/Greif i. E., 44). Im Unterschied zum Quartier Neustadt findet sich im Falkenhagener Feld eine ältere Bewohner*innen-Struktur. Aber auch hier macht sich die Wohnungsnotlage stark bemerkbar. Es wird von einer Voll- und zum Teil Überbelegung gesprochen, die mehrheitlich sozial benachteiligte Menschen betrifft. Aber gleichfalls Einwanderer*innen – insbesondere Spätaussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetunion – wohnen in den Großsiedlungen (vgl. GeSop mbH 2019, 5). Festgestellt wird von mehreren Expert*innen, die im Falkenhagener Feld West tätig sind, dass das einst von einer bunten Durchmischung der Bewohnerschaft geprägte Falkenhagener Feld zeitweise von Wegzug und Überalterung geprägt gewesen ist. Aber inzwischen wird der Zuzug zunehmend als problematisch gesehen, weil er über die Notfallverteilung des Berliner Senats geregelt werde. Dies habe eine Bündelung der Familien und Menschen mit hochkomplexen Problemlagen zur Folge, die sich gerade massiv zuspitze. Dagegen könnten auch die Wohnungsbaugesellschaften und Eigentümer*innen nichts ausrichten. Ein Streetworker teilt hierzu seine Sorgen im Interview mit:

„Wenn ich das betrachte mit der Flüchtlingswelle, die ja gekommen ist, und wir hier auch unmittelbar in unserer Nähe eine Unterkunft haben, hat sich das schon ein bisschen geändert, weil wir da neue Herausforderungen hatten. Aber was auch auffällig ist, ist, was Spandau Falkenhagen fehlt. Ist ja ein Randbezirk und es sind auch Familien aus Neukölln, Kreuzberg, Schöneberg hierhergezogen, weil die Mieten natürlich noch einigermaßen billig sind und Verdrängungsprozess, sage ich mal dazu.“

Die Zuweisung durch den Senat von Menschen mit Fluchtmigrationsbiografie sowie der Zuzug von Familien und Menschen, die aus der Innenstadt verdrängt werden und zum Teil einen erhöhten Bedarf an Hilfen haben, zögen eine Unterversorgung in den unterschiedlichsten Bereichen der Menschen nach sich, die jetzt im Falkenhagener Feld leben. So wächst der Bedarf an

sozialer Beratung und Unterstützung schneller als die entsprechenden Behörden und Träger aufgestockt werden können.

Eine weitere Problemlage, von der im Besonderen die Akteur*innen der Familienarbeit berichten und die den Familien große Sorgen bereitet, ist die Kitaplatzsuche – und zwar, obwohl das Falkenhagener Feld nicht das kinderreichste Quartier im Bezirk ist. Die Versorgungsquote durch Kitas liegt im Falkenhagener Feld bei 47,5 % und stellt damit die niedrigste im gesamten Spandauer Bezirk dar (vgl. GeSop mbH 2019, 14). Obwohl der Ausbau an Kitaplätzen längst als prioritär eingestuft wird, finden sich keine Platzreserven bei dem gleichzeitig prognostizierten Anstieg der Kinderzahlen in der Altersgruppe 0 bis 6 Jahren (vgl. GeSop mbH 2019, 21).

Die Stadtkoordinator*innen beschreiben für dieses Quartier folgende Problemlagen. Ihre Wahrnehmung deckt sich größtenteils mit den schon beschriebenen Aspekten, die andere Akteur*innen benannt haben.

- Homogener Zuzug in Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und fehlende Durchmischung im Quartier. In einigen Wohnblöcken konzentriert sich eine Bewohnerschaft mit multiplen Unterstützungsbedarf, geringen bzw. keinen Deutschkenntnissen und/oder Fluchterfahrung.
- Überbelegung von Wohnungen und in Folge Zunahme von Nachbarschaftskonflikten.
- Geringe Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung.
- Bei Senior*innen und Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen wird beobachtet, dass sie am Ende des Monats sich keine Nahrungsmittel mehr leisten können.
- Klassisches ehrenamtliches Engagement wird überwiegend nur noch von alt eingesessenen Senior*innen geleistet.
- Obwohl es zu einer Überalterung im Quartier gekommen ist, sind meisten Gebäude nicht barrierearm und dazu sanierungsbedürftig.
- Überforderung vorhandener Unterstützungsangebote.

Hinsichtlich des Gewalthandelns ist das Falkenhagener Feld in der öffentlichen Wahrnehmung weniger durch bestimmte Stereotype geprägt als andere Großsiedlungen. Abgesehen von häuslicher Gewalt stehen hinsichtlich Unsicherheit, Gewalt und Kriminalität andere Quartiere in Spandau – insbesondere die Heerstraße Nord – deutlich stärker im Fokus der Wahrnehmung (vgl. Lüter/Greif i. E., 46). Streetworker*innen berichten, dass Jugendliche aus Spandau gerne auch einmal mit der U- oder S-Bahn in die Innenstadtbezirke fahren, wo mehr los sei als im Falkenhagener Feld. Die Vermutung ist entsprechend, dass sie dort auch ein auffälligeres Verhalten an den Tag legen als in ihrem eigenen Quartier.

Ähnlich, wie bereits für die Spandauer Neustadt beschrieben, gibt es aber ebenso im Falkenhagener Feld Orte, wo Nutzer*innen-Konflikte entstehen können. So sind seit der Eröffnung der Badestelle am Spektensee Fälle von Streitigkeiten und Schlägereien aufgetreten. Dies kann damit zusammenhängen, dass diese Freizeitmöglichkeit im Sommer intensiv genutzt wird und zum Teil auch von einer Übernutzung gesprochen werden kann, die mit Enge und Vermüllung etc. einhergeht (vgl. GeSop mbH 2019, 19). Darüber hinaus wird im Interview von einer Pädagogin berichtet, dass Jugendliche z.B. gerne die Brücken „Am Kiesteich“ als Treffpunkt nutzen. Die Nutzung geht leider ebenfalls mit Vermüllung und Vandalismus einher und führt zur Störung anderer Nutzer*innen. Diese und andere Aufenthaltsorte sind dem Streetwork-Team von Outreach bekannt und werden von den Sozialpädagog*innen des Teams regelmäßig aufgesucht.

Hierbei wird betont, dass Gruppen und Cliquen von Jugendlichen zunächst erst mal nichts Negatives seien. Gruppenbildung unter Jugendlichen sei normal und notwendig. Dass die Jugendlichen sich irgendwo aufhalten müssten, autonome Räume aber praktisch nicht mehr vorhanden seien, würde zu wenig berücksichtigt. Oftmals würden Gruppen von Jugendlichen als Bedrohung wahrgenommen oder als störend empfunden, was wiederum Konflikte hervorrufe.

Allerdings habe, wie wohl überall in Berlin, das Tragen von Waffen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugenommen, erläutert ein Streetworker.

„Die Qualität hat zugenommen, sag' ich mal. Also was Konflikte oder Auseinandersetzungen angeht, ich meine, wir sehen das ja auch nicht nur in unserem Bezirk, also berlinweit, dass viele Jugendliche ein Messer bei sich tragen und ... gar nicht [wissen], was das eigentlich für Auswirkungen hat, wenn man auf jemanden einsticht. Und das hat echt stark zugenommen. Also mit dem Messer einfach durch den Kiez zu laufen und, wenn man angegriffen wird, dass man auch dieses Messer dann zum Einsatz bringt. ... Viele sind bewaffnet.“

Als Ursache für das Tragen von Waffen der Jugendlichen verweist der Pädagoge auf Soziale Medien wie z.B. TikTok. Hier würden Jugendliche sehen, dass „alle“ eine Waffe tragen, und sich entsprechend, basierend auf der Angst, unterlegen zu sein, auch bewaffnen. Daraus kann abgeleitet werden, dass das Sicherheitsgefühl im Quartier zumindest für bestimmte Jugendliche abgenommen hat. Hierbei gäbe es auch kaum noch Unterscheide zwischen dem Handeln der Geschlechter:

„Also das habe ich auch schon live miterlebt und des Öfteren auch miterlebt. Wenn wir dann auf der Straße sind, wo zehn Mädels auf zwei Mädels losgehen und das dann halt irgendwie auf Handy aufnehmen und dann auf Instagram dann posten. Die Demütigung vor der Kamera sozusagen aufnehmen und dann halt auch im Kiez dann rumschicken an verschiedene Leute. Also das hat auch zugenommen. Sie beleidigen sich untereinander und dann treffen sie sich vor der Schule oder wo auch immer. Und dann wird es halt ausgetragen. Da braucht ja nur ein Funken passieren, wo ein Mädel das andere Mädel angreift, und dann kommen die anderen und treten noch hinterher.“

Das Falkenhagener Feld ist, wie im Zitat beispielhaft beschrieben, in den letzten Jahren immer wieder als Schwerpunkt von schulischer Gewalt aufgefallen. Gewalt findet dabei nicht nur in der Schule statt, sondern auch im Anschluss an die Schulzeiten oder in deren unmittelbarer Umgebung. Ob dies dann als Schulgewalt gilt oder nicht, wird öffentlich diskutiert (vgl. Görke 2023). Auch im schulischen Rahmen ist das Streetwork-Team von Outreach engagiert – und das sowohl im Bereich der Prävention als auch der Intervention.

Ein Erstarken von Banden, wie es Berlin z.B. in den 1980er und 1990er Jahren erlebt hat, kann ein befragter Pädagoge allerdings nicht bestätigen – wobei durchaus eingeräumt wurde, dass z.B. Armut oder Ausgrenzungserlebnisse identitätsstiftend sein können und sich Jugendliche aus ähnlichen Milieus in Gruppen zusammentun, um ihre marginalisierte Lebenslage gemeinsam zu bewältigen. Wenn ein Mitglied einer Gemeinschaft in eine Auseinandersetzung mit einer anderen Person gerate, könne es entsprechend ebenfalls mit Unterstützung aus einer herkunftsähnlichen oder familiären Gruppe rechnen. Ein Pädagoge berichtet von einzelnen Fällen, in denen sich Gruppen gegen einzelne Jugendliche zusammenschlossen und diese auch körperliche Verletzungen davongetragen hätten.

Abbildung 49: Steckbrief: Outreach-Team Spandau

| | |
|---|--|
| <p>OUTREACH – TEAM SPANDAU</p> <p>Standortbezogene und mobile Jugendarbeit im Falkenhagener Feld, Neustadt und Staaken</p> <p>Die mobile und sozialräumlich orientierte Jugendarbeit von Outreach gGmbH arbeitet nach einem Konzept, das verschiedene Ansätze und Methoden in der Jugendarbeit miteinander verknüpft und damit zu einem neuen und eigenständigen Ansatz in der Jugendarbeit in Berlin beigetragen hat. Durch den Ansatz der Sozialraumorientierung erreicht die mobile Jugendarbeit Jugendliche in öffentlichen Räumen, an denen sie sich auch tatsächlich aufhalten. Der Träger Outreach arbeitet derzeit in elf Berliner Bezirken. Vor 15 Jahren begann das Team von Outreach die ersten Einsatzorte in Spandau Mitte und Kladow aufzusuchen. Aktuell ist Outreach mit acht Teams und vier Einrichtungen im Bezirk Spandau aktiv. Zuletzt eröffnete Ende März die Outreach-Jugendfreizeiteinrichtung B18 im Gebiet Heerstraße Nord. Die Angebote von Outreach richten sich in der Regel an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 21 Jahren.</p> <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Streetwork • Jugendarbeit • Einzelfallbegleitung • Beratung • Gemeinwesenarbeit • Kulturelle Jugendangebote • Geschlechtsreflektierte Projekte • Sportangebote • Schulsozialarbeit | <p>JUGENDBERATUNGSHAUS SPANDAU Hasenmark 21, 13585 Berlin</p> <p>MOBILE JUGENDARBEIT IM FALKENHAGENER FELD – JUGENDTREFF SPEKTE 32 Im Spektefeld 32, 13589 Berlin</p> <p>MOBILE JUGENDARBEIT IN SPANDAU MITTE JUGENDTREFF KANDELER WEG Kandeler Weg 3, 13589 Berlin</p> <p>POLITISCHE BILDUNGSARBEIT IM FALKENHAGENER FELD/KLUBHAUS SPANDAU Westerwaldstr. 13, 13589 Berlin</p> <p>SCHÜLERCLUB DOWNTOWN IN DER WOLFGANG-BORCHERT-SCHULE SPANDAU Blumenstr. 13, 13585 Berlin</p> <p>INTEGRATION JUNGER GEFLÜCHTETER IN BILDUNGS- UND AUSBILDUNGSSYSTEME IM JUGENDBERATUNGSHAUS Hasenmark 21, 13585 Berlin</p> <p>MOBILE JUGENDARBEIT IN SPANDAU-STAAKEN Blasewitzer Ring 18, 13593 Berlin</p> <p>OUTREACH GGBH Axel-Springer-Straße 40/41 10969 Berlin 030 / 253 99 74 https://outreach.berlin info@outreach.berlin</p> |
|---|--|

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor, der von einer sozio-kulturellen Einrichtung im Falkenhagener Feld als Problem angesprochen wurde, sind Kampfhunde, die oftmals nicht auf ihre Besitzer*innen hören und in öffentlichen Parkanlagen und auf Spielplätzen frei herumlaufen. Häufiger käme hier noch eine Alkohol- oder Drogenproblematik der Hundebesitzer*innen erschwerend hinzu. Darauf bezogen folgt die Wahrnehmung, dass die zuständigen Sicherheitsbehörden hier nicht tätig werden würden. Casa e.V. geht die Problematik an und sucht eine*n Hundetrainer*in, der/die ein entsprechendes Training anbieten soll.

Auch die Stadtkoordinator*innen äußerten sich zu Konflikten, die im Quartier momentan im Vordergrund stehen. Zum einen deckt sich das mit der Wahrnehmung von Streetworker*innen, dass unter Jugendlichen ein aggressiver und gewaltvoller Umgang vorherrschend ist. Zum anderen wurde auf einen besonderen Aspekt hingewiesen: Dass sich Geflüchtete aus arabischen Ländern und Afrika gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine benachteiligt fühlen und eine

aufgeladene Stimmung spürbar ist. Als Gewalthotspots gelten unter diesen Fachkräften der Kandeler Weg 1, die Steigerwaldstraße und der Kraepelinweg, als besonderes Phänomen nannten sie noch die Drogenkriminalität.

Im Pretest wurde zudem beschrieben, dass das Misstrauen gegenüber der Polizei aufgrund negativer Erfahrungen – vor allem bei Geflüchteten, Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch unter alt eingesessenen Senior*innen – weit verbreitet ist.

Der Präsenz der Polizei und Kontaktbereichsbeamt*innen im Falkenhagener Feld wird sehr unterschiedlich wahrgenommen. Von einigen sozialen Akteur*innen vor Ort wird die Präsenz der Polizei vermisst. Die Bewohner*innen, so berichtet ein Vertreter eines sozialintegrativen Quartiersprojektes, rechneten zum Teil auch schon damit, dass auf ihre Anrufe von Seiten der Polizei nicht mehr reagiert werde. Entsprechend nehmen die Anzeigebereitschaft und das Vertrauen in die Polizei ab. Allerdings berichtet ein Jugendträger davon, einen guten Kontakt und eine gute Vernetzung mit der Polizei zu pflegen:

„Ja, es gibt hier den Polizeibeamten, der macht halt auch viel Prävention. Der Mann ist wirklich ein Goldschatz, also der ist auch in den Schulen unterwegs, macht Aufklärung. Also viele kennen ihn. Mittlerweile hat er auch schon ein, zwei Generationen hinter sich. Also der ist ziemlich bekannt hier und mit dem kann man halt auch ganz cool darüber reden. Wenn irgendwas mal ist, wo sich Jugendliche aufregen, dann sagt er, Jungs, ihr müsst hier ein bisschen hinhören oder guckt mal ein bisschen auf euch, und dann ist die Sache auch gelöst. Das macht er auch super. So finde ich auch viel besser, wie wenn die dann wirklich im Auto sitzen und warten, bis irgendwas passiert. Also so sollte es ja eigentlich sein. Also wir hatten hier Sonntag hatten wir ein Fußball – Straßenfußball-Turnier – direkt vor der Tür auf dem Parkplatz. Da ist die Polizei vorbeigefahren und hat das gesehen. Wir haben das aber natürlich auch angemeldet gehabt, wollten nur mal schauen. Die waren eine Stunde hier und haben zugeguckt und fanden das super, dass wir hier irgendwie im Fußballturnier gemacht haben, und fanden das einfach supercool.“

Was dieser Sozialarbeiter beschreibt, ist den Interviews zufolge genau das, was sich die Akteur*innen und – nach deren Einschätzung – auch die Bewohner*innen in ihren Quartieren wünschen: ansprechbare Polizeibeamt*innen, die „man kennt“, die präsent sind und zu denen die Menschen und Jugendlichen ein gewisses Vertrauen haben. Dieser polizeiliche Beitrag zur Prävention kann offenbar auch von persönlichen Merkmalen und Eigenschaften der jeweiligen Beamt*innen erheblich profitieren.

Das Thema der Gewalt wird abgesehen von interviewten Vertreter*innen der Jugendarbeit und -hilfe von den Vertreter*innen der sozialen Einrichtungen oftmals im Bereich der frühkindlichen Hilfen thematisiert. Die Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit und -hilfe formulieren angesichts des zum Teil starken Förderbedarfs vieler Kinder und Heranwachsender nämlich große Sorgen hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen.

Bei der Familienhilfe, gerade im frühkindlichen Bereich, gäbe es dringenden Ausbaubedarf, so die Interviewpartner*innen aus diesem Bereich. Das Problem liege darin begründet, dass Kinder das soziale Lernen nicht mehr von zu Hause aus mit auf den Weg bekommen. Damit in Zusammenhang wird auch eine ungesunde Digitalisierung gebracht. Eltern kommunizieren oftmals nicht hinreichend und angemessen mit ihren Kindern. Diese werden in ihrer Freizeit von Computerspielen oder Medien betreut.

*„Und dann haben wir wieder diese Medien geförderten, ruhig gestellten Kinder zu Hause.“ (Familienhelfer*in)*

Von den Interviewpartner*innen und Jugendhilfeträgern wird auf die Probleme hingewiesen, die diesbezüglich schon Jüngste mitbringen. Eine Situation wird geschildert, wie ein

Kindergartenkind einem anderen Kind mit einer Schaufel auf den Kopf schlägt, um zu erfahren, ob etwas passiert oder nicht. In Videospielen passiert da nichts, erklärte das Kind der Pädagogin nach dem Vorfall.

Die Förderschwerpunkte, die neben dem sozialen Lernen vor allem in den Bereichen Sprache, Lernen, emotionale und soziale Entwicklung sowie körperliche und motorische Entwicklung liegen (vgl. GeSop mbH 2019, 22), müssen die Bildungsinstitutionen zum Teil ohne Integrationshelfer*innen meistern. Ein frühes Ansetzen an diesen Entwicklungsbedarfen mit einer ausreichenden Anzahl diskriminierungssensibler Mitarbeiter*innen ist daher von hoher Priorität. Diese Hilfen sind im Falkenhagener Feld bereits niedrighschwellig implementiert. Zu benennen sind hierbei im Besonderen die Familienwohnungen und die Familienzentren, gefolgt von der Kita-Sozialarbeit, die als enorm wertvoll für die Prävention und als ausbaufähig eingestuft wurde (vgl. Evaluationsbericht zur Kitasozialarbeit QM Heerstraße Nord 2019).

5.3.2 Präventionsstrukturen

Hinsichtlich der vorhandenen Präventionsstrukturen kann im Falkenhagener Feld auf die Vorreiterrolle der Kita-Sozialarbeit, der Familienwohnungen und auf die Arbeit des „Bildungsforums im Falkenhagener Feld – Transferstelle von Theorie und Praxis“ verwiesen werden, die sich seit 2016 für die Gewaltprävention in Kitas, Grundschulen und weiteren sozialen Einrichtungen einsetzt und regelmäßige Trainings durchführt. Dazu gehört auch das für den Deutschen Kita-Preis nominierte Best-Practice-Projekt „Coole Haie beißen nicht“, welches ein Angebot zur Gewaltprävention und zum sozialen Lernen darstellt und von einer ansprechenden Broschüre begleitet wird.

Zum einen sieht das Bildungsforum Sprache als Schlüsselkompetenz für Sozialisation und Bildungsteilnahme. Ein weiteres Ziel des Praxismoduls beinhaltet die bessere Aktivierung und Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, um deren Interaktion mit ihren Kindern zu verbessern. Aber auch der fachlich lösungsorientierte Austausch ist im Blick des Bildungsforums. So soll es im „Treffpunkt Bildungsforum“ handlungsrelevante theoretische Impulse geben, die sich verstärkt an den Bedarfen der Teilnehmer*innen des Bildungsforums orientieren. Die Durchführung solcher Gewaltpräventionsmaßnahmen zusammen mit den Pädagog*innen und Lehrer*innen in den Institutionen wird als sinnvoll beschrieben, damit Inhalte passgenauer an den Adressat*innen ausgerichtet werden können. Das Bildungsforum konnte ungeachtet seiner innovativen Projekte bislang allerdings keine langfristig gesicherte Finanzierung in ausreichendem Umfang akquirieren.

Abbildung 50: Steckbrief: Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde

| | |
|---|---|
| <p>PAUL-GERHARDT-KIRCHENGEMEINDE</p> <p>Dem Bildungsforum mit seinem Treffpunkt geht es um Sozialisation und Bildungsteilhabe. Es bietet für alle Generationen umfassende Angebote zum Austausch, zur Vernetzung, zur Beratung und zum gemeinsamen Kreativ-Werden.</p> <p>Beim Schultreff wird ein Mittagsimbiss gestellt und es werden unterrichtsvor- und -nachbereitende Angebote für Grundschul Kinder geboten.</p> <p>Das Mädchenprojekt Power-Girls bietet seit 1999 das Angebot eines wöchentlichen Show-Tanz-Trainings.</p> <p>Jeden Freitag findet eine Essensausgabe von Laib & Seele statt.</p> <p>Das Schwedenhaus ist ein Ort für offene Gruppenarbeit, Ferienprogramme, Nachbarschaftsarbeit, Arbeit mit Geflüchteten. Teilhabe und Empowerment.</p> <p>Die Kirchengemeinde hat ein Schutzkonzept gegen Missbrauch und sexualisierte Gewalt entwickelt und bietet auch hinsichtlich dessen Beratung.</p> | <p>BILDUNGSFORUM IM FALKENHAGENER FELD</p> <p>STADTTEILZENTRUM IM FALKENHAGENER FELD</p> <p>KITA</p> <p>GEMEINSAM GEGEN EINSAMKEIT</p> <p>SENIOR*INNEN IM FALKENHAGENER FELD</p> <p>SCHULTREFF IM FALKENHAGENER FELD WEST</p> <p>POWER GIRLS</p> <p>DAS CAFE IN PAUL-GERHARDT</p> <p>SCHWEDENHAUS Stadtrandstr. 481, 13589 Berlin</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Offene Gruppenarbeit • Beratung • Kultur und Musik • Gewaltprävention an Schulen • Unterstützung für Grundschul Kinder • Kinderschutz • Mädchentanzprojekt • Ausgabe von Lebensmitteln | <p>PAUL-GERHARDT- KIRCHENGEMEINDE</p> <p>Im Spektefeld 26 13589 Berlin 030 / 322 944 520 info@paulgerhardtgemeinde.de Schutzbeauftragte: schutz@paulgerhardtgemeinde.de www.paulgerhardtgemeinde.de</p> |

In mancherlei Hinsicht hat das Falkenhagener Feld also eine Vorreiterrolle hinsichtlich der Innovation und Implementierung von Präventionsmaßnahmen. Sowohl die Kita-Sozialarbeit, die Familienwohnungen als auch das Kita-Projekt: „Coole Haie beißen nicht“ sind Projekte, die das Falkenhagener Feld zur Gewaltprävention und zum sozialen Lernen vorweisen kann.

Wie bereits erwähnt, stellen ein weiteres Leuchtturmprojekt die Familienwohnungen im Falkenhagener Feld und im Quartier Heerstraße Nord dar. Da über eine lange Zeit Anlaufstellen im Freizeitbereich für Kinder im Grundschulalter fehlten, die sowohl eine adäquate Förderung dieser Altersgruppe als auch eine gewisse familiäre Atmosphäre vereinen, wurde die Initiative „Familien stärken im Falkenhagener Feld“ ins Leben gerufen. Diese wird von einem Netzwerk verschiedener Akteure getragen, und der Träger casablanca gGmbH betreibt die inzwischen drei offenen Familienwohnungen für die Nachbarschaft im nordwestlichen Rand des Falkenhagener Feldes sowie in Heerstraße Nord. Die Wohnungen bieten tägliche Nutzungsmöglichkeiten für Kinder im Grundschulalter sowie für Familien. Vom Frühstück über Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote soll Kindern ein sicherer Ort mit Entfaltungsmöglichkeiten gegeben werden.

Familien können eigene Beiträge einbringen und erhalten niedrigschwellige Beratung zu verschiedenen Fragen. Regelmäßige durchgeführte Feste finden großen Anklang. Die Einrichtung ist mittlerweile so bekannt im Quartier, dass inzwischen drei offene Familienwohnungen mit regem Zulauf etabliert worden sind. Die Familienwohnungen verstehen sich als ein Beitrag zur gemeinsam geteilten Vision – trotz der sozialen Herausforderungen –, einen lebenswerten und vor allem sicheren Ort insbesondere für Familien und Kinder zu gestalten. Hier werden Prävention und Intervention verzahnt. Darunter fällt auch die Kinderschutzsicherung durch Vermittlung in einzelfallbezogene Hilfen bei Bedarf (Schwenzer/Bergert 2018). Die Familienwohnungen arbeiten mit befristeten Finanzierungen und das Netzwerk sowie die Betreiber hoffen auf eine Verstärkung.

Abbildung 51: Steckbrief: Offene Familienwohnungen

| | |
|---|---|
| <p>OFFENE FAMILIENWOHNUNGEN „Sichere Orte für Kinder und Anlaufstellen für Familien in Spandau“</p> <p>Ein engagiertes Netzwerk kreierte aufgrund von Vorfällen der Gewalt gegen Kinder in den Quartieren Falkenhagener Feld und Heerstraße Nord drei offene Familienwohnungen, die bislang einzigartig sind. Hier kommen Menschen generationenübergreifend zusammen. Die Familienwohnungen bieten einen Ort zum Austausch, zur Beratung und für Hilfen. Kinder können in einer sicheren Umgebung spielen und Ressourcen der Nachbarschaft werden erschlossen, wo eine ausreichende soziale Infrastruktur bislang nicht gegeben ist.</p> | <p>FALKENHAGENER FELD WEST Kraepelinweg 13, 13589 Berlin Tel: 0176 558 491 11 oder 017636309978</p> <p>HEERSTRASSE NORD Blasewitzer Ring 50, 13593 Berlin Tel: 0176 557 60 387 oder 0176 558 65 740</p> <p>HEERSTRASSE NORD 2 Heerstraße 404, 13593 Berlin Tel: 01577 384 54 75 oder 0176 558 49 283</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gemeinwesenarbeit • Partizipation • Generationen- und zielgruppenübergreifend • Sichere und betreute Orte für Kinder und Familien • Erziehungsberatung • Allgemeine Beratung • Einzelfallhilfe • Kinderschutz | <p>CASABLANCA – GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT FÜR INNOVATIVE JUGENDHILFE UND SOZIALE DIENSTE MBH</p> <p>Pistoriusstraße 108 a 13086 Berlin 030 206315 0 030 206315 333 info@g-casablanca.de</p> |

5.3.3 Zusammenfassung

Das Quartier Falkenhagener Feld hat durch seine Bebauung als älteste Großsiedlung Berlins diesbezüglich mit etlichen Herausforderungen zu kämpfen. Häufig wurde auf die marode Bausubstanz und dichte Belegung von unterschiedlichsten Menschengruppen, deren sozialökonomische Lage als prekär bezeichnet werden kann, verwiesen. Die Lage am Stadtrand hat auch Nachteile, was die Anbindung an S- und U-Bahnhof angeht, dafür verfügen die Bewohner*innen jedoch aufgrund der Nähe zum Spandauer Forst und Spektegrünzug über ausgedehnte Flächen zur Erholung mit Spielplätzen und Badeseesee. Anders als bei den anderen beschriebenen Quartieren, läuft die Förderung durch das Quartiersmanagementgebiet Falkenhagener Feld Ost noch

eine weitere Förderperiode, voraussichtlich bis zum Jahr 2030, was der Stetigkeit der Maßnahmen eine gewisse Sicherheit gibt.

Das Quartier Falkenhagener Feld kann bereits jetzt mit der Implementierung von einigen Leuchtturmprojekten, wie z.B. der Arbeit des Bildungsforums, den Familienwohnungen, der Kita-Sozialarbeit etc. aufwarten und hoffentlich auch bald mit einem neuen Stadtteilzentrum, welches die Bewohner*innen des Quartiers besser versorgt.

Im Einklang mit dem Netzwerk, das hinter den offenen Familienwohngen steht, kann zusammenfassend festgehalten werden, dass im Falkenhagen Feld soziale Ressourcen nicht ausreichend vorhanden sind. Die Problemlagen des Falkenhagener Feldes liegen deutlich bei den sozialen Prozessen der Verarmung. Entsprechend ist das überragende Thema im Falkenhagener Feld, sowohl für die Bewohner*innen als auch für Fachkräfte, die angespannte soziale Lage. Unsicherheit steht weniger als Kriminalitätsphänomen, sondern vielmehr als sozialpolitisches Phänomen im Vordergrund der Aufmerksamkeit. Neben der grundsätzlich angespannten Situation, die die sozialen Akteur*innen im Quartier schon seit längerer Zeit beschäftigt, nehmen sie ebenfalls eine Verschärfung der sozialen Belastungen wahr, die sich – so die Vermutung der Akteur*innen vor Ort – direkt auch auf das Klima in vielen Familien auswirkt. Angesichts der Mietentwicklung können die Bewohner*innen des Quartiers Belastungen nicht durch weitere Umzüge in günstigere Nachbarschaften ausgleichen. Entsprechend wirkten auch die Interviewpartner*innen zum Teil angespannt und sehen besorgt auf die momentanen Entwicklungen. Hinsichtlich dessen, dass viele Kinder und Jugendliche einen erhöhten Förderbedarf aufweisen, wirkt der Mangel an Betreuungsplätzen sowohl im Kitabereich als auch im Schul- und Hortbereich noch massiver. Anschließend wurde im Rahmen der notwendigsten Investitionen für die Familien auch der Mangel an Kinderärzt*innen, Logopäd*innen und Fachärzt*innen sowie Einrichtungen der Psychiatrie- und Suchthilfe genannt. Aber ebenso therapeutische Angebote fehlen im Falkenhagener Feld, was im Bedarfsfall zum Teil lange Wege für die Bewohner*innen und Mütter mit ihren Kindern nach sich zieht.

Zu den wichtigsten und spezifischen Bedarfen sowie Problemlagen, die die interviewten Akteur*innen im Falkenhagener Feld genannt haben, gehören unter anderem:

- die marode Bausubstanz sowie die Vermüllung und Verwahrlosung im Umfeld,
- die Großsiedlungsstruktur, die bei den Bewohner*innen offenbar ein Gefühl von Isolierung auslöst, was den Bedarf an Ansprechpartner*innen bezogen auf Hausmeister*innen, Ordnungsdienst und bekannte Revierpolizei etc. impliziert,
- die niedrigste Versorgung und Ausstattung mit Betreuungsplätzen für Kinder im Bezirk Spandau,
- die Gewaltvorfälle in der Vergangenheit unter Jugendlichen, im Besonderen an Schulen,
- die Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt in den Jahren 2020 bis 2022.

Die Stadtteilkordinator*innen sehen einen Bedarf,

- dass die Kommunikation zwischen Bewohner*innen und Polizei intensiviert wird, damit dem Gefühl eines rechtsfreien öffentlichen Raums entgegengewirkt werden kann.
- dass mehr gewaltpräventive Straßensozialarbeit an bekannten Gewaltpots durchgeführt wird.
- dass für Menschen ohne bzw. geringen Deutschkenntnissen und auch für Ältere eine niedrigschwellige Meldestelle für Gewalterfahrungen vorgehalten wird.
- dass Akteure aktuelle Daten zur Gewaltbelastung in der Region erhalten und bei der Entwicklung von Gewaltpräventionsmaßnahmen unterstützt werden.

5.4 DIE REGION HEERSTRASSE NORD

Das Quartier Heerstraße Nord mit 116,18 ha Fläche gehört zum Spandauer Ortsteil Staaken, der am westlichen Rand Berlins liegt. Prägend sind im Quartier 22-geschossige Punkthochhäuser und mehrgeschossige Gebäuderiegel. Vor allem waren es die kommunalen Wohnungsgesellschaften, die die rund 9.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau errichteten. Mehrheitlich schon in den 1960er bis in die 1980er Jahre entstanden die Großraumsiedlungen Obstallee-Siedlung und Rudolf-Wissell-Siedlung. Im Planungsraum Döberitzer Weg am westlichen Stadtrand befinden sich die 1990 entstandenen Ein- und Mehrfamilienhäuser.

Nach umfassenden Privatisierungen ab 2006 verblieb nur noch ein kleiner Anteil von Wohnungen im Quartier in öffentlicher Hand, der größere Anteil wurde an internationale Immobiliengesellschaften und/oder internationale Fonds verkauft. Erst vor wenigen Jahren erwarb die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewobag eine große Anzahl zurück und wurde mit rund 5.500 Wohneinheiten zum größten Vermieter im Quartier Heerstraße Nord. Insgesamt gibt es heute rund 13.500 Wohneinheiten. Die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt rund 77 qm. Wie im gesamten Bezirk Spandau, gibt es in dem Quartier keinen Leerstand mehr, und es ist in den vergangenen Jahren ein Prozess der sozialen Entmischung in Gang gekommen (Quartiersmanagement Heerstraße Nord 2021, 6).

Die Bezirksregion Heerstraße besteht aus vier Planungsräumen: Döberitzer Weg, Pillnitzer Weg, Maulbeerallee und Weinmeisterhornweg. Drei der Planungsräume haben eine Städtebauförderkulisse. Die Region ist überwiegend durch Wohnnutzung geprägt und verfügt über vergleichsweise wenige Betriebe. Lediglich an der Kreuzung von Heer- und Wilhelmstraße haben sich vor allem Einzelhandel und Kfz-Gewerbe angesiedelt. Das Staaken-Center in der Großsiedlung Heerstraße Nord ist im Stadtentwicklungsplan „SteP-Zentren“ als Ortsteilzentrum mit hohem städtebaulichem Handlungsbedarf gekennzeichnet. Kurzum: Es ist als modernisierungsbedürftig eingestuft.

Es gibt im Quartier weder eine U- noch eine S-Bahn-Anbindung. Aber es führen Buslinien zum einen an den Verkehrsknotenpunkt Bahnhof Spandau und an das Falkenhagener Feld und zum anderen auch in die City-West und an den Berliner S-Bahn-Ring sowie nach Dallgow-Döberitz und Potsdam. Für die Sicherheit von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen wird laut dem aktuellen IHEK Heerstraße Nord nicht hinreichend gesorgt. So bestehen u.a. Defizite in der Barrierefreiheit aufgrund fehlender Bordsteinabsenkungen und stellenweise Querungshilfen (z.B. Gehwegvorstreckungen).

Im Norden grenzt das Quartier an Rieselfelder, im Südosten an die Böberitzer Heide und im Südwesten an Brandenburg. Der ost-westliche verlaufende Bullengraben-Grünzug dient vor allem der Bevölkerung im Planungsraum Magistratsweg als Naherholungsgebiet. Bewohner*innen der Heerstraße Nord nutzen auch im Süden die Egelpfuhlwiesen und das Naturschutzgebiet/die Grünanlage am Hahneberg für Freizeitaktivitäten in der Natur. Tatsächlich verfügt der Bezirksraum über etwa 950.000 qm öffentlicher Grünanlagen, was umgerechnet, 31,9 qm je Einwohner*in entspricht. Damit handelt es sich um einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil im Vergleich zum Bezirk Spandau (25,7 qm) und insbesondere zum nur etwa halb so hohen Berliner Anteil (16,1 qm). Die Region ist die einzige im Bezirk, in der die Grünanlagenflächen zunehmen, obwohl die Zahl der Einwohner*innen steigt (Bezirksamt Spandau von Berlin 2021).

Eine positive Entwicklung besteht darin, dass das Wohnungsunternehmen Deutsche Wohnen den zentralen, öffentlich genutzten Wirtschaftsweg nördlich der Obstallee zur Promenade mit Spiel- und Freizeitangeboten als „Park der Kulturen und Generationengarten“ umgestaltet hat und so der Sozialraum aufgewertet worden ist.

5.4.1 Bevölkerungsstruktur

Laut Bezirksregionen-Profil leben im Quartier knapp 19.200 Einwohner*innen (Quartiersmanagement Heerstraße Nord 2021). Die Bevölkerungszahl ist zwischen 2016 und 2021 um 8,1 %

angestiegen. Zum Vergleich: Der Gesamtbezirk verzeichnete ein Bevölkerungszuwachs von 6,4 %, Berlin um 5,8 %. Am meisten Zuwachs haben der PLR Döberitzer Weg mit 13,4 %, die Maulbeerallee mit 9,6 %, gefolgt von dem Pillnitzer Weg mit 7,3 %. An geringsten fiel der Zuwachs am Weinmeisterhornweg (3,5 %) aus. Die Zahl der Jüngeren unter sieben Jahre (16,9 %) und bis 18 Jahre (9,7 %) bekommt mehr Zuwachs als die anderen Altersgruppen (Stand 2019; Amt für Statistik Berlin Brandenburg, 8).

Die Daten zur Altersstruktur zeigen, dass der Anteil der unter 18-Jährigen an allen Einwohner*innen rund 22 % beträgt und damit über den Werten von Spandau (17,6 %) und Berlin (16,1 %) liegt. Ältere ab 65 Jahre kommen auf einen Anteil von 20,8 % im Quartier (21,8 % in Spandau) und die 18- bis unter 65-Jährigen auf 57,1 % (Spandau 60,6 %). Die Planungsregion Maulbeerallee hat mit 26,4 % die meisten Bewohner*innen unter 18 Jahren, gefolgt vom Pillnitzer Weg (22,9 %). Am stärksten ist der Anteil der Älteren im PLR Weinmeisterhornweg, wo die Bewohnerschaft zu 32,9 % 65 Jahre und älter ist und gleichzeitig nur 12,8 % unter 18-Jährige leben (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Datenstand 31.12.2019, 5).

Das Quartier sticht in der Landesstatistik durch das Charakteristikum hervor, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund 2021 bei 58,1 % lag. Damit weist die Heerstraße Nord einen deutlich höheren Wert im Bezirk und im Land Berlin auf (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Datenstand 31.12.2019, 6). Es überwiegen Menschen mit Fluchterfahrung aus Syrien und Neuzugewanderte aus den osteuropäischen Ländern. So ist es nicht verwunderlich, dass der Gemeinwesenverein am Ort jährlich 2.000 Beratungen (Sozial-, Renten- und Jobberatung, Schuldenberatung und Beratung in akuten Notlagen) für Menschen aus ca. 30 Herkunftsländern durchführt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Datenstand 31.12.2019, 10).

5.4.2 Sozialstruktur

Dem Quartier werden eine hohe soziale Problemdichte und Entwicklungsrichtung attestiert, vor allem betrifft dies die Planungsräume Maulbeerallee und Pillnitzer Weg mit den Großsiedlungen Rudolf-Wissell-Siedlung und Obstallee-Siedlung. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Einwohner*in im Alter von 15 bis 65 Jahren ist unterdurchschnittlich gegenüber den Vergleichswerten von Bezirk und Land: Nur knapp die Hälfte der Einwohner*innen (48,9 %) ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Laut IHEK Heerstraße Nord beträgt der Bezug von Transferleistungen insgesamt 43 % (Berlin 15,5 %), die Kinderarmut 67,5 % (Amt für Statistik Berlin/Brandenburg, Stand 31.12.2020). Ebenfalls steigt die Altersarmut in der Region an: 8,8 % der Einwohner*innen sind 65 Jahre und älter und erhalten Grundsicherung nach SGB XII. Diese Bewohner*innen verfügen nur über ein Einkommen, das als einkommensarmutsnah gilt. Der Anteil hat sich über die letzten fünf Jahre um 2,3 Prozentpunkte erhöht und liegt auf einem vergleichsweise hohen Niveau (Spandau: 6,3 %, Berlin: 6,1 %).

Die oben genannten Problemlagen und die Daten der Bevölkerungsstruktur spiegeln sich klar in den Ergebnissen des Spandauer Einschulungsberichts von 2019 wider: 53 % der eingeschulerten Kinder hatten in der Bezirksregion Heerstraße Nord Sprachdefizite (Bezirk: 36,9 %; Berlin: 27,9 %). Dieser Anteil stieg über den Vergleichszeitraum um 3,8 Prozentpunkte. Leider ist dies im Vergleich zu anderen Ortsteilen im Bezirk bei weitem der höchste Wert. Der Anteil von Schüler*innen, die angeben, dass Deutsch nicht ihre Herkunftssprache ist, hat über die letzten fünf Jahre stark zugenommen (um 14,8 %) und beträgt nun 65,1 % (Bezirk 53,8 %). Einige dieser Problemlagen finden sich auch im Falkenhagener Feld und in Spandau Neustadt oder sogar in ganz Spandau, wenn auch in anderer Gewichtung.

Zwei Beispiele, die die Bildungssituation von Schulanfänger*innen und jugendlichen Schüler*innen illustrieren: An der Christian-Morgenstern-Grundschule – zentral am Gemeinwesenzentrum gelegen – waren im Schuljahr 2021 90 % der Kinder aus 47 Herkunftsländern berechtigt, Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen. Sie sind zu 98 % Schüler*innen mit Flucht- oder Migrationshintergrund. An der Carlo-Schmidt-Oberschule (Integrierte

Sekundarschule) hat mittlerweile die Hälfte der Oberschüler*innen einen Migrationshintergrund, die teils sogar alphabetisiert werden müssen (IHEK 2021, 12). Es ist ersichtlich, dass die Integration und Inklusion der stark anwachsenden Population aus so vielen Nationen in die Aufnahmegesellschaft – hier konkret in das Quartier Heerstraße Nord – für viele Jahre eine starke Herausforderung für Träger und Akteur*innen vor Ort bleiben werden.

Als wertvoll haben sich im Handlungsfeld Bildung das entstandene Bildungsnetz Heerstraße Nord und die AG Frühe Förderung erwiesen. Es wurde nach dem Modellprojekt Kita-Sozialarbeit auch das Pilotprojekt „Early Bird – Starke Familien in Staaken“ entwickelt, das aufsuchende Familienarbeit umsetzt. Dies soll helfen, die bislang kaum oder gar nicht erreichten Familien bei Bedarf in das Regelsystem zu vermitteln. Erwähnt werden muss, dass beide Pilotprojekte ausgezeichnet wurden: 2. Platz im Wettbewerb Deutscher Kita-Preis, Kategorie lokale Bildungsbünde (IHEK 2021, 10). Seit 2019 gibt es im Quartier eine offene Familienwohnung, die als niedrigschwelliges Angebot gilt und Eltern und Kinder in Notlagen auffängt oder einfach nur Hausaufgabenhilfe und einen sicheren Ort anbietet, so wie auch im Falkenhagener Feld.

Im Rahmen des Pretests des Online-Tools gaben die für die Heerstraße Nord zuständigen Stadtteilkordinator*innen folgende Problemlagen an. Diese decken sich mit den Beschreibungen im Bezirksregionenprofil 2021, im IHEK 2022-2025 und im Berliner Monitoring für Gewalt- und Delinquenz 2023:

- hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, u.a. fast 100 Kinder aus Roma-Familien unter 400 Schüler*innen einer Grundschule; aber die Bevölkerung wird als „bunte Mischung“ beschrieben,
- hoher Anteil an Beziehungs*innen von Grundsicherung und Transferleistungen,
- hohe Anzahl an Alleinerziehenden,
- viele Menschen mit psychischen Erkrankungen und/oder Suchterkrankungen,
- Kinderärzt*innen, Kitaplätze und Angebote für Sprachförderung fehlen trotz hohen Engagements der Trägerinstitutionen im Quartier,
- vergleichbar hoher Anteil von Bewohner*innen unter 18 Jahren im Planungsraum Maulbeerallee,
- viele Gruppen unter den Bewohner*innen sind schwer mit Bildungsangeboten zu erreichen,
- Bewohner*innen, vor allem Familien, sind von Mehrfachbelastungen betroffen,
- Ghettobildung in den Hochhäusern,
- Hausverwaltungen für Bewohner*innen sind schwer zu erreichen.

Unter „Ghettobildung“ ist zu verstehen, dass aktuell eine soziale Durchmischung des Quartiers nicht mehr gelingt, wie einst noch in den 1970er bis in die 1990er Jahre. Aus der Perspektive eines Streetworkers, der schon 20 Jahre vor Ort arbeitet, wurde zwar über das Programm „Soziale Stadt“ versucht, die öffentlichen Räume zu gestalten, aber *„irgendwann kam man nicht mehr hinterher“*. Gemeint ist hier, dass ab 2015 durch den Zuzug vieler Neuzugewanderter und die Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften eine *„Wohnungsflucht in den Abendstunden bis spät nachts“* eingesetzt hat und der öffentliche Raum mehr oder weniger zu einem Zufluchtsort geworden ist. Das QM vor Ort bestätigt diese Entwicklung und betont, dass sich die Bevölkerungszusammensetzung seit 2006 massiv verändert und das Quartier verdichtet habe, ohne neuen Wohnungsraum zu schaffen.

„In den letzten 25 bis 30 Jahren hat sich das Quartier nur dahingehend entwickelt, dass du nicht mehr die gute Durchmischung hast und eine soziale Balance herzustellen ist. Wenn Politiker hierherkommen und mich fragen, was braucht der Stadtteil hier? Dann sage ich Treffpunkte, mehr Gespräche miteinander, gute Dolmetscher und Menschen, die Lust haben, in die deutsche Kultur und die Herkunftskultur anderer zu schauen, um sich miteinander abzustimmen.“ (Streetworker)

Zusätzlich, so ein QM-Mitarbeiter, gibt es kein Kino, kein Schwimmbad und auch keine Kneipenszene, also wenig wohnortnahe Freizeitaktivitäten.

5.4.3 Gewaltbelastungen

In der Region Heerstraße Nord ist von 2021 auf 2022 nur eine sehr geringe Zunahme der Gewaltbelastung festzustellen, anders als beispielsweise in den zentralen Regionen Spandau Mitte und Wilhelmsstadt. Sie weist eher kiezbezogene Straftaten auf, die unter dem Landes- wie auch Bezirksdurchschnitt liegen. Im Deliktfeld der Körperverletzungen Heerstraße haben sich die Fallzahlen sogar um 2,8 % verringert, anders im Feld Delikte gegen die persönliche Freiheit (Menschenhandel, Zwangsprostitution und Geiselnahme), wo das Quartier einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichnen muss. Seit 2009 gelte das Quartier dennoch nicht mehr als gewaltbelasteter Ort, so ein Mitarbeiter des QM Heerstraße Nord im Interview.

Insgesamt zeigte die Gewaltdelinquenz in der Heerstraße Nord in den vergangenen zehn Jahren geringe Schwankungen: Die Fallzahlen von 2013 sind nahezu identisch mit denen aus dem Jahr 2023. Im Feld der altersübergreifenden Gewaltdelinquenz liegt die Heerstraße im bezirklichen Mittelfeld, aber etwas oberhalb des Berliner Landesdurchschnitts. Die Jugendgruppengewalt bleibt bemerkenswert unter dem Bezirksdurchschnitt. Das Niveau der Jugendgewaltdelinquenz hatte in der Heerstraße im Jahr 2016 einen Höhepunkt, sank dann gering ab, bleibt aber bis dato konstant zwischen 250 (2017) und 284 (2022) registrierter Fälle. Auf der Planungsebene zeigt sich, dass die Maulbeerallee im Vergleich zu den restlichen vier Planungsräumen im Quartier mit 455 registrierten Fällen der Jugendgewaltdelinquenz sehr heraussticht und klar über dem Quartiersdurchschnitt liegt. Im Döberitzer Weg wurden beispielsweise nur 39 Fälle aufgenommen.

In den Interviews und in der Abfrage der Stadtteilkoordinator*innen kamen folgende Gewaltphänomene, Überforderungsszenarien und wahrnehmbare Konflikte im Quartier zur Sprache:

- Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, gepaart mit einem generellen Misstrauen gegenüber Menschen anderer ethnischer Herkunft
- Diskriminierendes Verhalten
- Generationenkonflikte in Bezug auf die Nutzung öffentlicher Flächen
- Überforderungssituationen in den Familien
- Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen
- Geschlechtsspezifische Gewalt
- Verdeckte Prostitution
- Jugendgewaltdelinquenz
- Kinder- und Jugendgewalt
- Cybergewalt
- Religiöser Fundamentalismus
- Politischer Fundamentalismus
- Drogenkriminalität
- Gewalt an Schulen

Die Belastungen durch Gewalt an Schulen sowie durch Rohheitsdelikte in der Altersgruppe 8 bis 21 Jahren sind de facto laut Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz erhöht (2023, 98). So wurde auch in einigen Befragungen das Thema Jugendgewalt(-delinquenz) intensiver behandelt. Bei einem Träger der Jugendhilfe erzählte eine Streetworkerin, dass sich die Anwendung von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen verändert hat:

„Es sind nicht mehr einfach zwei, drei Schläge, die ausgeteilt werden. Es wird weiter geschlagen, getreten, wenn jemand am Boden liegt. Wo du nie gedacht hättest, dass das in ihnen steckt. Es explodiert. Und selbst mit der Polizei stehen wir manchmal ratlos da und überlegen, okay, wie wollen wir denen entgegenwirken.“

Ihr Kollege denkt nicht, dass sich im Quartier Banden oder Gangs gebildet hätten, eher würden sich die Jugendlichen in ihren Peer-Groups bewegen.

„Aber es gibt, wie gesagt, diese Verfeindungen mit anderen Bezirken. Ich meinte, das hört sich ein bisschen wie eine richtig krasse Freizeitbeschäftigung an. Ihr müsst euch organisieren, in welchem Park trifft ihr euch, wer unterstützt euch beim Schlagen, mit welchen Waffen. Und die haben uns so angeguckt und meinten ja, so ist es, es ist auch aufregend.“ (Streetworker)

Eine Familienberaterin sagte, dass u.a. ein Messer als Waffe dabei zu haben, *„im Moment zur Subkultur gehört“*. Sie gab zudem an, dass die drogenbezogene Kriminalität zunimmt: *„Es wird gedealt und dafür werden Kinder unter 14 Jahre angeheuert. Denn falls sie erwischt werden, sind sie noch nicht strafmündig.“* Im Schulsetting werden Konflikte im Namen der Ehre ausgetragen, wie dieses Beispiel illustriert:

„Nämlich gerade dieses dreizehnjährige Roma-Mädchen aus Serbien hatte angeblich die muslimische Mutter eines Roma-Mädchen aus Bosnien beschimpft. Das Mädchen ist ganz brav und ruhig. Das Roma-Mädchen aus Bosnien hatte das weiterverbreitet an türkische und arabische Jungs. Und die Schule hatte viele Probleme, um das stillzulegen. Also, die haben das zum Glück erfolgreich gemacht, denn dort sind perfekte Sozialarbeiter.“ (Familienberaterin)

In der Gruppendiskussion mit sechs Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren wurde deutlich, dass die Gewalt in ihrem Kiez und im Schulsetting die jungen Menschen belastet, auch wenn in der Runde darüber Scherze gemacht wurden. Anfangs wurden sie gebeten, ihre Definition von Gewalt zu beschreiben. Die Antworten lassen erkennen, dass ihre Vorstellung von Gewalt sehr differenziert ist:

- Körperliche Gewalt
- Seelische Gewalt
- Häusliche Gewalt
- Vernachlässigung von Kindern
- Bedrohung
- Verbale Gewalt
- Sexuelle Gewalt
- Psychische Gewalt
- Mobbing

Alle sechs Teilnehmenden haben das Thema Gewalt in Workshops oder Anti-Gewalttrainings teils schon in der Grundschule und auch auf weiterführenden Schulen behandelt. Ein Jugendlicher war nach einer gemeldeten Auffälligkeit bei der Polizei zu einem Gespräch gebeten worden. Dies weist darauf hin, dass Gewaltprävention an Schulen zumindest diese Jugendlichen erreicht hat.

Die Aussagen der Jugendlichen ließen teils erkennen, dass für sie Gewalt alltäglich und auch spürbar ist: *„Man sieht jeden Tag irgendwo, irgendwas, würde ich jetzt sagen“ (16-Jähriger)*. Und auch ein Streetworker stellt für sein Quartier fest, dass *„es kaum noch Menschen gibt, die eine gewaltfreie Kommunikation beherrschen, [...] es braucht ganz viel Liebe und Wiederholungen, damit jemand runterkommt aus dieser aggressiven und gewaltbereiten Haltung“*.

Eine Jugendliche fühlt sich nachts in ihrem Kiez unsicher und lässt sich entweder von Freundinnen oder Eltern abholen. Alle Jugendlichen waren sich einig, dass Mädchen und Frauen öfter „angepöbelt“ werden und Opfer sexualisierter Gewalt werden. Keiner der männlich gelesenen Jugendlichen sagte aus, er würde sich an einem Ort im Quartier unsicher fühlen.

Im Verlauf der Diskussion stellte sich heraus, dass beiden Jugendlichen (eine Palästinenserin und eine Kurdin) Rassismus-Erfahrungen und Konflikte aufgrund von Herkunft und/oder Kriegsgeschehen nicht unbekannt sind.

„Ich würde es mir eigentlich sehr wünschen, weil ich will, dass man weiß, dass nicht nur Palästina leidet, sondern auch andere Länder gelitten haben. Und dass man nicht diskriminieren sollte aufgrund der Herkunft. Wenn man zum Beispiel kein Land hat, wie zum Beispiel zwischen Kurden und Türken. Da gibt es ja ständig Auseinandersetzungen wegen den Herkünften und Familienehre und sowas alles.“ (16-Jährige)

Nur wenige Interviewpartner*innen im Quartier benannten Orte, die sie als besonders gewaltbelastet ansehen. Im Vergleich dazu, waren sich die sechs Jugendlichen einig, dass der Straßenzug Obstaltee ein belasteter Ort ist. Die Allee wurde als „Gewaltort“, „Brennpunkt der Kriminalität“, als „Ghetto“ titulierte, „da werden Bomben geworfen“ (Gruppendiskussion). Sie schilderten, dass es regelmäßig zu Konflikten zwischen rivalisierenden Gruppen käme, dass dort abgezockt werde und Drogenkonsum und -kriminalität sichtbar seien.

Im Quartier ist insbesondere der Träger Staakkato ein wichtiger Player für Gewaltprävention und -intervention in der Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener und baut vor allem auf Beziehungsarbeit mit und Beteiligung von Jugendlichen auf. Es soll erreicht werden, dass Jugendliche nicht (mehr) delinquent werden, denn jede Anzeige oder jeder Eintrag bedeutet, „dass ihnen ihre Ausbildung und Berufswahl verunmöglicht wird“. Da Jugendliche bezirks- oder gar berlinweit unterwegs sind, „manche auch nach Bremen oder Hamburg“ fahren, ist Staakkato zwar im Quartier angesiedelt, aber zeigt sich in der Straßensozialarbeit örtlich flexibel und ist via Rad auch quartiersübergreifend im ganzen Bezirk unterwegs. Wichtig sind für den Träger die Vernetzung und Kooperation u.a. mit der Polizei, die Teilnahme an der Stadtteilkonferenz oder am Quartiersrat. Als gelingend wird die Zusammenarbeit mit stationären Jugendeinrichtungen, Jugendclubs, Trägern der Suchtberatung, der AG Jugendgewalt, dem Jugendschutz und ebenso mit anderen Trägern der Jugendhilfe im Bezirk, wie beispielsweise Outreach, beschrieben.

Als Best Practice sollte hier das Peernetzwerk genannt werden, für das sich Staakkato verantwortlich zeichnet. Der Streetworker ist überzeugt von dieser Maßnahme:

„Also ohne die, würde ich mal behaupten, geht es hier gar nicht. Denn das Peer-to-Peer-Netzwerk, das sind Jugendliche, die Kompetenzen entwickeln aus anderen Krisensituationen und herausfordernden Situationen. Die waren Bandenmitglieder in Gruppen mit Gewaltbereitschaft. Die waren Männer, die Gewalt an Frauen ausgeübt haben. Sie waren Frauen, die Gewalt ertragen haben. Die sind Frauen, die lesbisch sind, oder Männer, die schwul sind, sich outen konnten oder noch nicht. Und diese Akteure sind jetzt 30 und in ihrem Werdegang aus der Problemzeit über zehn bis 15 Jahre haben sie sich stabil entwickelt, begegnen auf ihren Runden jungen Erwachsene auf Augenhöhe und sind glaubhafte Vorbilder.“

Der kleinere Kern des Netzwerks hat zehn bis 15 Aktive, aber theoretisch könnten 80 bis 100 junge Erwachsene erreicht und in Aktion gebracht werden. Viele haben einen Migrationshintergrund und leben in der 2. und 3. Generation in Berlin oder Spandau. Es wäre spannend, die Wirkung dieser Form der Beteiligung hinsichtlich ihres gewaltpräventiven Aspekts zu untersuchen. Nach Meinung des Trägers wirken die Peers „engagiert, deeskalierend“. Sie arbeiten eng mit dem Träger des QM Heerstraße Nord, dem Gemeinwesenverein, zusammen. Der Träger verfügt zudem über ein sogenanntes Beteiligungsteam, meist jüngere Mitarbeitende, die mittels aufsuchender Arbeit Jugendliche an ihren häufig frequentierten Orten motivieren, Angebote des Trägers wahrzunehmen. Staakkato ist darüber hinaus aktiv im Schulsetting und bietet u.a. an Grundschulen das bewährte Anti-Gewalttraining „Raufen nach Regeln“ an.

Abbildung 52: Steckbrief: Staakkato Kinder und Jugend e.V.

| | |
|--|---|
| <p>STAARKKATO KINDER UND JUGEND E.V.</p> <p>Standortbezogene und mobile Jugendarbeit in der Heerstraße Nord</p> <p>Der Verein wurde 1993 gegründet und ist seit 2016 anerkannter Träger der Jugendhilfe in Spandau und vor allem im Sozialraum Heerstraße Nord aktiv. Der Verein verantwortet „Streetwork Staaken“ und das Medienkompetenzzentrum „CIA“ (Computer in Action) sowie das Programm zur Vermeidung der Schuldistanz, das in Kooperation mit dem Bezirksamt und der Senatsverwaltung an sechs Spandauer Ober- und Gemeinschaftsschulen umgesetzt wird. Zwei Mitarbeiter*innen sind zudem als Team für die Schulsozialarbeit an der Carlo-Schmid-Oberschule tätig. Darüber hinaus bietet Staakkato „Raufen nach Regeln“ an Grundschulen an, unterhält einen interkulturellen Mädchentreff (zwölf bis 18 Jahre) und das Familienhaus am Cosmarweg. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird mittels Jugendgremienarbeit gefördert. Das Projekt „Arbeit statt Strafe“ begleitet Jugendliche und junge Erwachsene an ihrem Einsatzort, im mobilen Projektbüro wird das Peernetzwerk koordiniert und organisiert, in dem mittlerweile rund 300 junge Menschen im Quartier in Aktion gebracht wurden, um andere Jugendliche zu beteiligen.</p> | |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Streetwork • Mobiles Projektbüro für Peer-Netzwerk • Drei Jugendfreizeiteinrichtungen • Familienhaus • Medienkompetenzzentrum • Mädchentreff • Kinder- und Jugendarbeit • Arbeit statt Strafe • Anti-Gewalt-Angebote an Schulen • Schulsozialarbeit • W.U.T-Gruppe | <p>STAARKKATO KINDER UND JUGEND E.V.</p> <p>Blasewitzer Rind 26 13593 Berlin 0160 / 973 621 58 0174 / 161 646 0 030 / 983 649 71 www.staakkato.de info@staakkato.de</p> |

Die beiden befragten Streetworker sehen einen Bedarf an „nahen und niedrigschwelligen Angeboten für jugendliche Delinquenten, damit sie ihr Fehlverhalten aufarbeiten und daraus lernen können, wo sie mit den gesetzlichen Auswirkungen ihres Handelns klarer und im Hier und Jetzt konfrontiert werden“ – denn im Regelsystem würden Strafen zu lange auf sich warten lassen, wenn diese greifen. „Die momentan implementierten Strukturen für Gewaltprävention und gegen Gewalt sind zu träge“. Bis die Gesichtsbarkeit greife, seien die Delinquent*innen längst an einem ganz anderen Punkt angelangt.

Einen traurigen Platz nahm das Quartier bei der im Hellfeld erfassten Häufigkeit von Fällen innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt in den Jahren 2020 und 2022 ein: Die Heerstraße Nord ist in diesem Zusammenhang der Spitzenreiter im Bezirk, wobei ganz Spandau von einer Zunahme innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt betroffen ist. Im Quartier werden vor allem Tatverdächtige in der Altersgruppe zwischen 31 Jahre bis 50 Jahre registriert. Eine ähnliche Altersstruktur findet sich parallel bei den Opfern häuslicher Gewalt: Am höchsten sind die 31- bis 40-Jährigen betroffen, gefolgt von den 20- bis 30-Jährigen, und fast ein Fünftel der Opfer (19 %) sind acht bis 20 Jahre alt. In dem Planungsraum Maulbeerallee wurden 2020 und 2022 1.243 und in der Rudolf-Wissell-Großsiedlung 738 Fälle registriert, aber ebenso in den übrigen Planungsräumen haben häusliche und innerfamiliäre Gewalt zugenommen. Auch die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind ab 2015 im Quartier bis zum Jahr 2021 stark angestiegen – von 63 auf 166 Fälle. Die fünf Planungsräume im Quartier Heerstraße Nord unterscheiden sich hinsichtlich der Fälle von häuslicher Gewalt und Jugendgewaltdelinquenz. Bei letzterer wird für die Großraumsiedlungen Rudolf-Wissell-Großsiedlung und die Maulbeerallee eine mittlere und bei häuslicher Gewalt eine erhöhte bzw. stark erhöhte Belastung festgestellt. Schon 2018 hatte die Stadtteilkonferenz vermerkt, dass Meldungen zu Kinderschutz und häuslicher Gewalt allgemein hoch sind und das Anzeigeverhalten zugenommen hat.

Die Stakeholder*innen im Bereich der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt sowie Gewaltintervention und -prävention wurden bereits oben dargestellt. Wichtig ist dennoch zu erfahren, was u.a. Mitarbeiter*innen des Projekts südost Mobil in Trägerschaft von südost Europa Kultur e.V. beispielsweise über ihren Wirkungsbereich in Heerstraße Nord berichteten. Zur Erinnerung: Die Adressat*innen sind vor allem Familien, die von Armut betroffen sind, die durch den Migrationshintergrund noch verstärkt wird. Hier Tätige sprechen von familialer Gewalt in allen Facetten.

südost Mobil hat in Kooperation mit der Morgenstern-Grundschule sowie finanziert durch das Bezirksamt Spandau u.a. das Modellprojekt „Wie geht*s Dir? Wie geht's mir“ initiiert, das sehr erfolgreich umgesetzt werden konnte. Sie haben mehr Anfragen von anderen Schulen im Quartier für ihr Angebot bekommen, die aber aufgrund fehlender Kapazitäten nicht eingelöst werden konnten und können. Das Projekt zielt darauf, Gewaltprävention anhand von Maßnahmen zur Integration und Partizipation von Kindern aus den Communitys der Neuzugewanderten zu verbessern. Dabei werden Möglichkeiten geschaffen, das Gefühl der Zugehörigkeit, Wertschätzung und Selbstwirksamkeit zu stärken und die sozialen Kompetenzen der Grundschüler*innen zu fördern. Es werden Erziehungsberechtigte und die Familie mit einbezogen, u.a. um das Vertrauen der Zielgruppe in die Regeldienste zu stärken. Das Projekt begegnet migrationspezifischen Herausforderungen von Kindern und Jugendlichen, die ihren „Platz in der Gesellschaft“ noch nicht gefunden haben, und kalkuliert ein, dass die Lebenswelten der jungen Generation mit Zuwanderungs- bzw. Fluchthintergrund heterogener und spannungsreicher sind als für die Peergroup ohne Migrations- oder Fluchtbiografie, denn aufgrund beispielsweise von Kriegstraumata und Gewalterlebnissen sieht der Träger das Risiko einer höheren Gewalttoleranzschwelle z.B. bei Kindern mit Fluchthintergrund (unveröffentlichte Präsentation von südost Mobil). Ein*e Familienberater*in berichtete davon, dass die Überforderung von Eltern innerfamiliäre Konflikte, Gewalt gegen Kinder und Partner*innen auslösen würde.

5.4.4 Präventionsstrukturen

Im Quartier hat sich seit fast 20 Jahren eine gewaltpräventive Infrastruktur (weiter-)entwickelt. Es ist u.a. bemerkenswert, die nunmehr 18-jährige Geschichte des Quartiermanagements Heerstraße Nord in Trägerschaft des Gemeinwesenvereins Nord e.V. zu rekapitulieren. Der Verein ist schon seit der Entstehung der Großsiedlung 1978 im Quartier aktiv mit dem Ziel, die sozialpolitische Teilhabe im Sozialraum zu stärken und die Lebensverhältnisse sowie das Lebensumfeld der Bewohner*innen nachhaltig zu verbessern. Partizipation soll unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion, sozialem Status oder Bildung allen

Bewohner*innen ermöglicht werden. Im Mittelpunkt steht zudem, den Austausch und die gegenseitige Akzeptanz zwischen Langansässigen und Neu-Hinzugezogenen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu fördern und fremdenfeindlichen Einstellungen entgegenzuwirken. Der Verein ist nicht nur Träger des QM, sondern auch

- des senatsgeförderten Stadtteilzentrums „Staakentreff Obstallee“,
- des im Aufbau befindlichen Stadtteilzentrums „Staakentreff Brunsbütteler Damm“,
- von „contract – ambulante Kinder- und Jugendhilfe“ in der Spandauer Bezirksregion 2,
- der Schulstation „Amalie“ an der Grundschule am Amalienhof,
- des Familienzentrums „Familientreff Staaken“ in Kooperation mit der Evangelischen Kirchengemeinde zu Staaken in der Obstallee und
- des neuen „Familientreff Staaken“ im Pillnitzer Weg.

Zur Aufzählung des vielfältigen Engagements gehört auch, dass der Gemeinwesenverein seit mehr als 30 Jahren Kooperationspartner im Gemeinwesenzentrum Heerstraße Nord und Gebietsbeauftragter für das Quartiersverfahren im Gebiet Heerstraße ist.

Wie es bei vielen Quartiersmanagements in Berlin der Fall ist, wird die Förderung für das QM Heerstraße Nord 2027 auslaufen. Von den seit 2005 angestoßenen 20 Maßnahmen und Projekten konnten bislang zehn verstetigt werden, fünf sind nur teilweise verstetigt und fünf nicht verstetigt. Es handelt sich größtenteils um Initiativen der primären und sekundären Gewaltprävention. Darunter gibt es viele Modellprojekte, wie z.B. die „Kita-Sozialarbeit“, eine wissenschaftlich begleitete Maßnahme zur Unterstützung der Elternarbeit, die nun verstetigt ist. Für die Zielgruppe Spandauer Frauen wurde der Frauentreff „Kiosk_aller.Hand.Arbeit“ aufgebaut mit dem Ziel, Frauen zu aktivieren und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Der Kiosk ist zudem ein Ort der Hilfe zur Selbsthilfe. Auch Arbeits- und Beruf coaching sowie Weiterbildung gehören zum Angebot. Von Interviewpartner*innen wurde der Frauentreffpunkt als Anlaufstelle genannt, wo Opfer häuslicher Gewalt Unterstützung bekommen können.

Ebenfalls als Modellprojekt im Rahmen des Programms der „Sozialen Stadt“ angetreten ist das heutige Familienzentrum Hermine auf dem Gelände der Christian-Morgenstern-Grundschule als zentrale Anlaufstelle für Familien. Betroffene können hier Hilfestellungen in Stress-, Konflikt- oder Krisensituationen in Anspruch nehmen. Schwerpunkte des Zentrums sind Betreuung, Beratung und Begleitung von Familien mit Kindern zwischen 0 – 12 Jahren und auch deren Angehörigen.

Das QM Heerstraße Nord hat in den vergangenen 18 Jahren eine hohe Anzahl von Maßnahmen umgesetzt, die partizipativ sind und Bewohner*innen aktivieren wollten, die das Ehrenamt gefördert sowie den Austausch unter Bewohner*innen gestärkt haben – u.a. in Stadtteilgremien wie Quartiersrat und Aktionsfondsjury, ein Gremium, an dem ausschließlich bis zu zwölf Bewohner*innen teilnehmen. Diese Jury entscheidet über die Durchführung 'kleinerer' Projekte mit einem maximalen Fördervolumen von 1.500 Euro, mit denen Nachbarschaft und Gemeinschaft stabilisiert werden und das ehrenamtliche Engagement von Einwohner*innen gestärkt wird. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Transparenz und Beteiligung sind das Stadtteilportal *staaken.info* und die Stadtteilzeitung zu nennen. In beiden Medien können Ehrenamtliche unter professioneller Anleitung regelmäßig über ihren Stadtteil und darüber hinaus berichten. Weniger politisch geht es im Gemeinschaftsgarten zu, der nachbarschaftlich gepflegt wird, oder im sozialen Treffpunkt Café Pi8, einem ehrenamtlich geführten Stadtteilcafé im Evangelischen Gemeindehaus im Pillnitzer Weg. Mit all diesen Maßnahmen werden sämtliche Alters- und Bevölkerungsgruppen angesprochen. Theoretisch – denn viele Interviewpartner*innen beschrieben es als herausfordernd, alle Zielgruppen für eine Beteiligung anzusprechen und zu aktivieren. Ursachen hierfür können eine hohe Belastung durch die prekäre Lebenssituation sein, die keine Energie für eine aktive Beteiligung im Sozialraum zulässt.

Eine starke Vernetzung für eine starke Bildung ist durch das Bildungsnetz Heerstraße entstanden, das sich über das QM koordiniert und zahlreiche Einrichtungen sowie Aktive für bessere

Bildungschancen für alle Kinder, aber besonders für Familien, die in sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen leben, engagiert. Mittlerweile wird es aus Mitteln des Bezirkshaushalts finanziert.

Im Quartiersrat werden u.a. die Schwerpunkte der Tätigkeit des Quartiersmanagements diskutiert und er entscheidet mit, welche Projekte mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert werden und welche Träger sie realisieren sollen – in Abstimmung mit QM und der Verwaltung. Der Quartiersrat wird für die Amtszeit von zwei Jahren auf einer öffentlichen Veranstaltung im Stadtteil gebildet.

Das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK 2022 – 2025) für das Quartier Heerstraße Nord wurde unter Beteiligung nicht nur von wichtigen Stakeholder*innen entwickelt, sondern auch gemeinsam mit Bewohner*innen. Dafür wurden und werden Beteiligungsformate bereitgestellt, wie z.B. Quartiersratssitzungen und Stadtteilversammlungen. Das Quartier verfügt zudem über ein „QM-Mobil“ und ein „Redemobil“ der aufsuchenden Seniorenarbeit, die an zentralen Orten im Quartier bei Bewohner*innen ihre Bedarfe abfragen, dokumentieren und weiterleiten (Quartiersmanagement Heerstraße Nord 2021, 4).

Als eine bedeutsame Ressource mit großem Potenzial für die Gewaltprävention und der Wahrnehmung aktueller Problemlagen wird das gewachsene und stabile Netzwerk unter Akteur*innen in der Heerstraße Nord gewertet. Ein Streetworker hat es so formuliert:

„Wir haben ein großes Netzwerk, wir sind super vernetzt, es funktioniert. Die Plattform der Stadtteilkonferenzen informiert über alle Neuzugänge, auch von Trägern und Angebotsstrukturen, über Erfolge, Misserfolge, Ist-Zustände in der Jugendarbeit und auch die Darstellung aller Träger, die mit geförderten Projekten über das Bezirksamt Mitte am Start sind. Und deshalb sage ich, dass das Netzwerk steht und funktioniert.“

Interviewpartner*innen zählten weitere Gewaltpräventionsstrukturen des Quartiers auf. Diese erheben an dieser Stelle keinen Anspruch auf Vollständigkeit, denn die Aufzählung basiert nur auf den Aussagen von Interviewpartner*innen, die aktiv im Quartier tätig sind. Genannt wurden:

- die Stadtteilkoordination Heerstraße,
- die Schulstation Marie, die mit dem Angebot „Faustlos & Stark“ seit vielen Jahren ein gewaltpräventives Angebot macht,
- das schon erwähnte Programm „Raufen nach Regeln“ an Grundschulen, das Staakkato umsetzt,
- die Register-Meldestelle, die im Stadtteilzentrum angesiedelt ist und Gewaltvorkommen aufnimmt, die von Bewohner*innen gemeldet werden,
- das Gemeinwesenzentrum,
- das Quartiermanagement-Büro,
- die Familienzentren und offenen Familienwohnungen,
- das Spandauer Netzwerk für Demokratie und Vielfalt,
- die mobile Stadtteilarbeit,
- die engagierten Kirchengemeinden,
- die migrantischen Selbstorganisationen. Sie übernehmen eine Vermittlungsfunktion für die Ansprache der Migrant*innen-Communitys.

Eine besondere Rolle spielt seit Mai 2023 das Projekt „Urban Staaken“ in Trägerschaft von Chance BJS gGmbH im Rahmen des Städtebauprogramms Sozialer Zusammenhalt: Es zielt darauf ab, den Austausch durch Begegnungen und Anregungen für gemeinsame Aktionen und Aktivitäten im Sozialraum anzustoßen, sodass sich ein gutes soziales Klima in der Nachbarschaft entwickeln kann. Gleichzeitig sollen durch „Urban Staaken“ die Belastungen für Umwelt, Klima und Ressourcen im Quartier verringert werden.

Wichtig ist, dass als Modellprojekt schon 2018 eine sogenannte Präventionsambulanz des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in dem deutlich belasteten Planungsraum Obstallee eingerichtet worden ist – eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Netzwerk von Ev.

Kirchengemeinde, Fördererverein, Gemeinwesenverein und dem MVZ/Ärztehaus. Hier sind vielfältige Angebote vereint, die eine soziale, kulturelle und medizinische Versorgung von Jung und Alt, für Kinder, Jugendliche, Alleinstehende, Familien und Senior*innen erleichtern.

Das Quartier Heerstraße Nord verfügt über eine engagierte Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit und wird durch ein sehr aktives Quartiersmanagement unterstützt. Es wird von Befragten betont, dass es viele positive Beispiele für einen starken Zusammenhalt gibt.

Alle Befragten, die im Quartier agieren, zählten dennoch die Hürden auf, die ihre Arbeit behindern. Als ein Problem wurde häufig der Raummangel angeführt – ein Raummangel in den Einrichtungen für ihre vielfältigen Angebote, aber ebenso ein Mangel an Orten im öffentlichen Raum, die an die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen im Quartier angepasst sind (z.B. Skaterbahnen, geschützte Räume für Genderarbeit oder niedrigschwellige Freizeitangebote). Ein Streetworker bedauerte, dass es aus seiner Sicht viele Räumlichkeiten im Quartier gäbe, die als Treffpunkte nutzbar wären. Diese könnten auch dazu beitragen, die Ghettoisierung aufzubrechen. Diesbezüglich befindet man sich mit der Wohnungsbaugesellschaft am Ort im Gespräch dazu.

Eine weitere Barriere besteht darin, dass die Stadträume im Quartier städtischen und privaten Wohnungsbaugesellschaften oder Eigentümer*innen gehören und das QM wie auch die Träger hier keinen selbstbestimmten Zugriff haben. Ein Beispiel:

*„Die Decke dieses Durchgangs gehört dem STAAKEN Center, einer Wohnungsgesellschaft und der Evangelischen Kirchengemeinde. Also man hat drei Eigentümer, die sich eigentlich einig müssen, wer da den Müll wegräumt, wer da für Ruhe sorgt? Zwar hat das Center hat einen Sicherheitsdienst, aber der kommt aus der Tür nicht raus. Also das ist ein spannendes Ding. Und das sehen wir als das klassische Quartiersmanagement an. Alle Akteur*innen zusammen zu bringen.“ (Quartiersmanagement)*

Ein wichtiger Aspekt ist in den Augen des QM-Mitarbeiters, *„dass sich das Ordnungsamt für das privat bewirtschaftete Gelände nicht zuständig fühlt und nie auftaucht“.*

Wie schon in den anderen beiden Kapiteln zu Quartieren bzw. in Spandau insgesamt beschrieben wurde, bereitet der Fachkräftemangel in der Heerstraße Nord große Sorgen.

„Und wir telefonieren mit Ladenbesitzern, wir telefonieren mit Schulen, mit Unis und zwar ich würde fast sagen, also bis 100, 200 Kilometer außerhalb Berlins. Und du findest keine Menschen, die diese Arbeit machen wollen, aus unterschiedlichsten Gründen. Wir sind beim Jobcenter und bei anderen Portalen. Es melden sich völlig artfremde Berufe, aber nicht die, die du brauchst, nämlich die Sozialarbeiter oder Sozialarbeiterin und genauso wenig Pädagogen.“ (Streetworker)

Gefragt nach Bedarfen, die im Quartier festzustellen sind, aber nicht gedeckt werden können, haben die Akteur*innen dennoch zahlreiche Punkte genannt. Diese können gelistet werden unter der Kategorie von Bedarfen der gewaltpräventiven Infrastruktur oder unter der Kategorie grundsätzliche Bedarfe von Bewohner*innen, die sich aus ihrer prekären Lebenssituation und/oder den schlechten Wohnbedingungen vor Ort ergeben.

Die Stadtkoordinator*innen beispielsweise sehen im Quartier einen Bedarf an zusätzlichen Orten, die eine gesellschaftliche Teilhabe erleichtern und Nutzungskonflikte verringern könnten:

- mehr Räume für große Familienfeste und für Partys von Jugendlichen,
- kostenlose Sport- und Fitnessangebote,
- hinreichend wohnortnahe Außenflächen für Picknick, Sport und Spiele, zusätzliche Gemeinschaftsflächen,
- mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen im Quartier.

Es wurde von einigen Interviewten bedauert, dass bislang kein Konzept entwickelt wurde, wie sich in den Großraumsiedlungen erneut eine soziale Durchmischung anstoßen ließe, eine Strategie, die Familien mehr in den Blick nimmt und Bewohner*innen einbezieht. Als problematisch wird angesehen, dass das Bezirksamt oder die soziale Wohnhilfe Wohnungen zuweist, ohne abschätzen zu können,

„wie wirkt sich das in einem Stadtteil aus? Es ergeben sich teilweise Konstellationen, die, sagen wir mal, unglücklich sind. ... Und dann sind, sagen wir mal, in wenigen Räumen viele Kinder, viele Familien. Macht was mit der Nachbarschaft, macht aber auch was mit der Struktur der Familien. Konflikte sind eigentlich vorprogrammiert“ (Familienberaterin).

In der Kategorie Bedarfe der Gewaltprävention wurde die Notwendigkeit formuliert,

- die Erziehungskompetenzen von Eltern in Bezug auf gewaltfreie Kommunikation und Erziehung mit niedrigschwelligen Angeboten zu erweitern,
- die interkulturellen Kompetenzen mittels Antidiskriminierungstrainings für Anwohner*innen, Pädagog*innen und Mitarbeiter*innen der freien Träger zu stärken,
- die Schulsozial- und Elternarbeit im Schulsetting zu erweitern – *„niedrigschwellig, einladend und nicht in Form einer lästigen Pflichtveranstaltung, sondern vielmehr im Format eines Empowerments“ (Familienberaterin).*

Viele Befragte betonten die gewaltpräventive Wirkung der Schulsozialarbeit, *„aber sie darf nicht ein Abstellgleis für schwierige Schüler*innen werden, weil Lehrende oder die Schule überfordert sind“ (Familienberaterin).* Lehrkräfte werden in vielen Interviews als Schlüsselakteur*innen für Prävention genannt und einige sehen in Gruppenangeboten im Schulsetting mit Anbindung an den Sozialraum (Nachhilfe, Freizeit, Gemeinschaftsgarten etc.) ein hohes Potenzial für Gewaltprävention. Aber alle Maßnahmen sollten über einen längeren Zeitraum begleitet werden, bis sie sich verselbständigen und nachhaltig wirken können.

Auch in den Interviews mit Stakeholder*innen im Quartier Heerstraße Nord sprachen einige Befragte den Wunsch aus, gesicherte Daten zu Problemlagen und Gewaltbelastungen im Bezirk zur Verfügung zu haben und auch gebündelte Informationen über gewaltpräventive Maßnahmen in ähnlich strukturierten Quartieren mit ähnlichen Problemlagen und Gewaltbelastungen wie Heerstraße Nord. Dies würde es erleichtern, Best-Practice-Beispiele und erfolgreiche Modellprojekte der Gewaltprävention zu identifizieren und an die Bedarfe in anderen Quartieren anzupassen und zu implementieren. Eine Vision ist ein Mapping laufender und wirksamer Maßnahmen der primären, sekundären und tertiären Gewaltprävention zu bekommen, damit Akteur*innen im Quartier über kurze Wege auf erfolgreiche Gewaltpräventionskonzepte zurückgreifen können.

5.4.5 Zusammenfassung

Das Quartier Heerstraße hat trotz vieler multikomplexer Problemlagen der Bewohnerschaft auch Stärken: Zum einen ist die Lage nahe der Döberitzer Heide attraktiv und punktet mit dem Bullengrabengrünzug und dem Naturschutzgebiet Hahneberg mit Naturräumen und vielfältigen Erholungsangeboten. Die Möglichkeiten der Bewohner*innen, öffentliche Grünflächen wohnortnah zu nutzen, wird als sehr gut eingeschätzt. Gleichfalls gilt die Ausstattung mit Angeboten in den beiden Zentren für Familie, Jugendliche und Kinder und für Senior*innen als gut, ebenso wird der Vernetzungsgrad als fruchtbar beschrieben. Diese Ressourcen sind Potenziale. Dennoch haben das Quartier und alle Engagierten mit multikomplexen Problemlagen und daraus resultierenden vielfältigen Bedarfen der Bewohner*innen zu kämpfen. Zu nennen sind der sehr niedrige Status auf dem Status/Dynamik-Index mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen Menschen, die Transferleistungen oder Grundsicherung erhalten. Davon sind überdurchschnittlich viele Bewohner*innen betroffen, die einen Migrations- oder Fluchthintergrund haben. Ebenfalls

auffallend im Quartier ist der sehr hohe Anteil von Einschüler*innen, die von Lernmitteln befreit sind, motorische Defizite aufweisen und keine ausreichenden Sprachkenntnisse mitbringen.

Die Schwerpunkte bzw. der künftige Handlungsbedarf für die Heerstraße Nord wird im IHEK 2022 bis 2025 in folgenden Feldern aufgelistet:

- Integration und Nachbarschaft
- Bildung
- Öffentlicher Raum
- Gesundheit und Bewegung
- Beteiligung, Vernetzung, Kooperation mit Partnern

Es bleibt herausfordernd, im Quartier eine gewaltpräventive Strategie zu entwickeln und umzusetzen. Das aktuelle IHEK geht dabei erstaunlich wenig auf gezielte Maßnahmen der Gewaltprävention ein, vor allem nicht auf solche, die das Handlungsfeld innerfamiliärer, partnerschaftlicher bzw. geschlechtsspezifische Gewalt im Quartier betreffen, obwohl hier die Fallzahlen im Bezirk hoch bzw. am höchsten sind.

5.5 ZUSAMMENFASSUNG

Wenn die drei Schwerpunktquartiere zusammen betrachtet werden, wird deutlich, dass diese mit engagierten und hoch motivierten Akteur*innen vor Ort ausgestattet sind, die sehr gut vernetzt sind und stark kooperieren, auch quartiers- und bezirksübergreifend. Auch Leuchtturmprojekte wie die offenen Familienwohnungen, die Kita-Sozialarbeit, das Gewaltpräventionsprogramm des Bildungsforums für Kinder, das Bildungsnetzwerk Heerstraße oder das Programm für niedrigschwellige Beschäftigung durch Quartiersdienste bilden innovative Ansätze zur Gewaltprävention in Spandau. Allerdings wird durch die qualitative Befragung der Akteur*innen und der Aussagen von Stadtteilkordinator*innen sowie durch andere Sachberichte in den drei Quartieren deutlich, dass die Quartiere aktuell von komplexen Problemlagen gezeichnet sind. Diese können wie folgt zusammengefasst werden:

- Zunahme des Zuzugs von Menschen mit niedrigem sozialem und ökonomischem Kapital,
- bauliche- und einwohnerbezogene Verdichtung,
- Wohnungsknappheit,
- Nutzungskonflikte in vorhandenen Ressourcen zur Freizeitgestaltung,
- nicht ausreichende Beratungs- und Hilfeangebote der sozialen Träger,
- andauernder, kaum lösbarer Fachkräftemangel,
- Mangel an qualitativen und quantitativen Betreuungsplätzen für Kinder,
- Mangel an (kinder-)ärztlicher Versorgung und weiteren gesundheitlich-psychosozialen Einrichtungen,
- steigende Kinderarmut,
- hohe Quote von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt,
- Jugendgewalt und Gewalt an Schulen mit vereinzelter Bewaffnung.

Zusammenfassend ist die Einschätzung der Akteur*innen vor Ort von Bedeutung, dass durch die Auswirkungen der letzten Krisenjahre und die damit einhergehende Preissteigerung und sozialökonomische Verschlechterung vieler Einwohner*innen in den Quartieren die Erwartungen hinsichtlich einer Minimierung von Gewalt in den künftigen Jahren in den Bezirksregionen Neustadt, Falkenhagener Feld West und Ost sowie Heerstraße Nord eher negativ geprägt sind. Dies gründet der Wahrnehmung von Akteur*innen vor Ort nach u.a. auf dem Bevölkerungszuwachs durch Menschen, deren sozialökonomische Lage und Gesamtsituation von prekären Lebensbedingungen geprägt ist. Ihre Bedarfe durch eine quantitative Steigerung an Angeboten abfangen zu können, scheint angesichts der angekündigten Haushaltskürzungen des Bundes sowie aufgrund des Fachkräftemangels als wenig realistisch.

Hinsichtlich der Tatsache, dass die Förderung des Quartiersmanagements im Falkenhagener Feld West, Heerstraße Nord und in der Spandauer Neustadt Ende 2027 ausläuft, werden Sorgen und Bedenken geäußert. Weiterführende stadtplanerische Konzepte sind unklar bzw. nicht bekannt oder noch nicht entwickelt. Projekte, die erfolgreich laufen, wurden bislang überwiegend nicht verstetigt: u.a. das Gewaltpräventionsprogramm des Bildungsforums Falkenhagener Feld, das Mittwochs-Café im Schwedenhaus, das Projekt „Community Empowerment“, welches von der Spandauer Jugend e.V. in Kooperation mit der Gemeinde in der Neuen Moschee durchgeführt wird und zu jetzigem Stand Ende 2023 ausläuft, sowie die Kita-Sozialarbeit und die Familienwohnungen.

Um Konfliktpotenziale abzubauen, werden von Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (2023) Maßnahmen zur sozialräumlichen Integration unter Einbeziehung des Quartiersmanagements vorgeschlagen. So gesehen sind die Maßnahmen, die Quartiere durch Quartiermanagements zu fördern, die richtigen gewesen, aber es besteht die Furcht, dass sich mit dem Auslaufen der Förderung die aufgebauten Netzwerke auflösen könnten und auch erfolgreich laufende Maßnahmen nicht weitergeführt werden. Insgesamt würde dies zu einer Verschlechterung der Lage in allen Quartieren führen.

6 SCHWERPUNKTTHEMA: HÄUSLICHE UND GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT IN SPANDAU

In der Mehrheit aller Interviews wurden auf die Frage, welche Gewaltbelastungen bezirksweit und in den drei Sozialräumen Neustadt, Falkenhagener Feld und Heerstraße Nord/Staaken wahrgenommen werden, die Phänomene häusliche Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt benannt. Schließlich offenbarte auch das Treffen des *Spandauer Netzwerks gegen häusliche Gewalt* am 11. September 2023, dass sich die Fallzahlen häuslicher/geschlechtsspezifischer Gewalt in Spandau erhöht haben.

Gemäß der kriminalpolizeilichen Auswertung haben die Spandauer Abschnitte 21 und 23 die höchsten Fallzahlen von häuslicher Gewalt, wobei laut Aussage aus der Polizeidirektion 2 die Zahlen 2023 im Vergleich zum Vorjahr mit Ausnahme der Monate Mai und September leicht rückläufig gewesen sind.

Das sind die Fakten: Gemessen an der Zahl der Einwohner*innen Spandaus (rd. 250.000) weist der Bezirk Berlinweit die höchste Quote häuslicher Gewalt auf. Auf die Anfrage nach besonders von häuslicher Gewalt belasteten Regionen in Spandau, wurde bei der Polizei Dir. 2 gesagt, dass eine solche Statistik nicht geführt werde, die detailliert erhebt, welche Fallzahlen einzelnen Kiezen oder Straßenzügen zuzuordnen seien, wie es z.B. im Bereich von Einbruchsdelikten der Fall sei. Denn, so ein*e Polizeibeamt*in, *„häusliche Gewalt findet unabhängig vom kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen, sozialen oder geografischen Hintergrund statt und trifft Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten, Geflüchtete, Migrantinnen ebenso wie Frauen ohne Migrationserfahrungen“*.

Häusliche, geschlechtsspezifische Gewalt oder auch Partnergewalt liegt immer dann vor, wenn es in einer häuslichen Gemeinschaft (z.B. Ehe, Lebenspartnerschaft, Beziehung) zu Gewalt kommt. Sie umfasst alle Handlungen körperlicher, psychischer, sexueller und ökonomischer Gewalt. Häusliche Gewalt wird durch Ehepartner*innen, Lebenspartner*innen oder andere Familienangehörige ausgeübt und kommt auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungen vor. In den meisten Fällen geht häusliche Gewalt von Männern aus, davon betroffen sind ganz überwiegend Frauen. Aber ebenso Frauen üben Gewalt in engen sozialen Beziehungen aus, und auch Männer können Opfer häuslicher Gewalt werden. Kinder, die in diesen gewaltbelasteten Beziehungen leben, sind hochgradig mitbetroffen. Heute wird zudem berücksichtigt, dass gleichfalls Personen, die in Einrichtungen für behinderte Menschen oder in Pflegeeinrichtungen Gewalt erfahren, z.B. durch Mitbewohner*innen oder Mitarbeiter*innen, einbezogen werden müssen. Deshalb hat sich teilweise der Begriff „Gewalt im sozialen Nahraum“ neben dem Begriff häusliche Gewalt durchgesetzt.

<https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/infothek/haeusliche-gewalt/merkmale-und-tatsachen.html>

<https://www.frauenhauskoordination.de/themenportal/gewalt-gegen-frauen/gewaltformen/haeusliche-gewalt>

Besonders hoch ist das Risiko für Frauen, Gewalt zu erleiden, im sozialen Nahbereich, also wo jeder Mensch Sicherheit, Geborgenheit und Vertrauen erwartet. Laut einer Studie zur Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland erlebt hierzulande jede vierte Frau Misshandlungen durch ihre*n Partner*in, europaweit gilt das sogar für jede dritte Frau. Die Hälfte der Frauen, die seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche oder sexualisierte Gewalt erleben mussten, haben diese durch den/die (Ex-)Partner*in erfahren. Im Jahr 2022 wurden von Frauen über 157.818 Fälle von Gewalt durch ihre Partner*innen oder Ex-Partner*innen bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Im Jahr 2022 wurden 133 Frauen von ihrem/ihrer (Ex-)Partner*in getötet. Die Dunkelziffer und das tatsächliche Vorkommen von Gewalt gegen Frauen sind deutlich höher, denn sehr viele Frauen gehen nicht zur Polizei und zeigen ihre*n (Ex-)Partner*in nicht an. Dies trifft ebenfalls für Spandau zu: Die Fallzahlen im Dunkelfeld dürften auch hier deutlich höher liegen, als sie aus dem Hellfeld zu erkennen sind (Bündnis Istanbul-Konvention 2021).

Die Frauenberatungsstelle Eulalia Eigensinn e.V. mit Sitz in der Spandauer Neustadt hatte schon in ihrem Sachbericht für das Jahr 2021 aufgeführt, dass die Zahl der psychosozialen Beratungen zu häuslicher Gewalt in ihrem Projekt „Treffpunkt“ seit Gründung des „Spandauer Netzwerkes gegen häusliche Gewalt“ im Jahr 2016 stetig angestiegen ist und während des dritten Pandemiejahres 2022 mit durchschnittlich 149 Beratungen pro Monat einen traurigen Höhepunkt erreicht hat. 2021 wurden 119 und dann 2020 105,5 Beratungen pro Monat dokumentiert. Im Vergleich zum Referenzjahr 2016 bedeutet dies einen Anstieg um 198 % bis zum Jahr 2022. Vermerkt wurde zudem, dass rund 20 % der Anfragen an Beratungsstellen anderer Berliner Bezirke weitergeleitet werden mussten, da in Spandau bzw. bei Eulalia die Beratungskapazitäten fehlten. Dies bedeutet für viele von Gewalt betroffene Frauen, dass sie, um andere Beratungsstellen aufzusuchen, bis zu 20 km überwinden müssen. Es wird bilanziert, dass aufgrund der Entfernung zu anderen Beratungsstellen die Weitervermittlung in andere Bezirke kaum gelingt.

Der zunehmende Bedarf an Beratungen und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen kann in Spandau nicht ausreichend gedeckt werden. Teils müssen Betroffene weite Wege in Kauf nehmen, um Angebote wahrzunehmen.

Ebenfalls wird berichtet, dass in den mittlerweile acht Frauenhäusern in Berlin die Kapazitäten nicht ausreichen, um Frauen in einer akuten Notlage einen geeigneten Schutzraum zu bieten. Es folgt eine Aufstellung – angefragt bei BIG e.V. – von Frauenhausplätzen, Schutz- und Zufluchtswohnungen für gewaltbetroffene Frauen (und Kinder). Die Adressen werden aus Sicherheitsgründen bewusst anonym gehalten. Das heißt, es ist unbekannt, ob es im Bezirk ein Frauenhaus oder andere Schutzorte für gewaltbetroffene Frauen gibt.

Schutzplätze in Berlin:

- Frauenhaus AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.: 55 Plätze
- Frauenhaus AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.: 40 Plätze
- Frauenhaus BORA e.V.: 87 Plätze
- Frauenhaus Caritasverband für das Bistum Berlin e.V.: 50 Plätze
- Frauenhaus Cocon e.V.: 53 Plätze
- Frauenhaus Frauenselbsthilfe e.V./Zweites autonomes Frauenhaus: 60 Plätze
- Frauenhaus Hestia e.V.: 60 Plätze
- Frauenhaus Interkulturelle Initiative e.V.: 57 Plätze

Somit sind 462 Schutzplätze für Frauen und Kinder in Frauenhäusern vorhanden und weitere Plätze in der Clearingstelle, in Schutz- und Zufluchtswohnungen. Es gibt in ganz Berlin lediglich vier rollstuhlgerechte bzw. barrierefreie Zimmer. Die Istanbul-Konvention fordert für eine Stadt wie Berlin über 900 niedrigschwellige sofortige Schutzplätze, d.h., die Stadt erfüllt diese Quote nur zu etwa 50 %.

Die folgende Schilderung zeigt, wie angespannt die Lage allein in Spandau ist:

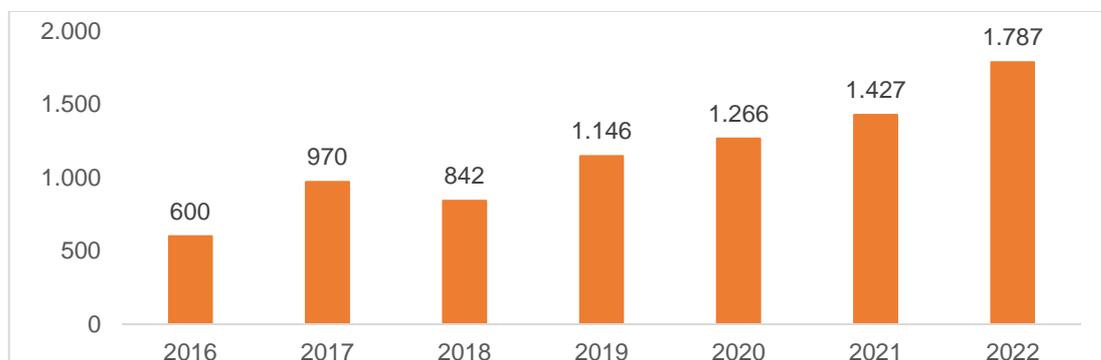
„Wir hatten jetzt Fälle, wo Frauen, die akut fliehen mussten, in der Beratungsstelle geschlafen haben mit ihren Kindern, weil wir die nicht mehr in einem Hausfrauenhaus untergekiegt haben, weil keine Plätze da sind. Diverse andere Papierproblematiken, ein ganzer Rattenschwanz an Problemlagen führt dann dazu, dass wir sagen können okay, sie könnten nirgendwo hin.“ (Beraterin/Mediatorin)

Eine Polizeibeamtin sagte, dass eine wohnortnahe Unterbringung oder Beratung von Betroffenen nicht sinnvoll ist, da der/die Täter*in dann zu nahe an der von Gewalt betroffenen Person sein könnte. Andererseits aber schilderte sie, dass eine Unterbringung in Brandenburg oftmals für die Opfer eine große psychische Belastung darstellt, u.a. werden Kinder aus ihrem gewohnten Lebensraum gerissen. Eine Sozialberaterin des Projekts HÎNBÛN, das vor allem Angebote für die Zielgruppe Frauen mit afrikanischem, arabischem, türkischem und kurdischem

Migrationshintergrund, macht, betonte, dass für diese Betroffenen ein Aufenthalt in einem häufig rassistisch geprägten Umfeld nicht in Frage kommt.

Für 2022 wurde beschrieben, dass aufgrund des hohen Bedarfs die Beratungsleistungen im Frauentreffpunkt von Eulalia Eigensinn e.V., der sonst breiter für alle sozialen Problemlagen aufgestellt ist, auf das Thema häusliche Gewalt und die sich daraus ergebenden Krisen beschränkt werden mussten. 98 % der Klientinnen kamen, weil sie von häuslicher Gewalt betroffen waren, zwischen 2016 und 2019 waren es 90 % der Beratungsnehmerinnen, die akut von häuslicher Gewalt betroffen waren oder unter den Folgen vergangener Gewalterfahrungen litten. Die Zahlen, die im Rahmen des Netzwerks geschlechtsspezifische Gewalt vorgestellt wurden, besagen, dass im Frauentreffpunkt Eulalia 1.787 Frauen beraten werden mussten. Der Anteil von Klientinnen mit und ohne Migrationshintergrund wird nicht statistisch erfasst, jedoch schätzt man bei Eulalia ein, dass ein Drittel der Klientel einen Fluchthintergrund hatte.

Abbildung 53: Beratungen des Frauentreffpunkts Eulalia Eigensinn e.V. (Anzahl)



Datenquelle: Statistik von Eulalia Eigensinn e.V., eigene Darstellung.

In den weiteren drei Anti-Gewalt-Projekten von Eulalia Eigensinn e.V. wurden insgesamt, so die Aussage im Interview, dreimal so viele Klientinnen beraten.

Es wurde im Gespräch bei Eulalia Eigensinn e.V. betont, dass die Anti-Gewalt-Beratung und die kostenlose Rechtsberatung hoch komplex sind. Folgende Themen müssen bearbeitet und Angebote vorgehalten werden:

- persönliche, telefonische und Online-Fachberatung zu häuslicher Gewalt,
- Gefahrenanalyse und Schutzkonzepte,
- proaktive Kontaktaufnahme (über Servicestelle Proaktiv¹²),
- Suche nach Schutzunterkünften und anderen Wohnmöglichkeiten bei akuter Gefährdung/Betroffenheit,
- traumazentrierte Fachberatung, Stabilisierung, Überbrückung der psychischen Versorgung bis zur Vermittlung in geeignete Therapien,
- psychosoziale Beratung bei Ängsten, Depressionen, posttraumatischen Belastungsstörungen, Panikattacken etc.,
- Informierung über polizeiliche und rechtliche Maßnahmen,
- Beratung Partner-, Ehe- und Scheidungsprobleme,
- Beratung Gewalt und Sprachlosigkeit in der Familie,
- Beratung bei Problemstellungen, die sich aus der Gewalttätigkeit gegen Frauen und Kinder ergeben,
- Beratungen/Hilfe bei Nachstellungen (Stalking),
- Unterstützung bei der Wohnungssuche,
- Suche nach Kita- oder Schulplätzen nach der Flucht,

¹² Die proaktiv – Servicestelle für Betroffene von Straftaten erleichtert Menschen, die eine Gewalt- oder Straftat erlebt oder beobachtet haben, den Weg in die Berliner Unterstützungs- und Hilfelandschaft (<https://www.proaktiv-berlin.org>).

- Beantragungen von Transferleistungen,
- Beantragung von Kindergeld-, Elterngeld-, Unterhaltsvorschuss,
- gerichtliche Sorgerechts-, Umgangs- und Unterhaltsregelungen,
- Unterstützung bei Gesprächen mit dem Jugendamt und Jobcenter.

Ebenfalls ein Anzeichen für die gestiegenen Fälle häuslicher Gewalt in Spandau ist der Fakt, dass 2022 120 % bei Eulalia Eigensinn e.V. mehr kostenlose Rechtsberatungen zu häuslicher Gewalt durchgeführt wurden, als tatsächlich finanziert waren. Rund zwei Frauen pro Woche mussten deshalb an die Rechtsberatungen anderer Frauenprojekte in anderen Bezirken vermittelt werden, da die vorhandenen Honorarmittel für die Anwältin überschritten wurden.

Die kostenlose Rechtsberatung zu häuslicher Gewalt können teils nicht mehr finanziert werden ebenso wie die Anti-Gewalt-Angebote der einzigen Fachberatungsstelle für häusliche Gewalt.

In den Jahren 2022 und 2023 war die Finanzierung folgender Anti-Gewalt-Angebote bei Eulalia gefährdet:

In den Jahren 2022 und 2023 war die Finanzierung folgender Anti-Gewalt-Angebote bei Eulalia gefährdet:

- kostenlose Rechtsberatung (Familien- und Strafrecht) (über Integrationsfonds finanziert, der ausläuft),
- Beratung zur Vermittlung von Gewalt ausübenden Partner*innen in Anti-Aggressions-Angeboten,
- parallele Frauenberatung zu Täterkursen in Kooperation mit der Psychologin und in Kooperation mit dem Täterprojekt der Volkssolidarität,
- die Gruppenangebote und der Treffpunkt für gewaltbetroffene Seniorinnen,
- Das traumapädagogische Angebot für gewaltbetroffene Kinder und die Psychoedukation für die Mütter,
- Sprachmittlung Arabisch, Dari/Farsi, Deutsch, Englisch, Französisch, Kurdisch (Sorani), Polnisch, Spanisch und Telugu (Angaben von Eulalia Eigensinn e.V.).

6.1.1 Unsichtbare und verdeckte häusliche Gewalt

Es fanden noch andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt in den Interviews Erwähnung, die als „unsichtbare geschlechtsspezifische Gewalt“ beschrieben wurden – solche, die selten oder gar nicht von Gewaltbetroffenen zur Anzeige gebracht werden:

- Sexismus,
- versteckte Prostitution,
- Zwangsehen bzw. arrangierte Ehen mit Minderjährigen,
- genderspezifische Gewalt an Schulen,
- Genitalverstümmelung,
- sexualisierte Gewalt in Social Media und im digitalen Raum.

Ebenfalls wurde im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt in den meisten Interviews das Thema innerfamiliäre bzw. familiale Gewalt angesprochen, die sich vor allem gegen Kinder und Jugendliche richtet (vgl. dazu auch Meyesen 2021).

Hierbei handelt es sich um:

- körperliche Gewalt,
- Vernachlässigung, Verwahrlosung,
- psychische Gewalt,
- sexuellen Missbrauch.

Hierzu wurde in einem Gruppeninterview mit vier Fachkräften des Projekts südost Mobil, das aufsuchende Sozialarbeit und Sprachmittlung für Familien aus Südosteuropa im Bezirk Spandau anbietet, geschildert, dass sie häufig auf Erziehungsmethoden mittels

In den Befragungen wurde betont, dass in Familien die Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zugenommen hat.

körperlicher Gewalt treffen. „Ich erkenne dies u.a. bei Hausbesuchen daran, in welcher Distanz ein Kind oder auch Kinder von der Hand eines Erwachsenen entfernt vorbeilaufen“, erzählte ein*e Mitarbeiter*in, wie er/sie bei Hausbesuchen das Familiensetting beobachtet. Auch der Mädchenladen in Spandau Neustadt betreute zur Zeit des Interviews im September 2023 intensiv Kinderschutzfälle von Minderjährigen mit und ohne Migrationshintergrund.

Dass Gewalt in der Familie schon zum Alltag gehören kann, zeigte sich ebenso in den Schilderungen z.B. eines deutschen Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund, der an der Gruppendiskussion im Quartier Heerstraße Nord teilgenommen hat:

„Mein Bruder regt mich manchmal auf. Dann gehe ich zu dem rüber und haue ihn. ... Körperliche Gewalt ist auch bei uns gefühlt normal geworden, ja, aber trotzdem sitzen wir danach an einem Tisch und das ist normal. ... Ich habe fast nur ausländische Freunde und bei denen ist es, glaube ich, auch normal. ... man hat sich schon daran gewöhnt. Vielleicht hätte man sich anders gewünscht, vielleicht wäre es anders besser, aber so wie es ist, also kann man nichts dran ändern. ... Ja, danach versöhnen wir uns wieder und dann fertig.“ (Gruppendiskussion)

6.1.2 Eine besondere Zielgruppe: Frauen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund

Im Rahmen der Erhebung in den drei Quartieren Neustadt, Heerstraße Nord und Falkenhagener Feld wurden u.a. Projekte und Angebote für die Zielgruppe Familien und Frauen/Mädchen befragt. Zwei dieser Angebote richteten sich ausdrücklich an die Zielgruppe Neuzugewanderter: südost Mobil und HÎNBÛN. Die Auswertungen der Interviews zeigen, dass im Bereich gleichgeschlechtlicher und innerfamiliärer Gewalt in dieser Bevölkerungsgruppe besondere Rahmenbedingungen, Problemlagen, und kulturelle Faktoren zu berücksichtigen sind. Grundsätzlich kommen aber hier die schon beschriebenen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen vor.

Zusätzlich wurden folgende Phänomene beschrieben, die zum einen Gewalt gegen Frauen befördern und zum anderen Prävention und Intervention erschweren. Benannt wurde u.a., dass viele Frauen größtenteils in einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von ihrem/ihrer Partner*in stehen. Ebenso aufgezählt wurde, dass Unwissenheit und mangelnde Aufklärung das Risiko der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen vergrößern. Hierzu ein Beispiel aus der Beratungspraxis:

Besonders vulnerabel und häufig von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind Frauen und Mädchen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund. Teils aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von Partnern und häufig von der Großfamilie, teils, weil sie keine Informationen oder Aufklärung über ihre Rechte und über Unterstützungsangebote haben.

„Eine Frau aus Kamerun, die kaum Deutsch spricht, wusste jahrelang nicht, dass die Familie Geld vom Jobcenter bezieht, wie hoch ihr Anteil ist. Sie hat immer die Anträge unterschrieben und war der Meinung, sie würde einen Kitaplatz für ihr Kind suchen und das unterschreiben. Sie kann auch nicht gut lesen und schreiben. Ihr Aufenthalt war so, dass sie keinen Deutschkurs besuchen konnte. Und dann kam wahrscheinlich durch die Corona-Zeit auch, dass sie nie eine andere Frau getroffen hat oder in eine Beratungsstelle kam, die sie aufgeklärt hat. Sie ist völlig verängstigt. Ihr Aufenthalt hängt auch an dem vom Mann und diese und wir beobachten jetzt im letzten Jahr, wie die Gewaltspirale eskaliert, wie er sich immer mehr ausdenkt. Er stellt ihr den Strom ab, macht die Waschmaschine kaputt und versucht ihren Alltag eben so unangenehm wie möglich zu gestalten. Jetzt kommt noch die Drohung dazu, dass die Kinder zu ihm kommen sollen, dass er dem Jugendamt erzählt, sie sei psychisch krank usw. Und mit solchen Fällen haben wir oft zu tun.“ (Fachkraft Sozialberatung)

Darüber hinaus bedeutet das Verlassen des gemeinsamen Haushalts bzw. eine Trennung häufig, das Sicherheitsnetz Großfamilie aufzugeben. Dies kommt in einem kollektiv orientierten

Familiensystem „*einem Verstoßenwerden gleich und bedeutet die größte Strafe. Es braucht sehr viel Fingerspitzengefühl, mit diesem Thema umzugehen, Lösungen zu finden. Was wir auch regelmäßig machen, ist, Schutzkonzepte zu erarbeiten. Dass wir gucken, wo sind die Großeltern, die einspringen können? Was können wir sozusagen im Schutzkonzept tun, wenn es zu häuslicher Gewalt kommt? Das sprechen wir natürlich sehr intensiv ab*“ (Fachkraft Sozialberatung).

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit Neuzugewanderten, der häufig beschrieben wurde, betrifft die Themen patriarchale und konservativ religiöse Unterdrückung von Frauen und familiäre Ehre, die häufig in kurdischen/türkischen und afrikanischen Communitys eine Rolle spielen. In diesem Zusammenhang sind leider die Gewaltphänomene Zwangsheirat und Beschneidung von Frauen und Mädchen sowie das Risiko der Kindesentführung vielfach angesprochen worden. In diesem Zusammenhang sprach eine Fachkraft von „*verdeckter häuslicher Gewalt*“, dass die meisten Frauen sich nicht trauen, darüber zu berichten oder eine Beratungsstelle aufzusuchen. Teils erfahren die Sozialberater*innen erst sehr spät von einer Zwangsheirat oder gewalttätigen Übergriffen gegen Frauen und Mädchen. Es gibt zahlreiche Ehen auch ohne Trauschein und viele davon mit Minderjährigen. Eine Sozialberaterin, die mit Neuzugewanderten arbeitet, sagte, dass dieses Modell zunimmt:

Die Fallzahlen ‚verdeckter‘ häuslicher bzw. geschlechtsspezifischer Gewalt – wie Genitalbeschneidung, Zwangsheirat oder Zwangsprostitution – können nur geschätzt werden, da diese kaum oder gar nicht zur Anzeige gebracht werden.

„Diese Ehen werden hier geschlossen, die wohnen dann halt zusammen, aber das interessiert einfach gar keinen. Auch die Frage, ob und inwieweit die Frau freiwillig geheiratet hat, ob ihre Kinder automatisch den Namen des Vaters bekommt und nicht den Namen der Mutter, denn das führt dazu, dass sie bei einer Trennung weniger Rechte, u.a. kein Sorgerecht, bekommt.“ (Fachkraft Sozialarbeit)

Tatsächlich werden einzelne Klient*innen und Familien über viele Jahre betreut und begleitet, weil auch die Vertrauensarbeit zu Frauen aus dieser Zielgruppe einen langen Zeitraum erforderlich macht.

Zu einer besonders vulnerablen Gruppe gehören weibliche Geflüchtete, die auf ihrer Flucht sexualisierte Gewalt erleben mussten und traumatisiert sind. Eine Fachkraft denkt, dass viele junge Frauen mit Fluchthintergrund besonders gefährdet seien, Opfer von häuslicher Gewalt zu werden. Ebenso vulnerabel sind Frauen, die keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben und deren rechtliche Situation im Herkunftsland unklar bleibt. Es müssen für diese Zielgruppe besondere Beratungsaspekte berücksichtigt werden. Es gibt einen hohen Bedarf an kostenloser Rechtsberatung für geflüchtete Frauen, denn ihnen fehlt häufig noch das Unterstützungsnetzwerk in Deutschland, sie verfügen im Normalfall auch nicht über die finanziellen Mittel, eine Rechtsberatung zu bezahlen. Aber Frauen, die keine Rechtsberatung erhalten, verbleiben so häufig und zu lange in einer häuslichen Gewaltsituation, da sie Angst vor den rechtlichen und finanziellen Folgen einer Trennung von dem/der Täter*in haben. *„Eine rechtliche Beratung für gewaltbetroffene Frauen im Bezirk ist dringend notwendig.“* (Fachkraft Sozialarbeit).

Es gibt einen hohen Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten und für Rechtsberatung insbesondere für geflüchtete Frauen: Oftmals verfügen sie nur über einen unsicheren Aufenthaltsstatus, häufig sind sie aufgrund der Erfahrungen auf der Flucht traumatisiert und ihnen fehlt ein gewachsenes soziales und unterstützendes Netzwerk. Folge hiervon ist, dass Frauen zu lange in einer häuslichen Gewaltsituation verbleiben.

Die Fachkräfte, die das Angebot aufsuchender Familienarbeit vorwiegend im Quartier Heerstraße Nord und Spandau Neustadt und für Sinti- und Roma-Familien sowie Personen aus Südosteuropa (Rumänien, Bulgarien, Ex-Jugoslawien) umsetzen, erzählen, dass es in dieser Zielgruppe innerfamiliäre Gewalt in allen Facetten gebe:

„Teils sind es wirklich schlimme Fälle, wo Kinder vernachlässigt werden: eine Mutter, die ihre Neunjährige, geistig-körperlich beeinträchtigt, nicht behandeln lässt usw. ... Ich kann nicht zulassen, dass morgen ein Roma-Krüppelmädchen irgendwo missbraucht wird. Das Mädchen ist schon heute missbraucht von den eigenen Eltern. Missbraucht, denn das Kind bekommt nicht das, was das Kind braucht. Also, das ist für mich auch Missbrauch.“ (Fachkraft Beratung und Familienarbeit)

Es gibt jugendliche Klient*innen, für die gleich drei bezirkliche Amtsstrukturen zuständig werden müssen, da es sich um Fälle von Prostitution, Kinderhandel und häusliche Gewalt handelt. Mitunter werden bei Hausbesuchen vernachlässigte/verwahrloste Kinder aufgefunden, was *„oftmals auf einer Überforderung heraus resultiert, weil wir es mit sehr kinderreichen Familien zu tun haben, mit bildungsfernen, unzureichend informierten Eltern, zum Beispiel was die Gesundheitsvorsorge betrifft, vor allem zahnärztliche Aspekte“ (Fachkraft Sozialarbeit).*

Ein weiterer Aspekt, den einige Interviewpartner*innen immer wieder anführten und der zur Überforderung von Eltern führt, beruht darauf, dass sie ihre elterliche Autorität verlieren, weil die Kinder ‚weiter‘ sind als sie selbst, z.B. hinsichtlich ihrer besseren Sprachkenntnisse oder Schulbildung. Bei Familien aus Ex-Jugoslawien gibt es viele Alleinerziehende, wurde berichtet. Häufig mussten die Väter Deutschland verlassen, während die Mütter mit Minderjährigen in Berlin bleiben konnten. Sie sind hier durch Transferleistungen und mit Wohnraum abgesichert. So verlieren die Männer ihre Ernährer- und Autoritätsposition, ihre ‚Männlichkeit‘, und sie werden von ihrer Ehefrau abhängig.

Überforderung von Eltern mit Erziehungsaufgaben kann zu Verwahrlosung, Misshandlung oder Missbrauch führen. Davon erzählen Fachkräfte, die aufsuchende Familienarbeit leisten.

„In vielen dieser Familien mit einem patriarchalen Wertesystem bleiben aber die Regeln und Normen trotzdem sehr wirksam und die männliche Frustration kann ein Auslöser für häusliche Gewalt werden.“ (Fachkraft Sozialarbeit)

Es gab 2019, initiiert durch das Berliner Forum Migrantinnenprojekte/AG Konservativ, eine berlinweite Fragebogenerhebung unter 17 Projekten, die jährlich rund 10.000 Klient*innen überwiegend aus muslimischen Ländern beraten, betreuen und/oder bilden. Die Ergebnisse dieser Befragung, an der von 17 insgesamt zwölf Projekte teilgenommen haben, zeigen, dass seit 15 Jahren der Einfluss der Religion und restriktiver konservativ-patriarchalischer Werte im Lebensumfeld einer mehrheitlich muslimischen Klientel zugenommen bzw. sichtbarer geworden ist. Die Auswertung ergab u.a., dass Frauen und Mädchen aus dem muslimischen Umfeld stark unter autoritärem, männlich dominiertem Einfluss stehen. Es wurde betont, dass die traditionell-patriarchalischen Strukturen die Selbstbestimmung von Frauen einengen und behindern und dass Frauen und Mädchen zu wenig Unterstützung erhalten, um gegen die Repressalien, die sie erfahren, und dagegen, dass sie bedroht, erpresst, sanktioniert und misshandelt werden, vorgehen zu können. Unter anderem beschrieben Projekte, dass Frauen und Mädchen isoliert werden. Eine schwerwiegende Folge davon sind psychische Erkrankungen bei Betroffenen und ebenso eine Behinderung ihrer Integration in die Mehrheitsgesellschaft (Berliner Forum für Migrantinnenprojekte 2019, 10).

Gefordert wird in dem Vortrag:

„Gleichberechtigung darf nicht nur privilegierten Gruppen vorbehalten sein, sondern muss für alle – unabhängig von Kultur- oder Religionszugehörigkeit – gelten.“ (Berliner Forum für Migrantinnenprojekte 2019, 12)

Ebenso verdeckte geschlechtsspezifische Gewalt, aber für Opfer wahrnehmbar, sind sexistische Übergriffe, ein Übergriff, den *„man auch nicht melden kann und der nicht erfasst wird. Es wird antifeministische Gewalt erfasst oder Diskriminierung, aber Sexismus nicht“*, sagte eine Fachkraft in der Sozialberatung für Neuzugewanderte aus. Sie erzählt von einem

Gruppenangebot, das gemeinsam mit einem anderen Träger von Familienangeboten umgesetzt und von Männern und Frauen besucht wurde. Männer deutscher Herkunft bedrängten in sexistischer Weise Besucherinnen mit Migrationshintergrund (aber nicht die einheimischen Frauen. „Das war so unangenehm, dass wir die Kooperation abgebrochen haben.“ (Fachkraft Sozialberatung)

Eine besorgniserregende Lücke gibt es in der bezirklichen Infrastruktur zur Beratung, Unterstützung und zum Schutz von gewaltbetroffenen Frauen mit einer Beeinträchtigung, denn es finden sich kaum Orte oder Angebote, die barrierefrei sind.

„Wir kriegen nicht alle von Gewalt betroffenen Frauen versorgt und schon gar nicht diejenigen, die besonders vulnerabel sind. Frauen mit Behinderung, geflüchtete Frauen, schwarze Frauen und queere Frauen.“ (Fachkraft Sozialberatung)

Befragte betonten, dass Spandaus Hilfe- und Unterstützungsstruktur für von Gewalt betroffene Frauen mit einer Beeinträchtigung unzureichend ist. Es gibt für sie keine barrierefreien Orte oder Angebote. Daher wird großer Handlungsbedarf gesehen.

Dieser Exkurs über die Problemlagen und Gewaltbelastungen neuzugewanderter Frauen darf nicht so verstanden werden, dass die gleichen Problematiken und Phänomene in Partnerschaften von Menschen ohne Migrationshintergrund nicht vorkommen. Aber da in vielen Interviews darauf hingewiesen worden ist, wurde diesen Besonderheiten Raum gegeben.

6.1.3 Anstieg der Fallzahlen – eine Ursachenforschung

Die Interviewpartner*innen, die unmittelbar in ihrem Arbeitsfeld mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt konfrontiert sind, wurden nach ihrer Einschätzung gefragt, welche Faktoren einen Anstieg der Fallzahlen in diesem Feld verursacht haben könnten. Viele Fachkräfte und auch wissenschaftliche Studien sehen einen komplexen Zusammenhang: Zum einen wird die Ansicht vertreten, dass geschlechtsspezifische Gewalt im ungleichen Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern begründet ist und Gewalt gegen Frauen der Erhaltung dieser Ungleichverteilung in der Gesellschaft dient. Zwar werden auch Männer Opfer, aber im Vergleich zu Frauen sehr viel häufiger z.B. im öffentlichen Raum, und die gewaltausübenden Personen sind meistens andere Männer (BMFSFJ 2008).

Andere Verstärker häuslicher Gewalt in Spandau sind zudem die Zuspitzung der sozialen Situation durch einen hohen Anteil an Bewohner*innen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, durch eine nach wie vor zunehmende Kinderarmut im Bezirk (ein Drittel der Kinder ist betroffen) und auch Überschuldung. In Spandau lebt die höchste Anzahl von Menschen, die überschuldet ist (15,86 % lt. Berliner Schuldneratlas 2018). Auch das Bildungsniveau ist niedrig, der Anteil der Bevölkerung (ab 25 Jahren) mit niedrigem Bildungsstand liegt bei 23,9 % (lt. dem Regionalen Sozialbericht Berlin Brandenburg 2017). Für Bewohner*innen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund wurden schon einige häusliche Gewalt verstärkende Faktoren beschrieben. Es wäre wichtig zu erheben, in welchen Bevölkerungsgruppen Spandaus ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen festzustellen ist.

Wie schon mehrfach angemerkt, werden die Bewohner*innen in Spandau mit einer zunehmenden Wohnraumknappheit und steigenden Mieten konfrontiert. Davon ist eine sehr große Bevölkerungsgruppe betroffen, die dann „zusammengepfercht in einer Miniwohnung zu sechst wohnen und keinerlei Chance für eine räumlichen Trennung haben“ (Fachdienst Bezirksamt). Eine Eskalation von Gewalt sei daher wahrscheinlich. Ebenso eine Folge von knappen und/oder nicht bezahlbaren Wohnungen ist, dass für viele Gewaltbetroffene ein Auszug aus dem gemeinsamen Haushalt unmöglich wird. „Opfer verbleiben zu lange in der prekären und gewaltvollen Situation.“ (Polizei Dir 2)

6.2 INFRASTRUKTUR FÜR OPFERSCHUTZ UND PRÄVENTION HÄUSLICHER GEWALT

Schon 2016 wurde das Spandauer Netzwerk gegen häusliche Gewalt gegründet, unter dessen Dach sich mittlerweile 44 Mitglieder zusammengefunden haben. Es ist angetreten, um im Verbund geschlechtsspezifische Gewalt im Bezirk und darüber hinaus zu bekämpfen. Beim letzten Treffen wurde eine Namensänderung in das *Spandauer Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt* vorgenommen.

Dem Netzwerk wird von vielen Interviewten ein großes Potenzial bescheinigt, denn tatsächlich kommt durch die Vielfalt und Interdisziplinarität der Mitglieder eine große Bandbreite nicht nur an Expertise zusammen, sondern es entsteht ebenso ein großer Raum für eine bezirksweite Vernetzung. Zudem ist den am Netzwerk Beteiligten ein hohes Maß an Motivation anzumerken.

Abbildung 54: Steckbrief: Spandauer Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt

| | |
|--|--|
| <p>SPANDAUER NETZWERK GEGEN GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT</p> <p>Das Netzwerk wurde im Januar 2016 durch den damaligen Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales in Spandau (Frank Bewig, jetzt Bezirksbürgermeister), die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und die Frauenberatungsstellen Eulalia Eigensinn e.V. und HINBÜN gemeinsam mit rund 30 Partner*innen als das Spandauer Netzwerk gegen häusliche Gewalt gegründet. Heute heißt es Spandauer Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Es hat 44 Mitglieder aus allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und Handlungsfeldern in Spandau und ist zudem überbezirklich mit Berliner Anti-Gewaltprojekten und Opferberatungsstellen vernetzt.</p> | <p>Koordinierungsstelle</p> <p>Eulalia Eigensinn e.V.</p> <p>+49 30 335 119 1 info@eulalia-eigensinn.de www.eulalia-eigensinn.de</p> <p>Spandauer Netzwerk gegen häusliche Gewalt:</p> <p>https://t1p.de/gapnm https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/artikel.565531.php</p> |
| <p>DIE ZIELE DES NETZWERKS SIND:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Versorgung für Betroffene verbessern • Versorgungslücken erkennen und schließen • Vernetzung • Weiterbildungen zu Sensibilisierung/Qualifizierung Fachkräfte <p>Zukünftig:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhebung der Spandauer Situation und Angebote • Erweiterung des Hilfestruktur • Mit SIGNAL Fortbildungen für niedergelassene Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräfte verstärken • Täterarbeit intensivieren • Sensibilisierung der Öffentlichkeit voranbringen • Prävention entwickeln und befördern | |

Wie in Kapitel 6.1 schon vielfach erwähnt, spielt Eulalia Eigensinn e.V. für Opferschutz und Prävention häuslicher Gewalt eine zentrale Rolle in Spandau. Hier werden das Spandauer Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt (vormals gegen häusliche Gewalt), das Netzwerk für geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrungen sowie die Anlaufstelle und das Netzwerk für Alleinerziehende koordiniert. Eulalia hält zudem ein sehr breites Angebot für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen vor und ist in der Prävention sowie in der Arbeit mit Tätern engagiert.

Abbildung 55: Steckbrief: Eulalia Eigensinn e.V.

| | |
|---|--|
| <p>EULALIA EIGENSINN E.V.</p> <p>Es handelt sich um ein Frauenzentrum und eine Fachberatung mit vielfältigen Angeboten, die sich an alle Frauen in Spandau richtet. Eulalia e.V. ist zudem eine Fachberatungsstelle für Opfer häuslicher Gewalt. Das Team ist interdisziplinär, interkulturell und vielsprachig (Arabisch, Dari/Farsi, Deutsch, Englisch, Kurdisch, Polnisch, Spanisch und Telugu).</p> | <p>Eulalia Eigensinn e.V.</p> <p>Treffpunkt – Beratung – Selbsthilfe</p> <p>Fachberatungsstelle häusliche Gewalt</p> <p>Anlauf- und Koordinierungsstelle für Alleinerziehende in Spandau</p> <p>Netzwerk für geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrung</p> <p>Lutherstraße 13 13585 Berlin +49 30 335 119 1 info@eulalia-eigensinn.de www.eulalia-eigensinn.de</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <p>Fachberatung Häusliche Gewalt</p> <ul style="list-style-type: none"> • telefonisch, online und in Präsenz (auf Wunsch anonym) • Psychosoziale Beratung u. Begleitung von gewaltbetroffenen Frauen • über die Servicestelle Proaktiv eine proaktive Kontaktaufnahme • Gefahrenanalyse und Schutzkonzepte • Hilfe zur Unterbringung in Schutzunterkünften oder anderen Optionen • traumazentrierte Fachberatung • Überbrückung bis geeignete Therapien möglich sind • Information über polizeiliche und rechtliche Maßnahmen • Prozessvorbereitung und -begleitung • Gruppenangebote für von Gewalt betroffene Frauen • kostenlose Rechtsberatung • Engagement in thematisch relevanten Netzwerken • Frauenberatung parallel zu Täterkurse • traumapädagogisches Angebot für gewaltbetroffene Kinder und Psychoedukation für Mütter • niedrigschwellige Beratung für geflüchtete Frauen • Weiterbildungen für Fachpersonal <p>Weitere Angebote (vor Ort)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Psychosoziale Beratung • Begleitung für geflüchtete Frauen (Bürokratie, Kitaplatzsuche u.v.m.) • Deutschkurse, Sprachcafé • Gruppenangebote für geflüchtete Frauen • Austauschrunden zu politischen Themen • Familienhebamme | |

Unbedingt zu nennen als wichtige Interventions- und Präventionsressource ist das in Spandau Neustadt ansässige Projekt HÎNBÛN, das weiter oben schon Erwähnung gefunden hat. Es spricht mit seinen Angeboten vor allem eine türkische, kurdische und afrikanische Zielgruppe an. Im Interview stellte sich heraus, dass es insgesamt Menschen aus 40 Nationen betreut und mit mehrsprachigen Angeboten in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit, Familie, Alltag, Zugang zum Hilfesystem, zur Rechts- und Sozialberatung unterstützt. Es ist das einzige Projekt, das sich ausdrücklich an Migrant*innen und geflüchtete Frauen richtet. Das Projektziel richtet sich darauf, der neu zugewanderten Klientel die Integration in die Aufnahmegesellschaft zu erleichtern.

Abbildung 56: Steckbrief: HÎNBÛN

| | |
|---|---|
| <p>HÎNBÛN</p> <p>HÎNBÛN bedeutet auf Kurdisch: Lernen – Neues erfahren. Das Team ist interdisziplinär und interkulturell, berät in und übersetzt Deutsch, Kurdisch, Arabisch, Türkisch, Englisch, Französisch und Portugiesisch.</p> <p>Die Zielgruppen sind vor allem Neuzugewanderte mit kurdischem, arabischem und türkischem Hintergrund und Menschen aus Afrika. HÎNBÛN versteht sich als „Brückenbauer“, als eine Einrichtung, die den Übergang auf dem Weg in eine eigenständige gesellschaftliche Teilhabe erleichtert und befördert. Eine Besonderheit ist die Ausrichtung des kurdischen Neujahrsfests <i>Newroz</i>. Gemeinsam mit Eulalia Eigensinn e.V. koordiniert HÎNBÛN das Spandauer Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt und übernimmt auch Beratungen und Unterstützung für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt.</p> | <p>HÎNBÛN</p> <p>Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien.</p> <p>Brunsbüttler Damm 17 13581 Berlin +49 30 / 336 666 2 +49 30 / 335 693 6 info@hinbun.de www.hinbun.de</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <p>Beratungen in den Bereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Häusliche Gewalt • Soziales • Gesundheit • Psychosoziales • Recht <p>Offene Angebote</p> <ul style="list-style-type: none"> • Frühstück • Exkursionen, Stadterkundungen • Kurse (Deutsch, Alphabetisierung) • Frauengruppen • Informationsveranstaltungen, Weiterbildung Ehrenamtliche | |

Da einige Mitarbeitenden von HÎNBÛN auch über die Qualifikation verfügen, traumapädagogische Beratungen durchzuführen, können sie ebenfalls Opfer häuslicher Gewalt beraten und unterstützen. HÎNBÛN fängt teils die fehlenden Beratungskapazitäten auf, die im Frauentreffpunkt von Eulalia, der einzigen ausgewiesenen Frauenberatungsstelle in Spandau, fehlen. In den

Interviews wurde klar, dass die Bedarfe in dem Setting geschlechtsspezifische und innerfamiliäre Gewalt beständig zunehmen. Darüber hinaus trägt HÎNBÛN zur Sensibilisierung der Situation Neuzugewanderter im Bezirk u.a. durch die Fortbildung von Fachkräften bei und unterstützt das Netzwerk geschlechtsspezifische Gewalt mit Expertise und in der Koordination.

Ein anderes, schon bekanntes und bewährtes Projekt heißt südost Mobil, das sich seit vielen Jahren mit muttersprachlichen Angeboten für Sinti- und Roma-Familien und Familien aus Südosteuropa engagiert. Auch wenn die aufsuchende Arbeit der Mitarbeiter*innen nicht auf den ersten Blick als Gewaltprävention zu erkennen ist, sollte diese in vielen Aspekten durchaus als gewaltpräventives Angebot für die Regionen Heerstraße Nord und Haselhorst gewertet werden.

Das Projekt ist in Spandau vorwiegend im Quartier Heerstraße Nord und Spandau Neustadt aktiv. Das interdisziplinäre Team verfügt über Sprachkompetenzen in Romanes, Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch, Kroatisch.

Die Familien werden teils über viele Jahre betreut. Themen sind: Erziehung, (Aus- und Weiter-)Bildung, Schuldistanz und Schulwechsel, Überschuldung, Gewalt und Delinquenz und Aufenthaltsstatus.

Abbildung 57: Steckbrief: südost Mobil

| | |
|---|--|
| <p>SÜDOST MOBIL</p> <p>südost Mobil in Trägerschaft von südost Europa Kultur e.V. leistet in Spandau muttersprachliche aufsuchende Sozialarbeit und Sprachmittlung für Familien aus Südosteuropa.</p> <p>Ziele u.a. sind die Einführung in die deutschen Kultur- und Gesellschaftsverhältnisse mittels Beratung, Unterstützung und Begleitung sowie die Anbindung an Regeldienste. Das Projekt kooperiert mit regionalen Akteuren (Träger, Quartiersmanagement, Stadtteilkonferenzen, Verwaltung und Behörden), um institutionelle und sozialräumliche Ressourcen zu aktivieren. Die Mitarbeitenden nehmen an wichtigen (über)berirklichen Vernetzungsrunden teil.</p> | <p>SÜDOST MOBIL – SÜDOST EUROPA KULTUR E.V.</p> <p>Geschäftsstelle südost Europa Kultur e.V. Großbeerenstraße 89 10963 Berlin</p> <p>ljubina.krnjajic-diessner@suedost-ev.de +49 30 253 779 911 ivanka.sucic@suedost-ev.de +49 157 746 185 50 www.suedost-ev.de</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begleitung zu Ämtern, Ärzt*innen, Jobcenter • Begleitung zu Elterngesprächen in Bildungseinrichtungen • Vermittlung zwischen Eltern und Schulsozialarbeit • Vernetzung wichtiger Akteur*innen im Sozialraum • Aktivierung der Zielgruppe im Sozialraum • Anbindung an SIBUZ • Unterstützung bei allen wichtigen Anliegen im Alltag | |

Klar ist der Vorteil, den die mobile, aufsuchende Arbeit für die nicht leicht oder gar nicht zu erreichende Zielgruppe der Neuzugewanderten hat. Zu den schwer Erreichbaren gehören Frauen, die teils keine Erlaubnis bekommen, Angebote zur Beratung oder einfach nur in der Freizeit wahrzunehmen. Aufsuchende Sozialarbeit gibt ihnen die Chance, dennoch solche

Angebote für sich zu nutzen. Ein anderer Aspekt ist, dass viele Menschen, die sich in einer komplexen Notlage befinden, leider diejenigen sind, die „entsprechende Angebote nicht aufsuchen. Bei Hausbesuchen spricht auch nicht nur der Mann mit uns, sondern da hat auch die Frau was zu sagen. Da melden sich auch die Kinder, sodass die Anliegen mehr Dimensionen bekommen“ (Fachkraft Sozialarbeit).

Folgende Vorteile einer aufsuchenden Sozialarbeit wurden in den Interviews benannt:

- Es ist möglich, Lebenswelt und Problemlagen im Sozialraum vor Ort und auch in der Wohnung besser einzuschätzen.
- Zusammensetzung/Stimmung der Nachbarschaft kann erfasst und mitgedacht werden.
- Es birgt die Chance, Angebote vor Ort kennenzulernen und an die Klientel weiterzugeben.
- Bei Bedarf und in akuten Notlagen können mit den Eltern/Familienmitgliedern gemeinsam Problemlagen erkannt, angesprochen und es kann auf diese reagiert werden.
- Es fördert einen Vertrauensaufbau in dem Kontext.
- Es handelt sich um ein *Aufsuchend plus*, d.h., die Mitarbeiter*innen kommen aus einem gleichen/ähnlichen kulturellen Hintergrund.
- Präsenz vor Ort erleichtert auch die Vernetzung vor Ort.
- Hausbesuche ohne Anmeldung möglich, verhindert, dass Familien „verschwinden“.
- Oftmals Besuche/Beratung in einem Gruppenkontext, wenn Verwandtschaft und Freund*innen zu Besuch sind.

Als Modellprojekt angetreten ist die offene Familienwohnung im Falkenhagener Feld. Sie gilt mit ihren niedrighschwelligigen Beratungs- und Freizeitangeboten als gewaltpräventiv wirksam. So schätzten es alle Befragten ein, wenn sie auf das Konzept der offenen Familienwohnung zu sprechen gekommen sind, denn es handelt sich hierbei um eine wohnortnahe Anlaufstelle im Gemeinwesen, die für eine breite Zielgruppe in der Bewohnerschaft zugänglich ist, so auch für Opfer von Gewalt. Ein Interviewpartner aus dem Bezirksamt lobte die offene Familienwohnung als ein Konzept, das dem Opferschutz dienlich sei.

„Es ist eine vertraute Umgebung, wo von Gewalt betroffene oder auch zwangsverheiratete Frauen sich eher öffnen als zum Beispiel auf einem Amt oder bei der Polizei“. Er plädiert dafür, *„die offenen Familienwohnungen als niedrighschwelliges Angebot in allen Bezirksregionen zu skalieren.“*

Endlich startete nach einer längeren Vorlaufzeit 2023 ein Täterprojekt in Trägerschaft der Volkssolidarität, die in diesem Feld über langjährige Erfahrung verfügt. Viele Jahre wurde für dieses Projekt in Spandau gekämpft, nun wird es aus Mitteln der Lottostiftung finanziert. Viele Interviewpartner*innen messen der Täterarbeit in der Prävention häuslicher Gewalt eine große Bedeutung zu, damit Täter*innen nicht erneut Gewalt ausüben.

Ebenfalls gibt es als Konzept der Servicestelle „Wegweiser“: Täterprojekt für interpersonelle Gewalt, das in den Polizeiabschnitten A12 und A 36 modellhaft ab 1. März 2023 beginnen sollte, aber nun auf unbekannte Zeit verschoben werden musste. Durch die Polizei in Hannover (Niedersachsen) wurde im November 2022 eine App des Vereins Gewaltfrei in die Zukunft e.V. erprobt. Ziel dieser App ist es, die Verurteilungszahlen von Täter*innen anhand einer optimierten Sicherung der Beweismittellage zu steigern. Für die Software wird ein QR-Code benötigt, der in Form von Taschenkarten von Polizeibeamt*innen und auch von Frauenberatungsstellen zur Verfügung gestellt wird. Sie umfasst die Module Selbstreflexion, Hilfelandschaft, ein Gewalttagebuch, die Möglichkeit, mit Fotos die Situation zu dokumentieren, und eine Notruf Funktion. Diese App erfüllt folgende Kriterien. Sie ist

- mehrsprachig,
- getarnt – steht z.B. nicht im Apple Store zur Verfügung,
- selbsterklärend,
- offline verfügbar und

- kann Beweismittel anhand einer Cloud sichern.

Diese App sollte ebenfalls in Berlin im Abschnitt 48 der Berliner Polizei in eine Testphase gehen. Beide Maßnahmen wurden zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht umgesetzt, da – so die Auskunft aus der Dir. 2 – der Personalrat noch geklärt haben möchte, inwieweit es durch die Projekte zu einer deutlichen Mehr- und Überbelastung von Mitarbeitenden kommen könnte.

Als wichtig wurde von Beteiligten an gewaltpräventiven Maßnahmen in Spandau u.a. das Traumaprojekt von Eulalia Eigensinn e.V. erachtet, das auch 2024 weitergeführt werden wird. Es zielt darauf ab, Kinder von Müttern, die Gewaltopfer geworden sind, aufzufangen und langfristig präventiv den Gewaltzyklus zu durchbrechen, denn die Frauen, die bei Eulalia betreut werden, erlebten zu 75 % oder höher in ihrer Kindheit Gewalt.

„Und das, was wir da sehen, ist, die Frauen kommen mit ihren Kindern in die gleiche Situation wie ihre Mütter zuvor. Und wenn wir da an der Stelle nicht sozusagen so ein Break setzen, dann multipliziert sich das und trägt sich weiter fort.“ (Fachkraft Bezirksamt)

Immer wieder werden der Bezirk und die dort Aktiven gelobt und ihnen ein hohes Maß an Engagement und Motivation zugesprochen. Ebenso wird ein hoher Grad der Vernetzung, des Austausches und der Kooperation wahrgenommen. Eine Befragte skizzierte Spandau im Vergleich zu anderen Bezirken als fortschrittlich, u.a. auch aufgrund der laufenden wissenschaftlichen Erhebung, deren Ergebnisse für eine Gewaltpräventionsstrategie genutzt werden sollen.

Aber neben der Benennung von Ressourcen und Stärken der Präventions- und Interventionspraxis im Bereich der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt in Spandau, sollten sich alle Interviewpartner*innen auch zu Bedarfen und Lücken im Bezirk äußern. Diese werden als Auswertungsbefunde im Folgenden, angefüllt mit Informationen aus Dokumentationen, Vorträgen und Sachberichten wichtiger Akteur*innen, vorgestellt.

Als ein weiteres Modellprojekt, das sich für die Verhinderung und Verminderung von Gewalt an Frauen richtet, ist unbedingt StoP® zu nennen, das schon in Berlin-Kreuzberg, Neukölln und Spandau Neustadt über den Gewaltpräventionsrat Spandau mit Mitteln der Landeskommission Berlin gegen Gewalt umgesetzt wurde und wird. Es beruht auf dem Konzept, im Gemeinwesen anzusetzen und kleinräumig den Sozialraum zu stärken. Häusliche Gewalt wird in der Öffentlichkeit thematisiert und enttabuisiert, Bewohner*innen werden in ihrer Rolle als Nachbar*innen sensibilisiert, motiviert und mobilisiert, selbst gegen Gewalt gegen Frauen aktiv zu werden. Jüngst konnte ein StoP®-Projekt in der Heerstraße Nord beginnen.

Abbildung 58: Steckbrief: StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt

| | |
|---|--|
| <p>STOP® – STADTEILE OHNE PARTNERGEWALT: HEERSTRASSE NORD SCHAUT HIN!</p> <p>StoP® ist ein das Gemeinwesen aktivierender Ansatz zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und deren Kinder und wird bundesweit punktuell umgesetzt. Grundgedanke bei StoP® ist, dass Gewalt gegen Frauen kein „Frauenthema“ ist oder gar Privatsache.</p> | <p>FRAUSELBSTHILFE – FRAUEN GEGEN GEWALT AN FRAUEN E.V. Postfach 200757 13517 Berlin +49 152 032 979 15 +49 177 327 304 6</p> <p>berlin-spandau@stop-partnergewalt.org stop@frauenselbsthilfe-berlin.de https://stop-partnergewalt.org/berlin-spandau/</p> |
| <p>SCHWERPUNKTE UND ANGEBOTE</p> <p>StoP®-Projekte setzen direkt im unmittelbaren Lebensumfeld der Bewohnerschaft im nahen Sozialraum an, beziehen systematisch wie fachlich fundiert Gewaltbetroffene und Gewaltausübende ein. Die sekundäre Präventionsebene rückt in den Mittelpunkt.</p> | |

6.3 BEDARFE IM FELD GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT

In den Interviews mit Trägern und Fachkräften, die im Rahmen ihrer Tätigkeit stark mit häuslicher Gewalt und Partnergewalt konfrontiert werden, wurde in einem Block danach gefragt, welche Bedarfe für die Unterstützung und den Schutz von Opfern und Prävention gesehen werden.

„Spandau ist finanziell im Bereich ‚Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen schlechter gestellt als z.B. die Beratungsstellen anderer Bezirke, die vergleichbare Arbeit machen wie Frauenberatungsstellen hier“, betonte eine Interviewpartnerin. Ihrer Aussage nach, fehlt eine gesicherte Finanzierung von mindestens 2,5 weiteren Sozialarbeiterinnen z.B. für die Frauenberatungsstelle Eulalia Eigensinn e.V. und ebenso für die Miete der Beratungsräume, um von häuslicher Gewalt betroffenen Spandauer Frauen eine angemessene Unterstützung zu ermöglichen. Und auch die Beratungsstelle H1NBÜN, die sich im Bezirk vieler Fälle häuslicher Gewalt annimmt, sei unterfinanziert und überlastet.

Die Folgen der finanziellen Lage waren zum Zeitpunkt der Erhebung z.B. für die Frauenberatungsstelle Eulalia Eigensinn e.V. prekär:

- Es fanden keine Erstberatungen statt bzw. die Wartezeit für einen Termin betrug bis zu 3 Wochen.
- Jede dritte Ratsuchende konnte auch nicht im Bezirk oder berlinweit weitervermittelt werden.
- So wurde eventuell ein frühzeitiges Erkennen häuslicher Gewalt verhindert.
- Die Gefahr von Femiziden konnte ansteigen.

Es wurde angemahnt, dass, wenn sich die Finanzlage nicht verbessert,

- Beratungen, Gruppen und Kurse in Zukunft ausfallen müssten,
- Gewaltopfer zu lange in Isolation und in der Gewaltsituation verharren und sich ihre Abhängigkeit zum/zur Täter*in erhöht,
- Fortbildungen und Beratungen in Behörden, Ämtern und von Gesundheitspersonal ausbleiben müssten und die Gefahr einer sekundären Viktimisierung aufgrund eines nicht adäquaten Umgangs mit Gewaltopfern besteht.

Aber die Beantragung von Kleinstprojekten zur Abfederung der finanziellen Engpässe bedeutet für die meisten Träger einen zu hohen bürokratischen Aufwand, „das frisst nur unsere Beratungszeit“, meinte die Interviewpartnerin bei Eulalia Eigensinn e.V.

Ein anderer Mangel, der in allen Interviews (auch im Zusammenhang mit anderen Gewaltphänomenen) benannt wurde, ist der Mangel an Schutz- und Wohnräumen für Opfer von häuslicher Gewalt. Hier wird ein großer Bedarf festgestellt, die Infrastruktur zum Schutz von Frauen, die Gewalt erfahren müssen, zu verbessern.

Angesichts der Tatsache, dass Migrantinnen und Frauen mit Fluchthintergrund, wie schon beschrieben, zu einer besonders vulnerablen Zielgruppe gehören, äußerten Befragte hier folgende Bedarfe:

- mehr Fachberatungsstellen gegen Gewalt im Namen der Ehre,
- mehr Zufluchtswohnungen für junge erwachsene Frauen, die von der Gewalt im Namen der Ehre betroffen sind,
- ausreichend muttersprachliche, psychologische und therapeutische Behandlungsmöglichkeiten für traumatisierte und gewaltbetroffene Migrant*innen, um die Verfestigung von Traumata und Ängsten zu verhindern,
- genderspezifische Angebote in Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen für Väter, Kinder und Jugendliche, mit dem Ziel, einseitige Rollenaufteilungen aufzubrechen,
- eine interkulturelle Öffnung von Einrichtungen, Behörden und Polizei,
- verbindliche rassismus-sensible Schulungen in Einrichtungen, Behörden und Polizei.

In Zusammenhang mit den besonderen Lebensbedingungen von Frauen in Spandau in migrantischen Communitys oder mit Fluchthintergrund ist bemerkenswert, dass u.a. das Berliner Forum für Migrantinnenprojekte fordert, nur noch solche MSO zu fördern, die sich der Berliner Landesverfassung verpflichtet fühlen in Bezug auf Gendergerechtigkeit, sexuelle Vielfalt und Religionsfreiheit – auch negative Religionsfreiheit – also lediglich die *„MSO, die liberal und welt-offen sind, selbst schon Interesse an Gewaltprävention gezeigt haben“* (Berliner Forum für Migrantinnenprojekte 2019).

Ein weiteres Anliegen vieler Expert*innen und Fachkräfte ist, dass die *„gesellschaftliche Solidarität und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und Mädchen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit verstärkt werden müssen“* (Sozialarbeiterin).

Zwei Befragte sprachen die Notwendigkeit an, Fachkräfte in Sport und Gesundheit, z.B. Trainer*innen in Vereinen, für das Thema häusliche Gewalt zu sensibilisieren. Diese seien für viele Kinder und Jugendliche als Bezugspersonen wichtig und sollten Anzeichen erkennen, ob ein Kind oder Jugendlicher eventuell als Augenzeug*in Gewalt erlebt oder ihm/ihr Gewalt angetan wird.

„Und ich glaube, das ist der richtige Weg, dass auch die Sportvereine, die Trainer, geschult werden, wie sie damit umgehen sollen. Wann muss ich was tun? Wir reden jetzt nicht nur über Kinderschutz, sondern tatsächlich auch, um die Kinder aufzubauen, weil möglicherweise Trainer die erste Ansprechperson für geschädigte Kinder sind. Weil Eltern vielleicht möglicherweise Täter sind oder die Eltern, weil man die ansprechen möchte, ist vielleicht der Trainer der erste und vielleicht auch der letzte Anker, den man nutzen könnte, um da eine Lösung herbeizuführen.“ (Sozialarbeiterin)

Aber nicht nur Sport wurde als Präventionsort herausgestellt, sondern ebenso sahen viele Befragte Bildungsorte als ein wichtiges Setting für Prävention und Krisenintervention an, d.h., sie betonten einen Bedarf an Angeboten der Weiterbildung von Fachkräften und für Schüler*innen und forderten damit insgesamt mehr Unterstützung in Schulen.

Oftmals wurde der Bedarf an barrierefreien Angeboten genannt, da bislang in Spandau für Frauen mit einer körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigung keinerlei und in Berlin zu wenige Schutzangebote vorgehalten werden.

Zusammengefasst wurde akuter Bedarf in folgenden Feldern benannt – nicht nur in den Interviews, sondern ebenso in Berichten und Pressemitteilungen von Trägern und dem Spandauer Frauenbeirat:

- einen niedrighschwelligigen Zugang zu wissenschaftlichen/theoretischen Grundlagen zum Thema Gendergleichheit, -gerechtigkeit etc. ermöglichen, damit nicht nur *„nach Gefühl, aufgrund einzelner Beobachtungen und Austausch Einschätzungen zu Problemlagen etc. vorgenommen werden“* (Soziologin),
- Erhebung der Spandauer Situation und Angebote im Feld der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt, um ein Bedarfsmonitoring zu haben, nach dem sich Unterstützungs- und Präventionsmaßnahmen ausrichten und zielgerichtet aufstellen können,
- Gewaltprävention in alle Bereiche als Querschnittsthema bringen, in allen Ressorts berücksichtigen und finanzieren, damit sie wirksam werden können,
- öffentliche Strukturen für das Thema vermehrt sensibilisieren und schulen,
- die ganze Fläche der Beratungsmöglichkeiten und der öffentlichen Verwaltung mit rund 2.000 Beschäftigten nutzen und in Stellung bringen, sich gegen geschlechtsspezifische und innerfamiliäre Gewalt aktiv einzusetzen,
- mehr Anhörung und strukturierte Beteiligung der Beiräte, von Frauenprojekten und Expert*innen bei Entscheidungen im Bezirk,
- Erweiterung der Hilfestruktur,

- mittel- und kurzfristig: Erhalt der Fraueninfrastrukturprojekte im Bezirk, denn alle Angebote, die über den Integrationsfonds/Gewaltpräventionsfonds überbrückt wurden, sollen 2024 gekürzt und 2025 beendet werden. Eine dauerhafte und effektive Sicherstellung der Angebote, hierfür eine Stelle schaffen, die Konzepte und Strategien entwickelt, diese mit zuständigen Stellen vorbereitet und umsetzt (Spandauer Familienbeirat),
- langfristig: Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung der Präventions- und Unterstützungsstrukturen,
- mehr Fortbildungen des Gesundheitspersonals und von niedergelassene Ärzt*innen, z.B. durch den erfahrenen Träger SIGNAL¹³,
- verstärkt die Täterarbeit befördern,
- gegen die Praxis der unsichtbaren Gewalt wie Zwangsverheiratung strukturiert vorgehen, diese bekämpfen und ahnden, ebenso wie Ehrenmorddrohungen,
- niedrigschwellige Angebote zu einem gleichberechtigten und gewaltfreien Zusammenleben in der Familie für Männer und Frauen.

Eine Befragte favorisierte die Idee, ein Gewaltschutzzentrum in Spandau zu installieren, und zwar nach dem Vorbild solcher Einrichtungen, wie sie in neun Bundesländern Österreichs vorgehalten werden (insgesamt sind es 23 Zentren, teils in einem Bundesland wie der Steiermark sieben).¹⁴ Diese Einrichtungen verfügen über alle notwendigen Informationen, wie sich Opfer von Gewalt im sozialen Nahraum Hilfe holen können, bieten vertrauliche und kostenlose Beratung sowie Rechtsbeistand und psychosoziale sowie juristische Prozessbegleitung an. Dazu werden nach einem Polizeieinsatz gefährdete Personen von Gewaltschutzzentren proaktiv kontaktiert, telefonisch und schriftlich¹⁵, und als erste Priorität wird mit dem Opfer gemeinsam ein Sicherheitskonzept erarbeitet.¹⁶ Selbst, wenn Betroffene (vorerst) keine Anzeige erstatten wollen, können sie mit dem Gewaltschutzzentrum in ihrer Nähe Kontakt aufbauen.

Der Grundstein für die Gewaltschutzzentren war das vor 25 Jahren verabschiedete „Gewaltschutzgesetz“, das die heutige enge Vernetzung zwischen Polizei und Gewaltschutzeinrichtungen ermöglichte. Neben einer engen Zusammenarbeit zwischen wichtigen Akteuren, wird der Gewaltschutz in Österreich regelmäßig evaluiert und angepasst – so zuletzt 2021. In Folge wurde eine opferschutzorientierte Täter*innen-Arbeit befördert und institutionalisiert sowie ein automatisches Waffenverbot für Gefährder*innen bei Aussprache eines Betretungs- und Annäherungsverbots durchgesetzt. Zum Konzept des Opferschutzes gehört zudem, dass sicherheitspolizeiliche Fallkonferenzen zum Schutz gefährdeter Personen abgehalten werden, um Einzelfälle zu analysieren und Maßnahmen zu koordinieren.

Prävention gibt es hier auch in der Form der Handy-App „DEC112“¹⁷, über die Opfer in akuten Gefahrensituationen den Polizeinotruf verständigen können. Die App DEC112 ermöglicht es Opfern zudem, mit der Notruf-Zentrale zu chatten, ohne sprechen zu müssen, und ihren aktuellen Standort zu teilen. Ähnliches ist in Deutschland bisher nur geplant, jedoch nicht umgesetzt. Eine artverwandte Initiative gibt es – wie beschrieben – auch in Berlin und Spandau.

Es werden darüber hinaus in Österreich sogenannte Präventionsbeamt*innen, ausgebildet, die in ihrem jeweiligen Bundesland für den Gewaltschutz intern und extern als Expert*innen zur Verfügung stehen. Das Ziel ist, dass Präventionsexpert*innen in jeder Polizeiinspektion Österreichs verfügbar sind.

13 <https://www.signal-intervention.de/ueber-uns>

14 <https://www.gewaltschutzzentrum.at/>

15 <https://www.aoef.at/index.php/gewaltschutzzentren>

16 https://www.oesterreich.gv.at/themen/gesundheit_und_notfaelle/gewalt_in_der_familie/2/Seite.290502.html

17 <https://www.dec112.at/stiller-notruf/>

Warum wäre dies auch für Spandau sinnvoll? Eine Interviewpartnerin im Bezirksamt betonte, dass ein solches Gewaltschutzzentrum psychosoziale und juristische Beratung vorhält und dass dort ausgebildete Berater*innen tätig sind, die die Begleitung von Gewaltopfern übernehmen:

„Die Beraterinnen holen die Frau quasi an der Haustür ab und von dort aus beginnt ein Kreislauf, der erst dort endet, wo die Frau sicher sein kann. Sie kann mit ihren Kindern tatsächlich zum Beispiel ein neues Leben beginnen, weil sie hat eine Wohnung. Sie weiß genau, wie die nächsten Wege sind. Sie hat eine psychologische Beratung. Das Nächste ist, natürlich Schulungen von Opfern, wo gehe ich hin, wenn das und das passiert, wie handle ich als Zahnarzt, wenn ich in der Praxis merke, okay, diese Patientin ist grün und blau geschlagen, was kann ich tun? Wie gehe ich damit um? Es gibt so viele falsche Wege. Deswegen ist es so wichtig, dass ausgebildetes Personal vorhanden ist. ... Also wie gesagt, das, was ich vorhin alles schon erzählt habe. Es ist notwendig bilden, bilden, bilden und Anlaufmöglichkeiten schaffen.“ (Fachkraft Bezirksamt)

In vielen Befragungen im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt wurden die Interviewpartner*innen ebenso um eine Einschätzung gebeten, wie der Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention im Bezirk ist.

Deutschland hat schon im Februar 2018 das „Gesetz zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, kurz die Istanbul-Konvention (IK), unterzeichnet und sich zur Umsetzung der IK verpflichtet. Die Handlungsfelder der IK sind unterteilt in

- Prävention (Prevention),
- Schutz, Hilfe und Unterstützung (Protection),
- Ermittlung und Strafverfolgung (Persecution),
- ineinandergreifende politische Maßnahmen (Integrated Policies)

und umfassen insgesamt 81 Artikel.

Das Expert*innen-Komitee GREVIO, das die Umsetzung der IK in den Vertragsstaaten untersucht, hat im Oktober 2022 einen ausführlichen Bericht zur Situation in Deutschland veröffentlicht. GREVIO ermittelte hierbei eklatante Mängel und stellte der Bundesrepublik ein schlechtes Zeugnis aus. So mahnte GREVIO die Einführung einer staatlichen Koordinierungsstelle an, die eine Gesamtstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention verfolgt. Es fehlt an angemessenen finanziellen Ressourcen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie an der notwendigen Infrastruktur zur Unterstützung von Betroffenen. Insbesondere Frauen mit Fluchterfahrung sind in Deutschland nicht ausreichend vor Gewalt geschützt.¹⁸ Auch in Berlin ist die Umsetzung noch nicht auf allen Ebenen erfolgt, in Spandau mangelt es schon an der Basisversorgung. Exemplarisch werden im Folgenden vier IK-Artikel aufgeführt, die in Spandau aus der Sicht der Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Polizei und Praxis noch nicht hinreichend umgesetzt werden.

Zu Artikel 26 – Schutz und Unterstützung für Zeug*innen, die Kinder sind

Hier wird gefordert, dass eine altersgerechte Beratungen für Kinder durch spezialisierte Beratungsstellen durchgeführt werden. In Spandau ist ein solches Angebot nur prekär finanziert, ab 2025 läuft dafür die bisherige Finanzierung aus.

Zu Artikel 31 – Sorgerecht, Besuchsrecht und Sicherheit

In Spandau ist nicht sichergestellt, dass Kinder hinsichtlich gewalttätiger Vorfälle bei Entscheidungen über das Besuchs- und Sorgerecht berücksichtigt werden, auch ist nicht gewährleistet,

¹⁸ Vgl. dazu den Bericht des Expertenausschusses (GREVIO) zur Umsetzung der Istanbulkonvention aus dem Jahr 2022: <https://t1p.de/exmuk>

dass die Ausübung des Besuchs- oder Sorgerechts nicht die Rechte und Sicherheit des Opfers oder der Kinder gefährdet.

Zu Artikel 50 – Soforthilfe, Prävention und Schutz

Verlangt wird mit diesem Passus, dass anhand einer gut funktionierenden Zusammenarbeit mit den bestehenden Unterstützungssystemen eine wirksame Maßnahme geschaffen wird, um Frauen und Kinder vor weiteren Gewaltübergriffen im häuslichen Bereich zu schützen. Aber jede 3. Spandauer Frau, die Opfer von Gewalt ist, muss aufgrund mangelnder Beratungsressourcen an andere Bezirke vermittelt werden. Die Wartezeit auf ein Erstgespräch liegt bei zwei bis drei Wochen und es gibt zudem keine bedarfsgerechten Angebote für Frauen mit Behinderungen im Bezirk.

Zu Artikel 23 – Schutzunterkünfte

Hier fordert die IK, dass in Deutschland ein dichtes, ausdifferenziertes Unterstützungssystem (Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und andere Angebote) für gewaltbetroffene Frauen mit ihren Kindern vorliegt. In Spandau wird dies nur unzureichend umgesetzt, denn die Kapazität der Frauenhausplätze und Zufluchtwohnungen ist überlastet, ebenso wie die Beratungsstellen. Auch wurde gefordert, alle Mitarbeitenden im Bezirksamt, die Kontakt zu Kund*innen haben, zum Thema IK zu schulen und regelmäßig fortzubilden.

Positiv ist laut der Auswertung aller Interviews zu bewerten, dass in Spandau eine hohe Motivation und kämpferische Haltung vorherrschen, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Zukunft verstärkt umzusetzen. Da aber die personellen Ressourcen aller bezirklichen Akteure für eine die Umsetzung förderliche Gremienarbeit, Vernetzung und Kooperation nicht vorhanden sind, plädierten einige Befragte dafür, eine Stabsstelle zur Umsetzung der IK im Bezirk einzurichten, die für die Koordinierung und Umsetzung der IK in Spandau zuständig wird. Aber auch hier gibt es leider Hindernisse: eine knappe Haushaltslage und ein Fachkräftemangel.

„Problem ist aber, wenn wir jetzt eine so überschuldete Stadt wie Berlin grundsätzlich haben, wird natürlich dieses Geld auch nicht bereitgestellt und der Bezirkshaushalt gibt das nicht her. Das muss man sich ganz klarmachen. Die besonders armen Stadtteile oder auch Bezirke, und das sind nun mal Mitte, Spandau und Neukölln, die werden aus eigener Finanzkraft das nicht herstellen können. Zumal Spandau noch das Problem hat, als Randbezirk nicht das sexy Berlin ist, was andere Bezirke sind und sein können, und damit natürlich nochmal viel schwieriger an Fachkräfte rankommt, die vielen Trägern fehlen.“ (Fachkraft Bezirksamt)

7 ZWISCHENBILANZ: HANDLUNGSBEDARFE AUS SICHT DER SPANDAUER FACHPRAXIS

Der Präventionsreport Spandau 2024 ist als Praxisforschungsvorhaben angelegt, das aus gewaltpräventiver Perspektive über die Situation in Spandau informiert, zugleich aber auch Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der bestehenden Praxis bieten möchte. Damit sollen Arbeitsprozesse im Spandauer Gewaltpräventionsrat und der Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention flankiert und unterstützt werden.

Die Entwicklung evidenzbasierter und konzeptionell begründeter Empfehlungen und Handlungsperspektiven für den Bezirk ist dabei als mehrstufiger Prozess zu verstehen. Nachfolgend werden zunächst Ergebnisse der Befragungen im Bezirk hinsichtlich wahrgenommener Handlungsbedarfe zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt vorgestellt. Im darauffolgenden Kapitel wird ein Verfahren skizziert, wie im Jahr 2024 in systematischerer Form und im Dialog mit Fachakteuren aus dem Bezirk Vorschläge und Empfehlungen erarbeitet und geschärft werden.

Die erste Zwischenbilanz der Handlungsbedarfe aus Sicht der Spandauer Fachpraxis bringt ein breites Spektrum von Ideen und Vorschlägen an den Tag. Dabei kommen einerseits sehr grundsätzliche und strukturelle Aspekte zur Sprache, die auf bezirklicher Ebene und im Handlungsbereich von Gewaltprävention kaum adäquat bearbeitet werden können. Zugleich finden sich andererseits auch Hinweise, die bereits hinreichend konkret artikuliert sind, um in laufenden Planungsprozessen Berücksichtigung zu finden.

Es wird in weiteren Schritten darum gehen, die Perspektiven der Fachpraxis – und partiell auch der Spandauer Bürgerinnen und Bürger – noch weitergehender zu systematisieren und auszuwerten, um gewaltpräventive Lösungen nicht nur für Spandau, sondern auch mit Spandau zu formulieren.

7.1 WISSENSMANAGEMENT UND BETEILIGUNG

Die Interviewpartner*innen verstehen sich oftmals als Expert*innen vor Ort und würden einen regelmäßigen Abgleich zwischen dem Gewaltpräventionsrat und ihnen begrüßen. Die Träger und ihre Vertreter*innen geben zugleich bereits relativ häufig Auskunft über die Situation im Praxisfeld. Oftmals ist ihnen aber nicht klar, wohin ihre Informationen fließen und ob diese bei Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Sinnvoll erscheint, die Erfahrungen und wahrgenommenen Tendenzen, die in der Praxis z.T. früh sichtbar werden, zum einen durch kleinräumige Erhebungen abzugleichen und darüber hinaus in Entscheidungsgremien einzubeziehen. So könnten Maßnahmen ressourcenorientiert, praxisrelevant sowie zielgruppenbezogen angepasst und umgesetzt werden. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung, dass auf neue Gewaltentwicklungen unmittelbar und mit quartiersbezogenen primär- und sekundärpräventiven Maßnahmen reagiert werden kann, anstatt auf sie nur mit tertiärer Gewaltprävention zu reagieren.

Es bedarf einer transparenten wechselseitigen Information zwischen kommunalen Akteur*innen und den Expert*innen vor Ort. Angeregt wird zudem, Kinder und Jugendliche stärker an die Spandauer Beteiligungsstrukturen anzubinden.

Zu Stärkung von Beteiligung wird von Sozialpädagog*innen angeregt, auch Kinder und Jugendliche als Expert*innen ihres Sozialraums einzubeziehen. Hierbei könnte der Fokus auf der Bewertung von zurückzulegenden Wegen und Barrieren oder unsicheren Orten, denen Kinder und Jugendliche begegnen, liegen. Es müsste allerdings die Anbindung an die in Spandau vorhandenen Beteiligungsstrukturen, wie z.B. den Quartiersrat und die Aktionsfondsjury (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen 2023b), gelingen. Beteiligung benötigt nicht nur entsprechendes Personal. Es gehört auch dazu, Jugendliche im entsprechenden Alter zur

Partizipation zu befähigen, ihre Forderungen adäquat zu platzieren und sie darin zu bestärken, Expert*innen ihrer Anliegen zu werden und zu sein.

7.2 FRÜHE HILFEN ALS GEWALTPRÄVENTION

Im Bereich frühe Kindheit wird thematisiert, dass Präventionsmaßnahmen und Frühe Hilfen sinnvoller erscheinen, als zu intervenieren, nachdem eine Auffälligkeit zu Tage tritt oder das Kindeswohl gefährdet ist. Auch hinsichtlich der Verwahrlosung von Kindern kommt den Frühen Hilfen eine besondere Bedeutung zu, da z.B. im Rahmen der Kita oder in den ersten drei Schuljahren effektiver gehandelt werden kann, um einen späteren Schaden oder eine Selbstschädigung zu vermeiden.

Die stetige Prävention im Bereich frühkindliche Bildung, mit Kindern, Erziehungsberechtigten und Fachkräften, sollte ausgebaut und gesichert werden.

Hinsichtlich der Frühen Hilfen wird empfohlen, dass Sozialpädagog*innen flächendeckend und in ausreichendem Ausmaß bereits ab dem Eintritt in die Kindertagesstätten (KiTa) zum Einsatz kommen sollten. Dies wurde von Expert*innen u.a. damit begründet, dass im Kitaalltag zweimal täglich die Chance gegeben sei, die Erziehungsberechtigten anzutreffen. Diese Möglichkeit nehme bereits in der Grundschule ab. Diese Empfehlung wird auch mit Nachhaltigkeitsargumenten begründet, denn in der KiTa könnte noch reguliert werden. Im schulischen Bereich seien die Sozialpädagog*innen hingegen bereits intervenierend tätig, was als größere Belastung für alle Beteiligten empfunden wird. Familienzentren an Kitas und Grundschulen anzubinden, so wie es z.B. in Spandau Neustadt das interkulturelle Familienzentrum Lasiuszeile umsetzt, war ein weiterer Vorschlag, um Eltern früh zu erreichen, und wird von Akteur*innen vor Ort als erfolgreich bewertet.

Darüber hinaus sollte schon in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung damit begonnen werden, Kindern den richtigen Umgang mit Medien zu vermitteln – und dies unter Einbezug der Erziehungsberechtigten.

In diesem Zusammenhang unterstreichen die Befunde aus der Studie von Kliem et al. (vgl. 2018), dass sich eine sehr frühe Intervention langfristig ökonomisch auszahlt, denn Kliem et al. stellen einen Zusammenhang zwischen dem sozialökonomischen Kapital der Familien her, in denen Kinder aufwachsen, und dem Umstand, dass unter ihnen ein höheres Risiko besteht, später gewalttätig zu werden.

Diversitätssensible Familienzentren an Kitas und Grundschulen ermöglichen es, Erziehungsberechtigte niedrigschwellig zu erreichen.

Es reicht nicht, wenn Kinderrechte, Konfliktlösungsstrategien und Gewalthandeln etc. lediglich sporadisch im Bildungsverlauf von Kindern und Jugendlichen thematisiert werden. Altersgemäß sollten Gewaltpräventionsprogramme regelmäßig und wiederkehrend durchgeführt werden. Es wurde von einigen Fachkräften u.a. angeregt, die in den Bildungseinrichtungen tätigen Akteur*innen (Erzieher*innen, Lehrkräfte) langfristig mit in diese Programme einzubeziehen. Es wurde z.B. ein Schulfach „Soziales Lernen“ in Grundschulen vorgeschlagen, das für weiterführende Klassen auch politische Bildung als gewaltpräventiven Aspekt beinhalten sollte.

7.3 AUF AUGENHÖHE MIT JUGENDLICHEN

Von Seiten der Fachkräfte, die im Bereich der Jugendarbeit tätig sind, wurde betont, dass Jugendliche Rechte und Pflichten haben. Hinsichtlich dessen wurde darauf hingewiesen, dass das Einhalten und Einfordern von Regeln und die Übernahme von Verantwortung manchmal übersehen werden. Zwar sei es wichtig, mit jungen Menschen über Kinder- und Menschenrechte oder ihre Selbstbestimmung zu diskutieren, aber es müsste ebenso über ihre Strafmündigkeit diskutiert werden. Begründet wurde dies von einigen Interviewten damit, dass Kinder und

Jugendliche zunehmend von Erwachsenen zur Durchführung von Straftaten missbraucht werden. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Gerichtsbarkeit hierbei eine entscheidende Rolle spielt und entsprechend ausgestattet werden sollte.

Gewaltprävention könne und dürfe nicht nur Aufgabe der Jugendarbeit sein, denn, so die Argumentation eines Sozialarbeiters, Gewaltprävention sei nicht ihr einziges Handlungsfeld. Vielmehr hat Jugendarbeit gemäß § 1 SGB VIII den Auftrag zur Förderung der Entwicklung und Erziehung aller jungen Menschen.

Dass Befragte die teilweise fehlende Unterstützung durch Justiz, Polizei und Ordnungsamt im Umgang mit gewalttätigen Jugendlichen und jungen Männern beklagen, kann auch als Ausdruck einer durchweg deutlich gemachten Überlastung verstanden werden.

Auf manche Bewohner*innen wirken „Abhängeplätze“ als Angst- oder belastete Orte. Für Jugendliche stellen diese jedoch Freiräume dar.

Nicht missverstanden werden sollte diesbezüglich, dass es als richtig und wichtig erachtet wird, dass Jugendliche autonome Räume brauchen, in denen sie sich entfalten können, denn auf manche Menschen wirken bestimmte „Abhängeplätze“ als belastete Orte, für andere stellen diese womöglich Freiräume dar. Für Anwohner*innen oder Nutzer*innen von öffentlichen Räumen, die sich durch Jugendgruppen belästigt, gestört oder bedroht fühlen, werden Ansprechpersonen benötigt. Sie könnten eine Vermittlerfunktion zwischen divergierenden Anliegen und Bedürfnissen übernehmen, um Nutzungskonflikte situativ und vor Ort aufzulösen. Direkt für die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene sollte die Straßenarbeit dort verstärkt werden, wo es nachweislich häufiger zu Nutzungskonflikten kommt. Allerdings ist zu überprüfen, inwieweit die Träger hierfür die notwendigen Ressourcen haben oder ihre Ressourcen erweitert werden müssten.

7.4 DIE ERREICHBARKEIT DER NICHT-ERREICHBAREN

In den Befragungen der Expert*innen wurde erkennbar, dass nicht alle Zielgruppen mit für sie hilfreichen, unterstützenden und partizipativen Angeboten erreicht werden. Dies gilt auch für gewaltpräventive Maßnahmen. Geschildert wurde, dass oftmals Menschen den Weg nicht zu den richtigen Beratungsstellen finden, teils bedingt durch weite Wege, kombiniert mit einem hürdenreichen öffentlichen Nahverkehr in Spandau.

Deshalb empfahlen einige Expert*innen in weitgehender Übereinstimmung, verstärkt in die aufsuchende, niedrigschwellige Soziale Arbeit zu investieren. Hiermit könnten bislang schlecht erreichbare Zielgruppen wie Menschen mit Beeinträchtigung, Alleinerziehende und Familien mit kleinen Kindern besser angesprochen, unterstützt und begleitet werden, denn diese verfügen häufig nicht über die Kapazitäten und Ressourcen, Angebote aufzusuchen.

Im Rahmen der Lösungssuche und unter der Prämisse des allgegenwärtig präsenten Raum- und Fachkräftemangels wurde auf den Bedarf an quartiersbezogenen, niedrigschwelligen Treffpunkten, Bildung von Sprachcafés und Sprachtandems etc. als alternative Handlungsansätze hingewiesen. So ging es z.B. um den Aufbau von Nachbarschaftsnetzwerken außerhalb des behördlichen Rahmens, da viele Einrichtungen im Quartier von manchen Bevölkerungsgruppen generell gemieden werden. Hierunter fallen zum Teil sogar die Quartiersbüros, die oftmals von Unkundigen nicht zugeordnet werden könnten. Auch die Investition in Multiplikator*innen innerhalb der unterschiedlichsten Bereiche wurde immer wieder angeführt. Befürwortet wurde u.a. auch, Familienzentren nach dem Vorbild der Lasiuszeile möglichst in allen stark gewaltbelasteten Quartieren in der Planung der Stadtentwicklung mit zu denken.

Es wird vielfach gewünscht, die mobile und aufsuchende Sozialarbeit auszubauen. Auch die Anzahl von niedrigschwelligen Treffpunkten mit bedarfsgerechten Angeboten der Bevölkerung vor Ort wünschen sich viele noch dichter sein.

Bezogen auf niedrigschwellige Angebote für Familien und Erziehungsberechtigte wurde wiederholt auf die wichtige Arbeit der Stadtteilmütter hingewiesen. In der AG Familie wurde diskutiert, diese besser als „Stadtteileltern“ auszuweisen und das Konzept so zu umschreiben, dass sich auch Männer in ihrer Vaterrolle angesprochen fühlen. Alle Befragten, die sich zu dem Programm geäußert haben, waren sich darin einig, dass dieses ausgebaut werden sollte – denn es erreicht auch diejenigen Erziehungsberechtigten, die weder lesen noch schreiben können. Und eben diese Eltern brauchten dringend Unterstützung in Erziehungsfragen und bei Fragen die Schulbildung sowie zunehmend den Medienkonsum ihrer Kinder betreffend. Empfohlen wurde auch, die Stadtteilmütter besser zu honorieren.

In eine ähnliche Richtung ging der Vorschlag zur (Wieder-)Einführung von Gemeinde-Krankenpfleger*innen. Diese seien für die niedrigschwellige Erstbegutachtung von physischen Beschwerden für Menschen ohne Krankenkassenkarte eine wichtige Instanz, um diejenigen zu erreichen, die zunächst keine Ärzt*innen aufsuchen. Diese Personen können ggf. an ein passendes Angebot oder an die entsprechend richtige Stelle weiterverweisen.

Darüber hinaus wurde angeregt, Informationen zu Angeboten und Hilfeeinrichtungen auf kreativeren Wegen, z.B. in Leichter Sprache und/oder visuell mit Grafiken, zu kommunizieren. So könnten u.a. Analphabet*innen und Menschen mit geringen Deutschkenntnissen erreicht werden. Eine weitere Empfehlung lautet, Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter*innen zu gewinnen, um Informationen und Wissen unter Bewohner*innen zu streuen, die entweder keine Hilfe suchen können oder schlecht über Angebote im Quartier informiert sind (z.B. Plakate mit Kontakten aufhängen, mehrsprachige Flyer verteilen).

Insgesamt wurde in den Interviews deutlich, dass die Kommunikation zwischen Vermieter*innen/Wohnungsbaugesellschaften und ihren Mieter*innen entwicklungsbedürftig ist. Insbesondere wurde dies im Falkenhagener Feld bemängelt. Hier wurde gewünscht, dass sich Vermieter*innen/Wohnungsbaugesellschaften stärker engagieren und direkter ansprechbar sind. Aktuell gibt es nur noch ein digitales Ticketsystem für Bewohner*innen-Bedarfe und Kommunikation per E-Mail. Damit werden sowohl viele ältere Menschen als auch Menschen, die eine Sprachmittlung benötigten, von der Kommunikation ausgeschlossen.

Der Bedarf nach analoger Kommunikation und bekannten Ansprechpersonen wurde quartiersübergreifend und in den unterschiedlichsten Bereichen als Anliegen formuliert.

Im Besonderen hinsichtlich des z.T. hohen Sanierungsbedarfs, der Vermüllung und Folgen von Vandalismus, der oftmals defekten oder fehlenden Beleuchtung usw. gibt es einen großen Bedarf an erreichbaren Ansprechpartner*innen. Es werden Hausmeister*innen gefordert, die bekannt sind und entsprechende Befugnisse haben. Der Bedarf nach analoger Kommunikation und bekannten Ansprechpersonen wurde quartiersübergreifend und in den unterschiedlichsten Bereichen als Anliegen formuliert.

7.5 POLIZEI UND ORDUNGSAMT

Unterschiedlich bewerten die Interviewpartner*innen die Rolle der Polizei in den Quartieren. Im Falkenhagener Feld und in Neustadt wurde von Seiten der Träger-Vertreter*innen zurückgemeldet, dass der Kontakt zur Polizei, z.B. in den Netzwerkrunden, regelmäßig und gut sei. Es wird aber auch beklagt, dass es so etwas wie eine*n präsent*en Revierpolizist*in, der/die im Quartier bekannt sei, nicht mehr gäbe. Vertrauensbildende Maßnahmen von Seiten der Polizei sowie verlässliche Interventionen wurden als

Vertrauensbildende Maßnahmen von Seiten der Polizei sowie verlässliche Interventionen wurden als dringender Bedarf insbesondere in den Großraumsiedlungen und Punkthochhäusern des Falkenhagener Feldes benannt.

dringender Bedarf im Besonderen in den Großraumsiedlungen und den Punkthochhäusern des Falkenhagener Feldes benannt.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Vertreter*innen der Ordnungsämter hingewiesen, die z.B. im Falkenhagener Feld nicht ausreichend präsent seien und Regeln, z.B. zur Unterbindung freilaufender Kampfhunde etc., nicht durchsetzen würden.

Betont wurde, dass sich Menschen, die von Barrieren oder Marginalisierung (Beeinträchtigungen, fehlenden Sprachkenntnissen, Krankheit, Illegalität etc.) betroffen sind, eher an Menschen wenden würden, die ansprechbar sind. Deshalb wird empfohlen, verlässliche Ansprechpartner*innen regelmäßig an konkreten Orten im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen, anstatt sich auf digitale Formate des Kontaktierens zu verlassen.

Inwiefern der Vorzug von Beziehungsangeboten auf Augenhöhe ebenso auf Jugendliche zutrifft, kann kritisch hinterfragt werden. Allerdings zeichnet sich die Tendenz ab, dass sich junge Menschen, vor allem Kinder, verlässliche Ansprechpartner*innen wünschen (vgl. Manthey-Gutenberger/Mörath i. E.).

7.6 HÄUSLICHE GEWALT

Wie bereits erwähnt, wurde die Kooperation der Träger untereinander mehrfach als sehr gut dargestellt. Allerdings ist wahrzunehmen, dass bei manchen Themen, wie z.B. bei geschlechtsbezogener Gewalt, noch nicht in allen Einrichtungen, Behörden und Ämtern eine Sensibilisierung stattgefunden hat.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die öffentliche Kampagne gegen häusliche Gewalt der letzten Jahre zwar ein Schritt in die richtige Richtung gewesen sei, aber die Fort- und Weiterbildung von Fachkräften und Mitarbeitenden noch ausbaufähig seien. Hinsichtlich dessen sollte die Expertise aller Agierenden in den Quartieren im Feld der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt erweitert und auf einen Wissensstand gebracht werden.

In diesem Zusammenhang könnte z.B. der Frauenbeirat für Entwicklungen im Bezirk sowie bei der Implementierung, Begleitung und Beratung zu Gewaltpräventionsmaßnahmen stärker eingebunden werden.

Der Einbezug von Seiten der Verwaltung würde wiederum eine Aufwertung des Engagements der Arbeit darstellen, die diese und weitere Organisationen sowie Netzwerke leisten.

Spandau kann auf eine gute Kooperation zwischen Akteur*innen im Feld der häuslichen Gewalt und Gewalt gegen Frauen aufbauen. Die Fort- und Weiterbildung von kommunalen Fachkräften und Erweiterung ihrer Expertise zum Thema sind noch ausbaufähig.

7.7 GEWALT GEGEN FRAUEN/GESCHLECHTSPEZIFISCHE GEWALT

Derzeit gibt es im Bezirksamt keine Koordinationsstelle, die sich für die Umsetzung der Istanbul-Konvention einsetzen kann. Es wurde angemahnt, dass der/die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte mit nur einer Personalstelle das Themenspektrum und die Zuständigkeit nicht allein abdecken kann. Notwendig wäre, so die Befragten, dass auch in jeder Behörde eine Fachkraft berufen wird, die sich des Themas Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt als Querschnittsthema annimmt, denn bislang, so die Aussage einiger Interviewpartner*innen, gebe es diesbezüglich zu wenig erfahrene Ansprechpartner*innen in Behörden und Ämtern, von denen die Frauen unabhängig von ihren Männern bzw. Täter*innen angehört werden.

Erstrebenswert ist die Einrichtung einer Koordinationsstelle zur Umsetzung der Istanbul Konvention und die Benennung von Fachkräften in der kommunalen Verwaltung in Spandau, die Gewalt gegen Frauen als Querschnittsthema in alle Fachämter bringen.

Bedarf besteht des Weiteren an einer gesicherten Sprachmittlung für Frauen, die kein Deutsch sprechen, damit sie sich verständlich machen können. Hier gäbe es noch Informations- und Weiterbildungsbedarf der u.a. auch durch eine Stabstelle nach dem Vorbild der ‚Stabstelle Integration‘ in Spandau eingerichtet werden könnte (Bezirksamt Spandau von Berlin 2023b).

Bezogen auf Frauenhäuser wird generell angemahnt, dass es in Berlin und Spandau nicht ausreichend Schutzplätze gibt. Es wurde betont, dass die bestehenden Einrichtungen oftmals nicht barrierefrei sind.

8 AUSBLICK: PRÄVENTION GEMEINSAM GESTALTEN – EINE BEDARFSERHEBUNG FÜR SPANDAU

8.1 BETEILIGUNG IN DER KOMMUNALEN PRÄVENTION

Eine systematische und methodisch durchgeführte Analyse der subjektiven und objektiven Sicherheits- und Gewaltlage wird in der Debatte zu wirkungsvoller kommunaler Prävention einvernehmlich als wichtiger Bestandteil guter Praxis betrachtet. So führen Kahl und Kobler (2022) diese sorgfältige Situations- und Bedarfsanalyse im Rahmen ihrer Instrumentenanalyse zu kommunaler Sicherheit als zentrale Voraussetzung ein, um konkrete Handlungsbedarfe in der Kommune oder Gemeinde zu ermitteln. Sie empfehlen nachdrücklich, eine zielgerichtete und ursachenorientierte kommunale Präventionsstrategie erst auf der Grundlage einer vorangehenden Bestandsaufnahme zu entwickeln (vgl. Kahl/Kobler 2022).

Eine wirkungsvolle kommunale Prävention sollte auf der Grundlage einer sorgfältigen Situations- und Bedarfsanalyse entwickelt werden. Diese kann auch die Beteiligung der Fachpraxis und der Bürger*innen befördern und stärken.

Neben dem Aspekt der Wissens- und Evidenzbasierung kann eine entsprechende Situations- und Bedarfsanalyse aber auch weitere Funktionen erfüllen. Sie kann nämlich ein Schritt der Einbeziehung und Beteiligung der lokalen Bürgergesellschaft sowie der Fachpraxis sein.

Um den Stellenwert dieser Aspekte zu verstehen, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass kommunale Prävention nicht nur bedeutet, Präventionsmaßnahmen im kommunalen Raum oder im Auftrag der Kommune umzusetzen. Vielmehr ist eine der Grundideen kommunaler Prävention, die Kommune als Beteiligte in die Entwicklung von Gewaltpräventionskonzepten einzubeziehen. Dahinter steht der Gedanke, kommunale Sicherheit – und Prävention – nicht nur als exklusive Aufgabe von Sicherheitsbehörden wie der Polizei zu verstehen, sondern als das Ergebnis der Zusammenarbeit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure, unterschiedlicher Verwaltungsbereiche aber auch zivilgesellschaftlicher Akteure.

„Urbane Sicherheit“ und ein friedliches, gewaltarmes Zusammenleben im Bezirk kann also als „Koproduktion“ verstanden werden, als Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung von Sicherheitsbehörden, von Zivilgesellschaft, Verwaltung und sozialen Diensten. Beteiligung wird in diesem Rahmen immer wieder als wichtiges Element von Kooperation genannt. Dabei werden formelle Beteiligungsverfahren oftmals auch durch informelle Formen der Beteiligung ergänzt. Solche Bottom-up-Prozesse umfassen eine konkrete Mitwirkung vieler Personen und damit potenziell auch ein Moment der Aktivierung und des Empowerments.

Es bestehen viele unterschiedliche Beteiligungsverfahren. Beteiligungsverfahren finden z.B. in Form von Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, Partizipationsworkshops oder Fachbeiräten statt. Welche Verfahren der Beteiligung aber jeweils geeignet und zielführend sind, ist eine alles andere als triviale, leicht zu beantwortende Frage. Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Beteiligung ist zunächst kein Selbstläufer. Soll sie gut umgesetzt werden, kann sie erhebliche Ressourcen beanspruchen, etwa für die Vorbereitung, die Prozessbegleitung und Moderation sowie die Auswertung und Operationalisierung. Zeitliche und personelle Ressourcen sind allerdings auch im Präventionsbereich ein knappes Gut. Die beteiligungsorientierte Konzipierung von Prävention muss sich also einer Kosten-Nutzen-Abwägung stellen und sollte tatsächlich einen greifbaren, positiven Zusatznutzen generieren.

Beteiligung in der Prävention klingt gut – ist aber oftmals ein aufwendiger, voraussetzungsreicher und zum Teil auch ambivalenter Prozess.

Beteiligung kann in der Auseinandersetzung mit Fragen von Sicherheit und Gewalt auch hochambivalente Prozesse induzieren, die mit fachlichen und professionellen Kriterien in Konflikt

geraten können. Prävention kann im Rahmen einer offenen Bürger*innen-Beteiligung beispielsweise als Kummerkasten für allerlei Alltagsorgen instrumentalisiert werden – von Hundekot bis Jugendlärm –, die in einer stärker professionell reflektierten Perspektive nicht unbedingt im Mittelpunkt stehen würden. Zudem sollte gewährleistet sein, dass insbesondere offene Beteiligung auch eine diskursive Prüfung von Wünschen und Erwartungen erlaubt. Kommunale Prävention kann sonst zum Auffangbecken von Ängsten vor sozialem Wandel werden, die sich beispielsweise gegen als beunruhigend wahrgenommene, schwache soziale Gruppen richten.

Die Befragung richtet sich an Stakeholder der Prävention, also an bereits aktive Fachakteure, nicht an die gesamte Spandauer Bürgerschaft.

Obwohl Beteiligung also nicht ohne Einschränkung und weitere Qualifizierung automatisch als anstrebenswert betrachtet werden kann, sollte sie in der kommunalen Prävention angemessen berücksichtigt und umgesetzt werden. Jenseits einer unregulierten Bürgerinnenbeteiligung könnte etwa die Ansprache stärker verfasster Gremien ein erster Schritt sein. Dabei kann es sich bspw. um Seniorenbeiräte, Integrationsbeiräte oder Vertreter*innen von bürgerschaftlichem Engagement handeln, die in geeigneter Form jeweils ihre Sicht und ihre Bedarfe bezüglich kommunaler Präventionsstrukturen und -maßnahmen in laufende Planungsprozesse einbringen können. Selbstverständlich ist auch die Beteiligung und Mitwirkung der bezirklichen Fachpraxis an den Sitzungen des kommunalen Präventionsrats ein weiterer wichtiger Schritt. Diese Beteiligung kann sich auch primär auf den Informationsaustausch und die wechselseitige Abstimmung beziehen. Sie muss daher nicht zwingend mit der erforderlichen Unvoreingenommenheit von Vergabeentscheidungen über bezirkliche Zuwendungen und Förderungen in Konflikt treten.

Wissenschaftliche Befragungen und Erhebungen zur Situations- und Bedarfsanalyse können bisher nicht beteiligten Akteuren eine Stimme verleihen und als grundlegendes Beteiligungsinstrument fungieren.

Jenseits der genannten Schritte kann auch die wissenschaftsbasierte Befragung ein Instrument der Beteiligung sein. Nachfolgend soll in diesem Sinn das Instrument einer Stakeholder-Befragung vorgestellt werden. Eine Stakeholder-Befragung, die sich an die ganze Breite der bezirklichen Fachpraxis mit Bezügen zur Prävention richtet, soll nämlich als Fortschreibung des vorliegenden Präventionsreports bereits im Jahr 2024 eine breite Einbindung gewährleisten. Diese Bedarfsanalyse richtet sich einerseits auf die Ausgestaltung und Bewahrung der bereits bestehenden Angebote, aber auch auf die Wahrnehmung der Situation und der Problemlagen im Bezirk sowie die Erwartungen an die Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention und den Gewaltpräventionsrat. Sie ist damit ein Grundstein für ein perspektivenreiches und erfahrungsgesättigtes Lagebild sowie für die Identifizierung besonders brennender Bedarfe.

Zur Fortschreibung des Präventionsreports ist für 2024 eine onlinebasierte Situations- und Bedarfserhebung geplant. Der Fragebogen ist bereits in dieser Ausgabe dokumentiert.

8.2 STAKEHOLDER-BEFragung ALS BETEILIGUNGSVERFAHREN FÜR SPANDAU

Reale Beteiligungs- und Anhörungsverfahren erfordern eine sorgfältige Abwägung ihrer Ziele, Modalitäten und Verwendungen. Dabei müssen Fragen danach beantwortet werden, wer Zugang zur Beteiligung hat (und wer nicht), auf welche Themen die Beteiligung sich bezieht und auch, welche Folgen und Konsequenzen Beteiligungsverfahren haben. Scheinpartizipation und Ankündigungspolitik ohne merkliche Effekte sind Königswege zur Entmutigung von Engagement. Mit dem Instrument einer Stakeholder-Befragung wird daher hier ein Weg vorgeschlagen, der für das noch junge Handlungsfeld der kommunalen Gewaltprävention einen guten, niedrighschwelligsten Einstieg und praktikablen Weg darstellt.

Hinsichtlich der Teilnehmenden richtet sich das vorgeschlagene Verfahren in erster Linie an Fachakteure, also sog. Stakeholder, die selbst aktiv im Handlungsbereich sind. Dieser Begriff

ist sicherlich interpretationsoffen und kann auch flexibel gehandhabt werden, dazu unten mehr. Klar ist jedenfalls, dass der Vorschlag sich nicht auf die Beteiligung der Bürgerschaft in ihrer Gänze bezieht, sondern nur auf einen besonders qualifizierten Teil der Aktivbürger-schaft. Die Berechtigung noch offenerer, noch inklusiverer Verfahren soll damit nicht in Abrede gestellt werden. Sie scheinen derzeit aber insbesondere auf der gesamtbezirklichen Ebene für das Handlungs-feld der Gewaltprävention nicht zielführend. Erste Schritte in diese Richtung könnten zu einem späteren Zeitpunkt Verfahren darstellen, die sich auf Bewohnende nur eines bestimmten Quartiers richten oder auf bestimmte Alters- und Funktionsgruppen (Jugendliche, Schüler*innen etc.).

Bereits die Erstellung der vorliegenden Ausgabe des Präventionsreport Spandau hat Dialogprozesse im Bezirk angeregt und Fragen der Gewaltprävention auf die Agenda gesetzt, diesen Prozess schreibt die Bedarfserhebung fort.

Hinsichtlich seiner Thematik richtet sich das Verfahren sowohl auf den Stand der Präventionsangebote im Bezirk wie auch auf die Erfassung bestehender Problemlagen im Kontext von Gewalt und Sicherheit. Die thematische Fokussierung ergibt sich hier relativ klar aus dem Zugschnitt des Handlungsfelds Gewaltprävention. Bemerkenswert ist allerdings, dass es sich nicht nur um eine sog. „Sicherheitsbefragung“ handelt, sondern dass explizit auch Bedarfe und Handlungsoptionen sondiert werden. Es geht also um Probleme und um Lösungsansätze gleichermaßen.

Schließlich richtet sich das Verfahren hinsichtlich seiner Ziele und Zwecke insbesondere auf die Wissensgenerierung und Perspektivenverschränkung. Es geht also bspw. nicht um eine Abstimmung und Mitentscheidung über ein konkretes Fördervorhaben, sondern um die Schaffung von Erkenntnisgrundlagen, die den im Bezirk mandatierten Akteuren – insbesondere den Mitgliedern des Gewaltpräventionsrats – im Idealfall bessere und fundiertere Entscheidungen ermöglichen. Das Befragungs- und Beteiligungsverfahren stellt also die Legitimität der formellen verwaltungsinternen Entscheidungswege nicht in Frage, es soll diese nicht ersetzen, sondern sie anreichern und qualifizieren.

Die Ergebnisse der Befragungen sollen die Entscheidungsprozesse in der Kommune unterstützen, vor allem im bezirklichen Gewaltpräventionsrat.

Was kann aber nun unter Stakeholder*innen-Engagement verstanden werden? Stakeholder*innen sind Menschen, die entweder von anderen beeinflusst werden oder andere beeinflussen. Sie vertreten sicherlich auch eigene Interessen, insbesondere aber diejenigen ihrer jeweiligen Träger, Unternehmen etc. Sie zu involvieren ist nicht zuletzt deshalb sinnvoll, weil sie Erfolge behindern oder voranbringen können. Der Umstand, dass Stakeholder ex definitionem nicht nur das Gemeinwohl im Blick haben, sondern – wie alle anderen Akteure – auch Eigeninteressen verfolgen, sollte bei der Interpretation und Auswertung von Ergebnissen berücksichtigt werden, relativiert die hohe Bedeutung der Stakeholder-Perspektive aber in keiner Hinsicht. Eigene Interessen der Stakeholder können sich beispielsweise auf die Implementierung von Angeboten, für die eine besondere Expertise vorliegt, sowie auf deren Finanzierung beziehen.

„Stakeholder*innen-Engagement“ ist dabei idealtypisch ein umfassender Ansatz und ein kontinuierlicher Prozess, der unterschiedliche Grade der Involviertheit als auch unterschiedliche Stufen des Einflusses der Beteiligten umfassen kann. Die Werte, die solch ein Prozess hervorbringen kann, sind u.a. Repräsentativität, Transparenz, Zugänge und Öffnung sowie Nachhaltigkeit (vgl. Franklin 2020).

Bereits im Prozess der Erstellung des vorliegenden Präventionsreports 2024 bildete das Prinzip der Förderung des Stakeholder*innen-Engagements ein wichtiges methodisches Kriterium. Die Erhebung von Informationen über die Lage im Bezirk durch Interviews und Gruppendiskussionen wurde so angelegt, dass sie zugleich Rückkanäle der Mitwirkung eröffnet. Auch bei der Ergebnisdarstellung in Form eines mehrteiligen Präventionsreports war dieser Transfergedanke leitend. Parallel zu den hier berichteten Erhebungen wurde zudem ein Erhebungsinstrument entwickelt, dessen Reichweite potenziell nochmals deutlich höher ist als die von qualitativen

Befragungen. Um niedrigschwellige Zugänge der Beteiligung anzubieten, wurde das Tool zur Stakeholder-Befragung zudem digital zugänglich angelegt. Der Fragebogen kann also jederzeit und von jedem Ort – soweit Internetzugang besteht – aufgerufen und auch durch Personen bearbeitet werden, die nicht persönlich angeschrieben und zur Teilnahme eingeladen werden.

Inhaltlich bezieht sich die Befragung – wie oben bereits angedeutet wurde – auf drei unterschiedliche Themenfelder.

Zunächst werden Merkmale und Ziele der jeweiligen Einrichtung abgefragt. Dieser Bereich soll Informationen zur Ausgestaltung der Angebotslandschaft in Spandau erbringen und auch bei der Identifizierung möglicher Lücken helfen. Dabei geht es beispielsweise um jeweilige thematische Schwerpunkte, um die konkreten Zielgruppen oder die räumliche Verortung und Reichweite der Angebote. Neben fachlichen Fragen werden auch strukturell-organisationale Aspekte berücksichtigt, bspw. Umfang und Form der jeweiligen Finanzierung oder der Umfang der Personaldecke.

In einem weiteren Teil werden Bedarfe und Situationseinschätzungen erhoben. Dabei geht es grundsätzlich um die Wahrnehmung der Sicherheit in Spandau, um Veränderungen im Zeitverlauf, um etwaige räumliche Schwerpunkte von Unsicherheit und Konflikten, aber auch um differenzierte Einschätzungen in Hinblick auf unterschiedliche Erscheinungsformen von Gewalt – etwa im öffentlichen Raum oder im häuslichen Umfeld. Diese Wahrnehmungen werden in einer pragmatischen Wendung mit der Sondierung von Bedarfen und der Frage nach Handlungsoptionen eng verzahnt: Dabei geht es wiederum um Bedarfseinschätzungen, die nach Zielgruppe, Gewalt- und Diskriminierungsform oder örtlichem Kontext etc. differenziert sind und auch die Bewertung der Dringlichkeit konkreter Angebotsformate oder struktureller Weiterentwicklungen der Präventionslandschaft umfassen.

In einem dritten Teil werden Fragen zur Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention formuliert – u.a. zur Transparenz und Relevanz ihrer Arbeit und auf sie gerichtete konkrete Wünsche und Erwartungen.

Die Konzeption des Fragebogens basiert neben eigenständigen konzeptionellen und fachlichen Überlegungen auch auf leitfadengestützten Interviews mit Expert*innen in drei Spandauer Quartieren sowie auf mehreren Fachgesprächen und Fachrunden. Eine erste Version des Online-Tools wurde im Rahmen eines Pre-Tests mit Stadtteilkordinator*innen geprüft. Die Rückmeldungen der Teilnehmer*innen dieses ersten Durchgangs flossen in die Weiterentwicklung des Fragebogens ein. Der unten dargestellte Fragebogen stellt eine Beta-Version dar. Er ist bereits ohne Einschränkung einsetzbar und überprüft, kann vor seiner praktischen Nutzung aber auch ergänzt und verändert werden, bspw. um Bedürfnissen des Spandauer Gewaltpräventionsrats umfassender Rechnung zu tragen. Neben der hier dokumentierten „Paper & Pencil“-Version wurde auch eine digitale Version erstellt, die mithilfe der Umfrage-Software „Lime Survey“ programmiert wurde. Sie kann unter dem untenstehenden Link eingesehen werden, ist zugleich ebenfalls als Beta-Version zu verstehen und noch änderungsfähig.

Abbildung 59: Fragebogen zur Bedarfserhebung und Stakeholder*innen-Befragung

Die Online-Version des Fragebogens zur Bedarfserhebung kann unter folgendem Zugangslink aufgerufen werden: <https://camino-werkstatt.limequery.com/625842>

Der Zugangslink kann auch direkt über folgenden QR-Code aufgerufen werden:



Ihre Einrichtung:

In diesem Frageblock möchten wir Sie bitten, uns Angaben zu Ihrem Tätigkeitsfeld, Ihrer Einrichtung, Ihrem Projekt oder Ihren Angeboten mitzuteilen.

1. In welchem Bereich ist Ihre Einrichtung tätig? (Mehrfachangaben mögl.)

- Bildung und Erziehung
- Familie
- Frauen und Gleichstellung
- Gesundheit
- Integration und Migration
- Jugend
- Senior*innen und Alter
- Sicherheit und Ordnung
- Sport
- Stadt- und Quartiersentwicklung
- Sonstiges, und zwar: _____

2. Bitte beschreiben Sie Ihr Angebotsprofil mit drei Stichpunkten.

-
-
-

3. An welche Altersgruppe richtet sich Ihr Angebot? (Mehrfachangaben möglich)

- Gesamte Altersspanne
- Kinder unter 6 Jahren
- Kinder von 6 bis unter 14 Jahren
- Jugendliche von 14 bis 18 Jahren
- Junge Erwachsene von 18 bis 27 Jahren
- Erwachsene ab 27 bis 65 Jahren
- Senior*innen ab 65 Jahren
- Sonstiges, und zwar: _____
- Keine Angabe

4. Hat Ihr Angebot einen regionalen Fokus? (Bezieht sich Ihr Angebot bspw. auf ein sozial benachteiligtes Quartier, ein QM-Gebiet oder Vergleichbares?)

- Ja, unser Angebot hat einen regionalen Fokus
- Nein, unser Angebot richtet sich an den ganzen Bezirk Spandau
- Keine Angabe

5. Wenn F4 Ja: Bitte geben Sie an, in welcher Region Ihre Einrichtung tätig ist. (Zutreffendes auswählen, Mehrfachangaben möglich.)

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Brunsbütteler Damm | <input type="checkbox"/> Siemensstadt |
| <input type="checkbox"/> Falkenhagener Feld Ost | <input type="checkbox"/> Spandau Mitte |
| <input type="checkbox"/> Falkenhagener Feld West | <input type="checkbox"/> Wilhelmstadt |
| <input type="checkbox"/> Gatow-Kladow | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |
| <input type="checkbox"/> Hakenfelde | |
| <input type="checkbox"/> Haselhorst | |
| <input type="checkbox"/> Heerstraße Nord | |

6. Wie viele Personen arbeiten in Ihrer Einrichtung?

Bitte geben Sie die ungefähre Größenordnung in Vollzeit-Äquivalenten (VZÄ = Vollzeitstellen) an. (Gemeint ist jeweils ihre konkrete Einrichtung, nicht ihre Trägerorganisation, Verwaltung o.Ä.)

TEXTFELD

7. Wie ist Ihr Angebot finanziert?

- Leistungsvertrag
- Zuwendungsvertrag
- Senatsmittel
- Bezirksmittel
- EU-Gelder
- Drittmittel
- Mischfinanzierung
- Sonstige Mittel, und zwar: _____
- Keine Angabe

8. Handelt es sich um ein dauerhaftes Angebot oder um eine befristete Maßnahme?

| Dauerhaft/Regelfinanziert/Verstetigt | Befristet | Keine Angabe |
|--------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

9. Welche Priorität nimmt Gewaltprävention derzeit in Ihrem Angebot ein?

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Sehr geringe Priorität | <input type="checkbox"/> Hohe Priorität |
| <input type="checkbox"/> Geringe Priorität | <input type="checkbox"/> Sehr hohe Priorität |
| <input type="checkbox"/> Mittlere Priorität | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |

10. Hat Ihre Einrichtung bereits Förderungen für spezifisch gewaltpräventive Angebote erhalten?

| Ja | Nein | Keine Angabe |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Wenn F8 Ja: Bitte beschreiben Sie stichwortartig, wofür Sie konkret gefördert wurden.

TEXTFELD

Bedarfe im Handlungsfeld Gewaltprävention

11. Geben Sie bitte an, wie sich nach Ihrer Meinung in den letzten Jahren das Sicherheitsgefühl der Menschen in Spandau entwickelt hat. Nach meiner Einschätzung fühlen sich die Menschen in Spandau derzeit ...

| Deutlich unsicherer | Etwas unsicherer | Etwa wie bisher | Etwas sicherer | Deutlich sicherer | Keine Angabe |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> |

12. An welchen konkreten Orten fühlen sich die Menschen in Spandau unsicher? (Bitte nennen Sie z.B. bestimmte Straßen, Parks etc. und geben Sie pro Textfeld nur einen Ort an.)

Ort 1
Ort 2
Ort 3

13. Wie schätzen Sie aktuell den zusätzlichen Bedarf an gewaltpräventiven Angeboten in Spandau ein?

- Sehr gering
- Gering
- Mittel
- Hoch
- Sehr hoch
- Keine Angabe

14. In welchen Bereichen sehen Sie momentan in Spandau den dringlichsten Handlungsbedarf in Bezug auf Gewaltprävention und -bekämpfung? Sie können bis zu drei Bereiche auswählen.

- Jugendgewalt
- Gewalt an Kitas und Schulen
- Partnerschaftsgewalt und innerfamiliäre Gewalt
- Gewalt in der Erziehung/im Kinderschutz
- Gewalt im öffentlichen Raum
- Gewalt gegen marginalisierte Gruppen und Minderheiten
- Digitale Gewalt/Gewalt im Internet
- Politisch motivierte Gewalt, Radikalisierung
- Sonstige Bereiche, und zwar: _____
- Keine Angabe

15. Welche Angebote im Bereich Gewaltprävention wären Ihrer Meinung nach für Spandau sinnvoll? (Bitte Zutreffendes auswählen, Mehrfachangaben möglich)

- Angebote zur Qualifizierung von Fachkräften
- Angebote zur Vernetzung
- Beratungsangebote
- Beteiligungsangebote
- Informationsangebote
- Öffentlichkeitsarbeit gegen Gewalt, Aufklärungskampagnen
- Opferhilfe, Hilfe für Betroffene
- Täterbezogene Angebote (z.B. für straffällige Jugendliche, Männer)
- Sonstige Angebote, und zwar: _____
- Keine Angabe

16. Welche der folgenden Gruppen werden Ihrer Wahrnehmung nach von bisherigen Angeboten und Hilfen nur schlecht oder gar nicht erreicht, obwohl es Bedarfe gäbe? (Bitte Zutreffendes auswählen, Mehrfachantworten möglich)

| | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Eltern | <input type="checkbox"/> Jungen/Männer |
| <input type="checkbox"/> Geflüchtete | <input type="checkbox"/> LGBTIQ*-Personen |
| <input type="checkbox"/> Heranwachsende/junge Menschen | <input type="checkbox"/> Menschen mit Behinderung |
| <input type="checkbox"/> Jugendliche | <input type="checkbox"/> Multiplikator*innen |
| <input type="checkbox"/> Kinder | <input type="checkbox"/> Schüler*innen allgemein |
| <input type="checkbox"/> Mädchen/Frauen | <input type="checkbox"/> Sonstige, und zwar: |

17. Bei welchen Diskriminierungsformen sehen Sie offene Präventionsbedarfe? (Bitte Zutreffendes auswählen, Mehrfachantworten möglich)

| |
|--|
| <input type="checkbox"/> Rechtsextremismus |
| <input type="checkbox"/> Rassismus |
| <input type="checkbox"/> Fremdenfeindlichkeit |
| <input type="checkbox"/> Antiziganismus (Rassismus gegen Roma und Sinti) |
| <input type="checkbox"/> Islamfeindlichkeit/Antimuslimischer Rassismus |
| <input type="checkbox"/> Sexismus/Frauenfeindlichkeit/Antifeminismus |
| <input type="checkbox"/> LSBTIQ*-Feindlichkeit |
| <input type="checkbox"/> Abwertung von Obdachlosen/Sozialdarwinismus |
| <input type="checkbox"/> Abwertung von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit |
| <input type="checkbox"/> Abwertung von Menschen mit Behinderung |
| <input type="checkbox"/> Sonstige Diskriminierungsformen, und zwar: Bitte hier Antwort eingeben. |
| <input type="checkbox"/> Keine Angabe |

18. Kennen Sie ein bestimmtes Projekt zur Gewaltprävention, welches Sie gerne in Spandau implementieren würden?

| | |
|---|---------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Ja und zwar: _____ | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |
| <input type="checkbox"/> Nein | |

19. Bitte bewerten Sie folgende Aussagen: Die Weiterentwicklung der gewaltpräventiven Angebotslandschaft in Spandau wird behindert durch...

| | Trifft über- haupt | Trifft e- her nicht zu | Trifft eher zu | Trifft voll und ganz zu | Keine Angabe |
|--|-----------------------|------------------------------|-------------------|-------------------------------|-----------------|
| ... fehlende Netzwerke und fachliche Kontakte. | | | | | |
| ... einen Mangel an Fördermöglichkeiten allge- mein. | | | | | |
| ... die generellen Fördermodalitäten (Befristun- gen, Anforderungen etc.). | | | | | |
| ... eine hohe Arbeitsbelastung bei Trägern und Einrichtungen. | | | | | |
| ... einen Mangel an qualifizierten Fachkräften. | | | | | |
| ... einen Mangel an geeigneten Räumlichkeiten (Veranstaltungsorte, Treffpunkte). | | | | | |
| ... einen Mangel an wirkungsvollen Maßnahmen. | | | | | |
| ... Verwaltungsanforderungen und Aufwand für Akquise. | | | | | |
| ... sonstige Aspekte, welche die Weiterentwick- lung der gewaltpräventiven Angebotslandschaft in Spandau behindern | | | | | |

| Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention: | | | |
|---|---|---------------------------------------|--|
| Im Folgenden möchten wir Ihr Feedback zum Tätigkeitsbereich des Gewaltpräventionsrates in Spandau einholen | | | |
| 20. Im Jahr 2020 wurde in Spandau ein bezirklicher Präventionsrat eingerichtet, mittlerweile besteht zudem eine Arbeitsstelle Gewaltprävention im Bezirksamt. Fühlen Sie sich ausreichend über diese Vorgänge im Bezirk informiert? | | | |
| <input type="checkbox"/> Nein, überhaupt nicht | <input type="checkbox"/> Eher nein | <input type="checkbox"/> Eher ja | <input type="checkbox"/> Voll und ganz |
| <input type="checkbox"/> Teils teils | | <input type="checkbox"/> Keine Angabe | |
| 21. Wie bewerten Sie aus der Perspektive Ihrer Einrichtung die Verstärkung von Gewaltprävention im Bezirk Spandau? | | | |
| <input type="checkbox"/> Gar nicht sinnvoll | <input type="checkbox"/> Nicht sinnvoll | <input type="checkbox"/> Sinnvoll | <input type="checkbox"/> Sehr sinnvoll |
| | | | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |
| 22. Welche Informationsangebote zum Thema Gewaltprävention im Bezirk sollten Ihrer Meinung ausgebaut werden? (Bitte Zutreffendes auswählen, Mehrfachangaben möglich) | | | |
| <input type="checkbox"/> Aussagekräftige Webseite / Webangebot <input type="checkbox"/> Fachtage zu Gewaltprävention im Bezirk <input type="checkbox"/> Informationsmaterialien <input type="checkbox"/> Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit gegen Gewalt <input type="checkbox"/> Regelmäßiger Newsletter <input type="checkbox"/> Statistiken und Informationen zur Gewaltbelastungen in den Quartieren <input type="checkbox"/> Überblick über Präventionsangebote im Bezirk und Adressen gegen Gewalt <input type="checkbox"/> Vernetzungs- und Dialogrunden <input type="checkbox"/> Keine dieser Informationsangebote sollten ausgebaut werden <input type="checkbox"/> Keine Angabe | | | |
| 23. Wenn Sie bestimmte Wünsche und Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung einer Spandauer Arbeitsstelle Gewaltprävention haben, notieren Sie diese bitte nachfolgend: | | | |
| TEXTFELD | | | |
| Abschließend haben wir noch einige kurze Fragen zu Ihrer Person. | | | |
| 24. Welchem Geschlecht fühlen Sie sich zugehörig? | | | |
| Divers | Männlich | Weiblich | Keine Angabe |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 25. Wie alt sind Sie? | | | |
| TEXTFELD | | | |
| 26. Damit wir nachvollziehen können, aus welcher Perspektive Sie auf Ihr Tätigkeitsfeld blicken, würden wir Sie bitten, Ihre Berufsqualifikation oder -bezeichnung zu nennen (z.B. Erzieher*in, Soziolog*in etc.). | | | |
| TEXTFELD | | | |
| 27. Was möchten Sie uns noch zu dieser Befragung mitteilen? | | | |
| TEXTFELD | | | |

Obwohl an dieser Stelle zunächst eine bewusst als vorläufig definierte Version des Erhebungstools zur Stakeholder-Befragung vorgestellt wird, ist im Zuge der Erstellung des Präventionsreports Spandau 2024 bereits eine Road-Map zu dessen Finalisierung und Umsetzung konzipiert worden. Der Fragebogen kann zuvor den Mitgliedern des Spandauer Gewaltpräventionsrats vorgelegt und abgestimmt werden. Im Anschluss wird die finale Version des Online-Tools programmiert. Die Abstimmung und Finalisierung des Fragebogens ist für den Beginn des Jahres 2024 vorgesehen.

Die Feldphase der Stakeholder*innen-Befragung soll in der ersten Hälfte des Jahres 2024, idealerweise innerhalb des zweiten Quartals, erfolgen. Angesichts des beteiligungsoffenen Verfahrens bietet sich eine längere Feldzeit an, die vier bis fünf Wochen keinesfalls unterschreiten sollte. Die onlinebasierte Abfrage wird über einen Mail-Verteiler an Spandauer Fachakteure versendet und kann durch diese auch weitergeleitet werden. Die Beteiligungsquote kann darüber hinaus beispielsweise durch einen offenen Call des Jugendamt Spandaus und des Gewaltpräventionsrats erhöht werden.

Die Umsetzung der Bedarfserhebung ist in der ersten Jahreshälfte 2024 vorgesehen. Die Ergebnisse sollen anschließend auf einem Fachtag mit Spandauer Präventionsakteuren diskutiert und bewertet werden.

Obwohl die Folgeausgabe des Präventionsreports erst Ende des Jahres 2024 erstellt wird, sind Vorauswertungen der Stakeholder-Befragung bereits zuvor möglich und vorgesehen. Ergebnisse der Vorauswertungen sollen nämlich im Rahmen einer Fachveranstaltung mit Stakeholder*innen direkt diskutiert, bewertet und in praktische Empfehlungen übersetzt werden. Über ein geeignetes Veranstaltungsformat (Fachtag, Zukunftswerkstatt o.Ä.) soll also mit ca. 50 Präventionsakteur*innen der beteiligungsorientierte Dialog fortgeführt und die Einschätzung der Situation in Spandau weitergehend abgestimmt werden. Über themenbezogenen Workshops beispielsweise zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, zu Jugendgewalt und Gewalt im öffentlichen Raum, können die Expert*innen-Einschätzungen in diesem Rahmen auch weiter fokussiert und operationalisiert werden.

In der Folgeausgabe des Präventionsreports zum Ende des Jahres 2024 sollen in diesem Sinn nicht nur statistische Auswertungen und Befunde der Stakeholder*innen-Befragung vorgestellt werden, sondern auch deren Bewertung und Übersetzung durch die Fachakteure aus Spandau. Das Beteiligungsverfahren erstreckt sich also nicht nur auf die Erhebung von Informationen, sondern auch auf deren Bewertung, die in Empfehlungen für den Bezirk Spandau und den Spandauer Gewaltpräventionsrat überführt werden.

9 LITERATUR

Abgeordnetenhaus Berlin (2018): Drucksache 18/13976. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Maren Jasper-Winters (FDP) zum Thema Die Gewaltschutzambulanz nach 4 Jahren vom 10. April 2018 und Antwort vom 24. April 2018. Abgeordnetenhaus Berlin.

<https://bit.ly/3olcrsZ>, 30.09.2021.

Abgeordnetenhaus Berlin (2021): Drucksache 18/27497. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katrin Seidel (LINKE) zum Thema Kinderarmut in Berlin 2020 vom 03. Mai 2021 und Antwort vom 12. Mai 2021. Abgeordnetenhaus Berlin.

Abgeordnetenhaus Berlin (2023a): Drucksache 19/16169. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katrin Seidel (LINKE) zum Thema Kinderarmut in Berlin 2022 vom 17. Juli 2023 und Antwort vom 31. Juli 2023. Abgeordnetenhaus Berlin.

Abgeordnetenhaus Berlin (2023b): Spandau: Kriminalitätsentwicklung 2023. Schriftliche Anfrage vom 14. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. November 2023) und Antwort vom 27. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Nov. 2023) Drucksache 19 / 17 344. <https://t1p.de/4l4uj>, 20.12.2023.

Aehnel, Reinhard/Föste, Daniel/Pröttsch Janina (2018): Gutachten zur Verstetigungsreife in ausgewählten Programmgebieten der Sozialen Stadt. <https://t1p.de/z8qn6>, 30.12.2023

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, berechnet auf Basis der Daten der Bundesagentur für Arbeit (2023): Arbeitslose in Berlin am 31. Dezember 2022 nach ausgewählten Merkmalen sowie Personen in Bedarfsgemeinschaften zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II in Berlin am 31.12.2022. Unveröffentlichte Statistik. Berlin.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023a): Daten der Einwohnerregisterstatistik Berlin. Stichtag jeweils 31.12. Berlin.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023b): Melderechtlich registrierte Einwohner*innen am Ort der Hauptwohnung in Berlin am 31.12.2022 nach Altersgruppen. Berlin.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023c): Statistischer Bericht A I 5 – hj 1 / 23. Einwohnerregisterstatistik Berlin 30. Juni 2023. <https://t1p.de/rne50>, 20.12.2023.

Berliner Forum Gewaltdelinquenz (2023): Monitoring Gewaltdelinquenz 2023, Teil II: Gewalt und Prävention in den Berliner Bezirken 2023. Berlin.

Berliner Forum Migrantinnenprojekte (2019): Sitzung des Frauenpolitischen Beirats am 19.11.2019, Vortrag: Religiöse und andere konservative Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf Mädchen und Frauen, unveröffentlichtes Manuskript. <https://t1p.de/ppm4v>, 28.12.2023.

Bezirksamt Spandau (2020): Bezirksamtsvorlage vom 2. Juni 2020. Berlin.

Bezirksamt Spandau von Berlin (Hrsg.) (2021): Soziale Erhaltungsverordnung "Spandauer Neustadt". <https://t1p.de/ibhe6>, 18.12.2023.

Bezirksamt Spandau von Berlin (2021): Bezirksregionenprofil Heerstraße Nord – Teil 1. Berlin <https://t1p.de/mbhlm>, 28.12.2023.

Bezirksamt Spandau von Berlin (Hrsg.) (2022): Bevölkerung. <https://t1p.de/967gb>, 20.12.2023.

Bezirksamt Spandau von Berlin (Hrsg.) (2023a): Fachbereich 3: Soz 32 - Wohnungslosenhilfe, Wohnungsnotfälle, Beratung von Mietschuldnern, Unterbringung obdachloser Personen. <https://t1p.de/oq2ei>, 22.12.2023.

Bezirksamt Spandau von Berlin (Hrsg.) (2023b): Stabsstelle Integration. <https://t1p.de/qd4ow>, 22.12.2023.

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden.

- Bohnsack, Ralf (2010): Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in qualitative Methoden. Opladen.
- Bündnis Istanbul-Konvention (2021): Alternativbericht zur Umsetzung des Übereinkommens des Europäischen Rats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2008): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): Quartiersmanagement Soziale Stadt - Eine Arbeitshilfe für die Umsetzung vor Ort. <https://t1p.de/pwa7f>, 21.12.2023.
- Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (2023): Ursachen der Silvesterkrawalle. Die sozialräumlichen Hintergründe von Straßengewalt. Analysen und Argumente. <https://t1p.de/zmgz7>, 22.12.2023.
- Evangelischer Kirchenkreis Spandau (Hrsg.) (2023): Kita-Sozialarbeit. <https://t1p.de/a2qsa>, 21.12.2023.
- Flick, Uwe (2011): Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines (2012): Qualitative Forschung – Ein Handbuch (9. Auflage). Hamburg.
- Franklin, Aimee L. (2020): Stakeholder Engagement. Springer Nature.
- Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V. (2023): Treffpunkt. Ausgabe Herbst 2023. Berlin.
- GeSop mbH (Hrsg.) (2019): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept Falkenhagener Feld Ost. Berlin.
- Görke, Andre (2023): Polizei-Einsätze auf Spandaus Schulhöfen: Blaulicht, Gangs und Jugendgewalt, oder was? Der Tagesspiegel. (13. September 2023) <https://t1p.de/ybt31>, 22.12.2023.
- Helfferrich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden.
- Helfferrich, Cornelia (2014): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, N.; Blasius, J. (2019): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden.
- Jugendwohnen im Kiez e.V. (Hrsg.) (2023): Familienzentrum Kita Lasiuszeile - Jugendwohnen im Kiez. <https://t1p.de/2r46a>, 19.12.2023.
- juris GmbH (2023): Berliner Vorschriften- und Rechtsprechungsdatenbank. <https://t1p.de/19i6u>, 27.12.2023.
- Kahl, Wolfgang/Kobler, Markus (2022): Instrumente für kommunale Sicherheitsanalysen im Vergleich. <https://t1p.de/gmz5n>, 22.12.2023.
- Kita-Sozialarbeit (2019): Kita-Sozialarbeit. Lückenschluss in der Präventionskette – ein Erfolgsmodell aus Berlin-Spandau. <https://t1p.de/7f4ag>, 28.12.2023.
- Kliem, Sören/Sandner, Malte/Lohmann, Anna/Sierau, Susan/Dähne, Verena/Klein, Annette M./Jungmann, Tanja (2018): Follow-up study regarding the medium-term effectiveness of the home-visiting program „Pro Kind“ at age 7 years: study protocol for a randomized controlled trial. In: *Trials* 19, H. 1, S. 323.
- Kruse, Jan (2015): Qualitative Interviewforschung – Ein integrativer Ansatz (2. Auflage). Weinheim/Basel.
- Kuckartz, Udo (2016): Qualitative Inhaltsanalysen. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim/Basel.

- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker (2018): Einführung in die Moderation von Gruppendiskussionen. Wiesbaden.
- Lamnek, Siegfried/Luedtke, Jens/Ottermann, Ralf/Vogl, Susanne (2012): Tatort Familie. Häusliche Gewalt im gesellschaftlichen Kontext. Wiesbaden.
- Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (Hrsg.) (2023): Überblick über die Flüchtlingsunterkünfte in Berlin - Berlin.de. <https://t1p.de/pltyr>, 22.12.2023.
- Loos, Peter/Schäffer Burkhard (2012): Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretisch Grundlagen und empirische Anwendung. Wiesbaden.
- Lüter, Albrecht (2018): Gewaltprävention an Schulen. Konzepte – Befunde – Handlungsansätze. Abschlussbericht der Arbeitsstelle für Jugendgewaltprävention. Heft 2. (Berliner Forum für Gewaltprävention, Nr. 64). Berlin.
- Lüter, Albrecht/Greif, Philippe (i. E.): Quartiersentwicklung als Gewaltprävention? Randstädtische Berliner Großsiedlungen im Fokus. Berlin.
- Lüter, Albrecht/Riese, Sarah/Imhof, Willi/Breidscheid, Dana/Jung, Alina/Konradi/Moritz (2021): Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2021. Teil I: Erscheinungsformen von Gewalt in Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 74). Berlin.
- Lüter, Albrecht/Imhof, Willi/Breidscheid, Dana/Hirsch, Magdalena/Konradi, Moritz/Riese, Sarah (2023a): Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023. Teil 1: Erscheinungsformen von Gewalt in Berlin. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, 78). <https://t1p.de/cpdc7>, 20.12.2023.
- Lüter, Albrecht/Imhof, Willi/Breidscheid, Dana/Hirsch, Magdalena/Konradi, Moritz/Riese, Sarah (2023b): Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023. Teil 2: Gewalt und Prävention in den Berliner Bezirken. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, 78). <https://t1p.de/51154>, 20.12.2023.
- Lüter, Albrecht/Riese, Sarah/Imhof, Willi/Konradi, Moritz (2022): Die Istanbul-Konvention: Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Zehn Fragen und zehn Antworten zur Umsetzung in Berlin (Berliner Forum für Gewaltprävention, Nr. 75). Berlin.
- Lüter, Albrecht/Riese, Sarah/Schroer-Hippel, Miriam et al. (2019a): Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz. Fünfter Bericht 2019 (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 68). Berlin.
- Lüter, Albrecht/Schroer-Hippel, Miriam (2015): Jugendgewalt in Berlin. Zur Evaluation präventiver Maßnahmen und Projekte. Berlin.
- Manthey-Gutenberger, Tanja/ Mörath, Verena (i. E.): Aufwachsen in Krisenzeiten. Lebenssituation und Gewalterfahrung von Jugendlichen in Berlin. Explorativstudie, Berlin.
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung (5. Auflage). Weinheim/Basel.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken (12. Auflage). Weinheim/Basel.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlev/Kraimer, Klaus (Hrsg.), Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S. 441-471.
- Meysen, Thomas (Hrsg.) (2021): Kindschaftssachen und häusliche Gewalt. Umgang, elterliche Sorge, Kindeswohlgefährdung, Familienverfahrensrecht. Heidelberg.
- Mörath, Verena. (2019): Die Situation von geflüchteten Familien in Berlin. Berlin.

Mörath, Verena/Zarth, Julia (2020): Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Berlin. Zum Umsetzungsstand des Landesprogramms und aktuellen Entwicklungstrends in den Bezirken. Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 70, Berlin.

Pohlan, Joerg/Off, Tim (2021): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2021. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Berlin. <https://t1p.de/n3cbr>, 20.06.2023.

Polizei Berlin (2021): Kriminalität in Berlin 2020. Polizeiliche Kriminalstatistik und ergänzende Informationen. Berlin. <https://t1p.de/d3rvf>, 14.12.2023.

Polizei Berlin (2022): Kriminalität in Berlin 2021. Polizeiliche Kriminalstatistik und ergänzende Informationen. Berlin. <https://t1p.de/foer1>, 14.12.2023.

Polizei Berlin (2023a): Daten der polizeilichen Verlaufsstatistik für Berlin von 2013 bis 2022. Unveröffentlichte Statistik auf Basis der Verlaufsstatistik der Berliner Polizei. Stichtage können voneinander abweichen. Berlin.

Polizei Berlin (2023b): Kriminalitätsatlas Berlin 2022. Datenstand 31.12.2022. <https://www.kriminalitaetsatlas.berlin.de/K-Atlas/atlas.html>, 29.06.2021.

Polizei Berlin (2023c): Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt in den Jahren 2013 bis 2022. Unveröffentlichte Statistik auf Basis des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Berlin.

proaktiv (Hg.) (2021): Projektconcept - Servicestelle für Betroffene von Straftaten. Berlin.

Quartiersmanagement Falkenhagener Feld West (2022): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept. <https://t1p.de/tbda3>, 22.12.2023.

Quartiersmanagement Falkenhagener Feld West in Berlin-Spandau (Hrsg.) (2023): Praxisratgeber Soziales Lernen – Coole Haie beißen nicht. <https://t1p.de/pdfum>, 20.12.2023.

Quartiersmanagement Heerstraße Nord (2021): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2022-2025. <https://t1p.de/jc89l>, 28.12.2023.

Quartiersmanagement Spandauer Neustadt (2022): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022; Quartiersverfahren Spandauer Neustadt. <https://t1p.de/lkpyd>, 20.12.2023.

Schwenzer, Victoria/Bergert, Michael (2018): Evaluation der offenen Familienwohnung in Berlin-Spandau. Berlin.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (o.J.): Quartiersmanagement-Gebiet Heerstraße. <https://t1p.de/cxyog>, 28.12.2023.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2020): Dokumentation zur Modifikation der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. <https://t1p.de/o6key>, 23.06.2023.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (Hrsg.) (2023a): Das Fördergebiet Spandau-Falkenhagener Feld. <https://t1p.de/kg24h>, 22.12.2023.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (Hrsg.) (2023b): Quartiersmanagement Berlin: Im Kiez beteiligen und mitgestalten: Quartiersräte und Aktionsfondsjurys. <https://t1p.de/ai2dx>, 20.12.2023. Berlin.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Berlin (2023): Berliner Mietspiegel 2023. <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/de/download/Mietspiegel2023.pdf>, 18.12.2023.

Spandauer Jugend e.V. (2019): Empowerment durch Qualifizierung und Partizipation. <https://t1p.de/luz6g>, 19.12.2023.

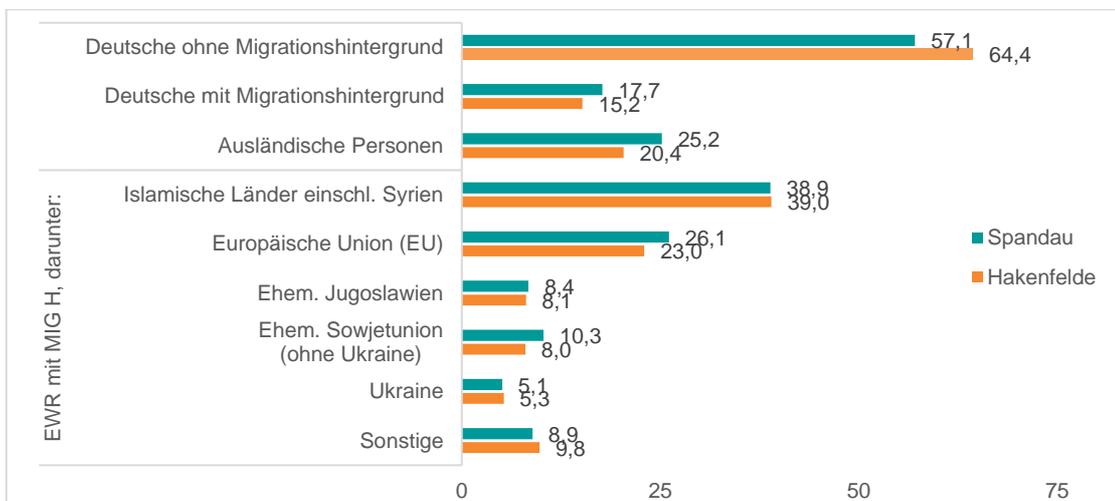
10 ANHANG

10.1 DIE BEZIRKSREGIONEN IM KURZPROFIL

10.1.1 Die Bezirksregion Hakenfelde

Die Einwohner*innen in Hakenfelde haben überwiegend keinen Migrationshintergrund (64,4 %). Der Anteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund ist unabhängig von der Staatsangehörigkeit geringer als in Spandau. In Hakenfelde ist der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus der Europäischen Union (23,0 %) und der ehemaligen Sowjetunion (ohne Ukraine) (8,0 %) etwas geringer als in Spandau.

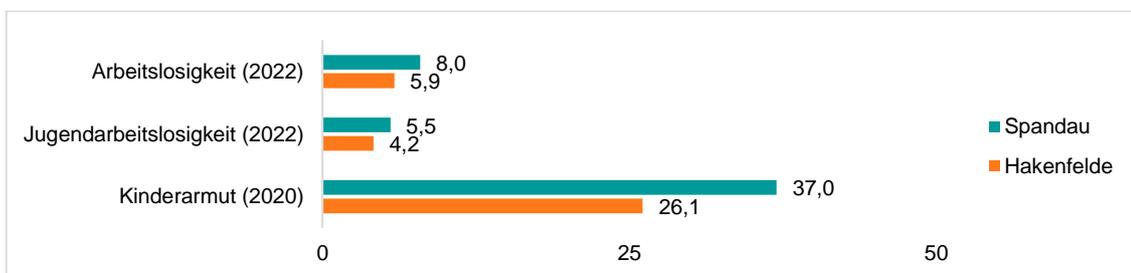
Abbildung 60: Einwohner*innen in Hakenfelde nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

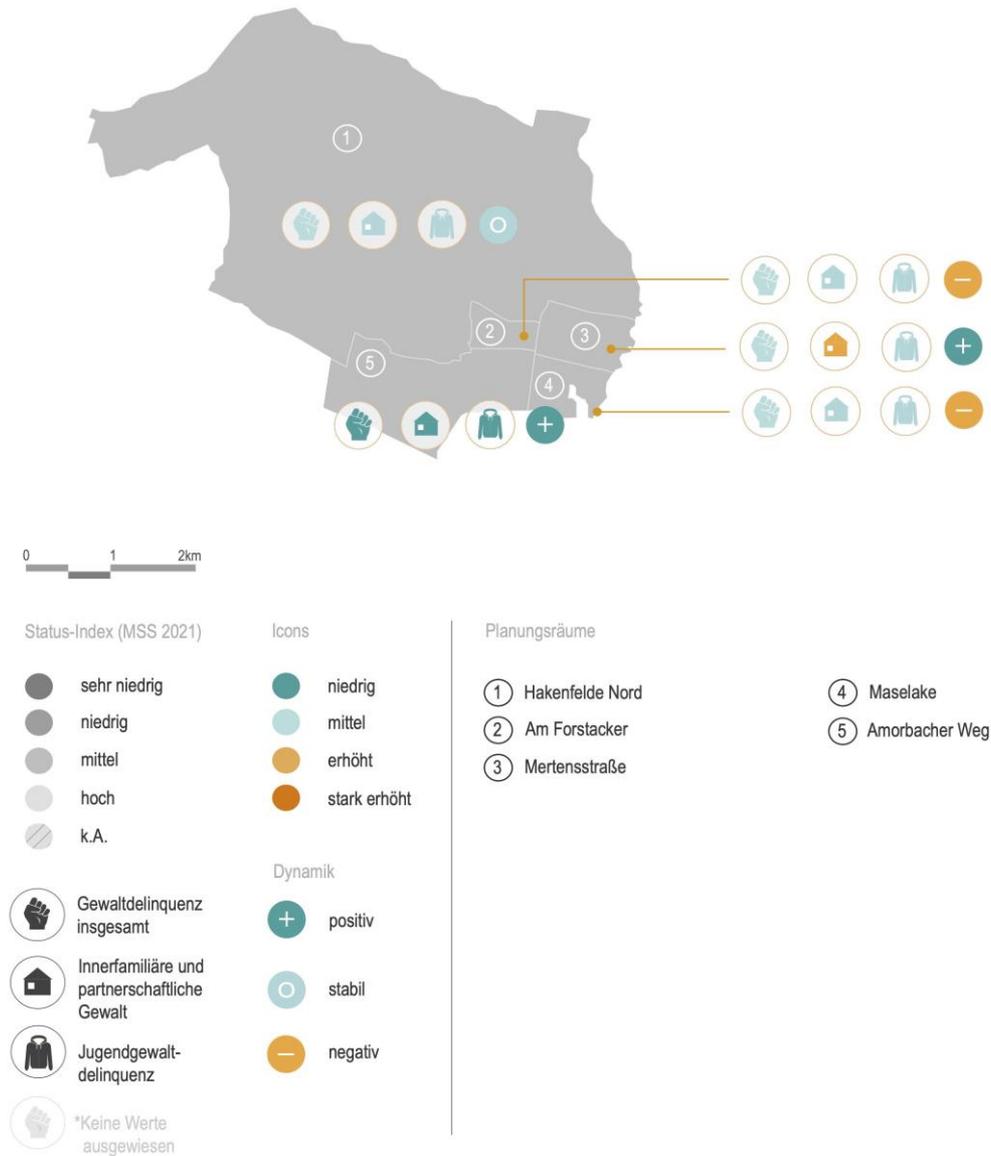
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in Hakenfelde mit 5,9 % unterhalb der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Gleiches gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, die mit 4,2 % niedriger ist als in Spandau (5,5 %). Die geringere Kinderarmut in Hakenfelde (26,1 %) weist im Jahr 2020 gegenüber dem bezirklichen Durchschnitt (37,0 %) ebenfalls auf eine unterdurchschnittliche Anzahl von Familien mit geringen materiellen Ressourcen hin. Nur etwa 1,5 % der Einwohner*innen in Hakenfelde wohnen in „einfacher Wohnlage“ (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 61: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Hakenfelde (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b).

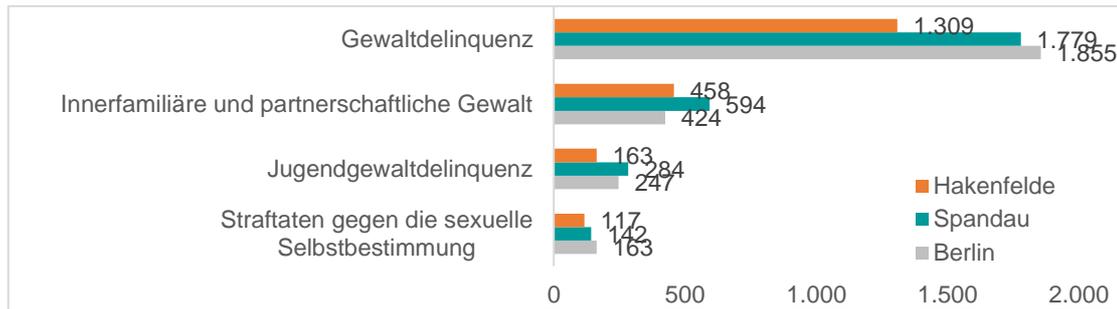
Abbildung 62: Gewaltdelinquenz in Hakenfelde – kartografische Darstellung



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Hakenfelde weist im Blick auf Gewaltdelinquenz und Jugendgewaltdelinquenz wie auch auf innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung jeweils Häufigkeitszahlen unterhalb des Spandauer Durchschnitts auf. In der Regel ist die Belastung in Hakenfelde auch unterhalb des Landesdurchschnitts – mit Ausnahme der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt. Hier lag die Häufigkeitszahl in Hakenfelde im Jahr 2022 bei 458, gegenüber 424 in Berlin und 594 in Spandau. Hakenfelde ist somit kein Schwerpunkt von Gewalt in Spandau, zeigt aber hinsichtlich häuslicher Gewalt Anzeichen für einen erhöhten Aufmerksamkeitsbedarf.

Abbildung 63: Gewaltbelastungen in Hakenfelde im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume finden sich in Hakenfelde bezogen auf den Status der durchschnittlichen Gewaltbelastung der Jahre 2020 bis 2022 nahezu ausnahmslos mittlere oder sogar niedrige Belastungen mit Gewaltdelinquenz, Jugendgewaltdelinquenz sowie innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Eine Ausnahme bildet hier nur der Planungsraum Mertensstraße, in dem eine erhöhte Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt zu verzeichnen ist.

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings bezüglich der Dynamik der Planungsräume. Dieser Indikator vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht. Eine in diesem Sinn negative Dynamik findet sich hinsichtlich der Gewaltdelinquenz in den Räumen Am Forstacker und Maselake, bezogen auf die Jugendgewaltdelinquenz im Raum Amorbacher Weg und bezüglich innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt im Raum Am Forstacker.

Aufmerksamkeitsbedarf zeigt sich damit insbesondere im Planungsraum Forstacker, wo sich eine mittlere Belastung mit negativen Dynamiken in gleich zwei Phänomenbereichen verbindet.

Tabelle 4: Status und Dynamik der Planungsräume in Hakenfelde bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

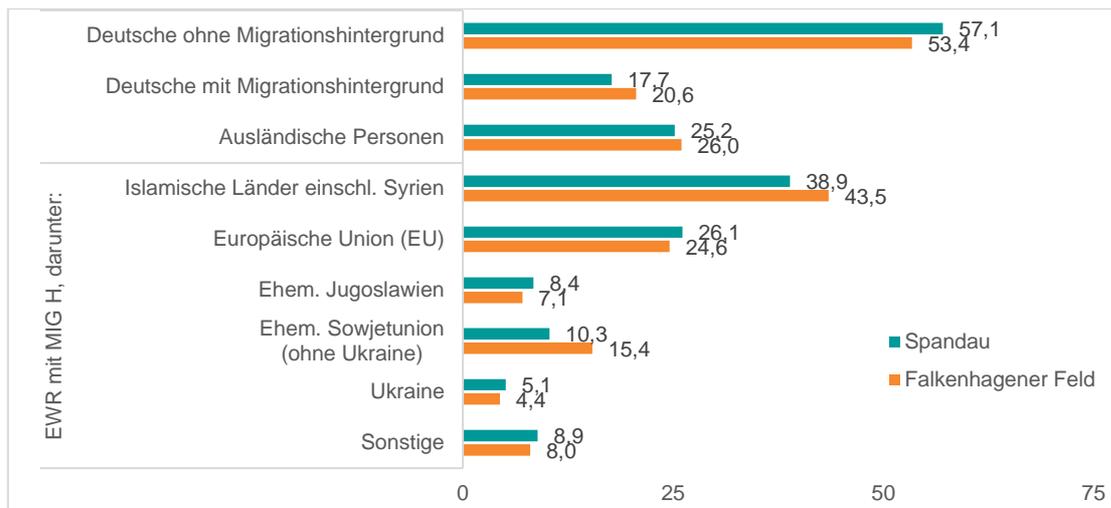
| Hakenfelde | Gewaltdelinquenz | | | Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt | | | Jugendgewaltdelinquenz | | |
|-----------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Hakenfelde Nord | 1.242 | 2 | stabil | 302 | 2 | stabil | 192 | 2 | stabil |
| Am Forstacker | 876 | 2 | negativ | 400 | 2 | negativ | 138 | 2 | positiv |
| Mertensstraße | 1.409 | 2 | positiv | 642 | 3 | stabil | 118 | 2 | positiv |
| Maselake | 1.568 | 2 | negativ | 504 | 2 | stabil | 197 | 2 | negativ |
| Amorbacher Weg | 795 | 1 | positiv | 263 | 1 | positiv | 53 | 1 | positiv |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.2 Die Bezirksregion Falkenhagener Feld

Die Einwohner*innen im Falkenhagener Feld haben mehrheitlich keinen Migrationshintergrund (53,4 %). Der Anteil von Einwohnenden mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ist mit 20,6 % höher als in Spandau. Etwas geringfügiger fällt der Unterschied bei den Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus. Hier beträgt die Differenz lediglich 0,8 Prozentpunkte. In der Bezirksregion Falkenhagener Feld liegt der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus islamischen Ländern mit 43,5 % und der ehemaligen Sowjetunion (ohne Ukraine) (15,4 %) höher als im Bezirksdurchschnitt.

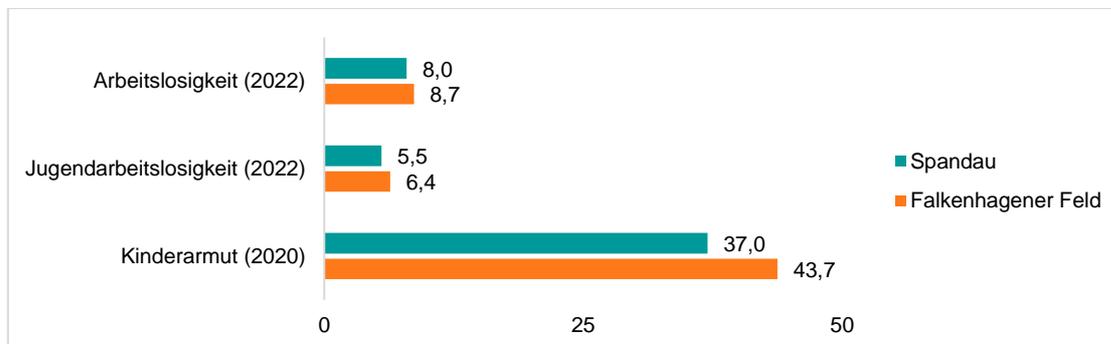
Abbildung 64: Einwohner*innen im Falkenhagener Feld nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

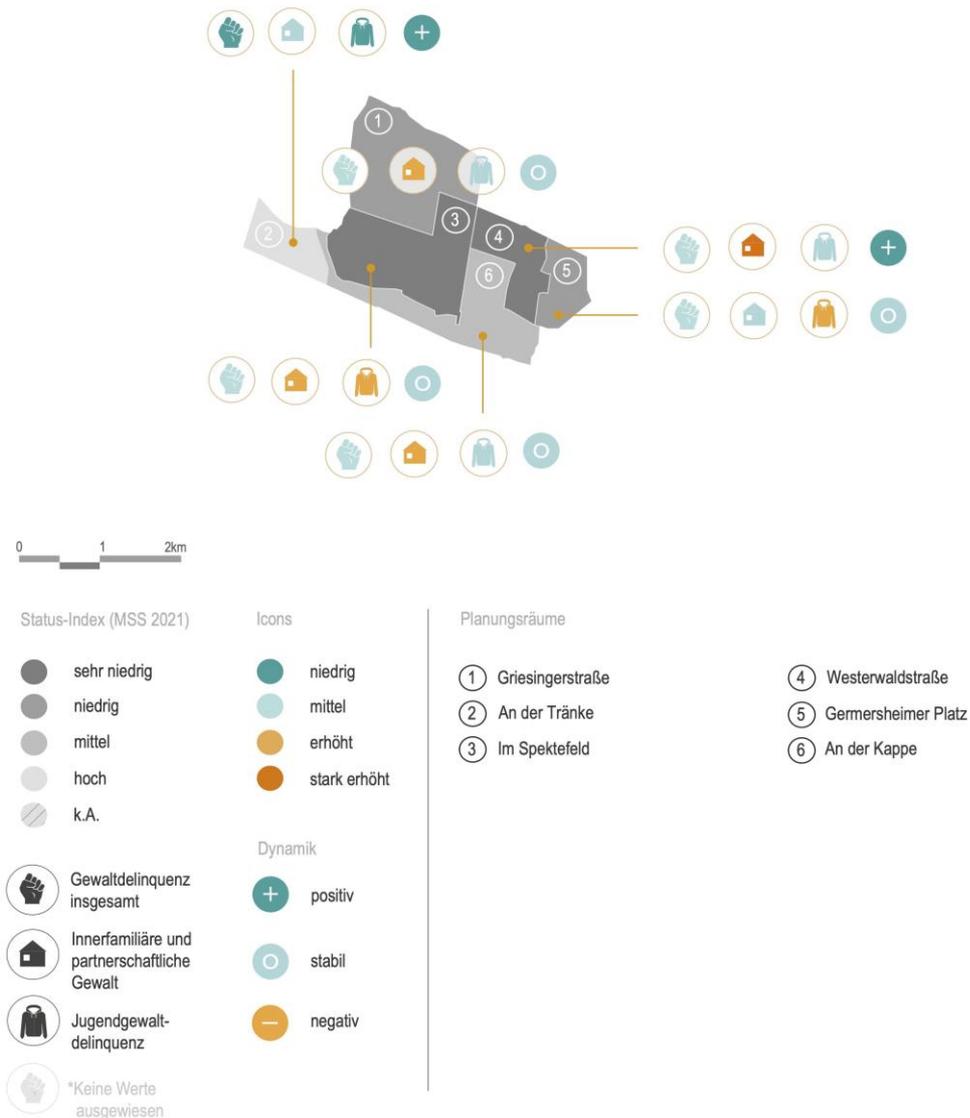
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 im Falkenhagener Feld mit 8,7 % über der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Gleiches gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, die mit 6,4 % höher ist als in Spandau (5,5 %). Ebenfalls weist eine hohe Kinderarmut im Falkenhagener Feld (43,7 %) im Jahr 2020 gegenüber Spandau (37,0 %) auf überdurchschnittlich viele Familien mit geringen materiellen Ressourcen hin. Überwiegend wohnen die Einwohner*innen im Falkenhagener Feld in „einfacher Wohnlage“ (68,2 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 65: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Falkenhagener Feld (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b). Aufgrund einer geringen Zahl (< 10) an Arbeitslosen unter 25 in einzelnen Planungsräumen ergibt sich eine max. Fehlerdifferenz von + 0,2 Prozentpunkten für die Jugendarbeitslosigkeit.

Abbildung 66: Gewaltdelinquenz im Falkenhagener Feld – kartografische Darstellung

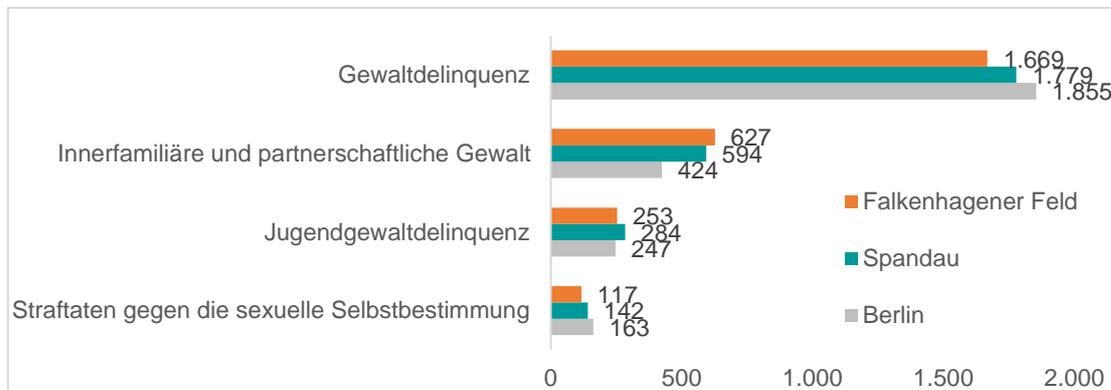


Datenquelle: Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Das Falkenhagener Feld weist bezogen auf die Gewaltdelinquenz und Jugendgewaltdelinquenz wie auf innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung jeweils unterschiedliche Muster im Vergleich zu Berlin und Spandau auf. Im Blick auf allgemeine Gewaltdelinquenz sowie auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung finden sich im Jahr 2022 jeweils Werte deutlich unterhalb des Durchschnitts in Land und Bezirk. Beide Deliktbereiche stehen allerdings in starkem Zusammenhang mit der Nutzung und Frequentierung von Räumen – daher können diese Indikatoren nicht pauschal verallgemeinert werden. Auch im Bereich der Jugendgewaltdelinquenz liegen die Werte im Falkenhagener Feld unterhalb des Bezirks, aber doch geringfügig über dem Landesdurchschnitt. Auffällig ist schließlich, dass innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in der Region deutlich häufiger vorkommt als in Berlin und im Bezirk. Hier lag die Häufigkeitszahl im Jahr 2022 bei 627, gegenüber 424 in Berlin und 594 in Spandau. Das Falkenhagener Feld weist damit ein für belastete Wohngebiete

typisches Muster auf, gerade stark wohnortbezogene Delikte wie die häusliche Gewalt sind hier erhöht – und dies in erheblichem Maße. Damit ergibt sich im Falkenhagener Feld auch ein erhöhter gewaltpräventiver Aufmerksamkeitsbedarf.

Abbildung 67: Gewaltbelastungen im Falkenhagener Feld im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume finden sich im Falkenhagener Feld hinsichtlich des Status der Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt in den Jahren 2020 bis 2022 in vielen Planungsräumen erhöhte oder stark erhöhte Belastungen. Insbesondere die stark erhöhte Belastung am Germesheimer Platz verdient Beachtung, aber auch in den Räumen Griesingerstraße, Im Spektefeld und Westerwaldstraße sind erhöhte Belastungen zu verzeichnen. Während die Belastungen hier überwiegend stabil sind, fällt der Raum Griesingerstraße auf, weil er nicht nur eine erhöhte Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt zeigt, sondern auch eine negative Dynamik. Der Dynamik-Indikator vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsräume ist nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht. Der Raum Griesingerstraße entwickelt sich im Phänomenbereich also schlechter als Berlin insgesamt.

Während das Falkenhagener Feld bezüglich allgemeiner Gewaltdelinquenz oftmals mittlere, zum Teil auch niedrige Belastungen aufweist, lässt sich für die Griesingerstraße bei einer mittleren Belastung auch eine negative Dynamik finden.

Hinsichtlich der Jugendgewaltdelinquenz fallen vor allem die Räume Am Spektefeld und An der Kappe mit einer erhöhten Belastung auf. In beiden Regionen ist die Situation jedoch stabil, entwickelt sich also ähnlich wie in Berlin insgesamt.

Zusammenfassend ergibt sich damit ein erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf vor allem im Raum Griesingerstraße, weil sich hier partiell erhöhte Belastungen mit negativen Dynamiken in zwei Bereichen verbinden, sowie im Raum Germesheimer Platz aufgrund der stark erhöhten Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt.

Tabelle 5: Status und Dynamik der Planungsräume im Falkenhagener Feld bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

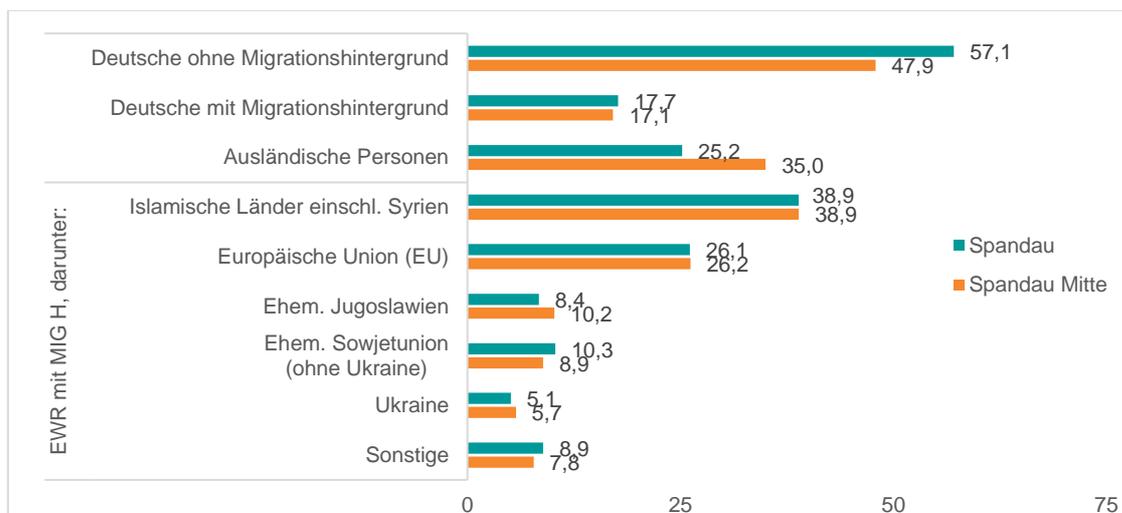
| Falkenhagener Feld | Gewalt-delinquenz | | | Innerfamiliäre und part-nerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewalt-delinquenz | | |
|---------------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|-------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Griesingerstraße | 1.709 | 2 | negativ | 717 | 3 | negativ | 119 | 2 | positiv |
| An der Tränke | 722 | 1 | positiv | 333 | 2 | positiv | 72 | 1 | positiv |
| Im Spektefeld | 1.899 | 2 | stabil | 709 | 3 | stabil | 334 | 3 | stabil |
| Westerwaldstraße | 1.496 | 2 | stabil | 638 | 3 | stabil | 171 | 2 | stabil |
| Germersheimer Platz | 1.821 | 2 | positiv | 861 | 4 | stabil | 120 | 2 | stabil |
| An der Kappe | 1.403 | 2 | stabil | 422 | 2 | stabil | 356 | 3 | stabil |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.3 Die Bezirksregion Spandau Mitte

In Spandau Mitte (47,9 %) ist der Anteil von Einwohnenden ohne Migrationshintergrund geringer als im Bezirk (57,1 %). Besonders auffällig zeigt sich der überdurchschnittliche Anteil an Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, welcher in Spandau Mitte bei 35,0 % liegt. In Spandau Mitte finden sich nur geringfügige Unterschiede zum Bezirk zwischen den Herkunftsregionen der Einwohner*innen mit Migrationshintergrund. So verzeichnen sowohl die islamischen Länder (38,9 %) als auch die Europäische Union (26,2 %) nahezu dieselben Anteile wie in Spandau. Geringfügig höher ist in Spandau Mitte (10,2 %) der Anteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens (Spandau: 8,4 %).

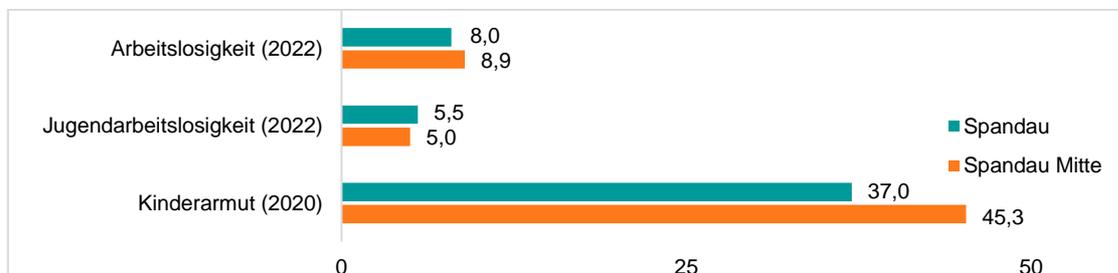
Abbildung 68: Einwohner*innen in Spandau Mitte nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

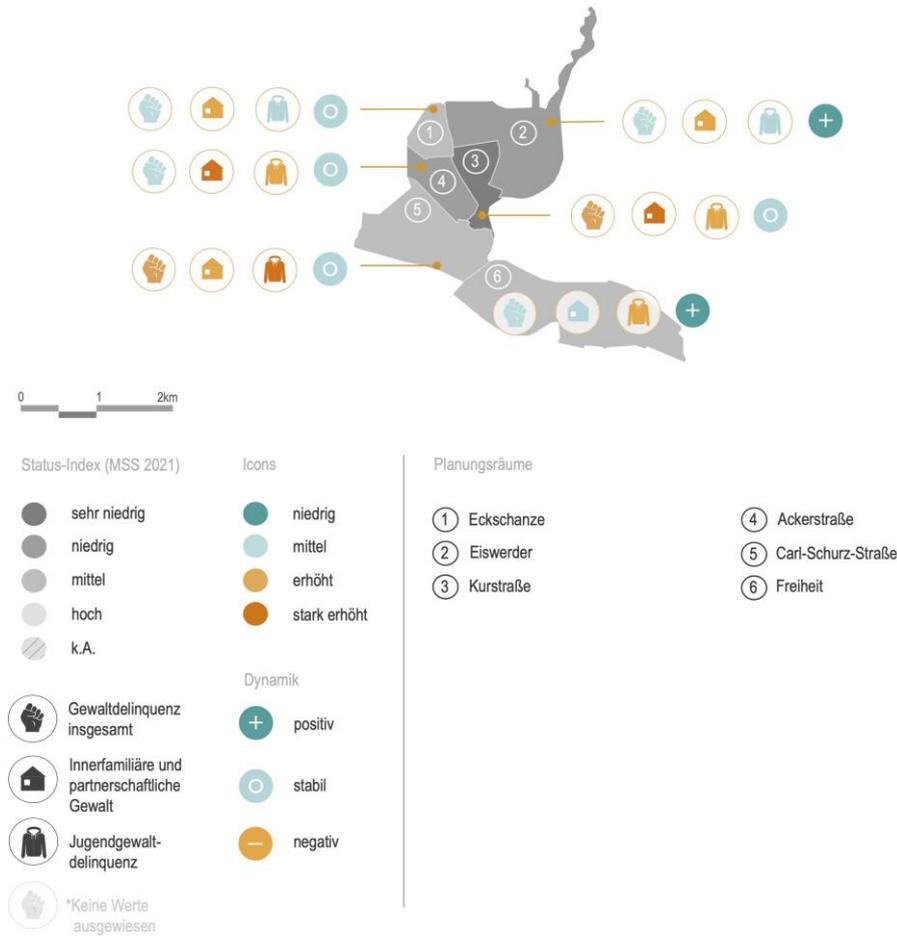
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in Spandau Mitte mit 8,9 % über der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Hingegen ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 6,0 % niedriger als in Spandau (5,5 %). Allerdings weist eine hohe Kinderarmut in Spandau Mitte (45,3 %) im Jahr 2020 gegenüber Spandau (37,0 %) auf überdurchschnittlich viele Familien mit geringen materiellen Ressourcen hin. Überwiegend wohnen die Einwohner*innen im Falkenhagener Feld in „einfacher Wohnlage“ (78,9 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 69: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Spandau Mitte (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b).

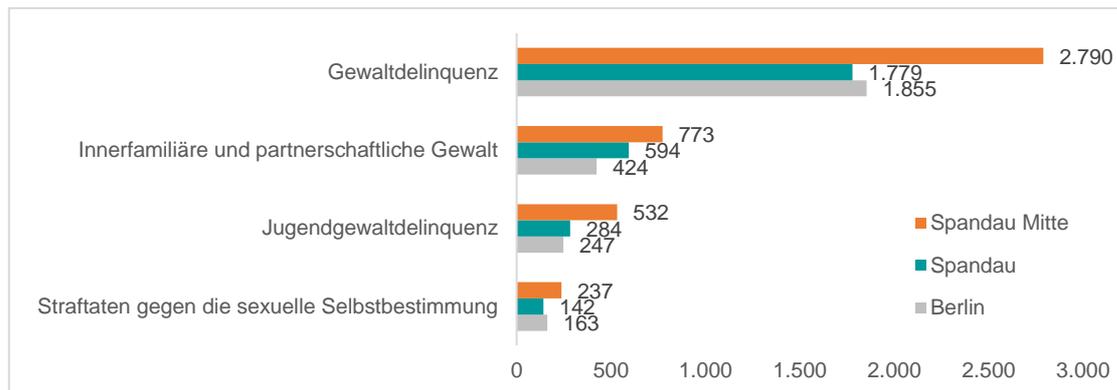
Abbildung 70: Gewaltdelinquenz in Spandau Mitte – kartografische Darstellung



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Spandau Mitte kann ohne Einschränkung als Region mit erhöhter Gewaltbelastung bezeichnet werden – und zwar im Spandauer wie auch im Berliner Vergleich. Spandau Mitte weist im Jahr 2022 nämlich erhöhte Häufigkeitszahlen in allen untersuchten Phänomenbereichen auf, also hinsichtlich der Gewaltdelinquenz und Jugendgewaltdelinquenz als auch der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt sowie der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Abweichungen vom bezirklichen Durchschnitt sind dabei durchgehend erheblich ausgeprägt. Für Gewaltdelinquenz wird in Spandau Mitte eine Häufigkeitszahl von 2.790 verzeichnet gegenüber 1.779 für den Bezirk Spandau. Für innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt findet sich eine Häufigkeitszahl von 773 gegenüber 594 in Spandau.

Diese erhöhten Belastungen ergeben sich in Spandau Mitte offenbar nicht nur aus der Verbreitung von Risikofaktoren in der Wohnbevölkerung, sondern ebenso aus Merkmalen der Region. Spandau Mitte ist das bezirkliche Zentrum mit ausgeprägten Tatgelegenheitsstrukturen sowie einer hochgradig intensiven Nutzung und Frequentierung. Aus präventiver Sicht empfehlen sich daher insbesondere situative und städtebaulich ansetzende sowie mobile und aufsuchende Angebote.

Abbildung 71: Gewaltbelastungen in Spandau Mitte im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume finden sich in Spandau Mitte auf der Grundlage von Indikatoren, die die Räume im Gesamtberliner Vergleich bewerten, differenzierte Ergebnisse. Die Räume Kurstraße und Carl-Schurz-Straße haben auch im Gesamtberliner Maßstab erhöhte Belastungen mit Gewaltdelinquenz insgesamt, gehören jedoch nicht zu den extrem auffälligen Hotspots im Land Berlin. Zudem sind die Dynamiken von Gewaltdelinquenz insgesamt in allen Planungsräumen stabil oder positiv. Für die Klassifizierung der Dynamik eines Planungsraums ist nicht entscheidend, ob dessen Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht. Kein Planungsraum in Spandau Mitte weicht bezüglich der Entwicklung von Gewaltdelinquenz insgesamt also negativ von Berlin ab.

Stabile oder positive Dynamiken finden sich in Spandau Mitte zudem in allen Planungsräumen auch bezüglich innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt sowie der Jugendgewaltdelinquenz. Zugleich sind für beide Phänomenbereiche lokal erhöhte oder stark erhöhte Belastungen auszumachen. Mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt sind alle Planungsräume in Spandau Mitte mit Ausnahme von Freiheit erhöht belastet, die Räume Kurstraße und Ackerstraße zeigen sogar stark erhöhte Belastungen. Auch die Belastungen mit Jugendgewaltdelinquenz sind mit Ausnahme der Räume Eckschanze und Eiswerder in Spandau Mitte durchgehend erhöht oder stark erhöht. Neben der erhöhten Belastung mit Jugendgewaltdelinquenz in Kurstraße, Ackerstraße und Freiheit fällt insbesondere die stark erhöhte Belastung der Carl-Schurz-Straße auf.

Auch in übergreifender Perspektive ist für die Räume Carl-Schurz-Straße, Kurstraße sowie Ackerstraße ein erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf vorhanden. Hier überlagern sich nämlich erhöhte und stark erhöhte Belastungen in mehreren Phänomenbereichen.

Tabelle 6: Status und Dynamik der Planungsräume in Spandau Mitte bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

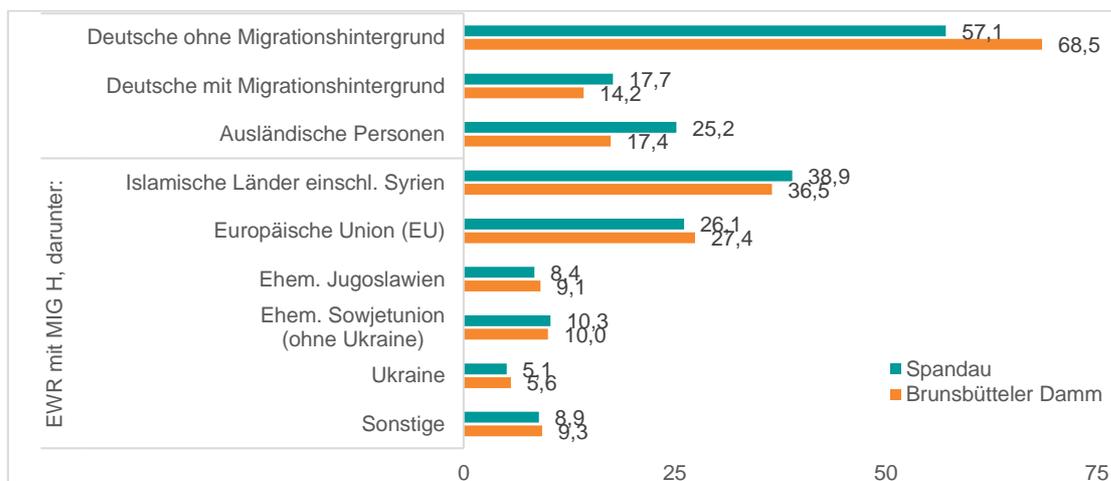
| Spandau Mitte | Gewalt- delinquenz | | | Innerfamiliäre und part- nerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewalt- delinquenz | | |
|--------------------|-----------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|-----------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Eckschanze | 1.724 | 2 | stabil | 690 | 3 | stabil | 172 | 2 | stabil |
| Eiswerder | 1.460 | 2 | positiv | 571 | 3 | stabil | 142 | 2 | positiv |
| Kurstraße | 2.877 | 3 | positiv | 885 | 4 | stabil | 393 | 3 | stabil |
| Ackerstraße | 2.153 | 2 | stabil | 801 | 4 | stabil | 477 | 3 | stabil |
| Carl-Schurz-Straße | 4.050 | 3 | stabil | 772 | 3 | stabil | 829 | 4 | stabil |
| Freiheit | 2.386 | 2 | positiv | 518 | 2 | positiv | 374 | 3 | stabil |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.4 Die Bezirksregion Brunsbütteler Damm

Die Einwohner*innen in der Bezirksregion Brunsbütteler Damm haben überwiegend keinen Migrationshintergrund (68,5 %). Der Anteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund ist gegenüber dem bezirklichen Durchschnitt entsprechend geringer. So liegt der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund (14,2 %) in der Bezirksregion um 3,5 Prozentpunkte niedriger als in Spandau (17,7 %). Deutlicher zeigt sich der Unterschied bei Einwohnenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Hier liegt der Anteil um 7,8 Prozentpunkte niedriger als in Spandau. In der Bezirksregion ist der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus der Europäischen Union (27,4 %) und Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens (9,1 %) etwas höher als in Spandau.

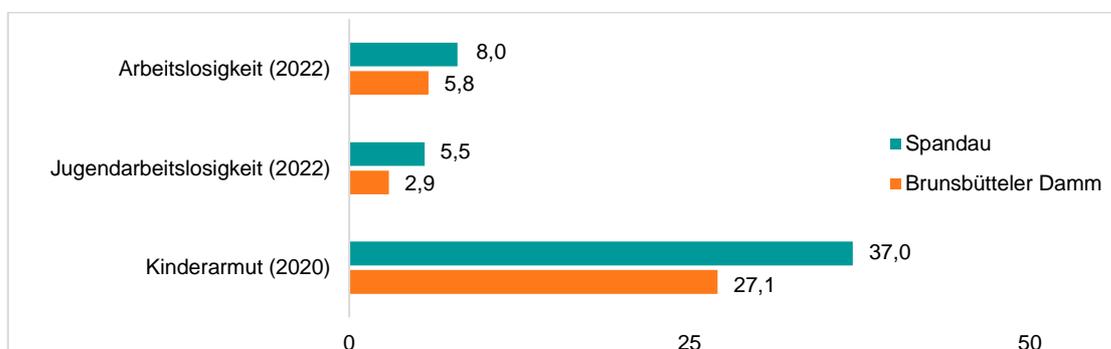
Abbildung 72: Einwohner*innen in Brunsbütteler Damm nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

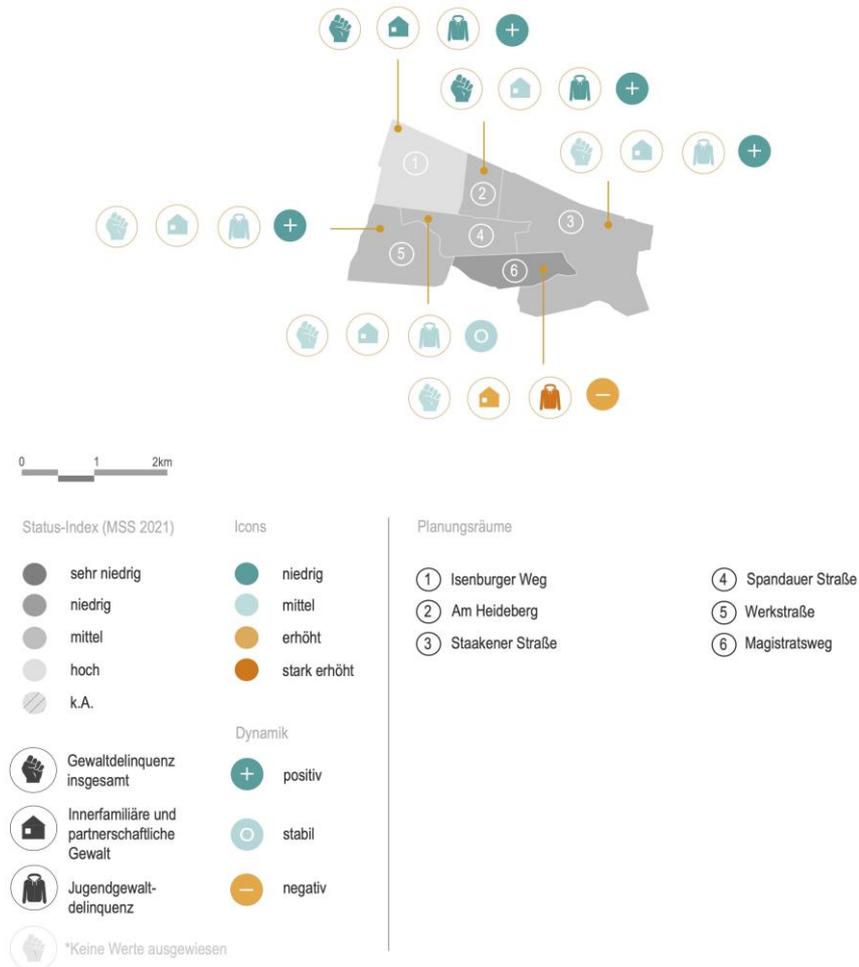
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in der Bezirksregion Brunsbütteler Damm mit 5,8 % unterhalb der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Gleiches gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, die mit 2,9 % niedriger ist als in Spandau (5,5 %). Die geringere Kinderarmut in der Bezirksregion (27,1 %) weist im Jahr 2020 gegenüber dem bezirklichen Durchschnitt (37,0 %) ebenfalls auf eine unterdurchschnittliche Anzahl von Familien mit geringen materiellen Ressourcen hin. Dennoch wohnen die Einwohner*innen in der Bezirksregion überwiegend in „einfacher Wohnlage“ (89,5 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlen/Off 2021).

Abbildung 73: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Brunsbütteler Damm (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlen/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b). Aufgrund einer geringen Zahl (< 10) an Arbeitslosen unter 25 in einzelnen Planungsräumen ergibt sich eine max. Fehlerdifferenz von + 1,1 Prozentpunkten für die Jugendarbeitslosigkeit.

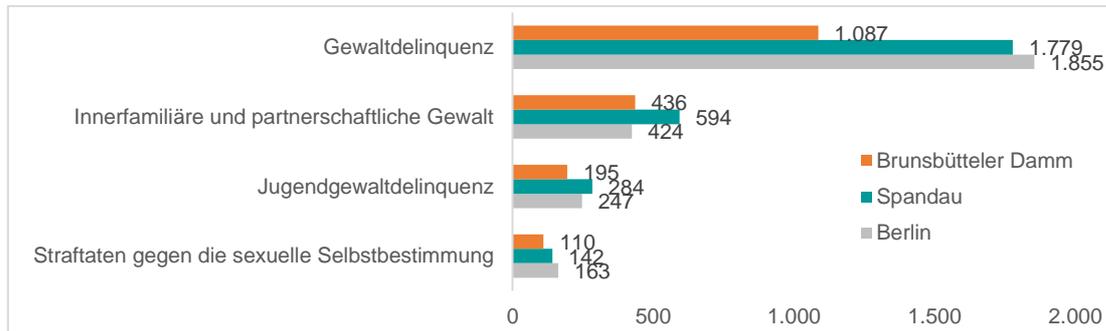
Abbildung 74: Gewaltdelinquenz in der Region Brunsbütteler Damm – kartografische Darstellung



Datenquelle: Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Die Bezirksregion Brunsbütteler Damm weist bezogen auf die Gewaltdelinquenz und Jugendgewaltdelinquenz wie auch auf innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung jeweils durchgehend Häufigkeitszahlen unterhalb des Spandauer Durchschnitts auf. Die Region ist also offenbar kein Schwerpunkt der Hochbelastung mit Gewalt. Die Abstände zum Spandauer Durchschnitt unterscheiden sich phänomenspezifisch, sind aber teilweise erheblich ausgeprägt. Hinsichtlich der Gewaltdelinquenz insgesamt findet sich im Brunsbütteler Damm eine Häufigkeitszahl von 1.087 gegenüber 1.779 in Spandau und 1.855 in Berlin. Etwas weniger günstig zeigt sich die Region bezüglich innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Auch hier liegt die Häufigkeitszahl von 436 unterhalb des bezirklichen Durchschnitts, aber zugleich geringfügig oberhalb des Landesdurchschnitts von 424.

Abbildung 75: Gewaltbelastungen in der Region Brunsbütteler Damm im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume bestätigt sich dieser günstige Gesamteindruck der Region Brunsbütteler Damm weitgehend. Die Planungsräume sind oftmals niedrig oder mittel mit Gewalt belastet und verfügen über eine positive oder stabile Dynamik – und zwar über unterschiedliche Erscheinungsformen von Gewalt hinweg. Das gilt für die Räume Isenburger Weg, Am Heideberg, Staakener Straße und Magistratsweg. Im Planungsraum Spandauer Straße findet sich bei insgesamt guten oder soliden Werten nur eine einzelne Abweichung in Form einer negativen Dynamik bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Der Dynamik-Indikator vergleicht dabei den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht. Der Planungsraum Spandauer Straße entwickelt sich also bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt merklich schlechter als Berlin insgesamt.

Im statistischen Blick ist in der Region Brunsbütteler Damm schließlich vor allem der Planungsraum Werkstraße auffällig. Rechnerisch, also bei Hochrechnung der polizeilich erfassten Fallzahlen auf 100.000 gemeldete Einwohnende, ergeben sich hier im Bereich der Jugendgewaltdelinquenz stark erhöhte Belastungen, bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt erhöhte Belastungen und bei Gewaltdelinquenz negative Dynamiken bei einer mittleren Belastung. Der Planungsraum ist mit 1.114 Einwohnenden im Jahr 2022 aber recht klein. Er liegt zwar seit dem Jahr 2020 oberhalb der Grenze von 1.000 Einwohnenden und wird daher in die Berechnungsverfahren einbezogen. Die geringe Bevölkerungszahl kann allerdings die Aussagekraft der Häufigkeitszahl und die Irrtumswahrscheinlichkeit beeinträchtigen; wenige Fälle können hier schon zu hohen Werten führen. Daher ist die rechnerische Hochbelastung der Region umsichtig zu interpretieren, möglicherweise werden Vorfälle bspw. im lokalen Sommerbad überproportional gewichtet. Aus präventionsstrategischer Sicht bietet sich insofern vor allem eine Überprüfung der Situation im Sommerbad und ggf. im Bedarfsfall dort die Einrichtung geeigneter präventiver Maßnahmen an.

Tabelle 7: Status und Dynamik der Planungsräume in der Region Brunsbütteler Damm bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

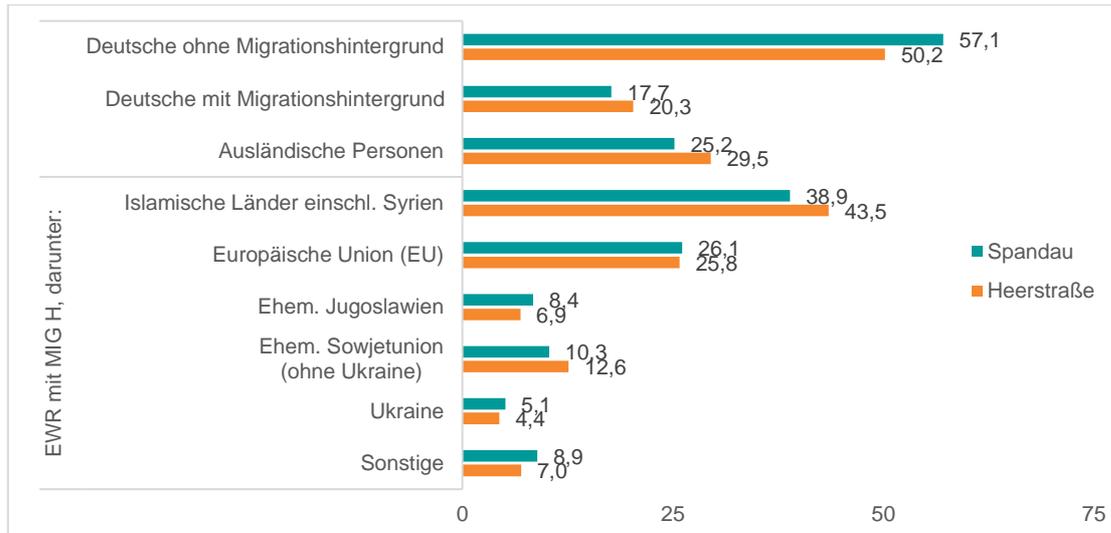
| Brunsbütteler Damm | Gewalt-delinquenz | | | Innerfamiliäre und part-nerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewalt-delinquenz | | |
|--------------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|-------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Isenburger Weg | 434 | 1 | positiv | 260 | 1 | positiv | 61 | 1 | positiv |
| Am Heideberg | 835 | 1 | positiv | 279 | 2 | stabil | 20 | 1 | positiv |
| Staakener Straße | 1.286 | 2 | positiv | 287 | 2 | positiv | 132 | 2 | stabil |
| Spandauer Straße | 1.070 | 2 | stabil | 535 | 2 | negativ | 122 | 2 | positiv |
| Werkstraße | 2.499 | 2 | negativ | 796 | 3 | stabil | 883 | 4 | stabil |
| Magistratsweg | 1.592 | 2 | positiv | 528 | 2 | stabil | 272 | 2 | positiv |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.5 Die Bezirksregion Heerstraße

In der Bezirksregion Heerstraße (50,2 %) ist der Anteil von Einwohnenden ohne Migrationshintergrund geringer als im Bezirk (57,1 %). Der Anteil von Einwohnenden mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ist mit 20,3 % höher als in Spandau. Der Anteil von Einwohner*innen in der Bezirksregion liegt mit 29,5 % ebenfalls über dem Bezirk (25,2 %). In der Bezirksregion Heerstraße liegt der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus islamischen Ländern mit 43,5 % und der ehemaligen Sowjetunion (ohne Ukraine) (12,6 %) höher als im Bezirksdurchschnitt.

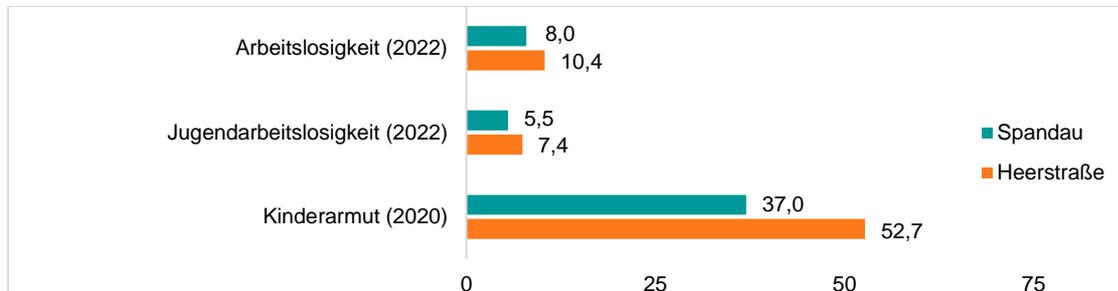
Abbildung 76: Einwohner*innen in Heerstraße nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

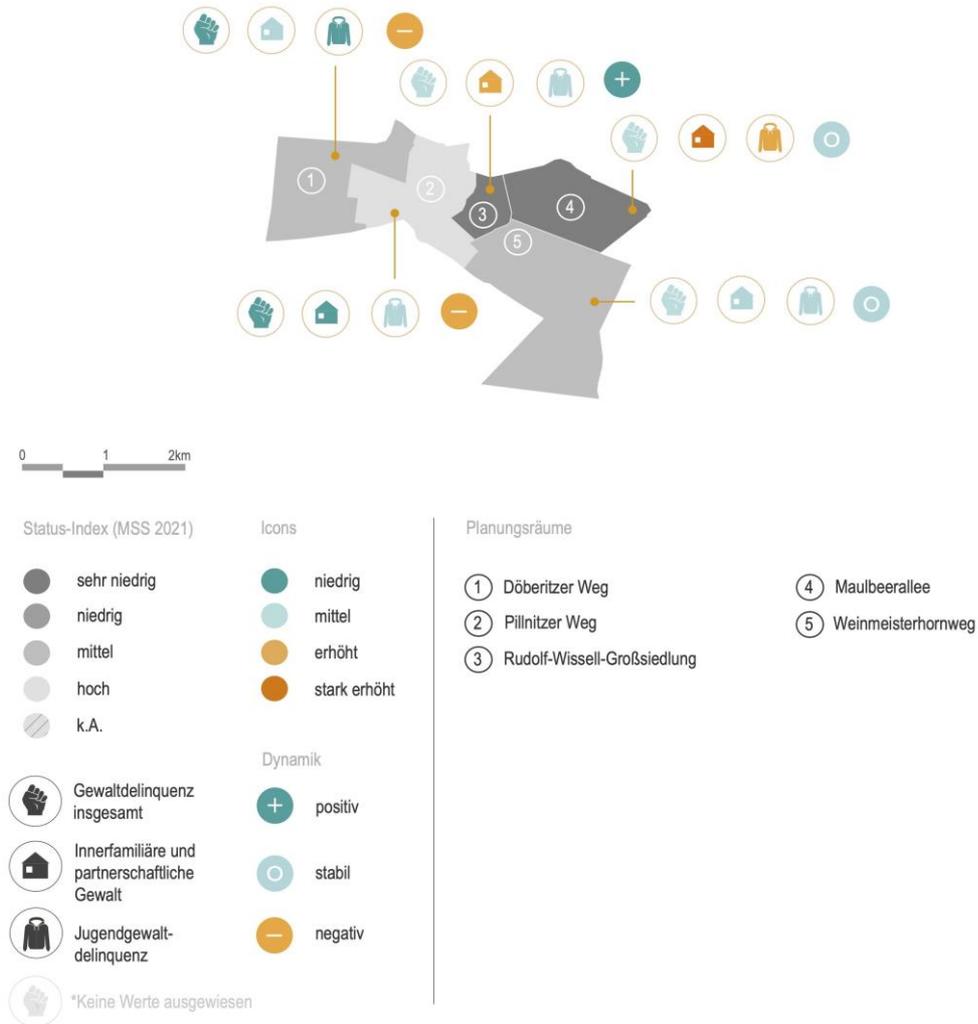
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in der Bezirksregion Heerstraße mit 10,4 % über der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Gleiches gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, die mit 7,4 % ebenfalls höher ist als in Spandau (5,5 %). Besonders auffällig zeigt sich die hohe Kinderarmut in der Bezirksregion (52,7 %). Im Jahr 2020 wuchsen mehr als die Hälfte der Kinder in der Bezirksregion in Familien mit geringen materiellen Ressourcen auf. Fast ausschließlich wohnen die Einwohner*innen in der Bezirksregion in „einfacher Wohnlage“ (90,2 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 77: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Heerstraße (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b). Aufgrund einer geringen Zahl (< 10) an Arbeitslosen unter 25 in einzelnen Planungsräumen ergibt sich eine max. Fehlerdifferenz von + 0,5 Prozentpunkten für die Jugendarbeitslosigkeit.

Abbildung 78: Gewaltdelinquenz in der Region Heerstraße – kartografische Darstellung



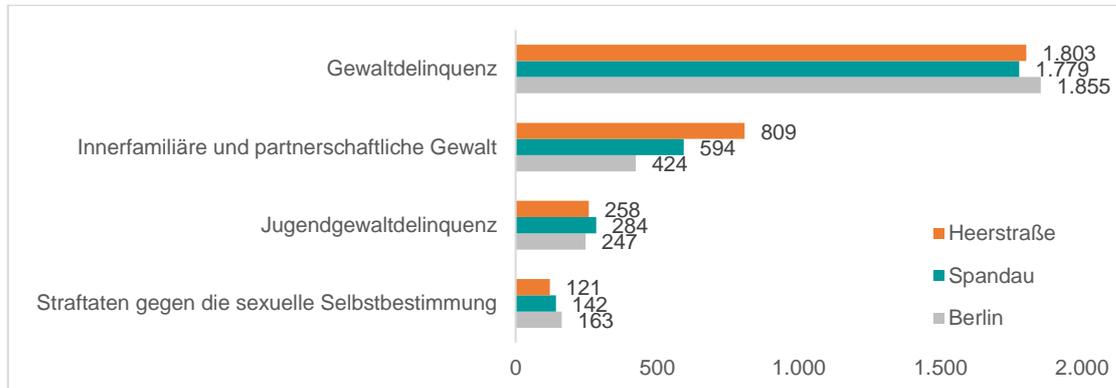
Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Die Region Heerstraße zeigt bezüglich ihrer Gewaltbelastung ein ambivalentes und stark phänomenabhängiges Profil. In Hinsicht auf Gewaltdelinquenz, Jugendgewaltdelinquenz wie auch auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung finden sich Häufigkeitszahlen, die nah am Berliner und Spandauer Durchschnitt liegen, im innerbezirklichen Rahmen sogar unterdurchschnittlich ausfallen. So beläuft sich die Häufigkeitszahl für Gewaltdelinquenz insgesamt hier im Jahr 2022 auf 1.803 gegenüber 1.779 in Spandau und 1.855 in Berlin. Es kann daher von einer Höherbelastung keine Rede sein, die Region Heerstraße erscheint vielmehr als der Norm entsprechende Region.

Ein deutlich verändertes Bild ergibt sich allerdings bezüglich innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Hier finden sich in der Region Häufigkeitszahlen von 809 gegenüber 594 in Spandau und 424 in Berlin. Die Heerstraße ist also diesbezüglich nahezu doppelt so hoch belastet wie Berlin insgesamt. Einerseits weist dieser Befund auf einen Präventions- und Handlungsbedarf bezüglich insbesondere geschlechtsspezifischer Gewalt hin, zugleich ist der Phänomenbereich aber auch potenziell als Indikator für weitere sozialräumliche Belastungen zu verstehen. Bei den entsprechenden Delikten im häuslichen Raum überlagern sich nämlich der polizeilich erfasste Tatort und der Wohnort der Tatverdächtigen und der Betroffenen öfter. Daher weist

eine hohe Belastung eines Raums mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt sehr direkt auf Risikofaktoren in der lokalen Bevölkerung hin, weniger auf Eigenschaften der Region wie eine hohe Nutzungsdichte und einen ausgeprägten Publikumsverkehr. Obwohl die Region Heerstraße im polizeilichen Hellfeld ein positives oder ambivalentes Bild zeigt, lassen sich robuste Anzeichen für einen präventiven Aufmerksamkeitsbedarf ausmachen.

Abbildung 79: Gewaltbelastungen in der Region Heerstraße im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auch auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume reproduziert sich das besagte ambivalente Bild. Die hier verwendeten Status- und Dynamikindikatoren operieren über eine Positionierung der Region in der Gesamtheit aller Berliner Planungsräume. Der Status zeigt die Höhe der Belastung an, der Dynamik-Indikator vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist dabei nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht.

In der Region Heerstraße ist in dieser Perspektive vor allem der Planungsraum Maulbeerallee auffällig. Er gehört zu den in ganz Berlin am stärksten mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt belasteten Räumen und weist auch erhöhte Belastungen mit Jugendgewaltdelinquenz auf. Die Dynamik in der Region ist allerdings stabil, in Teilen sogar positiv.

Bei überwiegend mittleren Belastungen und positiven Dynamiken findet sich ebenso in der Rudolf-Wissell-Großsiedlung eine im Landesmaßstab erhöhte Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Vereinzelt negative Dynamiken in anderen Planungsräumen fügen sich in ansonsten kaum negativ auffällige Lagen.

Aufmerksamkeitsbedarf zeigt sich in der Region Heerstraße insofern insbesondere im Planungsraum Maulbeerallee sowie partiell regionenübergreifend im Blick auf innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt.

Tabelle 8: Status und Dynamik der Planungsräume in der Region Heerstraße bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

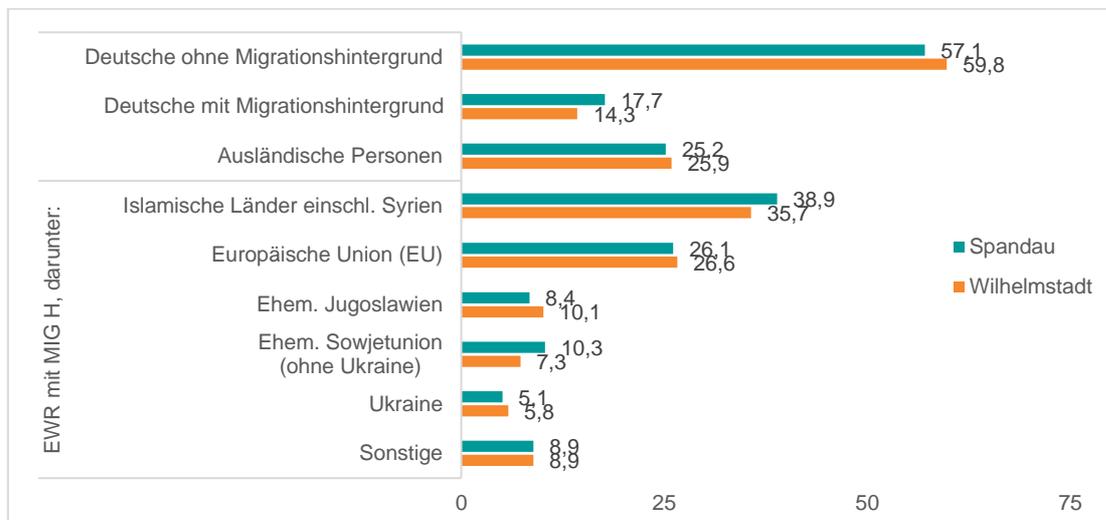
| Heerstraße | Gewalt- delinquenz | | | Innerfamiliäre und part- nerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewalt- delinquenz | | |
|----------------------------------|-----------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|-----------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Döberitzer Weg | 750 | 1 | stabil | 336 | 2 | negativ | 39 | 1 | stabil |
| Pillnitzer Weg | 782 | 1 | stabil | 164 | 1 | negativ | 124 | 2 | stabil |
| Rudolf-Wissell-Groß- siedlung | 1.678 | 2 | positiv | 738 | 3 | positiv | 188 | 2 | positiv |
| Maulbeerallee | 2.599 | 2 | positiv | 1.243 | 4 | stabil | 455 | 3 | stabil |
| Weinmeisterhornweg | 1.175 | 2 | negativ | 444 | 2 | stabil | 127 | 2 | stabil |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.6 Die Bezirksregion Wilhelmstadt

Die Einwohner*innen in Wilhelmstadt haben mehrheitlich keinen Migrationshintergrund (59,8 %). Der Anteil von Einwohnenden mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ist mit 14,3 % niedriger als in Spandau (17,7 %). Ähnlich wie in Spandau besitzt etwa ein Viertel der Einwohner*innen in Wilhelmstadt keine deutsche Staatsangehörigkeit. In der Bezirksregion liegt der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus islamischen Ländern mit 35,7 % und der ehemaligen Sowjetunion (ohne Ukraine) (7,3 %) niedriger als im Bezirksdurchschnitt. Häufiger als auf bezirklicher Ebene haben die Einwohner*innen dagegen einen Migrationshintergrund aus Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens (10,1 %) und der Ukraine (5,8 %).

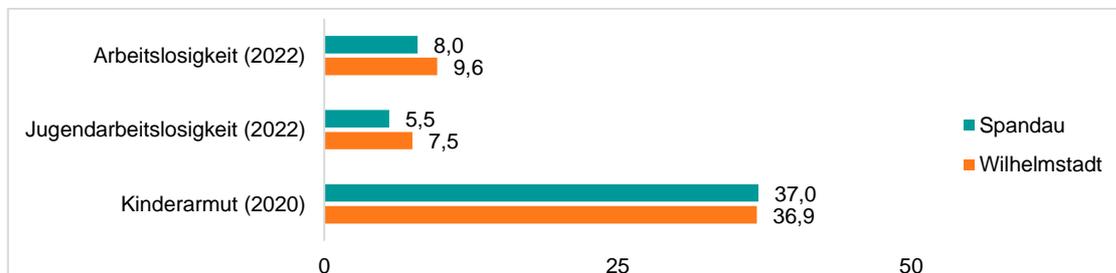
Abbildung 80: Einwohner*innen in Wilhelmstadt nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

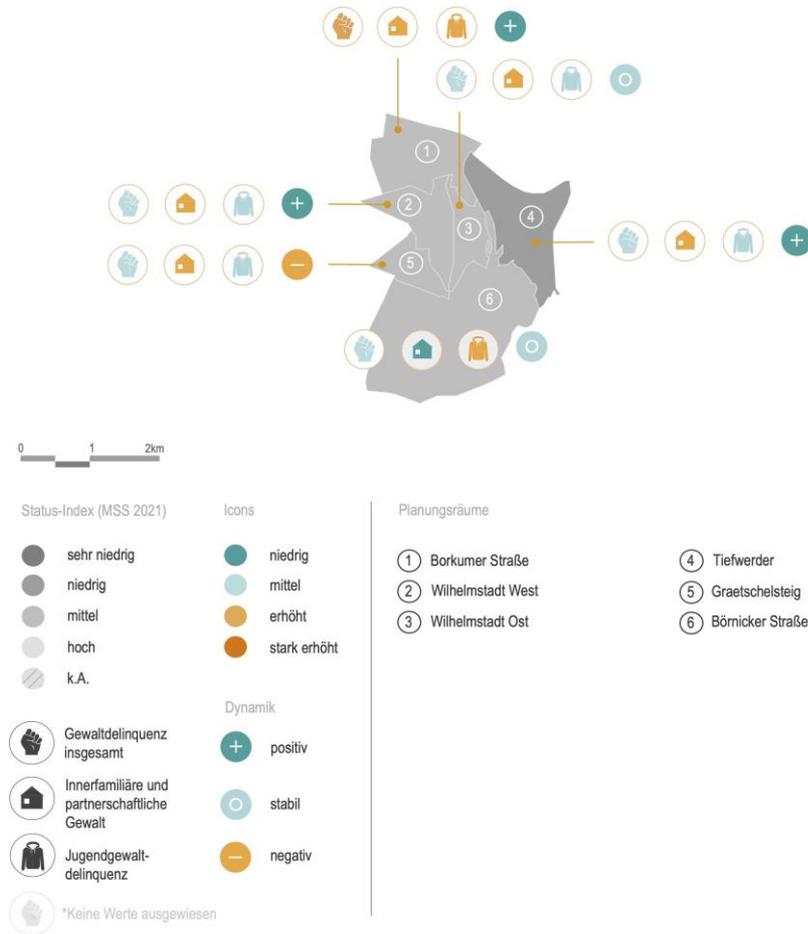
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in der Bezirksregion Wilhelmstadt mit 9,6 % über der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Gleiches gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, die mit 7,5 % ebenfalls höher ist als in Spandau (5,5 %). Die Kinderarmut in der Bezirksregion (36,9 %) im Jahr 2020 liegt etwa auf ähnlichem Niveau wie im Bezirk (37,0 %). Überwiegend wohnen die Einwohner*innen in der Bezirksregion in „einfacher Wohnlage“ (87,2 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 81: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Wilhelmstadt (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b). Aufgrund einer geringen Zahl (< 10) an Arbeitslosen unter 25 in einzelnen Planungsräumen ergibt sich eine max. Fehlerdifferenz von + 0,3 Prozentpunkten für die Jugendarbeitslosigkeit.

Abbildung 82: Gewaltdelinquenz in Wilhelmstadt – kartografische Darstellung

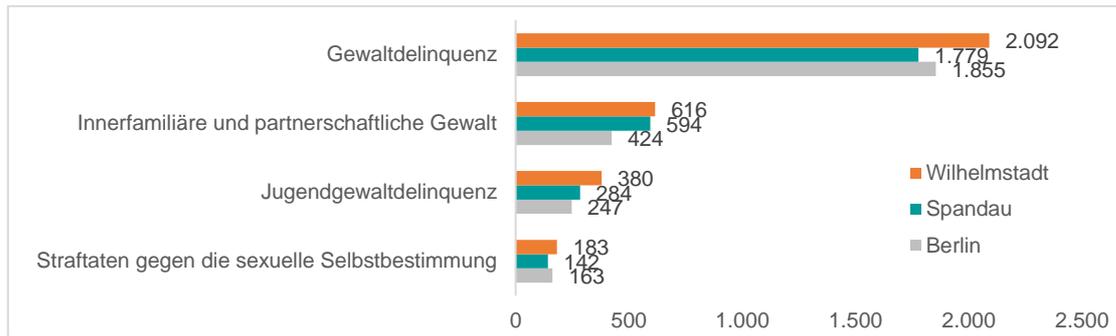


Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Die Region Wilhelmstadt weist hinsichtlich unterschiedlicher Erscheinungsformen von Gewalt durchgehend Belastungen auf, die merklich oberhalb des Spandauer und des Berliner Durchschnitts liegen. Das betrifft Gewaltdelinquenz insgesamt und Jugendgewaltdelinquenz ebenso wie innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Abstände zu den Vergleichsräumen sind dabei deutlich, aber nicht herausragend stark ausgeprägt. Bezogen auf Gewaltdelinquenz insgesamt findet sich im Jahr 2022 etwa eine Häufigkeitszahl von 2.092 gegenüber 1.779 in Spandau und 1.855 auf Landesebene. Bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt zeigt sich in Wilhelmstadt eine Häufigkeitszahl von 616 gegenüber 594 in Spandau und 424 in Berlin.

Wilhelmstadt gehört damit zu denjenigen Spandauer Regionen, die in gewaltpräventiver Hinsicht besondere Aufmerksamkeit verdienen. Das Belastungsprofil der Region ähnelt dabei der Situation in Spandau Mitte, ist allerdings weniger stark ausgeprägt.

Abbildung 83: Gewaltbelastungen in Wilhelmstadt im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume fällt in Wilhelmstadt insbesondere die nahezu flächendeckend erhöhte Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt aus. Mit Ausnahme des Raums Börnicker Straße sind alle Räume erhöht belastet, also Borkumer Straße, Wilhelmstadt West, Wilhelmstadt Ost, Tiefwerder und auch Graetschelsteig. Der Raum Graetschelsteig zeigt neben einer erhöhten Belastung zudem eine negative Entwicklungsdynamik hinsichtlich innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt. Der verwendete Dynamik-Indikator vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht. Das ist in der Graetschelstraße derzeit der Fall, und zwar in negativer Hinsicht.

In planungsraumbezogener Perspektive ist neben einer erhöhten Belastung mit Jugendgewaltdelinquenz im Raum Börnicker Straße vor allem die Situation im Planungsraum Borkumer Straße auffällig. Hier finden sich in allen drei berücksichtigten Dimensionen – also bei Gewaltdelinquenz insgesamt, Jugendgewaltdelinquenz und innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt – erhöhte Belastungen, die zum Teil sehr deutlich ausgeprägt sind.

Insgesamt lassen sich für die Bezirksregion Wilhelmstadt ein phänomenübergreifender Aufmerksamkeitsbedarf in der Borkumer Straße sowie flächendeckend bezüglich innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt festhalten, letztere verstärkt im Raum Graetschelstraße.

Tabelle 9: Status und Dynamik der Planungsräume in Wilhelmstadt bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

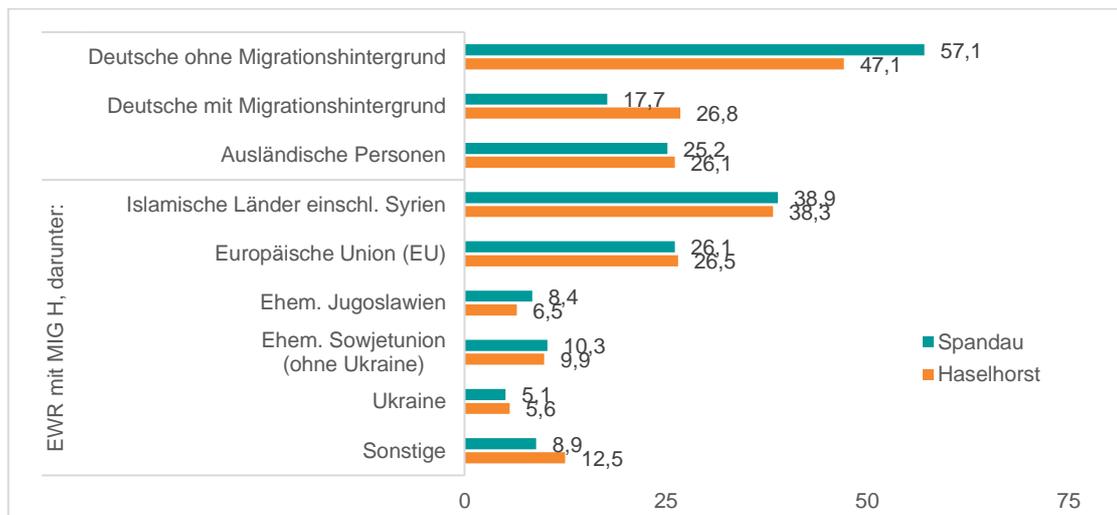
| Wilhelmstadt | Gewaltdelinquenz | | | Innerfamiliäre und partnerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewaltdelinquenz | | |
|-------------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|---|-------------------------|---------------------------|------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Borkumer Straße | 3.277 | 3 | positiv | 613 | 3 | stabil | 507 | 3 | stabil |
| Wilhelmstadt West | 1.627 | 2 | positiv | 582 | 3 | stabil | 233 | 2 | stabil |
| Wilhelmstadt Ost | 1.505 | 2 | positiv | 553 | 3 | stabil | 138 | 2 | stabil |
| Tiefwerder | 1.575 | 2 | positiv | 555 | 3 | stabil | 188 | 2 | stabil |
| Graetschelsteig | 1.840 | 2 | stabil | 647 | 3 | negativ | 199 | 2 | stabil |
| Börnicker Straße | 1.365 | 2 | stabil | 219 | 1 | stabil | 467 | 3 | stabil |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.7 Die Bezirksregion Haselhorst

In Haselhorst (47,1 %) ist der Anteil von Einwohnenden ohne Migrationshintergrund geringer als im Bezirk (57,1 %). Hingegen leben mehr Einwohner*innen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit in Haselhorst (26,8 %). Der Anteil an Einwohnenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt ähnlich wie im Bezirk bei etwa einem Viertel der Bevölkerung. Insgesamt zeigen sich nur geringfügige Unterschiede in Bezug auf die Herkunftsgebiete. So verzeichnen sowohl die islamischen Länder (38,3 %) als auch die Europäische Union (26,5 %) nahezu dieselben Anteile wie in Spandau. Höher ist in Haselhorst (12,5 %) der Anteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus „sonstigen“ Herkunftsgebieten, worunter etwa Vietnam, die Vereinigten Staaten und andere Länder summiert sind.

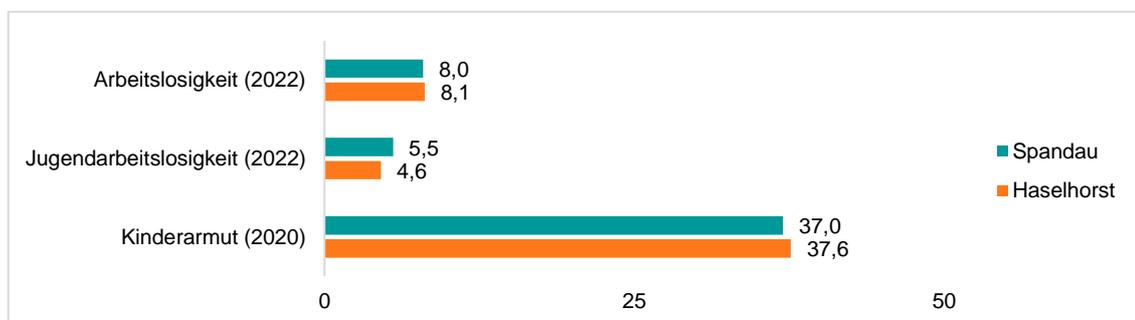
Abbildung 84: Einwohner*innen in Haselhorst nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

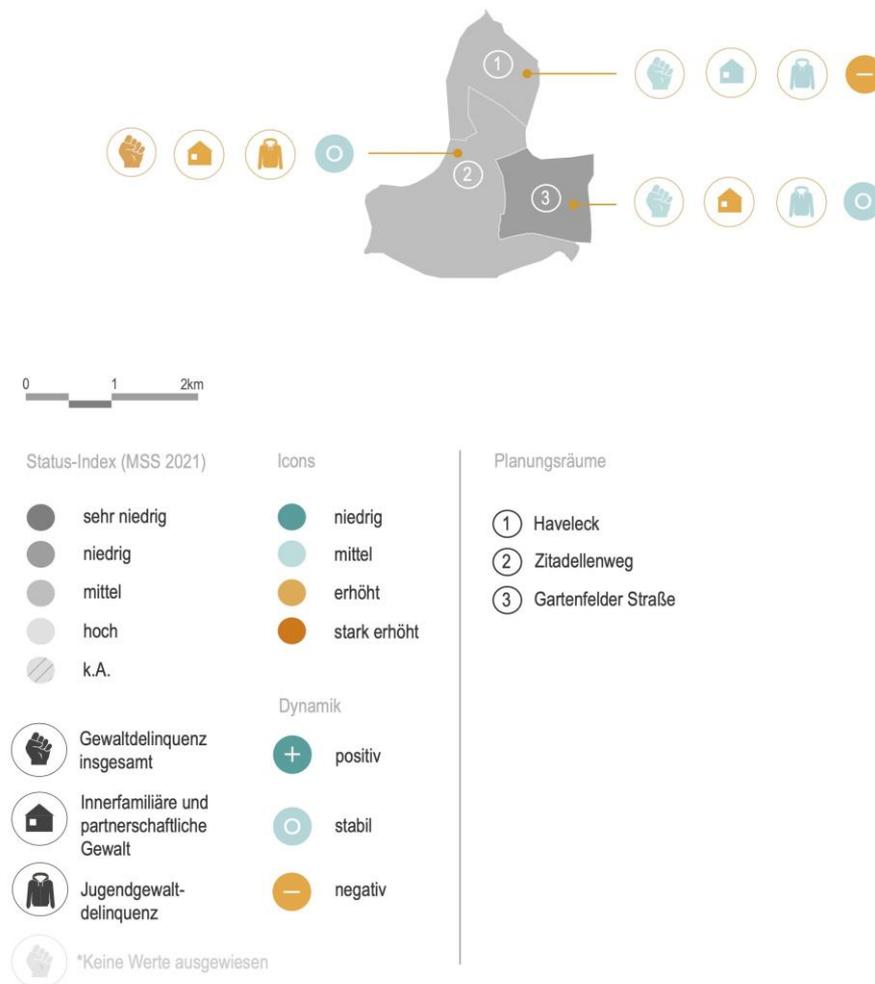
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in der Bezirksregion Haselhorst mit 8,1 % auf ähnlichem Niveau wie die bezirkliche Arbeitslosigkeit (8,0 %). Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 4,6 % hingegen niedriger als in Spandau (5,5 %). Die Kinderarmut in der Bezirksregion (37,6 %) im Jahr 2020 liegt etwa auf ähnlichem Niveau wie im Bezirk (37,0 %). Weniger als die Hälfte der Einwohner*innen in Haselhorst wohnt in „einfacher Wohnlage“ (47,6 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 85: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Haselhorst (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b).

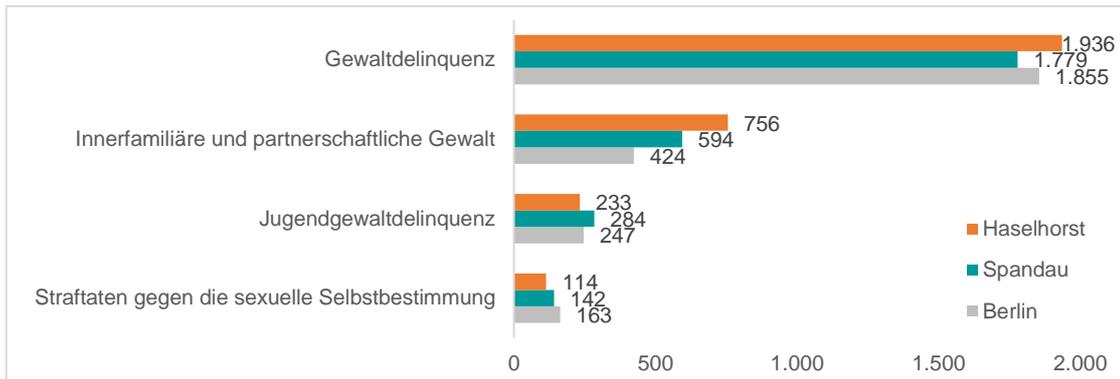
Abbildung 86: Gewaltdelinquenz in Haselhorst – kartografische Darstellung



Datenquelle: Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Die Bezirksregion Haselhorst zeigt hinsichtlich ihrer Gewaltbelastung ein je nach der Erscheinungsform von Gewalt differenziertes Bild. Deutlich erhöhte Belastungen bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt stehen neben erhöhten Belastungen mit Gewaltdelinquenz insgesamt sowie unterdurchschnittlichen Werten bei Jugendgewaltdelinquenz und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Bezogen auf eine übergreifende Bewertung des gewaltpräventiven Aufmerksamkeitsbedarfs lassen sich also nur bedingt pauschale Antworten formulieren. Unstrittig besteht allerdings Aufmerksamkeitsbedarf bezüglich der in Spandau insgesamt erhöht vertretenen innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt auch in der Region Haselhorst.

Abbildung 87: Gewaltbelastungen in Haselhorst im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume findet sich in Haselhorst kein eindeutiges Bild, sondern eine Mischung unterschiedlicher Belastungsmuster. Festzuhalten ist allerdings, dass in allen Planungsräumen und in sämtlichen Phänomenbereichen ausschließlich erhöhte oder mittlere Belastungen zu verzeichnen sind, also nirgendwo ein niedriges Aufkommen, aber auch kein stark erhöhtes.

Vor allem der Raum Zitadellenweg fällt dabei durch erhöhte Werte in allen Dimensionen auf, also sowohl hinsichtlich der Gewaltdelinquenz insgesamt, der Jugendgewaltdelinquenz sowie innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt. Die besondere Raumnutzung im Umfeld der Zitadelle Spandau ist hier sicherlich erklärend in Rechnung zu stellen, also beispielsweise ein erhöhter Publikumsverkehr im Kontext von Veranstaltungen. Die Situation im Raum Zitadellenweg ist allerdings im Blick des Dynamik-Indikators stabil. Dieser Indikator vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist dabei nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht. Die Stabilität des Raums Zitadellenweg bedeutet also nicht, dass im Gefolge der Pandemie keine erhöhten Werte zu verzeichnen wären, sondern dass sich der Raum nicht von der Gesamtentwicklung in Berlin abkoppelt.

Bemerkenswert sind des Weiteren negative Dynamiken in zwei Phänomenbereichen – der Gewaltdelinquenz insgesamt sowie der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt – im Raum Haveleck. Diese Dynamiken ändern hier allerdings bisher nicht die nur mittlere Belastungen des Raums in diesen Phänomenbereichen, sondern zudem steht ihnen eine positive Dynamik der Jugendgewaltdelinquenz gegenüber.

In Haselhorst lassen sich angesichts eines insgesamt gemischten Lagebilds lediglich bedingt raumscharfe Aufmerksamkeitsbedarfe bezogen auf die Gewaltentwicklung benennen. Recht eindeutig und erwartbar ist allerfings das Umfeld der Zitadelle Spandau erhöht belastet und bietet sich daher zur weiteren Beobachtung an.

Tabelle 10: Status und Dynamik der Planungsräume in Haselhorst bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

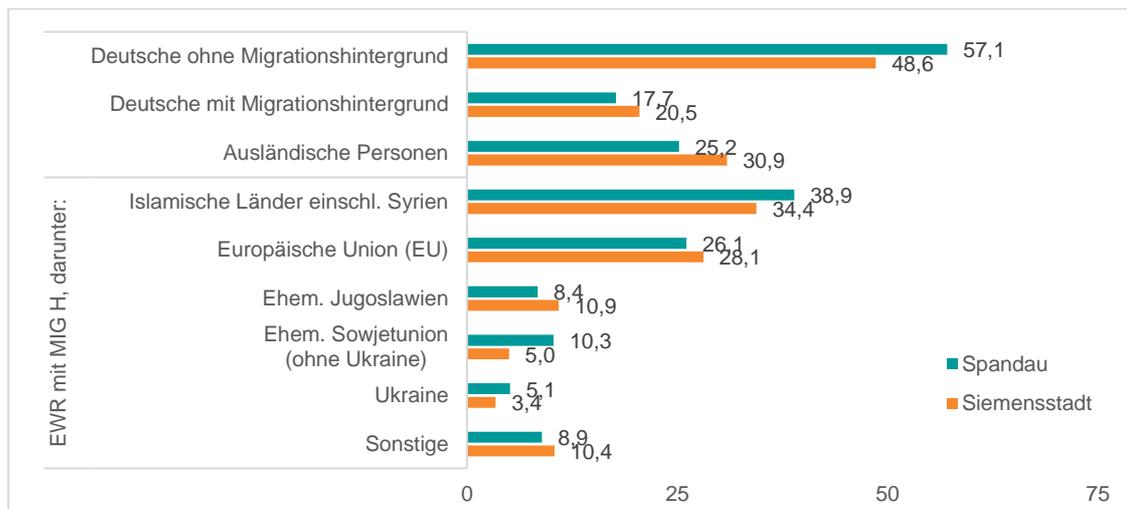
| Haselhorst | Gewalt- delinquenz | | | Innerfamiliäre und part- nerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewalt- delinquenz | | |
|---------------------|-----------------------|-------------------------|---------------------------|--|-------------------------|---------------------------|-----------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Haveleck | 970 | 2 | negativ | 533 | 2 | negativ | 147 | 2 | positiv |
| Zitadellenweg | 2.854 | 3 | stabil | 778 | 3 | stabil | 412 | 3 | stabil |
| Gartenfelder Straße | 1.633 | 2 | stabil | 651 | 3 | stabil | 140 | 2 | stabil |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.8 Die Bezirksregion Siemensstadt

In Siemensstadt (48,6 %) ist der Anteil von Einwohnenden ohne Migrationshintergrund geringer als im Bezirk (57,1 %). Hingegen leben mehr Einwohner*innen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit in Siemensstadt (20,5 %). Der Anteil an Einwohnenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit (30,9 %) ist ebenfalls höher als auf bezirklicher Ebene (25,2 %). Einwohner*innen haben in Siemensstadt (34,4 %) seltener als in Spandau (38,9 %) einen Migrationshintergrund aus islamischen Ländern und dafür häufiger aus der Europäischen Union (28,1 %). Seltener als auf bezirklicher Ebene ist zudem ein Migrationshintergrund aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion (5,0 %), während das ehemalige Jugoslawien (10,9 %) häufiger als Herkunftsgebiet zählt.

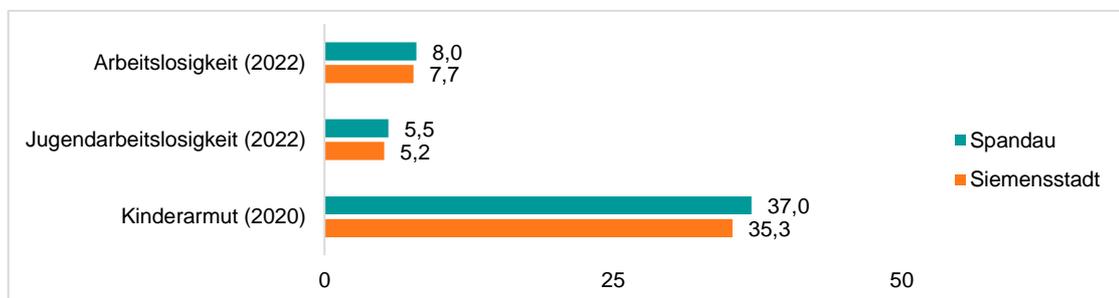
Abbildung 88: Einwohner*innen in Siemensstadt nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

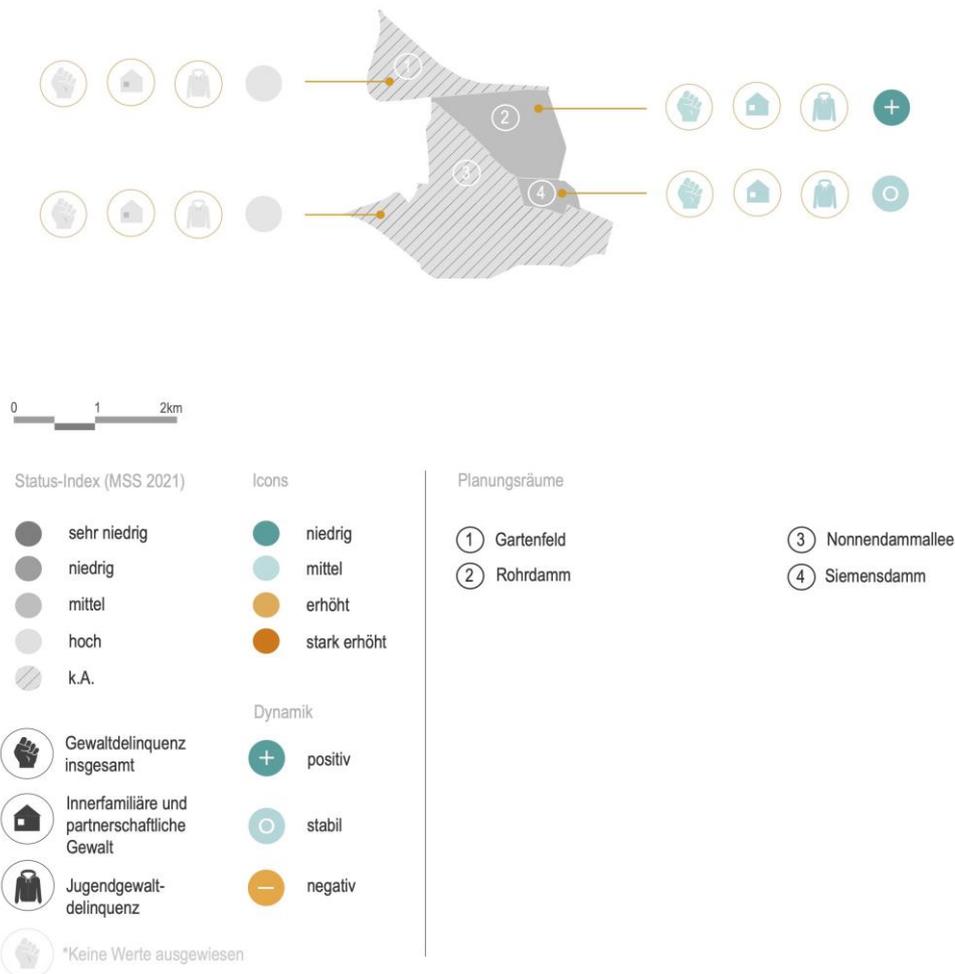
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in Siemensstadt mit 7,7 % niedriger als die bezirkliche Arbeitslosigkeit (8,0 %). Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 5,2 % hingegen auf annähernd ähnlichem Niveau wie in Spandau (5,5 %). Die Kinderarmut in der Bezirksregion (35,3 %) im Jahr 2020 ist geringfügig niedriger als im Bezirk (37,0 %). Etwas mehr als drei Viertel der Einwohner*innen in Siemensstadt wohnen in „einfacher Wohnlage“ (77,3 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c; Lüter et al. 2023b; Pohlan/Off 2021).

Abbildung 89: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Siemensstadt (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b).

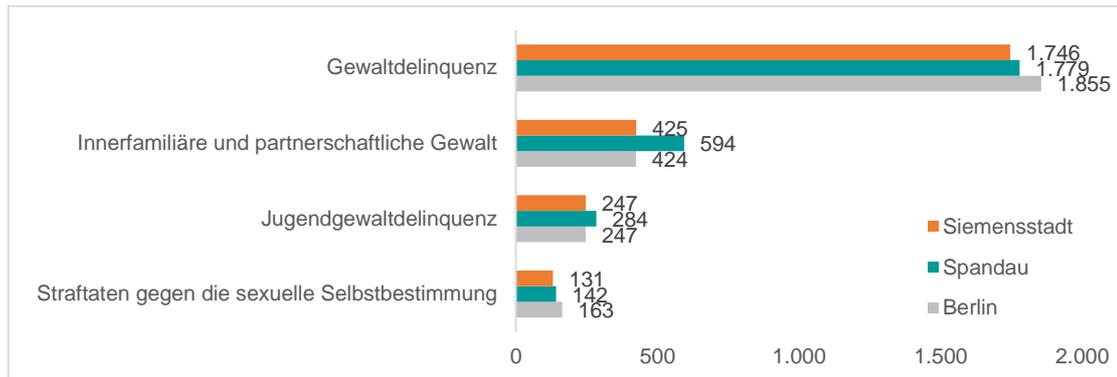
Abbildung 90: Gewaltdelinquenz in Siemensstadt – kartografische Darstellung



Datenquelle: Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Die Region Siemensstadt weist hinsichtlich ihrer Belastung mit Gewaltdelinquenz ein unauffälliges Profil auf. In allen hier erfassten Erscheinungsformen von Gewalt – also bei Gewaltdelinquenz und Jugendgewaltdelinquenz ebenso wie bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung – zeigt die Region Werte, die unterhalb des Spandauer Durchschnitts liegen. Die Häufigkeitszahl für Gewaltdelinquenz insgesamt beträgt beispielsweise im Jahr 2022 in Siemensstadt 1.746 gegenüber 1.779 in Spandau und 1.855 in Berlin. Die Unterschiede insbesondere zur durchschnittlichen Belastung in Berlin sind dabei in der Regel jedoch nicht besonders stark ausgeprägt. In diesem Sinn stellt Siemensstadt eindeutig keinen Belastungsschwerpunkt dar, das Gebiet gehört aber auch nicht zu den Regionen, in denen Gewaltvorfälle nahezu kein Thema sind.

Abbildung 91: Gewaltbelastungen in Siemensstadt im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Auf der kleinräumigen Ebene der Planungsräume ist in Siemensstadt zunächst anzumerken, dass sich zwei Planungsräume einer systematisch-vergleichenden Perspektive entziehen, weil die dort gemeldete Wohnbevölkerung zu gering ist, um aussagekräftige Häufigkeitszahlen zu berechnen. Bei diesen Regionen handelt es sich um Gartenfeld und Nonnendammallee, die rechnerisch sehr hohe Werte aufweisen, welche allerdings nicht valide sind.

In den beiden analysefähigen Planungsräumen Rohrdamm und Siemensdamm finden sich kaum Anzeichen für einen erhöhten Aufmerksamkeitsbedarf. Der Belastungsstatus in allen Gewaltbereichen liegt in den Räumen der Bezirksregion Siemensstadt im mittleren Bereich, die Dynamiken der Gewaltentwicklung sind in der Regel positiv oder stabil. Die einzige Ausnahme bildet im gleichnamigen Planungsraum Siemensstadt die Jugendgewaltdelinquenz, die ausgehend von einem mittleren Niveau eine negative Dynamik aufweist. Der Indikator für die Dynamik der Gewaltentwicklung vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht.

Insbesondere im Rahmen einer gesamtbezirklichen Kontextualisierung erscheint die Siemensstadt in gewaltpräventiver Perspektive nicht als Region mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf. Weiterentwicklungen bestehender Ansätze sollten sich derzeit daher eher auf andere Bezirksregionen fokussieren.

Tabelle 11: Status und Dynamik der Planungsräume in Siemensstadt bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

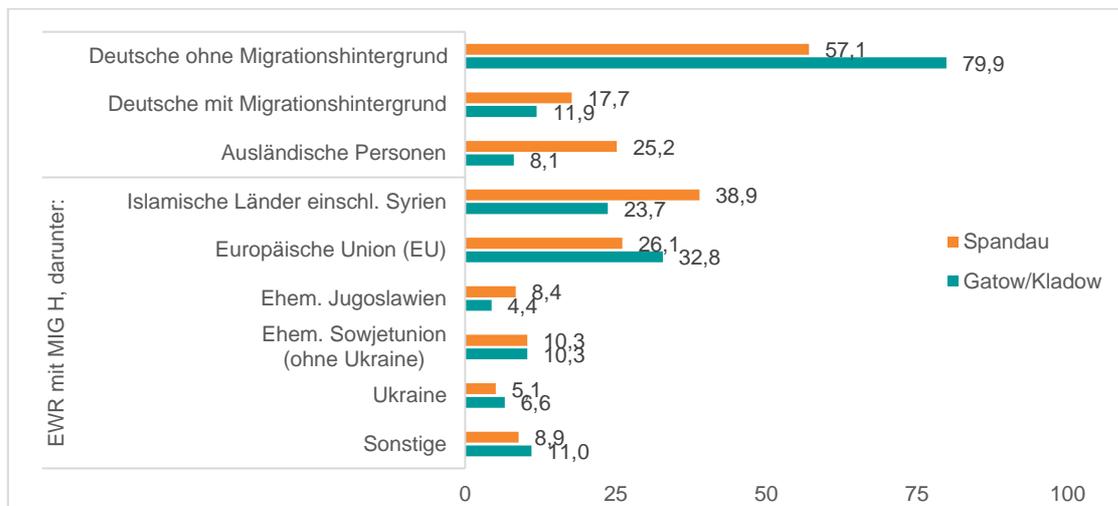
| | Gewaltdelinquenz | | | Innerfamiliäre und partnerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewaltdelinquenz | | |
|---------------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|---|-------------------------|---------------------------|------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Siemensstadt | | | | | | | | | |
| Gartenfeld* | 14.507 | | | 4.216 | | | | k.A. | |
| Rohrdamm | 1.256 | 2 | positiv | 469 | 2 | positiv | 152 | 2 | stabil |
| Nonnendammallee* | 7.469 | | | 765 | | | 278 | | |
| Siemensdamm | 1.837 | 2 | stabil | 494 | 2 | positiv | 202 | 2 | negativ |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.1.9 Die Bezirksregion Gatow/Kladow

Die Einwohner*innen in der Bezirksregion Gatow/Kladow haben überwiegend keinen Migrationshintergrund (79,9 %). Der Anteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund ist gegenüber dem bezirklichen Durchschnitt entsprechend geringer. So liegt der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund (11,9 %) in der Bezirksregion um 5,8 Prozentpunkte niedriger als in Spandau (17,7 %). Deutlicher zeigt sich der Unterschied bei Einwohnenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Hier liegt der Anteil um 17,1 Prozentpunkte niedriger als in Spandau. In der Bezirksregion ist der Bevölkerungsanteil von Einwohnenden mit Migrationshintergrund aus der Europäischen Union am höchsten (32,8 %) und befindet sich damit über dem bezirklichen Durchschnitt.

Abbildung 92: Einwohner*innen in Gatow/Kladow nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)



Datenquelle: Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023c), eigene Berechnungen und Darstellung.

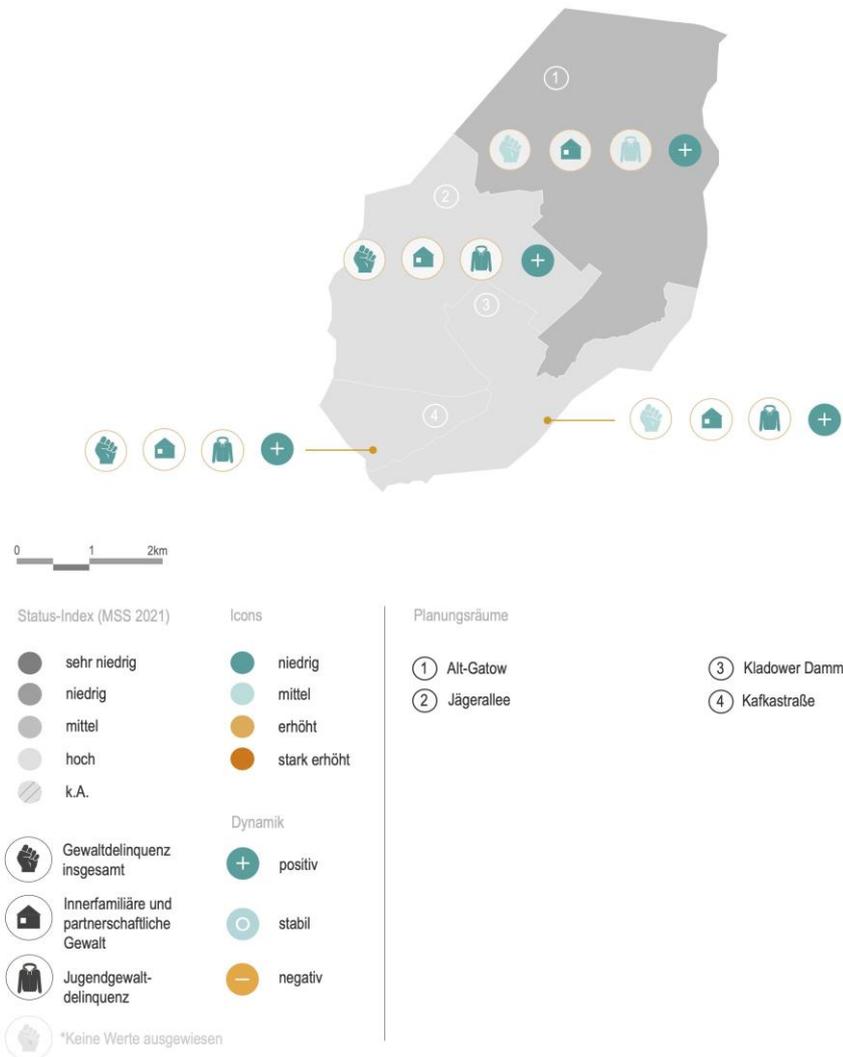
Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahr 2022 in der Bezirksregion Gatow/Kladow mit 2,6 % deutlich unterhalb der bezirklichen Arbeitslosigkeit (8,0 %). Die sehr geringe Kinderarmut in der Bezirksregion (3,4 %) verweist im Jahr 2020 gegenüber dem bezirklichen Durchschnitt (37,0 %) ebenfalls auf eine unterdurchschnittliche Anzahl von Familien mit geringen materiellen Ressourcen. In Gatow/Kladow wohnen keine Einwohner*innen in „einfacher“ Wohnlage.

Abbildung 93: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Gatow/Kladow (in %)



Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz (Lüter et al. 2023b). Aufgrund einer geringen Zahl (< 10) an Arbeitslosen unter 25 in den einzelnen Planungsräumen konnte eine Jugendarbeitslosigkeit für Gatow/Kladow nicht berechnet werden.

Abbildung 94: Gewaltdelinquenz in Gatow/Kladow – kartografische Darstellung



Datenquelle: Datenquelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Pohlan/Off 2021), Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

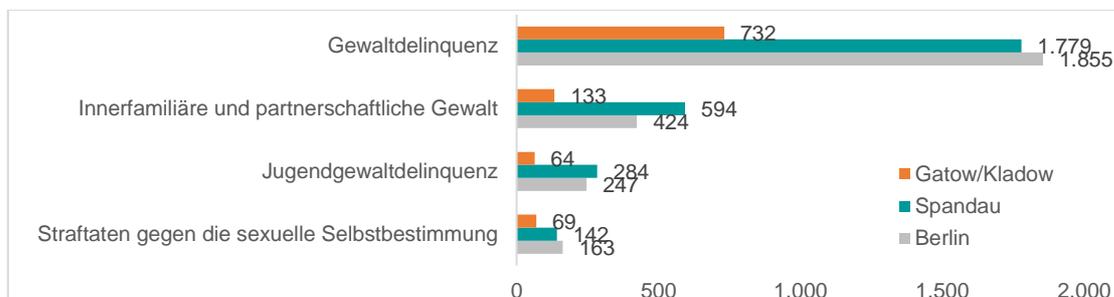
Die Bezirksregion Gatow/Kladow bildet im Bezirk Spandau in verschiedenen Hinsichten die Ausnahme von der Regel. So unterscheidet sie sich in Sozialstatus und Altersstruktur der Wohnbevölkerung deutlich von anderen Bezirksregionen. Da es sich oftmals um Abweichungen in Richtung einer privilegierten, sehr gut situierten sozialen Lage handelt, repräsentiert die Region gewissermaßen die begünstigte Seite sozialer Prozesse der Segregation und Verstärkung sozialer Ungleichheiten. Dieser Umstand gilt ohne Einschränkung auch für die Belastung mit Straftaten und Gewalt – soweit diese ins polizeiliche Hellfeld gelangen.

Bei allen hier erfassten Erscheinungsformen von Gewalt – also bei Gewaltdelinquenz und Jugendgewaltdelinquenz ebenso wie bei innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung – weist die Region Werte auf, die unterhalb der Durchschnitte in Spandau und Berlin liegen. Die Abstände zu den durchschnittlichen Belastungen fallen zudem durchgehend sehr erheblich aus. Während bezüglich der Gewaltdelinquenz insgesamt im Jahr 2022 in Berlin Häufigkeitszahlen von 1.855 und in Spandau von 1.779 gemessen werden, betragen diese in Gatow/Kladow 732, also weniger als die Hälfte. Hinsichtlich anderer Erscheinungsformen von Gewalt fallen die Unterschiede sogar noch erheblicher aus.

Einer Häufigkeitszahl von 284 für Jugendgewaltdelinquenz im Bezirk Spandau entspricht in der Region Gatow/Kladow der Wert von 64, also weniger als einem Viertel der Belastung im Bezirk.

Bei gewaltpräventiven Maßnahmen in Gatow/Kladow bietet sich daher dort, wo es sich nicht um Grundaufgaben wie bspw. im schulischen Bereich handelt, eine genaue Prüfung möglicher wirkungsvoller Verwendungen in anderen Regionen mit deutlicher erkennbaren Problemlagen an.

Abbildung 95: Gewaltbelastungen in Gatow/Kladow im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen.

Dieser Gesamteindruck bestätigt sich auch bei kleinräumiger Betrachtung der Planungsräume. Kein Planungsraum in Gatow/Kladow weist eine erhöhte Belastung mit Gewalt auf, und zwar auch in keinem der dargestellten Gewaltbereiche. Wo keine niedrigen Belastungen zu verzeichnen sind, finden sich allenfalls mittlere Belastungen. Sehr auffällig ist insbesondere der Bereich der innerfamiliären und partnerschaftlichen Gewalt. Hier sind nicht nur alle Planungsräume in Gatow/Kladow gering belastet, sie weisen zudem ausnahmslos eine positive Dynamik auf. Der verwendete Dynamik-Indikator vergleicht den Durchschnitt der Belastung der Jahre 2017/18 mit dem Jahr 2022. Für die Klassifizierung eines Planungsraums ist nicht entscheidend, ob die Belastung steigt oder sinkt, sondern ob dessen Entwicklung positiv oder negativ von der Entwicklung aller anderen Planungsräume in Berlin abweicht.

Insgesamt finden sich in Gatow/Kladow im polizeilichen Hellfeld also keinerlei Anzeichen für einen erhöhten gewaltpräventiven Aufmerksamkeitsbedarf. Aufgrund der außergewöhnlich günstigen Gesamtsituation bietet sich vielmehr eine genaue Prüfung an, inwiefern verfügbare Mittel und Ressourcen in anderen Regionen nicht ggf. bedarfsgerechter und wirkungsvoller eingesetzt werden können.

Tabelle 12: Status und Dynamik der Planungsräume in Gatow/Kladow bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt

| Gatow/Kladow | Gewaltdelinquenz | | | Innerfamiliäre und partnerschaftlicher Gewalt | | | Jugendgewaltdelinquenz | | |
|---------------|---------------------|-------------------------|---------------------------|---|-------------------------|---------------------------|------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 | HZ Ø 2020 – 2022 | Status Ø 2020 – 2022 | Dynamik 2017/18 – 2022 |
| Alt-Gatow | 953 | 2 | positiv | 171 | 1 | positiv | 134 | 2 | stabil |
| Jägerallee | 569 | 1 | positiv | 109 | 1 | positiv | 80 | 1 | positiv |
| Kladower Damm | 1.168 | 2 | positiv | 242 | 1 | positiv | 45 | 1 | positiv |
| Kafkastraße | 554 | 1 | stabil | 154 | 1 | positiv | 63 | 1 | positiv |

Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2023a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023a), eigene Berechnungen. Die Werte des Statusindex können Ausprägungen von 1 bis 4 annehmen und bedeuten jeweils: 1 = niedrige Gewaltbelastung, 2 = mittlere Gewaltbelastung, 3 = erhöhte Gewaltbelastung, 4 = stark erhöhte Gewaltbelastung.

10.2 TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

10.2.1 Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1: Einwohner*innen in Berlin und Spandau | 24 |
| Abbildung 2: Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Anteil in %) in Berlin und Spandau | 25 |
| Abbildung 3: Einwohner*innen nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 25 |
| Abbildung 4: Einwohner*innen 2023 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund in Spandau und Berlin (Anteil in %) | 26 |
| Abbildung 5: Soziale Lage (in %) | 27 |
| Abbildung 6: Einwohner*innen nach Wohnlagen 2023 (Anteil in %) | 27 |
| Abbildung 7: Einwohner*innen nach Wohnlagen und Migrationshintergrund 2023 (Anteil in %) | 28 |
| Abbildung 8: Straftaten in Spandau insgesamt (Häufigkeitszahlen PKS) | 29 |
| Abbildung 9: Straftaten im Spandau: Hochbelastete Regionen 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS) | 30 |
| Abbildung 10: Kiezbezogene Straftaten in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS) | 31 |
| Abbildung 11: Kiezbezogene Straftaten in Spandau (Häufigkeitszahlen PKS) | 32 |
| Abbildung 12: Kieztaten: Hochbelastete Regionen 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS) ... | 32 |
| Abbildung 13: Körperverletzungen in Spandau (Häufigkeitszahlen PKS) | 33 |
| Abbildung 14: Körperverletzungen in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS) | 34 |
| Abbildung 15: Delikte gegen die persönliche Freiheit in Spandau (Häufigkeitszahlen PKS) ... | 35 |
| Abbildung 16: Delikte gegen die persönliche Freiheit in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen PKS) | 35 |
| Abbildung 17: Bezirksregionale Belastung mit ausgewählten Gewaltformen 2022 | 37 |
| Abbildung 18: Gewaltdelinquenz in Spandau – kartografische Darstellung | 39 |
| Abbildung 19: Gewaltdelinquenz in Spandau in den Jahren 2022 und 2022 | 40 |
| Abbildung 20: Gewaltdelinquenz in Spandau: Belastete Bezirksregionen im Zeitverlauf (Häufigkeitszahlen) | 41 |
| Abbildung 21: Gewaltdelinquenz in Spandau: Weniger belastete Bezirksregionen im Zeitverlauf (Häufigkeitszahlen) | 42 |
| Abbildung 22: Gewaltdelinquenz auf Planungsraumbene im Zeitverlauf | 43 |
| Abbildung 23: Jugendgewaltdelinquenz in Spandau – kartografische Darstellung | 44 |
| Abbildung 24: Jugendgewaltdelinquenz. Ranking der Bezirksregionen (Häufigkeitszahlen) ... | 46 |
| Abbildung 25: Jugendgruppengewalt. Ranking der Bezirksregionen (Fallzahlen) | 47 |
| Abbildung 26: Jugendgewaltdelinquenz im Zeitverlauf/Bezirksregionale Ebene (I) (Häufigkeitszahlen) | 47 |
| Abbildung 27: Jugendgewaltdelinquenz im Zeitverlauf/ Bezirksregionale Ebene (II) (Häufigkeitszahlen) | 48 |
| Abbildung 28: Jugendgewaltdelinquenz nach Altersgruppen und Bezirksregionen (Anteil TV an Fällen in %, Summen über 100 %) | 49 |
| Abbildung 29: Jugendgewaltdelinquenz in Spandau im Zeitverlauf nach Altersgruppen (Fallzahlen) | 50 |
| Abbildung 30: Jugendgewaltdelinquenz auf Planungsraumbene im Zeitverlauf | 51 |
| Abbildung 31: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau – kartografische Darstellung | 53 |
| Abbildung 32: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau (Häufigkeitszahlen) . | 54 |
| Abbildung 33: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau 2013 bis 2022 (I) (Häufigkeitszahlen) | 55 |

| | |
|---|-----|
| Abbildung 34: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau 2013 bis 2022 (Häufigkeitszahlen)..... | 55 |
| Abbildung 35: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau: Altersstruktur der Tatverdächtigen nach Bezirksregion (Anteil an Fällen in %) | 56 |
| Abbildung 36: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt 2022, Altersstruktur der Opfer nach Bezirksregion (Anteil an Fällen in %) | 57 |
| Abbildung 37: Innerfamiliäre und partnerschaftliche Gewalt in Spandau auf Planungsraumbene im Zeitverlauf (Häufigkeitszahl) | 58 |
| Abbildung 38: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Spandau 2013 bis 2022 (I) (Häufigkeitszahlen) | 60 |
| Abbildung 39: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Spandau (II) (Häufigkeitszahlen)..... | 60 |
| Abbildung 40: Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt 2022 nach Bezirken (Anzahl Fälle) | 61 |
| Abbildung 41: Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt 2022 nach Phänomenbereich | 61 |
| Abbildung 42: Politisch motivierte Kriminalität in Spandau 2013 bis 2022 (Anzahl Fälle)..... | 62 |
| Abbildung 43: Politisch motivierte Gewalt in Spandau 2013 bis 2022 (Anzahl Fälle) | 63 |
| Abbildung 44: Steckbrief: OE Qualitätsentwicklung, Planung, Koordination / BA Spandau | 71 |
| Abbildung 45: Steckbrief: Kita-Sozialarbeit in Spandau | 71 |
| Abbildung 46: Steckbrief: SPAX Kontakt- und Beratungsstelle | 75 |
| Abbildung 47: Steckbrief: Spandauer Jugend..... | 76 |
| Abbildung 48: Steckbrief: BDP Mädchenladen | 77 |
| Abbildung 49: Steckbrief: Outreach-Team Spandau | 83 |
| Abbildung 50: Steckbrief: Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde | 86 |
| Abbildung 51: Steckbrief: Offene Familienwohnungen..... | 87 |
| Abbildung 52: Steckbrief: Staakkato Kinder und Jugend e.V. | 95 |
| Abbildung 53: Beratungen des Frauentreffpunkts Eulalia Eigensinn e.V. (Anzahl) | 105 |
| Abbildung 54: Steckbrief: Spandauer Netzwerk gegen geschlechtsspezifische Gewalt | 111 |
| Abbildung 55: Steckbrief: Eulalia Eigensinn e.V. | 112 |
| Abbildung 56: Steckbrief: HÍNBÛN | 113 |
| Abbildung 57: Steckbrief: südost Mobil | 114 |
| Abbildung 58: Steckbrief: StoP – Stadteile ohne Partnergewalt | 116 |
| Abbildung 59: Fragebogen zur Bedarfserhebung und Stakeholder*innen-Befragung | 131 |
| Abbildung 60: Einwohner*innen in Hakenfelde nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 142 |
| Abbildung 61: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Hakenfelde (in %) | 142 |
| Abbildung 62: Gewaltdelinquenz in Hakenfelde – kartografische Darstellung | 143 |
| Abbildung 63: Gewaltbelastungen in Hakenfelde im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 144 |
| Abbildung 64: Einwohner*innen im Falkenhagener Feld nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 145 |
| Abbildung 65: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Falkenhagener Feld (in %) . | 145 |
| Abbildung 66: Gewaltdelinquenz im Falkenhagener Feld – kartografische Darstellung | 146 |
| Abbildung 67: Gewaltbelastungen im Falkenhagener Feld im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 147 |
| Abbildung 68: Einwohner*innen in Spandau Mitte nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 149 |
| Abbildung 69: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Spandau Mitte (in %) | 149 |
| Abbildung 70: Gewaltdelinquenz in Spandau Mitte – kartografische Darstellung..... | 150 |

| | |
|--|-----|
| Abbildung 71: Gewaltbelastungen in Spandau Mitte im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 151 |
| Abbildung 72: Einwohner*innen in Brunsbütteler Damm nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)..... | 153 |
| Abbildung 73: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Brunsbütteler Damm (in %) | 153 |
| Abbildung 74: Gewaltdelinquenz in der Region Brunsbütteler Damm – kartografische Darstellung..... | 154 |
| Abbildung 75: Gewaltbelastungen in der Region Brunsbütteler Damm im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 155 |
| Abbildung 76: Einwohner*innen in Heerstraße nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)..... | 157 |
| Abbildung 77: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Heerstraße (in %) | 157 |
| Abbildung 78: Gewaltdelinquenz in der Region Heerstraße – kartografische Darstellung | 158 |
| Abbildung 79: Gewaltbelastungen in der Region Heerstraße im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 159 |
| Abbildung 80: Einwohner*innen in Wilhelmstadt nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 161 |
| Abbildung 81: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Wilhelmstadt (in %) | 161 |
| Abbildung 82: Gewaltdelinquenz in Wilhelmstadt – kartografische Darstellung | 162 |
| Abbildung 83: Gewaltbelastungen in Wilhelmstadt im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 163 |
| Abbildung 84: Einwohner*innen in Haselhorst nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %)..... | 164 |
| Abbildung 85: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Haselhorst (in %) | 164 |
| Abbildung 86: Gewaltdelinquenz in Haselhorst – kartografische Darstellung..... | 165 |
| Abbildung 87: Gewaltbelastungen in Haselhorst im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022) | 166 |
| Abbildung 88: Einwohner*innen in Siemensstadt nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 168 |
| Abbildung 89: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Siemensstadt (in %) | 168 |
| Abbildung 90: Gewaltdelinquenz in Siemensstadt – kartografische Darstellung | 169 |
| Abbildung 91: Gewaltbelastungen in Siemensstadt im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 170 |
| Abbildung 92: Einwohner*innen in Gatow/Kladow nach Migrationshintergrund (Anteil in %) und nach ausgewählten Herkunftsgebieten 2023 (Anteil an EWR mit MIG-HG in %) | 171 |
| Abbildung 93: Erwerbslosigkeit (2022) und Kinderarmut (2020) Gatow/Kladow (in %) | 171 |
| Abbildung 94: Gewaltdelinquenz in Gatow/Kladow – kartografische Darstellung..... | 172 |
| Abbildung 95: Gewaltbelastungen in Gatow/Kladow im Vergleich zu Spandau und Berlin (2022)..... | 173 |

10.2.2 Tabellenverzeichnis

| | |
|---|----|
| Tabelle 1: Anzahl der polizeilich erfassten Straften nach Ortsteilen | 30 |
| Tabelle 2: Status-Index und Dynamik-Index zur Gewaltbelastung. Erläuterung | 64 |
| Tabelle 3: Im Überblick: Status und Dynamik der Spandauer Planungsräume bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 65 |

| | | |
|-------------|--|-----|
| Tabelle 3: | Status und Dynamik der Planungsräume in Hakenfelde bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 144 |
| Tabelle 4: | Status und Dynamik der Planungsräume im Falkenhagener Feld bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 148 |
| Tabelle 5: | Status und Dynamik der Planungsräume in Spandau Mitte bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 152 |
| Tabelle 6: | Status und Dynamik der Planungsräume in der Region Brunsbütteler Damm bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt..... | 156 |
| Tabelle 7: | Status und Dynamik der Planungsräume in der Region Heerstraße bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 160 |
| Tabelle 8: | Status und Dynamik der Planungsräume in Wilhelmstadt bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 163 |
| Tabelle 9: | Status und Dynamik der Planungsräume in Haselhorst bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 167 |
| Tabelle 10: | Status und Dynamik der Planungsräume in Siemensstadt bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 170 |
| Tabelle 11: | Status und Dynamik der Planungsräume in Gatow/Kladow bezüglich unterschiedlicher Formen von Gewalt | 173 |

11 SPANDAUER ADRESSEN GEGEN GEWALT

| Wirkungsbereich/ Angebote & Träger | Telefon/E-Mail | Website | Spezifische Fo- kussetzung(en) |
|--|--|---|---|
| Gemeinwesenvereine/Netzwerke/Übergreifende Stellen | | | |
| Gemeinwesenver- ein Haselhorst e.V. | 030 / 334 51 51 info@gwv-hasel- horst.de | https://gwv-haselhorst.de | Diverse Unterstüt- zungs- und Frei- zeitangebote für die Nachbarschaft (Beratung, Treff- punkt, Kurse und Lerngruppen). |
| Gemeinwesenver- ein Heerstraße- Nord e.V. | 030 / 91 49 08 89 gwvbln@aol.com | https://gwv-heer- strasse.de | s.o. |
| Sozial-kulturelle Netzwerke casa e.V. | 0176 473 72 398 kontakt@casa- ev.de | https://casa-ev.de | Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit so- wie bildungsorien- tierte Kinder- und Jugendarbeit. |
| Stadtteilzentrum Gatow-Kladow, Träger ist das Rot- kreuz-Institut Be- rufsberatungswerk im DRK Berlin gGmbH | 030 / 36502125 0157 35701259 sz-gakla@bbw- rki-berlin.de | https://sz-gatow- kladow.de | Kommunikation über bestehende Angebote u. För- derung von Ko- operationen, Be- lebung des Sozi- alraums, Schlie- ßen von etwaigen Lücken. |
| Quartiersmanage- ment Falkenhage- ner Feld-Ost, Trä- ger ist Stephanus- Stiftung | 0151 188 825 -78/- 79/-80 QM-FF-Ost@ stephanus.org | https://falkenhagener- feld-ost.de | Integration, Erhalt und Stärkung des sozialen Zusam- menhalts; Pro- zess-Stabilisie- rung gesamtstäd- tischer Entwick- lungen. |
| Quartiersmanage- ment Falkenhage- ner Feld-West, Trä- ger ist GeSop mbH | 030 / 303 608 02 qm.falkenhage- ner.feld.west@ge- sopmbh.berlin | https://falkenhagener- feld-west.de | s.o. |
| Quartiersmanage- ment Heerstraße- Nord, Gemeinwe- senverein Heer- straße-Nord e.V. | 030 / 61 74 00 77 porst@ heerstrasse.net | https://gwv-heer- strasse.de | s.o. |

| | | | |
|---|--|---|---|
| Quartiersmanagement Neustadt, Träger ist S.T.E.R.N. Gesellschaft behutsamer Stadtentwicklung mbH | 030 / 28 83 22 28 team@qm-spandauer-neustadt.de | https://qm-spandauer-neustadt.de | s.o. |
| Koordinierungsstelle des Register Spandau | 030 / 513010000 0162 578 172 3 register.spandau@giz.de | https://www.berliner-register.de/register/spandau | Registrierung diskriminierender Vorfälle und extrem rechter Aktivitäten. |
| Migrantisierte Menschen/Geflüchtete | | | |
| südost Mobil, Südost e.V. | 030 / 2537799 0 iivanka.sucic@suedost-ev.de | http://www.suedost-ev.de | Aufsuchende Sozialarbeit und Sprachmittlung für Familien aus Südosteuropa. |
| Hinbûn – Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien Spandau | 030 / 33 66 662 info@hinbun.de | www.hinbun.de | Sozial- und Bildungsberatung, kurdische und arabische Sprachmittlung. |
| Bezirksbeirat für Partizipation und Integration Spandau | 030 / 90279-3940 030 / 90279-3355 d.segina@ba-spandau.berlin.de anastasia.werner@ba-spandau.berlin.de | https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/gremien/partizipationsbeirat | Unabhängiges und überparteiliches Gremium; Interessensvertretung für migrantische Mitbürger*innen in allen Lebensbereichen. |
| GIZ – Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben | 030 / 513 0 100 00 | https://giz.berlin | Fortbildungen & Coachings, Sprachmittlung u. Registerstelle. |
| FLINTA*/Mädchen/Gewalt im sozialen Nahraum/Sexualisierte Gewalt | | | |
| Eulalia Eigensinn e.V. | 030 / 335 1191 info@eulalia-eigensinn.de | https://www.eulalia-eigensinn.de | Vielsprachige Begleitung, Beratung und Unterstützung für Frauen. |
| Mädchentreff vom Bund Deutscher Pfadfinder*innen e.V. | 030 / 3358393 | https://xn--mdchentreff-spandau-gwb.de | Freizeit-Zentrum für Mädchen und junge Frauen von 8 – 21 J. |

| | | | |
|---|---|---|--|
| Das Spandauer Netzwerk gegen häusliche Gewalt | 030 / 90279-0 maedchenladen@bdp.org | https://t1p.de/u7i26 | Information u. Vernetzung, Aufklärungsarbeit u. Gewaltprävention hinsichtlich geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. |
| Frauenbeirat Spandau | 030 / 90279-0 | https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/gremien/frauenbeirat | Interessenvertretung der weiblichen Spandauer Bevölkerung; Verwirklichung der Forderungen für Frauen. |
| Kiosk aller.Hand.Arbeit | 030 / 33 09 11 76 0177 84 49 692 pirdawari@schildkroete-berlin.de | https://www.schildkroete-berlin.de/angebote/kiosk-allerhand-arbeit | Aktivierung und Förderung gesellschaftlicher Teilhabe von Frauen u. Hilfe zur Selbsthilfe. |
| Frauenwohnstatt Berlin Alt-Spandau, Träger ist ginko Berlin gGmbH | 030 / 3539420 fws@ginko-berlin.de | http://www.ginko-berlin.de | Ambulante Beratung und Hilfeleistung für weibliche Opfer von Gewalt. |
| Gesundheitswesen | | | |
| S.I.G.N.A.L. e.V. | 030 / 275 95 353 030 / 246 30 579 info@signal-intervention.de | https://www.signal-intervention.de | Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt. |
| Männer | | | |
| Volkssolidarität Berlin | 030 / 785 98 25 maennerberatung@volkssolidaritaet.de | https://volkssolidaritaet-berlin.de/einrichtungen/beratung-fuer-maenner-gegen-gewalt | Männerberatung und Gewaltprävention. |
| Johannesstift Diakonie: Vätergruppe in türkischer Sprache / Türkçe Babalar Grubu | 030 / 336 14 29 bsspandau.jugendhilfe@jsd.de | https://t1p.de/4312b | Vätergruppe mit Austausch und Beratungsangebot. |
| Menschen mit (Sucht)-Erkrankungen | | | |
| Vista gGmbH | 030 / 355308-770 spandau@vistaberlin.de | https://vistaberlin.de/einrichtungen/alkohol-und-medikamentenberatung-spandau | Alkohol- und Medikamentenberatung. |

| | | | |
|--|--|---|---|
| FID Freundeskreis Integrative Dienste gGmbH | 030 / 13013 1291 info@fid-spandau.de | https://www.fid-spandau.de | Unterstützung von Menschen in Spandau, mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankung. |
| SPAX Spandau des Fixpunkt e.V. | 030 / 749 279 51 030 / 749 279 56 spax@fixpunkt.org | https://www.fixpunkt.org/spandau | Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit Sucht- oder Drogenproblematik u. Streetwork. |
| ginko Berlin gGmbH, Träger sind DIE BRÜCKE e.V. und Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Spandau e.V. | 030 / 333 92 66 030 / 35 30 25 24 verwaltung@ginko-berlin.de | http://www.ginko-berlin.de | Betreuung und Wiedereingliederung. |
| Wohnungslose | | | |
| Bed & Breakfast der FID gGmbH | 030 / 33309550 saalmueller@fid-spandau.de | https://www.fid-spandau.de/119.html | Möblierte Zimmer für Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder Suchtproblematik ohne Unterkunft. |
| StattHaus der FID gGmbH | 030 / 35131617 oschatz-fiedler@fid-spandau.de | https://www.fid-spandau.de/120.html | Begleitung Psychiatrie-Erfahrener ohne festen Wohnsitz. |
| Herberge zur Heimat e.V. Spandau | 030 / 355 914 18 info@hzh-ev.de | https://www.hzh-ev.de/index.htm | Wohnheim für Menschen ohne Obdach und Beratung, soziale Integration. |
| Kinder / Jugendliche / Familien | | | |
| SToP-Projekt der Sozius Hilfen Berlin | 030 / 629 008 96 stop@sozius-hilfen-berlin.de | https://www.sozius-hilfen-berlin.de/stop-projekt.html | Präventionsarbeit mit straffällig gewordenen Minderjährigen. |
| Outreach Berlin | 030 / 367 537 18 030 / 983 72 15 r.gilb@outreach-berlin | https://outreach.berlin/team-spandau | Streetwork, Jugendarbeit, Jugendberatung u. mobile Jugendarbeit. |

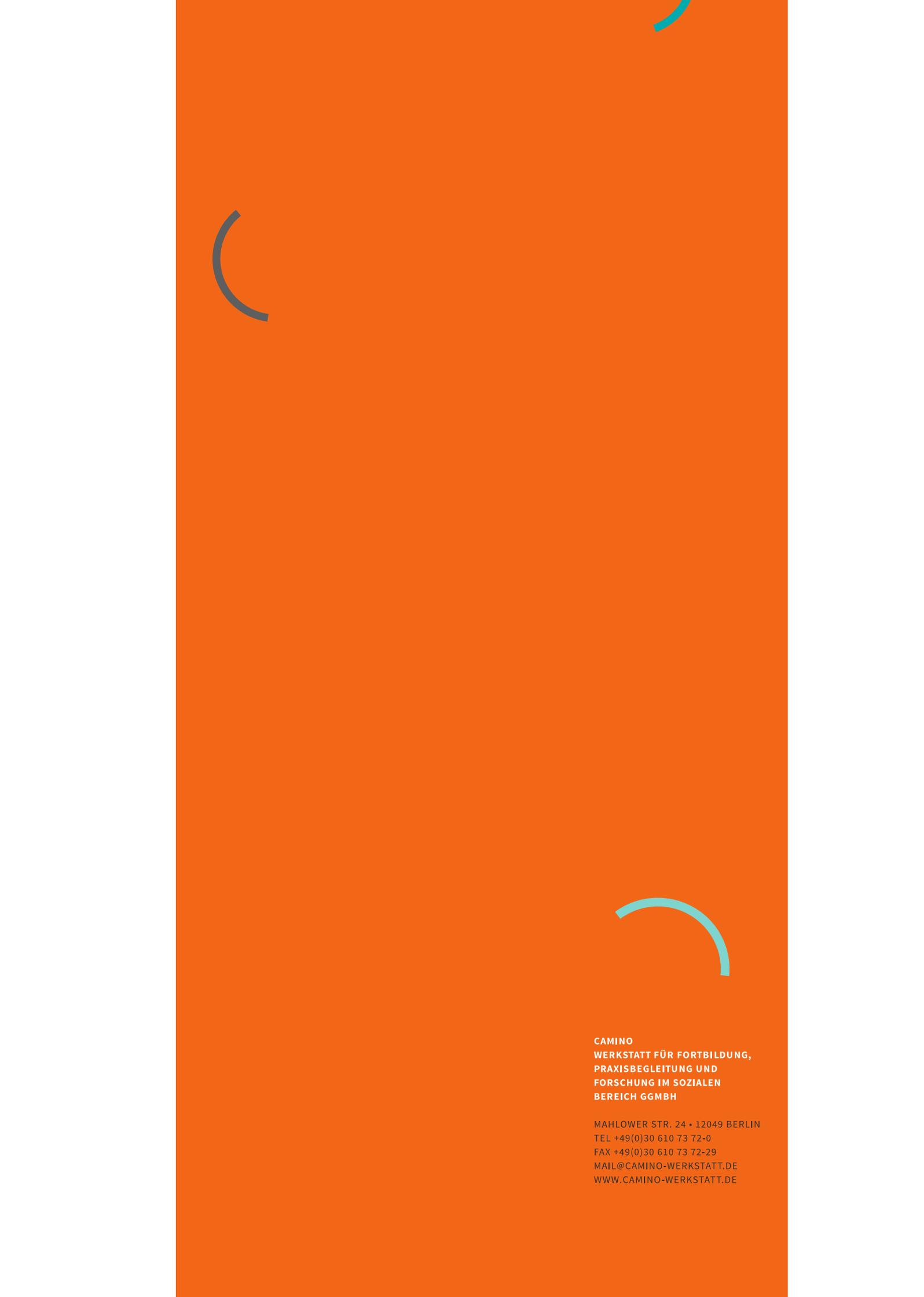
| | | | |
|--|--|---|--|
| Staakkato Kinder und Jugend e.V. | 0160 973 621 58 info@staakkato.de | https://www.staakkato-kinderundjugendev.de | Streetwork in Staaken, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit. |
| Kompaxx e.V. Jugendhilfe | 030 / 33773840 kompaxx@kompaxx.de | https://www.kompaxx.de | Beratung, Information für Kinder, Jugendliche und Familien u. schulergänzende Förderung. |
| Trialog Jugendhilfe GgmbH | 030 / 367 582 60 bridger@trialog-berlin.de | https://www.trialog-berlin.de/home.html | Sozialpädagogische Familienhilfe, Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen. |
| Bildungsforum der Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde | 030 / 322 944 520 info@paulgerhardt-gemeinde.de | https://paulgerhardtgemeinde.de/bildungsforum/bildungsforum-information | Gewaltprävention an Schulen und Kitas sowie Familien u. Elternarbeit im Falkenhagener Feld West. |
| Offene Familienwohnungen der casa-blanca gGmbH | Falkenhagener Feld West: 0176 558 491 11 0176 363 099 78 Heerstraße Nord: 0176 557 60 387 0176 558 65 740 | https://www.offenefamilienwohnungen.de | Gemeinwesen-, Präventions- und Interventionsarbeit für Familien. |
| Ambulante Hilfen Spandau der casa-blanca e.V. | 030 / 308322711 pfaack@g-casablanca.de | https://www.g-casablanca.de/standorte/spandau/ambulante-hilfen-spandau | Familien-, Elternarbeit, Beratungsangebote. |
| Stadtteilmütter der casablanca gGmbH | 0176 404 654 13 bamler@g-casablanca.de | https://t1p.de/n8h78 | Beratungsangebot für Familien mit Flucht- oder Migrationsbiografie. |
| Kita-Sozialarbeit der casablanca gGmbH | 0157 73845475 nsykora@g-casablanca.de | https://www.g-casablanca.de/taetigkeitsfelder/kindertagesstaeten/kita-sozialarbeit | Erziehungsberatung, Familienberatung, Kinder- und Elternberatung. |
| Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirksamts Spandau | 030 / 902792256 ges1@ba-spandau.berlin.de | https://t1p.de/aeja3 | Beratung und Unterstützung von Familien ab Geburt. |

| | | | |
|---|---|---|--|
| SJBR – Spandauer Beteiligungsrunde | 030 / 90270-2429 cindy.becskei@ba-spandau.berlin.de | https://t1p.de/sj9i2 | Peer-Treffen für Vernetzung und politische Aktivierung unter Spandauer Kindern und Jugendlichen. |
| Berliner Peer Netzwerk | peernetzwerkberlin@gmx.de (Instagram: @peernetzwerkberlin) | http://peernetzwerkberlin.de | Organisation berlinweiter Peer-Projekte für Jugendliche. |
| Jugendtheaterwerkstatt Spandau | 030 / 37587623 post@jtw-spandau.de | https://jtw-spandau.de | Produktion und Präsentation von Kunst, Theater und Musik für junge Menschen in Berlin. |
| Familienzentrum Kita Lasiuszeile | 030 / 29034671 familienzentrum-lasius@jugendwohnen-berlin.de | https://www.jugendwohnen-berlin.de/familienzentren/familienzentrum-kita-lasiuszeile | Offener Begegnungs- und Bildungsort. Für Familien mit Kindern von 0 – 6 Jahren. |
| Kita-Sozialarbeit der Evangelische Kirche in Spandau | 0151 23 66 92 42 0157 73 56 99 47 kita-sozialarbeit@kirchenkreis-spandau.de | https://www.spandau-evangelisch.de/kita-sozialarbeit | Erziehungsberatung, Familienberatung, Kinder- und Elternberatung. |
| Familienzentrum FiZ, Träger ist der FiPP e.V. | 030 / 34 39 78 90 fiz-ost@fippev.de | https://www.fippev.de/fiz-1/wir-ueber-uns/fiz | Offener Begegnungs- und Bildungsort, Erziehungsberatung. |
| Nachbar*innenschaftliche Initiativen | | | |
| Café Mittwoch von Nachbarn im Kiez (NiK e.V.), der Paul-Gerhardt-Gemeinde und dem QM Falkenhagener Feld West | 030 / 303 608 02 0157 769 702 30 | https://falkenhagenerfeld-west.de/cafe-mittwoch | Verpflegung, Gesprächsangebot, gemeinsames Kochen u. Vernetzung. |
| Netzwerk Spandau | kontakt@demokratie-spandau.de | https://demokratie-spandau.de | Veranstaltungsplanung rund um die Themen Demokratie, Toleranz, Respekt und Vielfalt. |

| | | | |
|--|--|---|---|
| BENN Hakenfelde der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen | 0176 247 537 69 benn-hakenfelde@mts-social-design.com | https://benn-hakenfelde.de | Förderung von Projekten zu den Themen Beteiligung, Vernetzung und Austausch. |
| BENN Staaken der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen | 0159 040 061 92 benn-staaken@gwv-heerstrasse.de | https://gwv-heerstrasse.de/orte/benn-staaken | s.o. |
| Staakentreff Brünsbütteler Damm | 030 / 257 35 418 staakentreff-bbd@gwv-heerstrasse.de | https://gwv-heerstrasse.de/orte/sbd | Förderung von nachbarschaftlichem Zusammenhalt und Vernetzung. |
| Beratungsstellen | | | |
| Proaktiv – ein Projekt der Opferhilfe e.V. | info@proaktiv-berlin.org | https://www.proaktiv-berlin.org | Proaktive Vermittlung individuell passender Beratungsstellen an Opfer, in Kooperation mit der Polizei Berlin. |
| AWO Schuldner- und Insolvenzberatung | 030 / 36 28 38 66 verwaltung@awo-spandau-sib.de | https://www.awo-spandau.de/beratung.html | Schuldner- und Insolvenzberatung. |
| Schulaufsicht Spandau | 030 / 90279-2530 - 3137 melanie.loos@senbjf.berlin.de kerstin.stiller@senbjf.berlin.de | https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/aemter/schul-und-sportamt/schulaufsicht | Beratung für Eltern und Schüler*innen u. pädagogisches Personal der Spandauer Schulen. |
| Außenstelle Berlin West II (Spandau) von Weisser Ring | 0152 534 967 64 berlin-west-2@mail.weisser-ring.de | https://berlin-west-ii-spandau-berlin.weisser-ring.de | Kriminalprävention und Opferhilfe. |
| Immanuel Beratung | Falkenhagener Feld: 030 / 447262-125 Altstadt: 030 / 447262-145 | https://beratung.immanuel.de/wo-wir-sind/berlin-spandau | Sozialberatung, Beratung für Geflüchtete/Menschen mit Migrationsbiografie. |
| Schreib-Büro Spandau | 030 / 54591714 | https://t1p.de/y172t | Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen. |

| Medien | | | |
|---|---|---|--|
| Stadtteilzeitung Falkenhagener Feld des Bürger- u. Gemeinwesenverein Falkenhagener Feld e.V. | info@Falkenhagener-Express.de | www.Falkenhagener-Express.de | Stadtteilzeitung von Bürger*innen für Bürger*innen aus dem Kiez. |
| Staatliche Akteure/Polizei | | | |
| Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte von Spandau | 030 / 90279 - 3501 j.fischer-rossendahl@ba-spandau.berlin.de | https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung | Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Beratung u. Vorschläge in Gleichstellungsfragen, Zusammenarbeit mit Trägern im Bezirk. |
| Fachdienstleitung Jugend- und Familienförderung Spandau | 030 / 90279 - 2478 markus.wurl@ba-spandau.berlin.de | https://t1p.de/2xgnl | Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit u. Kinder- und Jugendschutz. |
| Zentralstelle für Prävention der Polizei Berlin | 030 / 4664-979001 lkapraev@polizei.berlin.de | https://www.berlin.de/polizei/dienststellen/landeskriminalamt/lka-praevention | Strategisch-konzeptionelle Grundsatz- und Koordinationsaufgaben u. operative Aufgaben im Bereich der Kriminalprävention. |
| Koordinatorin für häusliche Gewalt/Stalking und AP für proaktiv Direktion 2 | 030-4664-204220 andrea.kryger-tosuner@polizei.berlin.de | www.polizei.berlin.de, https://www.proaktiv-berlin.org | Proaktiv ist ein berlinweites Modellprojekt im Bereich der Opferhilfe und im Spandauer Netzwerk geschlechtsspezifische Gewalt vertreten. |
| Jugendamt Spandau | 030 / 115 Jugendamt@ba-spandau.berlin.de | https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/aemter/jugendamt | Hilfs- und Beratungsangebote an Kinder, Jugendliche und Familien. |

| | | | |
|--|---|---|--|
| Organisationseinheit für Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des Bezirksamts Spandau | 030 / 90279 4035 qpk@ba-spandau.berlin.de | https://t1p.de/lyceq | Gesundheitsplanung, Gesundheitsberichtserstattung, Sozialraumplanung. |
| Austauschrunde Demokratiebildung Spandau | 030 / 90 279 2383 0152 276 092 94 030 / 90279 2539 pfd-spandau@stiftung-spi.de thomas.werner@senbjf.berlin.de | https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/artikel.667015.php#AD | Austausch in den Bereichen Wertebildung, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention in Spandau. |
| Schule/Bildung | | | |
| SIBUZ Spandau | 030 / 90279 5850 05sibuz@senbjf.berlin.de | https://www.berlin.de/sen/bildung/untersuetzung/beratungszentren-sibuz/spandau | Beratung bei schulischen Schwierigkeiten. |
| Spandauer Jugend e.V. | 030 / 428 01 633 info@spandauerjugend.de | https://spandauerjugend.de | Gemeinnütziger Bildungsträger und Ansprechpartner für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. |
| Jugendgeschichtswerkstatt Spandau | 030 / 33607610 info@jgwspan-dau.de | http://www.jgwspan-dau.de/index.php | Schnittstelle zwischen Geschichts- und Jugendarbeit. |
| Angebote in kirchlicher Trägerschaft | | | |
| Evangelisches Johannesstift SbR | 030 / 33609-0 info@evangelisches-johannesstift.de | https://www.evangelisches-johannesstift.de/de | Diverse Unterstützungsangebote. |
| Paul-Gerhardt-Haus | 030 / 322 944 520 info@paulgerhardt-gemeinde.de | https://paulgerhardt-gemeinde.de | Diverse Beratungs- und Freizeitangebote. |



**CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG,
PRAXISBEGLEITUNG UND
FORSCHUNG IM SOZIALEN
BEREICH GGMBH**

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE